DAS DRITTE REICH . Eine Richtigstellung

HELMUT SUNDERMANN

DAS DRITTE REICH

Eine Richtigstellung in Umrissen

HELMUT SUNDERMANN

DAS DRITTE REICH

EINE RICHTIGSTELLUNG IN UMRISSEN

DRUFFEL-VERLAG

LEONI AM STARNBERGER SEE

Erweiterte Neuauflage 1964
Alle Rechte vorbehalten - © Copyright 1959/1964 by Druffel-Verlag
Gesamtherstellung: Freisinger Tagblatt Dr. Franz Paul Datterer OHG
Freising - Printed in Germany

INHALTSÜBERSICHT

Zur Neuherausgabe und Erweiterung dieser Schrift 7

Eine Erwiderung 9

„Unbewältigte Vergangenheit" 9
Legende und Wirklichkeit 18

Österreich und die deutsche Einheit 81

Historischer Hintergrund: die Deutschen und der Habsburger Staat 81

„Deutsch-Österreich" — Versailles und Saint Germain . 92

Wendepunkt Zollunion 106

Hitler: Friedenschluß mit Schuschnigg 118

Schuschnigg: Kampfansage gegen Hitler 132

Die Geschichte eines Nachmittags 151

Nachwort 157

Ergänzungen 160

Zur Vorgeschichte des 30. Januar 1933 160

Der Reichstagsbrand: erst die Lüge, dann die Fälschung 174

Boykott 1933 183

Zur Problematik des 30. Juni 1934 185

Hitler und die SA 185
Die Rolle Hindenburgs 188
Treubruch Hitlers oder Röhms? 190

Kriegsausbruch — Ribbentrop als Zeuge 191

Zur Genesis der deutschen Judenmaßnahmen 198

Mai 1941: Hess' gescheiterte Mission 201

Das Geheimnis der „Endlösung" 204

Der 20. Juli 1944 218
Wer sind die „Männer des 20. Juli"? 219
Zu den Motiven der Verschwörung 221
Zum Problem der „bedingungslosen Kapitulation" 222
Das Attentat 223
Hauptquartier Wolfschanze 227
Keitel — zwischen Hitler und den Generalen 228
Zur geschichtlichen Erscheinung Adolf Hitlers 234
Der Dichter Hans Grimm über den Politiker Hitler 234
Deutungsversuch 1955 237
Generaloberst Jodl über Hitlers Ende 241
Ein Diskussionsbeitrag 242
Wie lange noch Geschichtsverzerrung? 246
Namenverzeichnis 247
Index 251

Es ist dem Verfasser jetzt möglich, dankbar die wichtige und wertvolle Hilfe zu erwähnen, die er im Winter 1958—59 seitens des inzwischen verstorbenen ehemaligen Chefs der Reichskanzlei, Reichsminister Hans-Heinrich Lammers, erfahren hat. Herr Reichsminister a. D. Lammers — im Frühjahr 1933 als erfahrener Beamter des Reichsinnenministeriums durch das Vertrauen des Reichspräsidenten von Hindenburg in sein wichtiges Amt berufen und anschließend Hitlers unmittelbarer Mitarbeiter in allen staatspolitischen Fragen — hat das Manuskript der „Erwiderung" kritisch durchgesehen und zahlreiche Hinweise erteilt. Im Hinblick auf die damals im Gange befindlichen Versuche, dem fast achtzigjährigen Reichsminister a. D. seine in vorhergegangener jahrzehntelanger Beamtendienstzeit erworbenen Versorgungsansprüche abzusprechen, erschien es ratsam, die jetzt nachgeholte Dank-Notiz in der ersten Ausgabe dieser Schrift zu unterlassen.

ZUR NEUHERAUSGABE UND ERWEITERUNG DIESER SCHRIFT

Die Erwiderung, die unverändert den Hauptteil der vorliegenden Schrift bildet, wurde vor mehreren Jahren geschrieben und war nur als kurzlebiger Diskussionsbeitrag gedacht. Der Publikation, mit der sich die — längst vergriffene — Aufzeichnung damals befaßte, sind seither manche andere, auch umfangreichere, aber doch im wesentlichen so ähnliche Polemiken gefolgt, daß fast alles, was zu Buchheim zu sagen war, auch den anderen Eiferern entgegenzuhalten ist.

Die mit den vielen Mitteln moderner Meinungstechnik lautstark fortgesetzte Anti-Hitler-Propaganda ist seit langem schal geworden. Zu offenkundig sind die politischen Zwecke dieser Routine-Argumentation. Wie nach 1919 so steht das deutsche Volk seit 1945 vor der Aufgabe einer Revision des Geschehenen, einer Wiederaufrollung seiner Lebensfragen, einer Ordnung der mitteleuropäischen Verhältnisse.

Zu dieser umfassenden Problematik bietet die Geschichte Adolf Hitlers und seines „Dritten Reiches" eine Fülle von Hinweisen — manche enttäuschende, aber auch viele sehr lehrreiche. Nur die ersteren in der Diskussion zu dulden und dadurch das kritische Denken der Deutschen einzugrenzen: das ist das durchsichtige Motiv jener primitiv-einseitigen Geschichtsentstellung, der die vorliegende Schrift entgegentritt.

Eine Studie über „Österreich und die deutsche Einheit" wurde neu entworfen, weil dieses Thema eines weiteren Ausgreifens bedarf und in ganz besonderer Weise zu einer Ausgangssituation der späteren Katastrophe hinführt. Weitere Ergänzungen ergaben sich aus der Erfassung von einschlägigen Gelegenheitsarbeiten so z. B. des Briefwechsels mit Herrn Reichskanzler a. D. von Papen über die Vorgeschichte des 30. Januar 1933, einer Stellungnahme zur Problematik des 20. Juli 1944 u. a. m.

Bei aller nüchternen Sachlichkeit der in diesem Band vorgelegten Arbeiten bekennt sich der Autor doch zu der nicht ganz leidenschaftslosen Grundhaltung seiner Generation: natürlich haben wir jungen Deutschen der 20er und 30er Jahre uns weder dem „Teufel", noch einem „Narren" verschrieben, wir wollten auch nicht einem „Diktator" huldigen, um ihm „ins Nichts" zu folgen, wie es uns seit dem Zusam-

menbruch unserer Hoffnungen eingeredet wird. Die Freiheit war auch uns ein Wert; wir wollten allerdings vor allem unser V o l k frei wissen von fremder Herrschaft, Teilung und Drohung. Also erschien uns die Rebellion gegen Versailles, der aufrührerische Versuch der Wiederbegründung eines Reiches aller Deutschen nicht als „Triumph des Bösen" sondern als unser gutes Recht.

EINE ERWIDERUNG

„UNBEWÄLTIGTE VERGANGENHEIT"

Wenn ich richtig unterrichtet bin, hat der inzwischen verstorbene katholische Schriftsteller Reinhold Schneider als Erster bereits vor Jahren auf das historisch-politische Problem hingewiesen: Daß die Deutschen von heute im Zeichen einer „unaufgearbeiteten Vergangenheit" leben. Dieses Wort hat vielfaches Echo gefunden. In der abgewandelten Formulierung: „Unbewältigte Vergangenheit" ist es nahezu ein Schlagwort geworden.

> „Wir sollten doch endlich aufhören unser Volk in zwei Klassen zu teilen, in die, die einmal dabei waren, und die, die nicht dabei waren. Es ist wirklich an der Zeit damit aufzuhören."

Zu dieser Bemerkung fühlte sich fast v i e r z e h n Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ein Abgeordneter des westdeutschen Bundestages veranlaßt. Daß seine Anregung dennoch als verfrüht bewertet wurde, zeigte sich sofort in einer eiligen Gegenfrage:

> „Glauben Sie nicht, daß man doch einen Unterschied machen sollte zwischen denen, die dabei waren und nicht mehr dabei sind, und denen, die dabei waren und zeigen, daß sie offenbar auch heute noch dabei sind?" *

Als Ergänzung zu dieser Diskussion von heute sei an eine ähnliche Kontroverse von einst erinnert. In den ersten Kriegstagen 1939 erklärte der damalige britische Premierminister Chamberlain in einer seiner ersten Kundgebungen nach der Kriegserklärung Englands: „Wir kämpfen gegen Hitler, nicht gegen das deutsche Volk." Lord Vansittart, damals diplomatischer Hauptberater der britischen Regierung, berichtigte diese Ansicht schon nach wenigen Tagen: „Sie waren Alle dabei und müssen Alle dafür büßen . . ."

*

---

* Stenographische Protokolle Deutscher Bundestag, 3. Wahlperiode, 56. Sitzung, Bonn 22. Januar 1959, Seite 3090.

Es bedarf keiner Erinnerung, daß die letztgenannte Formel in den Jahren nach 1939 sich in der alliierten Kriegspropaganda völlig durchgesetzt und daß — wie stets im Falle eines totalen Sieges — die vorausgegangene Kriegspsychose die dann folgende Politik der Nachkriegszeit beeinflußt und verwirrt hat.

Gewiß hat bald nach 1945 die amerikanisch-russische Rivalität die ursprünglich gemeinsame Linie, die von den Plänen der Morgenthau und Ehrenburg bezeichnet war, beeinträchtigt und die Wiederzulassung wirtschaftlicher Normalisierung — wenn auch unter der Voraussetzung staatlicher Aufteilung — zur Folge gehabt. Diese für uns Deutsche zunächst günstige Entwicklung hatte ihren Ausgangspunkt aber weder auf der amerikanischen noch auf der russischen Seite etwa in einer Revision der im Kriege gefaßten Ansichten und Vorurteile hinsichtlich der mitteleuropäischen Existenzprobleme; es handelte sich nur um einen Bruch der im Kriege gebildeten, von vorneherein seltsamen Koalition.

Nicht so sehr die Deutschen, als die Russen werden in Amerika in neuem Licht gesehen und auch die Moskauer Betrachtungsweise hat sich — wenn überhaupt — nur im Hinblick auf den überseeischen Partner gewandelt.

Die deutsche Lage zwischen den beiden emporgestiegenen Weltmächten ist durch sichtbare Abhängigkeiten bezeichnet und das Ziel eines Wiederaufstieges zu politischer Entschlußfreiheit liegt in weiter Ferne. Es genügt, diese Umrisse der Wirklichkeit zu erkennen, um zu wissen, wie problematisch es ist, auch nur den Wunsch nach einer „Bewältigung der Vergangenheit" ernsthaft auszusprechen.

Die Zeiten sind längst vorbei, in denen Siegermächte so nüchtern urteilten, wie es etwa der preußische Ministerpräsident Bismarck 1866 nach der Schlacht von Königgrätz getan hat: „Österreichs Rivalitätskampf gegen uns ist nicht strafbarer, als der unsrige gegen Österreich . . ." „Wir haben nicht eines Richteramtes zu walten, sondern deutsche Politik zu treiben."

Im 20. Jahrhundert begnügt ein Sieger sich nicht damit, das Übergewicht über seinen Gegner erlangt zu haben, er besteht darauf, seine vorhergegangene Kriegführung sittlich gerechtfertigt zu sehen, ja sie mit einem Mythos zu umkleiden, vielleicht gar sie als „Kreuzzug" zu verherrlichen. Schon nach dem Ersten Weltkrieg legten die damaligen Alliierten beträchtlichen Wert darauf, ihr Verlangen nach einer Kriegskontribution (man vermied sogar das Wort und sprach von „Reparationen", von „Wiedergutmachung") mit der Propagandaformel von der angeblichen deutschen Alleinschuld am Ausbruch des zu Ende gegangenen Krieges zu begründen.

Heute ist die „Schuld"-Frage anders geartet, aber nicht minder kraß gestellt.

Konnte noch die Weimarer Republik eine nüchterne Erörterung jener seinerzeitigen Kriegsschuldfrage mit dem praktischen Argument der Verknüpfung dieses Fragenkreises mit dem Reparationsproblem begründen, so würde eine heutige deutsche Regierung, die etwa eine uneingeschränkte Diskussion über das „Dritte Reich" befürworten oder auch nur zulassen wollte, bald in den Verdacht geraten, geistig in die Fußstapfen Hitlers treten zu wollen. Da dieser aber, wie immer man ihn beurteilen mag, jedenfalls einen Krieg verloren hat, in dem alle heute wichtigen Mächte gegen ihn kämpften, befinden wir uns unvermeidlich in der Lage Frankreichs nach 1815 hinsichtlich der damaligen Beurteilung der französischen Revolution und der napoleonischen Ära. Für die Ludwig XVIII. und Karl X. im Europa der „heiligen Allianz" war die zurückliegende Epoche französischer Geschichte nicht nur aus Gründen ihrer bourbonischen Abstammung ein einziger monströser Prozeß von Gesetzwidrigkeit, Gewalttat und Verbrechen; wenn sie die politische Lage Frankreichs in jener Zeit zu verbessern wünschten, konnten sie auch als nüchterne Politiker sich nicht zu anderen Ansichten bekennen.

In unserer Zeit ist man bei ähnlichen Verhältnissen vor gleiche Probleme gestellt. Das sogenannte „Nürnberger Recht" (ein Unikum insofern, als es Angeklagte nach „Rechtsgrundsätzen" verurteilte, die nicht nur vor 1945 unbekannt waren, sondern auch seither k e i n e Gültigkeit erlangt haben, da die Vollversammlung der UN im Dezember 1948 es ausdrücklich abgelehnt hat, die in Nürnberg verkündeten Formeln als geltendes Völkerrecht anzuerkennen!) hat den Gesichtspunkt entwickelt, die Führer des Dritten Reiches hätten eine „Verschwörung" unternommen. „Gegen den Frieden" sagte man in Nürnberg, „gegen die Weimarer Republik" ist heutiger Sprachgebrauch*, insoweit nicht eine rein kriminelle Planung mit der ausschließlichen Absicht Massenmorde zu inszenieren, als Leitmotiv der deutschen Entwicklung im Vierteljahrhundert zwischen 1920 und 1945 angenommen wird. Solche Ansichten werden natürlich nicht ausgesprochen als

---

* In einem in der Zeitschrift „Der Ring" (Düsseldorf) Februar 1959 veröffentlichten Brief des damaligen Bundesministers Franz Josef Strauß wird in Bezug auf die NSDAP erklärt: „Diese Partei hat nun einmal den Kommunismus nicht als Feind der Demokratie sondern als Konkurrenten im Kampf gegen die Demokratie betrachtet." Diese Theorie, die die antimarxistische Frontstellung der NSDAP offenkundig unzureichend erläutert, beleuchtet aufschlußreich, in welche Schwierigkeit derzeit Politiker geraten, wenn sie Erklärungen über das Dritte Reich abgeben und dabei im Rahmen des „politisch Tragbaren" bleiben wollen.

das Ergebnis ernster historischer Prüfung, sondern mit dem Blick auf eine mißtrauisch wachsame Publizistik in aller Welt. Wer sich als Deutscher heute äußert, tut gut daran, Formulierungen zu wählen, die weder der „Prawda" noch der „New York Times" Anlaß zu Kritik bieten. Die antideutsche Propaganda ist immer noch das Feld, auf dem Übereinstimmung zwischen den beiden Weltmachtbereichen in einfachster Weise zustande kommt.
Ich hoffe mit diesen flüchtigen Hinweisen deutlich genug gemacht zu haben, daß wir Deutschen von einer „Bewältigung der Vergangenheit" heute nach wie vor ähnlich weit entfernt sind, wie in den Jahren nach 1945. Damals mußten wir uns in a l l e n Angelegenheiten der öffentlichen Diskussion nach dem Reglement der jeweiligen Militärregierungen richten, heute besteht jedenfalls in d i e s e r Frage ein von unseren eigenen Interessen gebotener Zwang zur Zurückhaltung. Unser Diskussionsbereich über Hitler und das „Dritte Reich" ist eng begrenzt. Wer ernstlich den Wunsch hat, eine offene innerdeutsche Klärung herbeizuführen und jenen so dramatischen Abschnitt mit dauerhaften Vorzeichen in unsere Geschichte einzuführen, der muß zunächst die Wiederherstellung einer zu innerer Diskussionsfreiheit ausreichenden deutschen Selbständigkeit bewirken!
Diese Aufgabe muß im Vordergrund stehen, auch auf die Gefahr hin, daß es noch lange dauert, bis uns ein nebel- und tendenzfreier Rückblick auf das gewährt wird, was wir selbst erlebt haben.

*

Hier könnte meine Schrift bereits zu Ende sein, wenn wir es nicht auch in diesem Fall mit der bekannten deutschen Untugend des Übereifers zu tun bekämen.
Dazu zwei Rückblicke:
Als im Frühjahr 1919 in Versailles sich die Alliierten wochenlang in den Haaren lagen, bevor sie sich über jene Verknüpfung zwischen der Reparationsforderung und „Kriegsschuld" einig wurden, meldeten sich auch auf deutscher Seite Leute aufsehenheischend zum Wort. Nach der Formel: „Wir müssen nur alles gestehen, dann werden sie uns verzeihen" fanden sie sich ohne Rücksicht auf die wirklichen historischen Tatbestände der Jahre vor 1914 zu Schuldbekenntnissen bereit, die der historischen Wirklichkeit nicht entsprachen und sogar in der gewiß löblichen Absicht, durch devotes Verhalten das Herz der Sieger zu rühren, an den Realitäten vorbeigingen. Der schon erwähnte spätere Lord Vansittart, damals junges Mitglied der britischen Friedensdelegation, spricht in seinen Erinnerungen nur spöttisch über diese deutschen Eiferer; er nennt sie ironisch „Mea-Culpisten".

Die Wirkung dieser deutschen Selbstbeschuldiger war eine ganz andere als sie erhofften. Sie bestärkten auf der Gegenseite nur die ganz „Harten", die da sagten: Die Deutschen werden Alles unterschreiben, ihr moralisches Rückgrat ist gebrochen!

Ein zweites nicht minder unerfreuliches Beispiel falsch gezielter deutscher Beflissenheit: Die Alliierten des Jahres 1945 betraten Deutschland mit dem festen Programm des sogenannten Morgenthau-Planes, der „Entindustrialisierung", „Entmilitarisierung" und „Entnazifizierung" vorsah; unter diesen Punkten war der erste schon am Tage des Waffenstillstandes als undurchführbar zu erkennen. Ohne physische Ausrottung von etwa drei Vierteln der deutschen Bevölkerung konnte der deutsche Industriestaat natürlich nicht „entindustrialisiert" werden. Es hätte eines Super-Dresden, einer vielhundertfachen Atombomben-Offensive gegen alle deutschen Industriebezirke bedurft, um diesen Punkt des „Morgenthau-Planes" zu erfüllen.

Am 8. Mai 1945 war diese Formel zwar nicht als Phantasieprodukt, wohl aber als realisierfähiges Programm gestrichen.

Die „Entmilitarisierung" ergab sich aus den Kapitulationsbedingungen, sie bedurfte keiner weiteren Planung.

So verblieb als Ziel alliierter Besatzungspolitik die sogenannte „Entnazifizierung" — ein Programm, das zunächst nur dem historisch Kundigen verständlich war, der wußte, mit welchen drakonischen Maßnahmen nach dem amerikanischen Bürgerkrieg (1861—1865) mit den unterlegenen Südstaaten verfahren wurde.

Indes — schon im Frühsommer 1945 stellte sich heraus, was gemeint war: Zunächst eine — völkerrechtswidrige — Verhaftungswelle, die fast alle ehemaligen Nationalsozialisten umfaßte. Unter die schematischen Vorschriften des „Automatic Arrest" fielen allein im Bereich der amerikanischen Besatzungszone 322 000 Deutsche, die im Laufe der Jahre verhaftet und in Internierungslager verbracht wurden. Damit nicht genug, weitere Hunderttausende ehemalige Nationalsozialisten sollten aus ihren Stellungen verwiesen, zu einfacher Arbeit „verurteilt", vor allem ihres privaten Eigentums beraubt werden. Später befaßten sich die sog. „Spruchkammern" allein in der US-Zone mit nicht weniger als 930 000 Einzelfällen. Insgesamt waren nach Schätzung des seinerzeitigen amerikanischen Militärgouverneurs General Clay in ganz Deutschland etwa 12 Millionen Männer, Frauen und Jugendliche „betroffen". Es gab schon damals nicht den leisesten Zweifel über die Ungeheuerlichkeit des ganzen Planes, der statt des dringenden Aufbaues des vielfach kriegszerstörten Landes eine uferlose Desorganisation bewirken sollte und bewirkte. Die Krise dieses Wahnwitzes konnte nicht ausbleiben, und sie blieb auch nicht aus. Der damalige amerikanische Militärgouverneur General Lucius D. Clay berichtete

später recht anschaulich, daß das ganze „Programm" vor dem Zusammenbruch stand und nur dadurch gerettet werden konnte, daß man die Durchführung „den Deutschen selbst" übertrug. „Eine genaue Übersicht über das Verwaltungsproblem genügte, mich davon zu überzeugen, daß gar keine andere Lösung in Betracht kam (that there was no other solution to this problem)", so drückt sich General Clay in seinen Erinnerungen* ungeniert und gewiß treffend aus. Man mußte auch in diesem Punkt den Morgenthau-Plan fallen lassen — oder man mußte Deutsche finden, die sich zur Durchführung dieser selbstmörderischen Verfolgungsorgie bereit fanden. Was daraus wurde, gehört gewiß zu den düstersten, kläglichsten und unwürdigsten Episoden der deutschen Geschichte. Mit schwammigen Phrasen auf den Lippen fand sich eine — der deutschen Ehre willen sei es bemerkt — zahlenmäßig begrenzte Anzahl von Leuten dazu bereit, nach sittenwidrigen, von den Besatzungsmächten befohlenen Gesetzen über ihre Landsleute Scheingerichtsverhandlungen zu halten und ihnen — oft auf Jahre hinaus — die Existenz zu beschränken oder gar zu vernichten. Hier war wieder einmal eine deutsche Ekstase am Werk, deren Betätigung auch einem Besiegten nicht zuzumuten war und die uns schon damals nur selbst geschadet hat. General Clay erzählt den Lesern seiner Erinnerungen die Geschichte eines amerikanischen Kongreßabgeordneten, der sich — zu Besuch in Deutschland — rundweg weigerte, mit deutschen „Entnazifizierungs"-Beamten zusammenzutreffen, indem er sie „traitors to their countrymen (Verräter an ihren Landsleuten)" nannte (a.a.O. Seite 259). Schon daß Clay diese Szene erwähnt, macht deutlich genug, daß auch hier die deutsche Bereitschaft zur Selbstgeißelung unser Ansehen nicht einmal bei denen stärkte, die sich ihrer bedienten.

Ich erwähne diese zurückliegenden Beispiele deshalb, weil wir hinsichtlich der „unbewältigten Vergangenheit" wieder vor einem ähnlichen Problem stehen: Es ist jedem Verständigen klar, daß wir uns heute und in naher Zukunft nicht in heftige Auseinandersetzungen über die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts einlassen können. Der Gewinn, den wir daraus ziehen würden, steht nicht in günstigem Verhältnis zu den Mißdeutungen, denen wir uns dabei aussetzen, und zu den Folgen, die einem mühsam genesenden Schwachen im Kreise von Überstarken daraus erwachsen könnten.

Die Anerkennung dieser Lage schließt aber nicht in sich, daß wir erneut jene erpichte Bußfertigkeit an den Tag legen, mit der man sich bei nüchternen Beurteilern nur den zweifelhaften Ruf eines unaufrichtigen Charakters erwirbt. Kein Verständiger in der ganzen Welt erwartet

* Lucius D. Clay: Decision in Germany, New York 1950, Seite 70.

von uns, daß wir die vor und nach 1945 von gewiegten Technikern der politischen Reklame entworfenen Formeln kritiklos übernehmen oder gar noch Falschdarstellungen und Verzerrungen selbst dazu liefern.

Ich jedenfalls bin der Ansicht, daß die heute geradezu zum Ritus entwickelte Theorie, es habe sich nach 1919 eine Clique von finsteren Verschwörern darangemacht, zunächst das deutsche Volk, anschließend Europa zu vergewaltigen, in der festen Absicht die ganze Welt zu erobern, in deutschem Munde stets peinlich und meist lächerlich wirkt. Es mag uns verwehrt sein, von dem recht reichhaltigen Arsenal nicht nur entwaffnender historisch-politischer Gegenargumente vollen Gebrauch zu machen; aber das ist doch kein Anlaß, nun unsererseits die für das deutsche Volk in der Gesamtheit nachgerade beleidigenden Theorien der Kriegspropaganda und der Nürnberger Justiz nachzubeten.

Der unterwürfige Augenaufschlag ist in der Politik ein ebenso schlechtes Mittel, wie der grobe Faustschlag auf den Tisch.

„Der Deutsche sitzt Dir an der Kehle — oder er liegt Dir zu Füßen" — auch d a s behauptete Lord Vansittart.

*

Heute bereits haben sich aus solchem Extremismus bedenkliche Folgen entwickelt. Mit staatlichen Machtmitteln und einem mißtrauisch überwachten Schul- und Publizitätssystem wurde der instinktiv widerstrebenden deutschen Öffentlichkeit eine Art antinationale Zwangsgesinnung oktroyiert. In besetzten Ländern ist ein solcher Vorgang zwar weder neu noch verwunderlich, aber er steht natürlich im Gegensatz zur gleichzeitig gewonnenen Erkenntnis, daß eine Wiedererstarkung des deutschen Staatswesens für die Konsolidierung Europas erwünscht sei. Es gibt bekanntlich — gegenwärtig erinnern uns die asiatischen und afrikanischen Völker daran — nur e i n Motiv, das einem Staat seelische Stärke und damit dauerhafte Kraft verleiht: das ist das volkliche, das „nationale" Zusammengehörigkeitsbewußtsein. Weltgeschichte war noch stets Völkergeschichte und sie wird es allen aufgeregten Propagandabemühungen zum Trotz auch in Zukunft bleiben. Der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow, Nachfolger Stalins und russischer Imperialist reinsten Wassers, hat vor einiger Zeit (Leipzig, 5. März 1959) mit Pathos erklärt: „In der Badewanne sind alle Menschen gleich." Nicht einmal das ist richtig. Politik und Geschichte sind keine Schönheits- und keine Nacktheits-Konkurrenzen, eher schon ein Wettbewerb der Geburtenziffer, vor allem aber ein Feld, auf dem außer materiellen Gegebenheiten auch seelische Energien entscheiden. Da unter dem Vorwand, „Faschismus" (eine alte

sowjetische Propagandaformel für jeden unbequemen Gegner von Tschiang Kai-schek bis zum Papst) zu bekämpfen, im gegenwärtigen Deutschland jede Regung nationaler Gefühle unterdrückt wird, ein natürliches Wissen und ein populärer Instinkt sich aber nicht beseitigen lassen, hat sich eine Art von organisierter Bewußtseinsspaltung eingestellt; sie bedarf — wenn die Normalisierung weiter verhindert wird — nur einer äußeren Krise, um in eine innere Katastrophe zu münden.

*

Nun zu dem konkreten Punkt, der die vorliegende Schrift begründet. In einer Verlagsankündigung las ich: *

> „Hans Buchheim, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte in München, legt hier die Essenz einer ernsten wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Epoche der deutschen Geschichte vor. Auf Grund der ihm zur Verfügung stehenden Primärquellen und nach dem neuesten Stand der Forschung stellt der Autor die wichtigsten Tatsachen-Zusammenhänge der Innen- und Außenpolitik des Dritten Reiches dar und erhellt die historischen Ereignisse aus ihren Voraussetzungen in der geistigen Situation der Zeit. Dank seiner Beherrschung des Stoffes ist Buchheim in der Lage, in Kürze und strenger Objektivität eine angenehm lesbare Darstellung zu geben . . ."

Gleichzeitig war zu erfahren, daß diese kurz gefaßte Geschichte des „Dritten Reiches" zunächst in einem vom Bundesministerium für Verteidigung herausgegebenen Handbuch als „Grundlage für den staatsbürgerlichen Unterricht der Truppe" veröffentlicht wurde. Sowohl die Ankündigung, wie diese Hinweise fordern zur Prüfung und Beachtung heraus. Es ist nicht irgendwer, der sich hier zu Worte meldet und es ist nicht nur ein belangloser Tageszweck, der verfolgt wird. Auch der lapidare Titel „Das Dritte Reich — Grundlagen und politische Entwicklung" unterstreicht den Anspruch des Verfassers, gewissermaßen „ex cathedra" Wahrheiten von bleibender Geltung auszusprechen.

Demgegenüber kann mir natürlich ein ähnlicher Optimismus hinsichtlich meiner Urteilsmöglichkeit über einen so umstürzenden Zeitabschnitt nicht in den Sinn kommen. Unter den heute gegebenen Verhältnissen eine Deutung des Dritten Reiches auch nur zu versuchen oder

---

* Hier und an allen weiteren Stellen dieser Erwiderung ist von der im Kösel-Verlag in München im Spätherbst 1958 erschienenen Schrift von Hans Buchheim: „Das Dritte Reich — Grundlagen und politische Entwicklung" die Rede.

gar seine Grundlagen und seine Geschichte ernstlich schildern zu wollen — eine solche Absicht müßte von vorneherein an der nüchternen Erkenntnis scheitern, daß ein zeitgenössischer Schriftsteller gerade bei diesem Thema nur die „Kunst des Möglichen" praktizieren kann.

Nur die Frage, ob und inwieweit in der so selbstbewußt angekündigten Publikation wieder einmal jene seltsame und für das deutsche Ansehen jedenfalls abträgliche Unterwürfigkeit am Werk ist, ob etwa gar unter dem Deckmantel der Wissenschaftlichkeit Legenden kultiviert werden, die der antideutschen Propaganda Stoff bieten könnten — das alles zwingt auch den Widerstrebenden dazu, einer solchen Schrift Aufmerksamkeit zu widmen und sie, wo nötig, richtigzustellen.

Nachträgliche Anmerkung:

Der Bayerische Rundfunk (UKW) strahlte am 23. 9. 1959 zwischen 21 und 22 Uhr eine Reportage über die Tätigkeit des Münchner „Instituts für Zeitgeschichte" aus, in der außer dem Hauptsprecher Dr. Albert Wucher und dem Leiter des Instituts auch Dr. Hans Buchheim zu Worte kam. Es wurde eingehend nicht nur über die Etatisierung dieses Instituts (mit ca. 350 000 DM jährlich) und über die angesammelten Materialien berichtet sondern auch die Aufgabe und Zielsetzung in Selbstdarstellungen der verantwortlichen Mitarbeiter beleuchtet. Mehrmals wurde ausdrücklich betont, daß die Arbeit des Instituts gegenüber der Zeit 1933—1945 „nicht neutral" ausgerichtet sei; als eine der wesentlichsten Aufgaben wurde die Mitwirkung an der vom ehemaligen Bundespräsidenten Heuss geforderten deutschen „Kollektivscham" bezeichnet. Gleichwohl wurden „Objektivität" und „Wissenschaftlichkeit" als Merkmale der Institutstätigkeit in Anspruch genommen. Wohl jeder nüchterne Hörer war von dem für eine aus öffentlichen Mitteln finanzierte Einrichtung ungewöhnlichen Bekenntnis zur Parteilichkeit und von der offenkundig mißbräuchlichen Anwendung der Vokabel „objektiv" verblüfft. Man braucht nicht einem „meinungslosen" Forschertyp das Wort zu reden, um doch zu wissen, daß eine sorgfältige und saubere Auseinanderhaltung der Tatsachen-Erkundung und ihrer späteren Beurteilung der Anfang aller wissenschaftlichen Arbeit ist und daß schon deshalb eine „nicht-neutrale Objektivität" undenkbar ist. In der erwähnten Rundfunkreportage wurde lebhaft darüber Klage geführt, daß das „Institut für Zeitgeschichte" von der Universität München nicht als akademische Einrichtung anerkannt ist. Ich glaube, daß das heftige Bekenntnis zu selbstgewählten tagespolitischen Propagandaaufgaben nicht nur das ausschließt, sondern auch die „Gutachter"-Tätigkeit in Frage stellt, die als ein wesentlicher Teil der Institutsarbeit hervorgehoben wurde. Unvermeidlich werden Gerichtsentscheidungen fragwürdig, wenn sie sich etwa auf Gutachten eines Instituts stützen, das absichtlich „nicht neutral" arbeitet, also die Fakten nicht von a l l e n Seiten prüft, nicht a l l e Deutungsmöglichkeiten sine ira et studio erörtert und vielleicht nicht einmal a l l e verfügbaren Quellen heranzieht. Zeitgeschichtliche Forschung ist sowieso und unvermeidlich fragmentarisch genug; wenn nicht einmal der W i l l e zu strikter Sachlichkeit besteht, kann nach meiner Ansicht von „Wissenschaft" kaum mehr die Rede sein.

LEGENDE UND WIRKLICHKEIT

„Am 30. Januar 1933 ernannte Reichspräsident von Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler. Damit vertraute er die Führung der deutschen Politik einem Manne an, der in 14jähriger Agitation aus seiner Feindschaft gegen die Weimarer Republik nie ein Hehl gemacht, vielmehr durch konsequent destruktive Taktik erheblich zum Entstehen ihrer Krise beigetragen hatte, deren Überwindung man nun von ihm erhoffte.

Deshalb empfand die deutsche Öffentlichkeit das Ereignis, obgleich es sich in legalen Formen vollzog, mit Recht als einen „Umbruch" und stand in Erwartung tiefgreifender Veränderungen, sei es im guten oder im bösen." *

Mit diesen wenigen einleitenden Sätzen begnügt sich die Schrift, die ich hier untersuche, zur Kennzeichnung der Vorgeschichte des 30. Januar 1933. Im weiteren Text ist noch einmal von den *„Wirkungen einer geschickt geförderten nationalen Grundstimmung"* die Rede und von *„alten Vorurteilen" „demokratisches und nationales Denken seien nicht miteinander vereinbar".*

Auch durch Weglassungen läßt sich ein falsches Bild entwerfen. So hat das Nürnberger Tribunal es strikt abgelehnt, auch nur das Wort „Versailles" zu dulden. Einer der Verteidiger mußte sein Plädoyer zweimal abbrechen und es schließlich vor der Verlesung dem Gericht zur Prüfung einreichen — nur weil er versuchte, den geschichtlichen Zusammenhang zwischen dem „Dritten Reich" und dem vorhergegangenen europäischen Hauptereignis herzustellen.

Auch hier hat die erste notwendige Richtigstellung den Charakter einer Ergänzung. Dr. Buchheim bleibt uns jegliche Erklärung dafür schuldig, was den erst im April 1932 mit den Stimmen fast aller demokratischen Parteien wiedergewählten Reichspräsidenten von Hindenburg bewogen haben mag, den Führer der NSDAP zum deutschen Reichskanzler zu ernennen. Er schweigt sich auch darüber aus, was diesen Adolf Hitler

* Die Zitate aus der Schrift Buchheims sind in *Kursiv*schrift wiedergegeben.

zu seiner angeblichen „Feindschaft gegen die Weimarer Republik" veranlaßt haben mochte. Hätte am 30. Januar 1933 ein Staatsstreich stattgefunden, könnten beide Fragen unerörtert bleiben; da aber die „Machtübernahme" „in legalen Formen", also im Rahmen der Weimarer Reichsverfassung sich vollzog, ist eine Untersuchung der Vorgeschichte wenigstens in ihren Umrissen eine notwendige Voraussetzung für jede Art der Erklärung. Man kann wirklich eine solche nicht unternehmen wollen, ohne sich wenigstens eine gewisse Vorstellung davon zu machen, in welchem Zustande sich damals Deutschland und die Welt befanden.

*

Der frühere britische Premierminister Winston Churchill hat vor einiger Zeit die Meinung vertreten, Hitlers Aufstieg „aus der Gosse" wäre undenkbar gewesen, hätten die Alliierten nicht im Herbst 1918 so borniert den Sturz der Hohenzollern gefordert. Die Mischung von Falsch und Richtig überrascht nicht bei diesem Mann. Es stimmt schon nicht, daß die Siegermächte von 1918 die Abdankung des Kaisers ausdrücklich verlangt hätten. Sie haben nur indirekt solche Wünsche laut werden lassen; die deutsche Waffenstillstands-Delegation wurde aber noch vom Kaiser Wilhelm II. entsandt und dessen Vollmacht anerkannt — die Abdankung des Kaisers wurde nicht vom alliierten Hauptquartier, sondern in Berlin erzwungen.

Trotzdem deutet Churchills Bemerkung den historischen Sachverhalt im Kern richtiger als das Nürnberger Tribunal es tat. Welch „schlechten Start" die Weimarer Republik im November 1918 notwendiger Weise gehabt hat, habe ich an anderer Stelle* skizziert. Es genügt hier die Erinnerung, daß die erste politische Handlung der neuen Männer in Berlin die Annahme der Waffenstillstandsbedingungen sein mußte, die in Compiegne am Tage zuvor noch den kaiserlichen Delegierten übergeben worden waren!

Auch in der Folgezeit erwies sich die Erwartung, die neue republikanische Staatsform in Deutschland werde die Sieger zu maßvollen Friedensbedingungen veranlassen, als eine Enttäuschung. Die deutsche Republik — nach Abschluß des Verfassungswerkes im Volk als „Weimarer Republik" bezeichnet — war und blieb der Prügelknabe der Siegermächte. Sie mußte das Versailler Vertragswerk zeichnen und sah sich zu einer „Erfüllungspolitik" gezwungen, die nach dem Willen der Siegermächte an der Grenze des Erträglichen nicht halt machen durfte.

---

* Vergl. „Das Erbe des falschen Propheten, Moskaus Kampf um Deutschland, von Lenin bis heute — und morgen?" Seite 84 ff.

Buchheim umreißt — an späterer Stelle — dieses Problem in seiner Weise:

„Hitlers Vorgänger im Kanzleramt hatten, mindestens bis zu Brüning, die Wiederherstellung der Rechte Deutschlands im selbstverständlichen Bewußtsein europäischer Solidarität betrieben und aus dem Verantwortungsgefühl, nichts zu tun, was auch in absehbarer Zukunft Anlaß zu einem neuen Krieg zwischen den Völkern Europas geben könnte. Hitler dagegen machte sich gerade den Mangel an europäischer Solidarität und Europas Sorge vor einem neuen Krieg zunutze."

Es ist hier nicht der Platz zu ausführlichen Erörterungen darüber, welche Regierungen jener Jahre — außer den wechselnden deutschen Kabinetten von Fehrenbach bis Brüning — sich das Bewußtsein „europäischer Solidarität" zur Richtschnur nahmen; es genügt der Hinweis, daß ein so überzeugter Verfechter des friedlichen Verhandelns mit dem Gegner, wie der langjährige Reichsaußenminister Stresemann schon 1929 erschöpft, erbittert, an seiner selbstgewählten Aufgabe verzweifelt, gestorben ist.* Er wußte schon damals, daß seine Politik gescheitert war. Der deutschen Öffentlichkeit wurde es erst später bewußt.

Es war kein Streit um die Staatsform — wie Buchheim uns glauben machen möchte —, der damals die deutsche Öffentlichkeit zu bewegen begann, sondern es war die Erbitterung über die Behandlung, die Deutschland seit 1919 erfahren hatte! Das Geheimnis des innenpoliti-

---

* Wie der verstorbene englische Minister Duff Cooper in seinen Erinnerungen berichtet, hat Stresemann im August 1929 wenige Wochen vor seinem Tod dem italienischen Botschafter Graf Grandi mit bitterem Ernst gesagt: „Ich bin ein alter Mann und werde bald sterben, aber Sie sind jung und werden den zweiten Punischen Krieg noch erleben." Er machte mit diesem Vergleich seine Überzeugung deutlich, daß sich an der Grundeinstellung der Versailler Siegermächte gegenüber Deutschland trotz aller Erfüllungspolitik nichts geändert hatte.

Sir Nevile Henderson (1939 britischer Botschafter in Berlin) beleuchtet in seinem während des Zweiten Weltkrieges geschriebenen Buch „Wasser unter den Brücken" (Deutsche Ausgabe Zürich 1949) den gleichen historischen Tatbestand von der anderen Seite:

„Die alliierten Mächte unter Führung von Lord Curzon waren in den Jahren 1922/23 in Lausanne so weise, am runden Tisch den Friedensvertrag von Sèvres (mit der Türkei) zu revidieren. Leider besaßen sie nicht den Mut, Deutschland gegenüber das gleiche zu tun, sondern zogen es vor, sich durch Hitlers Gewaltdrohung die einseitige Revision einer nach der anderen der Klauseln des Versailler Vertrages aufzwingen zu lassen."

Henderson nennt es eine „große, sogar lebenswichtige Lücke im Versailler Vertrag", daß keine Revisionsmöglichkeit auf dem Verhandlungswege vorgesehen war (a.a.O. Seite 320).

schen Aufstieges Hitlers in den Jahren 1928 bis 1933 liegt keineswegs darin, daß er etwa gegen die Republik als Institution, sondern ausschließlich darin, daß er gegen die „Erfüllungspolitik" aufgetreten ist. Als es vorher in dem Jahrfünft von 1924 bis 1929 den Anschein hatte, als ob die deutschen Verhältnisse sich trotz der Versailler Verpflichtungen normalisieren ließen, war Hitlers innenpolitische Bedeutung gering. Daß er freilich bereits damals die kommende Krise vorhersagte, hat seiner Argumentation später genützt, obwohl es nicht schwierig war, diesen Gang der Entwicklung zu prophezeien. Zu ungesund war das damalige Verfahren, durch Dollaranleihen beträchtliche Beträge nach Deutschland hereinzuholen, um sie dann anschließend als Wiedergutmachungszahlungen an die Versailler Mächte wieder zu verausgaben. Als dann ab Oktober 1929 — nach dem New Yorker „schwarzen Freitag" — eine Weltfinanzkrise sich entwickelte, war Deutschland natürlich am schwersten betroffen; schon im Sommer 1930 mußte die damalige Reichsregierung zum System der „Notverordnungen" übergehen, durch das in den Folgejahren der Einfluß des Reichstages auf die Politik lange vor Hitlers Ernennung zum Reichskanzler ausgeschaltet wurde. Schließlich wurde der Gedanke, von diesem an Illegalität grenzenden Gebrauch des Notverordungsrechtes endlich wieder freizukommen, einer der wesentlichen Gründe, die den Reichspräsidenten von Hindenburg bewogen, seinen zunächst sehr zähen Widerstand gegen die Berufung des Führers der inzwischen größten deutschen Partei aufzugeben.*

Auch wer sich nicht anheischig macht, „Geschichte" zu schreiben, kann diese Zusammenhänge nicht so völlig unerwähnt lassen, wie Herr Buchheim es für richtig hält. Allein die reinen Stimmenzahlen, die die NSDAP, bzw. Hitler in jenen Jahren auf sich vereinigte, verdeutlichen, daß hier nicht nur etwa eine „destruktive" oder auf „Vorurteile" spekulierende geschickte Propaganda wirksam war. Der Zusammenhang mit der politischen und wirtschaftlichen Gesamtentwicklung ist ebenso unverkennbar wie unbestreitbar.

Stimmenzahlen für die NSDAP bzw. für Hitler 1930—1932:

14. September 1930	6 406 400	18,3 Prozent der gültigen Stimmen
13. März 1932	11 341 360	30,1 „ „ „ „
10. April 1932	13 418 051	36,8 „ „ „ „
31. Juli 1932	13 732 779	37,1 „ „ „ „
6. November 1932	11 705 256	33,1 „ „ „ „

* Vergl. dazu und zu den folgenden Ausführungen den Briefwechsel mit Herrn Reichskanzler a. D. von Papen über die Vorgeschichte des 30. Januar 1933 (Seite 160 ff).

Es wird seither oft geltend gemacht, daß das Anwachsen der NSDAP vor allem durch fehlenden entschlossenen Widerstand der einflußreichen Parteien und der Regierungen der Weimarer Republik bewirkt worden sei. Wer die vielfältigen gegen die NSDAP gerichteten Regierungsmaßnahmen jener Jahre nüchtern prüft, wird zu dem Ergebnis kommen, daß diese Ansichten nicht stichhaltig sind. Es gab ein streng angewandtes „Gesetz zum Schutz der Republik" und es ist eine Tatsache, daß die Reichsregierung Hitler erst beträchtliche Zeit später gebildet wurde, als sie bei normalem Ablauf nach parlamentarischen Spielregeln hätte berufen werden müssen.
Nicht die oft sehr heftigen Verbotsmaßnahmen Brünings und der preußischen Staatsregierung haben den Stimmenzuwachs der NSDAP einzuschränken vermocht: diese letztere Wirkung hat erstaunlicherweise — wie aus den oben genannten Zahlen ersichtlich — nur die kurzdauernde Regierungstätigkeit des Reichskanzlers von Papen gehabt; es war dies die erste Reichsregierung, die zu erkennen gab, daß sie die Erfüllung der Versailler Vorschriften nicht als ihr Hauptanliegen betrachtete. Dennoch mußte das Papen-Experiment scheitern — Hitlers innerpolitische Stellung war längst zu stark geworden, als daß es möglich war, ohne ihn eine auf Mehrheit gestützte Regierung zu bilden. Nachdem schließlich im Dezember 1932 ein Versuch des bisherigen Reichswehrministers und nunmehrigen Reichskanzlers Schleicher, die NSDAP durch teilweise Regierungsbeteiligung von außen her aufzuspalten, gescheitert war, wurde für den Reichspräsidenten die Regierungsbeauftragung Hitlers unumgänglich, wenn er nicht den Weg des Putsches und einer Militärdiktatur beschreiten wollte. Für eine solche Lösung wiederum war das nach den Versailler Vorschriften auf einhunderttausend Mann reduzierte Berufssoldatenheer weder vorbereitet noch geeignet.
Von allen diesen Umständen und Zusammenhängen weiß Buchheim natürlich — aber er schweigt sich darüber aus.
Die deutsche Öffentlichkeit „empfand" das Ereignis des 30. Januar 1933 nicht nur als Umbruch, ein sehr beträchtlicher Teil hatte ihn in den vorhergegangenen Jahren entschieden gewollt und gefordert, es war nicht nur Sinn für „legale Form" sondern auch für politische Wirklichkeit, der den Reichspräsidenten nach langem Zögern zur Ernennung Hitlers bewog.
Die Vorgeschichte des 30. Januar 1933 darf umso weniger unbeachtet bleiben, als aus ihr mit zweifelsfreier Deutlichkeit sichtbar wird, was das deutsche Volk von Hitler e r w a r t e t e.
Hierzu bringt Buchheim wenigstens einige Bemerkungen: *„Die Wirtschaftskrise und die chronische Arbeitsunfähigkeit des Reichstages"* hätten viele Deutsche *„republikmüde gemacht, bzw. in ihrer Gegner-*

schaft gegen die Republik bestärkt, während nur die Wenigsten genügend politische Vorstellungskraft besaßen, um ermessen zu können, welche Konsequenzen eine Ausschaltung rechtsstaatlicher Sicherungen und eine Auflösung der demokratischen Ordnung haben würden".

An späterer Stelle (Seite 53) kommt Buchheim auf diesen Fragenbereich allgemein nochmals zurück:

> *„Der nationale Stolz, der die Niederlage nicht anerkennen und seinen ungebrochenen Kampfwillen beweisen wollte, gegen die Kriegsgegner jedoch vorerst nichts auszurichten vermochte, wendete sich deshalb gegen den eigenen Staat, als sei dessen Beseitigung die Vorbedingung und der erste Schritt zum Wiederaufstieg."*

Diese Ansicht mißt dem politischen Urteilsvermögen des deutschen Volkes keine erfreuliche Bedeutung bei. Ich bin damals noch sehr jung gewesen, aber ich weiß, was in jener Zeit die Deutschen bewegte. Es ging in jenen dramatischen Monaten, in denen über sechs Millionen Arbeitslose* wöchentlich an den Schaltern der Arbeitsämter Schlange standen, im Volk nicht um staatsrechtliche Probleme oder um Fragen des Nationalstolzes. Hitler wurde damals gewiß nicht als Feind der Republik, vielleicht als Gegner der offenkundig erfolglosen Erfüllungspolitik, vor allem aber wohl als ein „Mann der Tat" gewählt, von dem man erwartete, was er versprach: „Freiheit und Brot" — wobei unter „Freiheit" nationale Befreiung von den Versailler Beschränkungen und unter „Brot" umfassende Arbeitsbeschaffung verstanden wurde. Die Funktion des Reichstages — er war seit Jahren bedeutungslos geworden — beschäftigte nur wenige und niemand erwartete eine Ausschaltung rechtsstaatlicher Sicherungen.

Natürlich konnte kritisch Denkenden nicht verborgen sein, daß Hitlers Programm sich nicht darin erschöpfte, eine kurzfristige wirtschaftspolitische Nothilfe zu leisten.

Was er unter „nationaler Wiedergeburt" verstand, war deutlich genug in seinem Parteiprogramm ausgedrückt, dessen erster Punkt bereits nicht geringe außenpolitische Konflikte ankündigte: „Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Groß-Deutschland." Auch kräftige sozialrevolutionäre Töne waren vernehmbar: „Gemeinnutz geht vor Eigen-

---

* Am Stichtag 31. Januar 1933 wurden im damaligen Reichsgebiet 6 013 600 Arbeitslose statistisch erfaßt. (Vergl. Statistisches Handbuch von Deutschland 1928—1944. Herausgegeben vom Länderrat des Amerikanischen Besatzungsgebietes, München 1949). Die amtliche Statistik erfaßte dabei noch nicht einmal alle tatsächlich Arbeitssuchenden, insbesondere nicht sog. freie Berufe usw. Angesichts einer normalen Beschäftigtenzahl von etwa 30 Millionen war damals schätzungsweise jeder dritte erwerbsuchende Deutsche unbeschäftigt.

nutz". „Brechung der Zinsknechtschaft". Letztere Formel leitete bereits zu einigen Gesichtspunkten über, die mehr einer kleinen Oppositionspartei anstanden und nicht als ernstes Regierungsprogramm gewertet werden mußten.

Gründlichere Kenner Hitlers wußten schließlich noch, was er in seinem Buch „Mein Kampf" an Fernzielen entwickelt hatte. Hier wurde der Gedanke einer „rassischen Regeneration" verfochten und schließlich in Verfolg solcher Anschauungen die Aufgabe formuliert, „zwischen der Zahl und dem Wachstum des Volkes einerseits und der Größe und Güte des Grund und Bodens andererseits ein gesundes, lebensfähiges, natürliches Verhältnis" zu schaffen („Mein Kampf" Seite 728). Hitler ließ in seinem Buch keinen Zweifel, daß für solche Absichten die „Grenzen von 1914" nicht genügten und er machte klar, in welcher Richtung er die Raumausdehnung suchen wollte (a.a.O. Seite 742): „Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten."

Churchill hat später einmal über „Mein Kampf" bemerkt: „Es stand Alles darin."*

Jedenfalls läßt sich der Verlauf der Ereignisse nach 1933 ohne Schwierigkeit in jene drei Bereiche einteilen:

1. das Nahziel der staatlichen Sanierung (das allein ist in jenen Jahren den breiten Volksmassen bewußt und wichtig gewesen);
2. das Zwischenziel der Vervollständigung des „kleindeutschen" Reiches im Sinne eines alle Deutschen umfassenden Nationalstaates (verständlicherweise haben die Deutschen gutgeheißen, was als legales politisches Ziel bereits für Kolonialvölker anerkannt ist)**;
3. das Fernziel „Rasse und Raum" (hierzu läßt sich sagen: daran hat das deutsche V o l k weder 1933 noch später ernstlich gedacht, Hitler dagegen hat es stets im Auge gehabt).

Im Laufe der weiteren Besprechung wird von diesen drei Bereichen Hitlerscher Politik noch gründlicher zu handeln sein.

Hier genügt der Hinweis, daß keines dieser Ziele geheimgehalten war — bei Aufwand einiger Gründlichkeit standen diese Auflösungen des „Rätsels Hitler" dem interessierten Beobachter schon am 30. Januar 1933 zur Verfügung.

---

* Vergl. Winston S. Churchill: Der Zweite Weltkrieg, Deutsche Übersetzung, Band 1, Seite 78.

** Vergl. dazu die Studie „Österreich und die deutsche Einheit" (Seite 81 ff).

Buchheim irrt gründlich, wenn er leichthin ironisiert:

„Endlich lag im Osten der von Hitler erstrebte Lebensraum, auf dessen Eroberung er Deutschlands Politik seit 1936 abgestellt hatte — warum also den schwierigen Umweg über England gehen, wenn das eigentliche Ziel viel leichter zu erreichen war!" (Seite 65).

Von 1936 als zeitlichem Schnittpunkt dieser Zielsetzung kann keine Rede sein; was Hitler w i r k l i c h wollte war für einen sorgfältig prüfenden Zeitgenossen ohne Schwierigkeit zu erkennen, für den rückblickenden Historiker ist ein Zweifel gar nicht möglich.

*

Ein weiterer Punkt war gleichfalls damals schon klar: Hitler war „Antisemit" und die NSDAP verkündete ein innenpolitisches Programm, das Übereinstimmung von Staats- und Volkszugehörigkeit forderte und eine Art Fremdenrecht für bisherige Staatsbürger jüdischer Abstammung ankündigte.

Auch hier ist es nötig, die Auffassungen des Jahres 1933 heranzuziehen: „Antisemiten" hatte es schon im kaiserlichen Reichstag gegeben und eine antisemitische Volksstimmung hatte sich insbesondere in Süddeutschland in den Jahren nach 1918/19 herausgebildet. Es handelte sich stets ausschließlich um einen Protest gegen jüdische Betätigung im deutschen öffentlichen Leben*, nicht weniger, aber auch nicht mehr und nichts anderes bezeichnete in jener Zeit der Begriff „Antisemitismus".

In den entscheidenden innenpolitischen Auseinandersetzungen von 1932 bis 1933 war der antisemitische Aspekt gegenüber den viel bedeutenderen Fragen der Volkswirtschafts- und Außenpolitik zurückgetreten und es gab in den ersten Wochen der Kanzlerschaft Hitlers keine ernstliche innerdeutsche Diskussion über jüdische Probleme.** Ebenso wie dieser Umstand muß zur Verständlichmachung dessen, was an entscheidenden innenpolitischen Ereignissen des Frühjahrs 1933 bevorstand, die Überlegung erwähnt werden, die zweifellos viele kritisch Prüfende damals angestellt haben: Es gab zwar angesichts der Heftigkeit und des Nachdruckes, mit der Hitler sich in „Mein Kampf" über die Judenfrage aussprach, kaum eine Wahrscheinlichkeit, daß er im Zuge einer Befestigung seiner Regierung auf sein Programm einer Sondergesetzgebung gegen jüdische Einflüsse auf das öffentliche Leben verzichten würde; aber es gab andererseits auch auf jüdischer Seite ernsthafte Bestrebungen, die ebenfalls — wenn auch unter ganz anderen Gesichtspunkten — eine Trennung der „Symbiose", des

---

* Siehe dazu „Das Geheimnis der Endlösung" (Seite 204 ff.)

** Siehe dazu „Boykott 1933" (Seite 183 f.)

deutsch-jüdischen Zusammenlebens, wünschten. Hier der deutsche Politiker, der die Juden aus dem öffentlichen Leben entfernen wollte — dort die „Zionisten", die einen eigenen jüdischen Staat erstrebten: konnten diese Zielsetzungen sich nicht in einer für beide Teile annehmbaren Lösung, in einer vernünftigen Entwicklung treffen?!
Wir wissen heute, daß das nicht der Fall war und daß aus dieser Frage sich schließlich eine Katastrophe entwickelte*, aber das war d a m a l s nicht voraussehbar. Im Gegenteil: auch in rückblickender Betrachtung möchte man meinen, daß bei gutem Willen auf jeder Seite das Problem wahrscheinlich lösbar gewesen wäre.
Ich will Herrn Buchheim nicht zum Vorwurf machen, daß er keine solchen Hypothesen entwickelt, sie seien nur als Gedankensplitter aufgezeichnet; aber sie mußten erwähnt werden, weil sonst nachgerade unverständlich bliebe, was nun besprochen werden muß.
Auch Buchheim wäre besser beraten gewesen, ernstlich nach den Erwägungen zu fragen, die die doch gewiß n i c h t antisemitischen Politiker jener Weimarer Parteien, die zum Teil nach 1945 wieder erstanden sind, bewogen haben, Hitler in entscheidender verfassungsändernder Gesetzgebung ihre Stimme zu geben und ihm die Möglichkeit einzuräumen, ohne je die Weimarer Verfassung formal außer Kraft zu setzen, eine schließlich absolute Alleinherrschaft zu begründen und schon ab 1933 einer Flut von antisemitischen Maßnahmen Gesetzeskraft zu verleihen?!
Statt sich ehrlich und gründlich mit dieser Kernfrage des Frühjahrs 1933 auseinanderzusetzen sucht Buchheim eine Ausflucht in folgender Theorie:

> *„Der entscheidende Akt der Machtbefestigung war weder der knappe Reichstagswahlsieg der Regierungskoalition vom 5. März noch der Beschluß des Ermächtigungsgesetzes vom 23. März 1933, durch den das Parlament auf seine Mitwirkung bei der Gesetzgebung verzichtete, sondern die sogenannte ‚Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat'."*

Es sei nicht bestritten, daß jene Notverordnungen des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1933 (Buchheim irrt, wenn er nur von einer Verordnung spricht), die die Grundrechte der Presse- und Versammlungsfreiheit aufhoben und außerdem der Reichsregierung polizeiliche Befugnisse im Bereiche der Länder übertrugen, von beträchtlicher Bedeutung und weiter Auswirkung waren, da sie bis 1945 nicht wieder aufgehoben wurden.
Aber diese tatsächliche spätere Erfahrung kann und darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß gerade diese Notverordnungen des Reichspräsi-

* Vergl. dazu „Zur Genesis der deutschen Judenmaßnahmen" (Seite 198 f.)

denten auf Grund des Artikels 48 der Weimarer Verfassung durch den kurz darauf zusammengetretenen neugewählten Reichstag nicht nur nicht — wie es Recht des Reichstages gewesen wäre — wieder aufgehoben, sondern durch Annahme des verfassungsändernden „Ermächtigungsgesetzes" für d i e Regierung, die jene Notverordnungen veranlaßt hatte, deutlich genug gutgeheißen wurden.

Dieser historische Reichstagsbeschluß verdient beträchtlich mehr Beachtung, als Buchheim ihm widmet: Wie er richtig schreibt hatten die Wahlen vom 5. März 1933 für die Regierungskoalition NSDAP-DNVP nur eine knappe Mehrheit erbracht.* Für einen verfassungsändernden Reichstagsbeschluß, wie die Regierung Hitler ihn wünschte, blieb die Koalition auf die Unterstützung der sog. „bürgerlichen Mitte" angewiesen. Auch die auf Grund des Reichstagbrandes (Buchheim verzichtet auf die übliche, allerdings auch in Nürnberg nicht aufgestellte Behauptung, die „Nazis" hätten den Reichstag „selbst angezündet"**) verfügte Nichtanerkennung der kommunistischen Mandate verschob die Mehrheitsverhältnisse nicht ausreichend, um Hitler Verfassungsänderungen mit Hilfe seiner eigenen Partei einschließlich der Deutschnationalen zu gestatten.

Unerbittlich stellt sich die Schlüsselfrage: Welche Motive und Überlegungen haben insbesondere die zahlenmäßig entscheidende Zentrumspartei veranlaßt, Hitler ihre ausdrückliche Zustimmung zu einem Gesetz zu geben, dessen umwälzende Bedeutung für die künftige Entwicklung gerade im Lichte jener von Buchheim erwähnten Notverordnungen nicht zweifelhaft sein konnte?

Nicht nur weil die hier erwähnte politische Entscheidung von weittragender Bedeutung war, sondern weil es sich um einen Kreis von gewiß nüchternen, erfahrenen, durch Propaganda nicht beeinflußbaren Politikern handelte, darf diese Frage nicht einfach — wie Buchheim es versucht — beiseitegesetzt werden.

Alle diese Reichstagsabgeordneten, die am 23. März 1933 ihre Stimme für das „Ermächtigungsgesetz" abgaben***, ohne als Angehörige einer

---

* Bei der Reichstagswahl vom 5. März 1933 erhielten die Regierungsparteien: NSDAP 17,26 Millionen Stimmen (43,7 Prozent) und 288 Mandate, die Deutschnationale Volkspartei 3,11 Millionen Stimmen (8 Prozent) und 52 Mandate. Die übrige Sitzeverteilung war: SPD 119, KPD 81, Zentrum 73, Bayerische Volkspartei 19, Staatspartei 6, Splitterparteien 9 Sitze.

** Siehe dazu „Der Reichstagsbrand: erst die Lüge, dann die Fälschung" (Seite 174 ff.)

*** Bei der Reichstagsabstimmung vom 23. März 1933 stimmten 441 Reichstagsabgeordnete (also außer der Regierungskoalition noch weitere 101 Abgeordnete) f ü r und 94 g e g e n die Annahme des Ermächtigungsgesetzes. Bei einer Gesamtabgeordnetenzahl von 647 (einschließlich der nicht mehr anwesenden kommunistischen Abgeordneten) war die bei 431 Stimmen liegende verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit knapp, aber klar überschritten.

der beiden damaligen Regierungsparteien dazu von ihren Wählern beauftragt zu sein, k a n n t e n nicht nur Hitlers Nah-, sondern auch seine Fernziele; es handelte sich auch keineswegs um ihre erste Begegnung mit diesem Mann und seiner Partei. Seit mindestens zehn Jahren hatte jeder dieser Abgeordneten sich in fast allen öffentlichen Diskussionen mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzen müssen. Wohl nicht einer von ihnen hat jemals mit Hitler auch nur sympathisiert.
Trotzdem erteilten sie nun diesem Reichskanzler Vollmachten, wie sie kein deutscher Regierungschef vor ihm — auch Bismarck nicht — jemals erhalten hatte!*
Hitler konnte nun — allerdings mit zeitlicher Begrenzung auf vier Jahre (er achtete sorgfältig darauf, jeweils rechtzeitig vor Ablauf der Ermächtigung den Reichstag einzuberufen und die Verlängerung des Gesetzes beschließen zu lassen!) — von sich aus Gesetze erlassen, ohne außer dem Reichskabinett irgendeine Instanz auch nur zu Rate ziehen zu müssen!
Gewiß gab es noch den Reichspräsidenten — aber dieser war nach der Verfassung, die ja in Kraft blieb, an die Gegenzeichnung des Reichskanzlers gebunden. Und ebenso klar war, daß das Reichskabinett nur fachliche Funktion hatte, denn der Reichskanzler bestimmte verfassungsgemäß die Richtlinien der Politik!

---

* Das am 23. März 1933 nach dritter Lesung vom Reichstag beschlossene „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" hatte folgenden Wortlaut:
„Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrates hiermit verkündet wird, nachdem festgestellt ist, daß die Erfordernisse verfassungsändernder Gesetzgebung erfüllt sind:
Artikel 1: Reichsgesetze können außer in den in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch durch die Reichsregierung beschlossen werden. Dies gilt auch für die in den Art. 85 Abs. 2 und 87 der Reichsverfassung bezeichneten Gesetze.
Artikel 2: Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze können von der Reichsverfassung abweichen, soweit sie nicht die Einrichtung des Reichstages und des Reichsrates als solche zum Gegenstand haben. Die Rechte des Reichspräsidenten bleiben unberührt.
Artikel 3: Die von der Reichsregierung beschlossenen Gesetze werden vom Reichskanzler ausgefertigt und im Reichsgesetzblatt verkündet. Sie treten, soweit sie nichts anderes bestimmen, mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft. Die Artikel 68 bis 77 der Reichsverfassung finden auf die von der Reichsregierung beschlossenen Gesetze keine Anwendung.
Artikel 4: Verträge des Reiches mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen für die Dauer der Geltung dieses Gesetzes nicht der Zustimmung der an der Gesetzgebung beteiligten Körperschaften. Die Reichsregierung erläßt die zur Durchführung dieser Verträge erforderlichen Vorschriften.
Artikel 5: Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft. Es tritt mit dem 1. April 1937 außer Kraft; es tritt ferner außer Kraft, wenn die gegenwärtige Reichsregierung durch eine andere abgelöst wird."

Wie immer man die Lage betrachtet: Hitler ist nicht durch Putsch oder Umsturz, sondern durch Beschluß von demokratischen Politikern, über deren persönliche Integrität und Urteilskraft ein Zweifel nicht obwalten kann, in eine staatsrechtliche Position versetzt worden, wie sie in der modernen europäischen Geschichte einmalig ist.
Auch die Stellung des damaligen italienischen Ministerpräsidenten Mussolini in dem von ihm geschaffenen „Korporationsstaat" war — wie sich später erweisen sollte — staatsrechtlich keineswegs so stark, wie die Hitlers nach dem 23. März 1933.
Wenn Buchheim alle diese Tatbestände hastig umgeht, so geschieht das offenkundig aus dem praktischen Bedürfnis, eine Reihe von Politikern, die einerseits jenem so weittragenden Ermächtigungsgesetz als Gegner Hitlers zugestimmt haben, andererseits nach 1945 wieder öffentliche Funktionen wahrnahmen, nicht in die Diskussion um das Dritte Reich einzubeziehen. Man kann den Gesichtspunkt respektieren, daß in historischen Auseinandersetzungen kleinliches Mit-dem-Finger-Deuten fehl am Platze ist. Es geht hier auch gar nicht darum, menschliche Schwächen aufzudecken oder späteren Redewendungen entgegenzutreten; das wirkliche Problem liegt nicht im Menschlich-Allzumenschlichen, sondern im Sachlichen.
Wir müssen und dürfen ohne weiteres abstrahieren, was etwa an unerfreulicher Anpassung an sichtbare Machtverhältnisse oder an oberflächlichem Irrtum („Hitler wird in einigen Monaten gescheitert sein") bei jenen Entscheidungen der Oppositionsparteien* mitgewirkt haben mag — solche Motive können bei den meisten der beteiligten Persönlichkeiten nicht den Ausschlag gegeben haben. Leider liegt — nach meiner Kenntnis — trotz aller Memoirenfreude unserer Zeit bisher keine ernsthafte Äußerung eines Beteiligten über die wirklichen Erwägungen — aus damaliger Sicht gesehen — vor, die in jenen Monaten die Politiker der Weimarer Epoche bewegt haben.
Wir sind also auf Vermutungen angewiesen — und ich möchte meinen, daß es wohl vor allem die zurückliegenden a u ß e n p o l i t i s c h e n

* Die Sozialdemokratische Partei hatte am 23. März zwar g e g e n das sog. Ermächtigungsgesetz gestimmt, bei der nächsten Reichstagssitzung, in der Hitler eine außenpolitische Programmrede hielt, stimmte sie aber f ü r Annahme der folgenden Erklärung:
„Die Fraktionen der NSDAP, der DNVP, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei haben folgende Entschließung eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen: Der Deutsche Reichstag als die Vertretung des Deutschen Volkes billigt die Erklärung der Reichsregierung und stellt sich in dieser für das Leben der Nation entscheidenden Frage der Gleichberechtigung des Deutschen Volkes geschlossen hinter die Reichsregierung."
Von Interesse ist, daß Hitler in dieser „sehr maßvollen außenpolitischen Rede" — wie Buchheim sie nennt — bereits unmißverständlich den im Herbst folgenden Austritt aus dem Völkerbund angedroht hat.

Erfahrungen der betroffenen Parteien gewesen sind, die sie veranlaßt haben, Hitler „den Rubikon überschreiten" zu lassen.
Fast anderthalb Jahrzehnte hindurch hatten sie die Weimarer Republik einerseits gegen die Ansprüche und Eingriffe der Versailler Siegermächte, andererseits gegen die Gefahren aus dem Sowjetbereich zu verteidigen gehabt; ihr Versuch, durch Verhandlungsbereitschaft und Nachgiebigkeit eine Milderung der Versailler Bedingungen zu erreichen war in allen wichtigen Punkten gescheitert; andererseits war die Bürgerkriegsgefahr der Jahre 1919 bis 1923, wie sich aus dem neuerlichen Anwachsen der KPD-Stimmen unschwer ablesen ließ* wieder in den Vordergrund getreten: Nun hatte der Reichspräsident trotz aller Widerstände den Mann zum Reichskanzleramt berufen, der nicht nur sofort gegen die Kommunisten durchgriff, sondern sich auch anheischig machte, den Versailler Vertrag über Bord zu werfen.
Auch für einen nüchtern denkenden Politiker, dem die Geschichte des vorhergegangenen Jahrzehnts deutlich vor Augen stand, konnte der Schluß naheliegen: Alle anderen Mittel sind erschöpft worden, ohne Erfolg zu bringen; also ist die Stunde neuer Methoden gekommen, geben wir Hitler die Chance!
Im Hinblick auf die noch radikalere Ausschaltung des Reichstages als sie bereits seit 1930 üblich geworden war, mochte auch die Erwägung mitgewirkt haben, daß eine Reihe von Versailler Vertragsbestimmungen — insbesondere jene militärischer Art — nur unter Ausschluß der Öffentlichkeit unwirksam gemacht werden konnten, und daß es auch von einem strikt demokratischen Standpunkt aus vielleicht rätlich war, auf parlamentarische Mitwirkung und Mitverantwortung bei so prekären Experimenten zu verzichten, wie sie unzweifelhaft bevorstanden.

*

Buchheim hüllt sich noch hinsichtlich eines weiteren, nicht minder entscheidenden Vorganges fast völlig in Schweigen und muß diesbezüglich ergänzt werden: Es blieb nicht bei dem Ermächtigungsgesetz, son-

* Stimmenzahlen für die KPD bzw. für Thälmann 1924—1932:

7. 12. 1924	2 709 100	Stimmen	45 Reichstagsmandate
20. 5. 1928	3 263 400	„	54 „
14. 9. 1930	4 592 100	„	77 „
13. 3. 1932	4 983 197	„	(Reichspräsidentenwahl)
31. 7. 1932	5 278 094	„	89 Reichstagsmandate
6. 11. 1932	5 970 833	„	100 „

Besonders auffällig war das Ansteigen der kommunistischen Stimmenzahl zwischen März und November 1932 um fast eine Million Wählerstimmen. Erst die Reichstagswahlen vom 5. 3. 1933 brachten der KPD einen Rückschlag. An diesem Wahltag wurden noch 4 848 100 kommunistische Stimmen gezählt, die der KPD 81 statt bisher 100 Reichstagsmandate gesichert hätten, wenn sie nicht aufgelöst worden wäre.

dern es folgte in dem darauffolgenden Vierteljahr die Auflösung aller politischen Parteien mit Ausnahme der NSDAP!
Auch diese bedeutsame historische Angelegenheit ist alles andere als geklärt. Sicher ist nur, daß diese Vorgänge ebenso wenig, wie der Reichstagsbeschluß vom 23. März 1933 einfach nur — wie Buchheim es versucht — mit der *„unumschränkten Polizeigewalt"* erklärt werden kann, *„mit der Hitler seine Herrschaft sicherstellte"*. Nur die wirklich Eingeweihten könnten darüber aussagen, ob und inwieweit die Bereitschaft der Reichsregierung zum Abschluß eines neuen Konkordates mit dem Heiligen Stuhl (Paraphierung am 8. Juli, Ratifizierung am 22. Juli 1933) in atmosphärischem Zusammenhang mit der Selbstauflösung der Zentrumspartei (5. Juli 1933) stand, die sich im Jahre 1870 konstituiert und seither nie daran gedacht hatte, sich von der politischen Bühne zurückzuziehen. Daß ein Druck seitens Hitlers und des Reichsinnenministers ausgeübt worden ist, dürfte außer Zweifel stehen. Aber es gehörte bis dahin nicht zur Tradition der Zentrumspartei, einer Gefahr durch Nachgiebigkeit zu begegnen. Meine eigenen Erinnerungen aus der Berliner Zeit* setzen erst im Frühsommer 1933 ein, sie sind aus dem Bereich der Parteienauflösung sehr dürftig — ich war 22 Jahre alt und begann erst die Berliner Verhältnisse kennen zu lernen, als sich im Juni/Juli die innenpolitische Lage sturzflutartig veränderte. Fast über Nacht war alles verschwunden, was ich in den wenigen Jahren meiner politisch-publizistischen Tätigkeit bisher als Gegner kennengelernt hatte.

Buchheim begnügt sich mit dem schlichten Satz:

> *„Der Sinn der Gleichschaltungspolitik des Jahres 1933 war die Übertragung der politischen Prinzipien, nach denen sich die Partei organisiert hatte, auf alle Bereiche des öffentlichen Lebens, die auf diese Weise zentral steuerbar gemacht wurden."*

Auch wenn Buchheim statt des zweifellos unpassenden Wortes „Sinn" den Ausdruck „Absicht" setzen und wenn er eine Erklärung dafür abgeben würde, warum jener „Gleichschaltungspolitik" von seiten der bisher so einflußreichen Parteien und Organisationen nicht ein einziges ernsthaftes Hindernis in den Weg gestellt wurde — auch dann wäre die Hast nicht annehmbar, mit der über Ereignisse hinweggegangen wird, die die innerdeutsche Entwicklung der nächsten zwölf Jahre entscheidend bestimmt haben.

---

* Der Verfasser war seit 1931 als Student der Münchner Universität Mitarbeiter des damaligen Pressechefs der NSDAP, späteren Reichspressechefs Dr. Dietrich und — von diesem nach Berlin gerufen — seit Mai 1933 in der Berliner Wilhelmstraße tätig, zuletzt (1942—1945) als Stellvertretender Pressechef der Reichsregierung.

Nach dem Ermächtigungsgesetz war die Parteienauflösung der zweifellos folgenschwerste innenpolitische Vorgang des Dritten Reiches.
Ich hoffe gegen den Vorwurf der „späten Erkenntnis" gesichert zu sein, wenn ich kurz skizziere, welche beunruhigenden Ergebnisse der Parteienauflösung sich schon damals und nahezu augenblicklich für die NSDAP ergeben haben: Gewiß waren nun „alle Bereiche des öffentlichen Lebens steuerbar" geworden — aber gerade d a s zerstörte von heute auf morgen ja auch die NSDAP als dynamische politische Bewegung mit Zielen und Gegnern, und machte aus ihr einen Behörden-Organismus, der sich nur mit Mühe und aufgrund stetigen Widerspruchs ihres idealistischen Mitgliederteils vor dem Schicksal bewahren konnte, eine Art politischer Hilfspolizei zu werden. Gewiß haben die Partei und ihre Organisationen in der Folgezeit auch viele nützliche Aufgaben erfüllt — vor allem im Krieg und zuletzt bei der Betreuung der Opfer des Luftkrieges und der Flüchtlinge — aber p o l i t i s c h e Aufgaben waren das nicht mehr. Die NSDAP hörte sogar auf, eine Schule für politischen Nachwuchs zu sein — Führungseigenschaften sind nun einmal nicht lehrbar und alle späteren Ordensburgen und Erziehungssysteme konnten das wirkliche Leben: die Auseinandersetzung mit einem sichtbaren und einem sich wehrenden politischen Gegner, nicht ersetzen.
Das war e i n Gesichtspunkt — er wurde von vielen denkenden Nationalsozialisten damals sofort erfaßt.
Die weiteren hier vorzubringenden Gesichtspunkte sind — wie ich zugebe — erst Ergebnisse s p ä t e r e r Meinungsbildung:
Es war klar, daß die Gegner der politischen Ziele Hitlers — einerseits diejenigen, die bereits einen Bruch der Versailler Bestimmungen und die „großdeutsche" Zielsetzung als ein unerwünschtes oder ein zu gewagtes Spiel beurteilten, andererseits solche, die das vermutlich nur durch Krieg erreichbare Fernziel der östlichen Raumausweitung ablehnten (von Kritikern einzelner sonstiger Programmpunkte ganz zu schweigen) — nicht plötzlich in die Stratosphäre verschwunden waren und daß sie auch gewiß nicht aufhören würden, im Sinne ihrer entgegengesetzten Ansichten tätig zu werden. Wie und wo aber würde dies geschehen? Kaum war — am 27. Juni 1933 — die Deutschnationale Volkspartei aufgelöst, da mußte die Staatspolizei unvermeidlich sogar auch diese an der Regierung beteiligte Gruppe in den Bereich ihrer Überwachung einbeziehen . . .
Da es nun keine Parteivorstände, keine Parteiversammlungen, keine Zeitungen dieser verschwundenen politischen Bewegungen mehr gab, konnte gewissermaßen nur noch im Wege der innenpolitischen Spionage herausgebracht werden, was in allen diesen Kreisen nun eigentlich vor sich ging: Ob hier harmlose Staatstreue praktiziert wurde,

oder ob sie Putsch und Umsturz vorbereiteten. Gewiß hätten Bestrebungen letztgenannter Art auch bei Bestehen von Organisationen sich nicht offen manifestiert, aber das geistige Vorfeld hätte sich doch überblicken lassen.

Daß die Leistung der ab 1933 eilig aus dem Boden gestampften „Geheimen Staatspolizei" — neben vielen anderen Aspekten — rein vom Standpunkt der tatsächlichen Staatssicherheit aus unbefriedigend gewesen ist, wurde später deutlich genug sichtbar: Diese Behörde hat aufgrund alter Unterlagen zwar fleißig Adressenmaterial für Verhaftungen meist ungefährlich gewordener Leute gesammelt, aber sie hat so gut wie keine Ahnung gehabt von der Verschwörung, die jahrelang die Büros der Wilhelmstraße und des Generalstabs durchsetzte. Neugierige Radiohörer, die einmal den Abhörknopf zu weit in Richtung London drehten, wurden mit hartem Polizeigriff erfaßt, Stauffenbergs Aktentasche mit der Explosivladung aber konnte am 20. Juli 1944 unkontrolliert an Hitlers Beratungstisch niedergelegt werden; solche Beispiele mögen überspitzt klingen, aber sie treffen die Lage, die für den S t a a t dadurch entstand, daß die Gegner des Regimes sich seit 1933 nur noch im Untergrund bewegten.*

Wenn ich zunächst die eng parteipolitischen und die staatspolizeilichen Aspekte erwähnt habe, weil sie am deutlichsten greifbar sind, so möchte ich aber doch als Publizist und kritischer Betrachter auch die folgenden Gesichtspunkte nicht übergehen:

Nichts ist nachteiliger für eine Argumentation, als wenn sie die Gegenargumente sich gewissermaßen selbst konstruieren, wenn sie der indirekten Mitwirkung des Gegners entraten muß, der schwache Punkte sofort aufdeckt, zur Selbstkontrolle zwingt, Verirrungen und Unhaltbarkeiten rechtzeitig abschneidet.

Natürlich war es bequem, mit keinerlei öffentlichem Widerspruch rechnen zu müssen (erst mit der Parteienauflösung war diese Lage wirklich gegeben), aber nun begannen statt der Gegner die Anhänger und Freunde zur Gefahr zu werden — welcher extreme Unsinn ist nicht alles unter dem Stempel „Nationalsozialismus" geredet und geschrieben worden: nur deshalb, weil der Wasserguß des Gegners die erhitzten Köpfe vieler „kleinen Hitlers" nicht mehr erreichen konnte.

Wenn Hitler meinte, durch die strikte „Steuerung" der öffentlichen Meinungsmittel politische Erfolge und Vorteile erzielen zu können, so hat sich das in der Endaufrechnung gewiß als Irrtum erwiesen: Im Kriege hatte er die Möglichkeit sowieso (die „Disziplinübungen" etwa der britischen Presse während der beiden Weltkriege bieten klassische Beispiele!), in Friedenszeiten konnte die Weltwirkung der deutschen

* Siehe dazu „Der 20. Juli 1944" (Seite 218 ff.)

Argumente nur verstärkt werden, wenn ihnen eine innerdeutsche Diskussion vorangegangen war. In allen Hauptstationen der kommenden Entwicklung und allen bevorstehenden politischen Krisen — etwa bei Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, der Rheinlandbesetzung, dem Österreich-Anschluß, der Danziger Affäre — konnten auch etwaige Oppositionsparteien und deren Zeitungen ihre Zustimmung kaum verweigern . . .
Andererseits: wieviel nutzloser, schädlicher und gefährlicher, mit den wirklichen politischen Zielen der Reichsregierung in keinerlei Zusammenhang stehender Unfug in Publizistik und persönlichem Verhalten wäre allein schon durch die Existenz öffentlich tätiger Gegnergruppen verhindert worden!
Wenn ich schließlich — meine Eigenschaft als sachkundiger Beurteiler d i e s e r Frage wird kaum bestritten werden — an die Situation in der damaligen und späteren internationalen Propaganda denke, dann gibt es für mich kaum einen Zweifel mehr: Es war nicht nur ein erstrangiger politischer Fehler, die Auflösung der Parteien im Jahre 1933 zu betreiben*, man hätte einen solchen Vorgang gar nicht d u l d e n dürfen!

*

Diese Bemerkungen haben — ohne vollständig zu sein — allzuweit vom begrenzten Thema dieser Schrift weggeführt. Kehren wir zu Buchheim zurück:
Bevor er zur Besprechung der vom neuformierten Staat veranlaßten allgemein-politischen Entwicklung übergeht, schaltet er einen Absatz über die Bildung der „Deutschen Arbeitsfront" ein. Er spricht nicht über das unmittelbar vorangehende Ereignis: Die Einführung des 1. Mai als Nationalfeiertag und die erstmalige staatliche Feier — organisiert von der Regierung und den Betrieben, ohne Beteiligung der Gewerkschaften; diese blieben schweigend beiseite und ihre Zentralbüros wurden am nächsten Tag durch Beauftragte der sog. „NS-Betriebszellen-Organisation" übernommen. Buchheim gebraucht den Aus-

* Von unterrichteter Seite (Reichsminister a. D. Lammers) wurde ich darauf hingewiesen, daß der Anstoß zu Hitlers Entschluß, die Parteienauflösung zu betreiben, ausgerechnet von deutschnationaler Seite gegeben worden war; der damalige deutschnationale Parteivorsitzende Hugenberg förderte im Frühjahr 1933 den Aufbau einer, der nationalsozialistischen SA ähnlichen „Kampforganisation", die mit grünen Hemden uniformiert war und einen erstaunlichen Zulauf fand. Bei einer im Juni in Berlin durchgeführten polizeilichen Untersuchung stellte sich heraus, daß fast alle diese „Grünhemden" eingeschriebene Mitglieder der KPD gewesen waren; z. T. trugen sie sogar ihre alten KPD-Ausweise noch bei sich. Dieser Vorfall begründete auch bei manchen Mitgliedern des Reichskabinetts (Hugenberg war am 29. 6. 1933 von seinem Ministeramt zurückgetreten) den Eindruck, daß die illegale KPD die nichtnationalsozialistischen politischen Organisationen „unterwandere".

druck: *„gewaltsame Beseitigung der Gewerkschaften"*; es war ein gewiß ungesetzlicher, revolutionärer Vorgang, aber zum Merkmal der Gewaltsamkeit fehlte nach meiner Kenntnis die Voraussetzung des Widerstandes.
Über die eigentliche Bedeutung des Vorganges urteilt Buchheim nicht unzutreffend:

> *„Die Organisation der deutschen Arbeit in der ‚Deutschen Arbeitsfront' . . . war verbunden mit dem Versuch, die Sozialpartnerschaft und die gesellschaftliche Stellung des Arbeiters grundlegend, und auf den ersten Blick vielversprechend, neu zu ordnen. An Stelle der Fronten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer trat der Betrieb als Interessen- und Leistungsgemeinschaft. Der Arbeiter erhielt Lohn- und Versorgungsgarantien und erfuhr durch die propagandistische Betonung des sittlichen Wertes der Arbeit (‚Arbeit adelt') eine Hebung seines gesellschaftlichen Ansehens und eine Stärkung seines Selbstbewußtseins."*

Buchheim beeilt sich hinzuzufügen, daß *„diese Vorteile in dem sich entwickelnden totalitären System als belastende Hypothek"* gewirkt hätten, weil *„schlechte Leistungen keine Privatsache mehr"* gewesen seien, sondern *„schon im Frieden"* zum *„politischen Vergehen"* wurden. Es fehlen mir Unterlagen zur Beurteilung der Frage, ob — außer unter dem Arbeitspflichtverhältnis der späteren Kriegszeit — jemals irgendwer zur Arbeit gezwungen wurde, wenn er nicht zu arbeiten wünschte. Ich glaube nicht, daß die diesbezügliche Buchheim'sche Bemerkung mehr ist als eine Floskel ohne tatsächlichen Hintergrund. „Recht auf Arbeit" war eine sehr oft zitierte Forderung, die „Vollbeschäftigung" ein volkswirtschaftliches Programm, es konnte und kann aber nie vernünftig sein, ein politisches Postulat auf Arbeitsleistung gegenüber Arbeitsunwilligen aufzustellen; in deutschen Verhältnissen scheint mir das auch kein Problem der Praxis zu sein.
Über die ernstliche Einordnung des DAF-Experimentes — nur um ein solches konnte es sich in den wenigen Friedensjahren handeln — in die sozialrevolutionären Vorgänge des Industriezeitalters deutet Buchheim sein Urteil in den zitierten Absätzen nur an. Es hätte sich immerhin der Hinweis gelohnt, daß hier genau das unternommen wurde, was Marx als „Revisionismus" leidenschaftlich verdammt hat: Nämlich eine bewußte Außerkraftsetzung des überbetrieblichen, ja von Marx sogar als international geforderten „Klassenkampfes" durch entschiedene Entwicklung der Partnerschafts-Idee im Betriebsorganismus und dessen Bewertung als volkswirtschaftliche Energiequelle. Die Idee der „Betriebsgemeinschaft" war durchdacht worden und hatte praktische Gestalt anzunehmen begonnen; ihre logische Weiterentwicklung mußte

— jedenfalls in größeren Verhältnissen — zu einer Besitzbeteiligung der „Gefolgschaft", zu einer Art Arbeiter-Aktiengesellschaft führen.
Von unmittelbarer Bedeutung schon in der kurzen Spanne des „Dritten Reiches" wurden die Ansätze, die sich in der Deutschen Arbeitsfront ausprägten, insofern als es in Deutschland in jenen Jahren — auch nicht in der Zerreißprobe der letzten Kriegsphase —, keinen proletarischen Widerstand gegeben hat. Dies ist um so bemerkenswerter, als die deutsche Wehrmacht natürlich auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht — gering geschätzt — einige Hunderttausend der sechs Millionen kommunistischer Wähler des Jahres 1932 in ihren Reihen aufgenommen hatte.
Daß die den Bestrebungen der „Deutschen Arbeitsfront" entgegengesetzte marxistische Ideologie im gleichen Zweiten Weltkrieg, sehr zum Unterschied zum Ersten, keine tiefgreifende Wirkungen in den einzelnen kriegführenden Nationen ausgeübt hat, nicht einmal in der russischen, darüber habe ich an anderer Stelle gehandelt.*

*

Ich folge der Buchheim'schen Einteilung des Stoffes, wenn ich hier gleich seine Darstellung des 30. Juni 1934 prüfe und erörtere:
Auch zu diesem zweiten revolutionären Akt — nach der Überführung der Gewerkschaften in die „Deutsche Arbeitsfront" — faßt sich Buchheim recht kurz und läßt, wie wir sehen werden, Wesentliches unerwähnt.
Buchheim hatte überleitend bemerkt, daß Hitler sich bei seinen *„Gleichschaltungsmanövern" „klugerweise"* nicht in einen Kampf mit *„traditionellen Mächten"* wie Ministerialbürokratie, Kirchen und Wirtschaft eingelassen habe, sondern es vorzog, *„sie abzunutzen"*. Eine *„ernste Störung dieser Taktik"* habe es für ihn bereits im Herbst 1933 bedeutet, daß die SA *„aus der Tatsache, daß sie Hitler die Macht erkämpft hatte, begreiflicherweise den Anspruch ableitete, bei der nun fälligen Neuordnung Deutschlands ein Wort mitzureden"*.

> *„Sie gab sich unter der Führung Röhms nicht damit zufrieden, daß sie sich einige Monate lang gegen ihre Feinde hatte austoben dürfen, sondern zeigte sozialrevolutionäre Ambitionen und wollte in den neuen Staat ihrer Macht entsprechend sinnvoll eingegliedert werden. Als nationalsozialistisches Volksheer wünschte sie, zunächst neben und später an die Stelle der Reichswehr zu treten. Dem konnte Hitler unter keinen Umständen entsprechen. Weder war seine Stellung schon genügend gefestigt, daß er sich mit der Reichswehr hätte verfeinden können, am allerwenigsten, solange Hinden-*

* Vergl. „Das Erbe des falschen Propheten" (Seite 213).

burg noch lebte, noch gestatteten es seine außenpolitischen Pläne, auf die militärisch erstklassig geschulte Armee, besonders auf deren Offizierskorps, zu verzichten, das erst in Jahrzehnten vollwertig zu ersetzen gewesen wäre. So mußte er darauf sinnen, die SA als Machtfaktor auszuschalten."

Das alles klingt recht einleuchtend, wird jedoch sinnlos, wenn man — wie Buchheim vermutlich weiß, aber nicht erwähnt — die Tatsache in Rechnung zieht, daß die Reichswehr in den Bedingungen zur Regierungsbildung vom 30. Januar 1933 ausdrücklich dem Einfluß des Reichskanzlers entzogen worden war. Was mußte für Hitler demgemäß näherliegen, als gerade das zu billigen, was Röhm durch beträchtliche Erweiterung und Bewaffnung der SA im Sommer und Herbst 1933 betrieb?! Daß Röhm noch im Dezember 1933 zum Reichsminister ernannt wurde, entsprach diesem politischen Sachverhalt und läßt nicht gerade darauf schließen, Hitler habe schon damals darauf gesonnen, „die SA als Machtfaktor auszuschalten" — ein Bestreben, das nicht ohne weiteres logisch sein konnte, denn er war ja schließlich selbst „Oberster SA-Führer" und Röhm nur sein Stabschef*.

Hören wir was Buchheim weiter sagt:

„Er ließ die Dinge so lange treiben, bis er sicher sein konnte, daß die Reichswehr einen Gewaltstreich gegen die SA nicht nur dulden, sondern sogar erleichtert begrüßen würde. Diese Aktion erfolgte am 30. Juni 1934."

Es stehen Buchheim sicherlich auch Berichte über interne Ereignisse damaliger Zeit zur Verfügung: Beispielsweise Aufzeichnungen über Hitlers Ausführungen vor der SA-Führerschaft im Anschluß an deren Zusammenkunft von Friedrichsroda Ende Januar 1934. Hitler hat die Dinge keineswegs „treiben lassen", sondern schon zu diesem Zeitpunkt eine klare Wendung vollzogen, die er in der Formel ausdrückte, daß es nur e i n e n „Waffenträger der Nation" geben könne, und das sei die Reichswehr. Welche Überlegungen und welche Einflüsse in jenen Monaten für Hitler maßgebend gewesen sein mögen, ist ein historisches Problem, das der Klärung noch bedarf. Die wehrpolitischen Erwägungen, die Buchheim anführt, haben gewiß eine Rolle gespielt, sie sind aber ebenso sicher nicht erschöpfend; das historische Beispiel der Revolutionsheere der französischen Revolution war n i c h t abschreckend und konnte Hitler eher ermutigen, die von der SA im Jahre 1933 begonnene Entwicklung weiter zu treiben. Stattdessen erteilte er nun einen klaren Rückzugsbefehl — daß Röhm diesen nicht beachtet hat, führte schließlich zur gewaltsamen Lösung des 30. Juni 1934.

---

* Siehe dazu und zu den folgenden Absätzen: „Zur Problematik des 30. Juni 1934" (Seite 185)

Wenn Buchheim weiter schreibt, die Ereignisse dieses Tages seien der *„Anfang vom Ende der konservativen Stilisierung der nationalsozialistischen Herrschaft"* gewesen, so läßt sich das genaue Gegenteil wahrscheinlich mit mehr Recht behaupten: An diesem Tage wurde ein Verzicht auf die Revolutionierung genau des Teiles des Staatsapparates proklamiert, auf den es im Zuge des außenpolitischen Nah- und Fernprogramms entscheidend ankommen mußte.

Daß der Anteil führender Reichswehrkreise und vor allem des Reichspräsidenten von Hindenburg an den Ereignissen viel beträchtlicher war, als Buchheim das wahrhaben will, wußte damals jeder Zeitungsleser. Buchheim meint einerseits, der *„hundertfache Mord von Staats wegen"* habe damals vielen Deutschen *„die Augen geöffnet"*, fügt aber hinzu:

> *„Da der höchst illegale Akt gerade die bisherigen Exponenten der Illegalität getroffen hatte, machten sich viele andere wiederum die Illusion, es sei nur ausgetilgt worden, was bisher nicht recht in das Bild einer gesitteten nationalen Erhebung gepaßt hatte ..."* (Seite 15).

Die deutsche Öffentlichkeit hielt sich in ihrer Meinungsbildung damals vor allem an das Telegramm, das der Reichspräsident aus Neudeck unmittelbar an Göring sandte, der für die blutigen Ereignisse in Berlin die Verantwortung trug:

> „Für Ihr energisches und erfolgreiches Vorgehen bei der Niederschlagung des Hochverrats-Versuches spreche ich Ihnen meinen Dank und meine Anerkennung aus.
> Mit kameradschaftlichen Grüßen gez. von Hindenburg"

In einem etwas später abgesandten Telegramm an Hitler erklärte Hindenburg: „Sie haben das deutsche Volk aus einer schweren Gefahr gerettet."

Und als das Reichskabinett am 3. Juli 1934 zusammentrat erhob sich vor Beginn der Sitzung der Reichskriegsminister von Blomberg, um Hitler persönlich den „Dank des Reichskabinetts und der Wehrmacht" auszusprechen . . .

Buchheim geht dann dazu über, die Vorgänge bei Hindenburgs Tod (2. August 1934) polemisch zu behandeln. In *„naiver Dankbarkeit"* habe die Reichswehr-Führung damals *„die Hand zu einem Coup von eminenter Bedeutung und unabsehbaren Folgen"* geboten. Er meint damit den Beschluß des Reichskabinetts, das in der Nacht vor Hindenburgs Tod die sofortige Vereinigung der Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers beschloß, was wiederum automatisch die Vereidigung der Wehrmacht auf Hitler nach Hindenburgs Tod zur Folge hatte.

Angesichts der seit dem Ermächtigungsgesetz und der Parteienauflösung gegebenen innerpolitischen Lage waren diese Maßnahmen weder überraschend, noch ergaben sich sachlich neue Folgen; natürlich wäre es staatsrechtlich eleganter gewesen, die in der Weimarer Verfassung vorgesehene formale Zwischenpräsidentschaft des Reichsgerichtspräsidenten einzusetzen. Man wird auch bedauern müssen, daß die dann folgenden Wahlen vom 19. August 1934 den Charakter von Scheinwahlen erhielten.* Es gibt freilich nicht den leisesten Zweifel darüber, daß Hitler auch bei normaler Wahl und auch im Falle des Auftretens eines Oppositionskandidaten als Reichspräsident gewählt worden wäre. Schon 1932 hatte er als Gegenkandidat Hindenburgs 13,5 Millionen Stimmen auf sich vereinigt. Diesmal aber hatte der verstorbene Reichspräsident in seinem — am 11. Mai geschriebenen und am 15. August 1934 veröffentlichten — politischen Testament, das er „Dem deutschen Volke und seinem Kanzler" widmete, nahezu leidenschaftliche Erklärungen für Hitler niedergelegt:

> „Ich danke der Vorsehung, das sie mich an meinem Lebensabend die Stunde der Wiedererstarkung hat erleben lassen. Ich danke all' denen, die in selbstloser Vaterlandsliebe an dem Werke des Wiederaufstiegs Deutschlands mitgearbeitet haben. Mein Kanzler Adolf Hitler und seine Bewegung haben zu dem großen Ziele, das deutsche Volk über alle Standes- und Klassenunterschiede zur inneren Einheit zusammenzuführen, einen entscheidenden Schritt von historischer Tragweite getan . . ."

Hätte also jener „Coup", wie Buchheim sich ausdrückt, nicht stattgefunden, so wäre die Reichswehr zwar nicht am 2. August, wohl aber 18 Tage später, am Tag nach der Reichspräsidentenwahl aufgerufen gewesen *„bei Gott Hitler persönlich unbedingten Gehorsam zu schwören"*, wie Buchheim sich mit Recht feierlich ausdrückt. Der Fahneneid ist in der Tat die wichtigste Bindung, der ein Staatsbürger unterworfen ist; sie kann zum Sterben verpflichten . . .

*

Buchheim geht nun sofort zur Erörterung der außenpolitischen Vorgänge über, obwohl zum Verständnis dessen, was nun kam, der Hinweis unerläßlich ist, daß sich die volkswirtschaftlichen Schwierigkeiten inzwischen beträchtlich gemildert hatten. Die Arbeitslosen-Statistik — damals der Hauptgradmesser der Entwicklung — weist bis zur er-

---

* Immerhin machten damals 4 294 654 Wähler von der Möglichkeit Gebrauch, g e g e n Hitler zu stimmen, außerdem wurden bei Veröffentlichung des Wahlresultats 872 296 Stimmzettel als ungültig ausgewiesen. Bei einer Wahlbeteiligung von 95 Prozent erhielt Hitler 89,93 Prozent aller abgegebenen Stimmen.

wähnten Reichspräsidentenwahl im August 1934 die nachstehenden Positionen auf:

Zahl der statistisch erfaßten Arbeitslosen:

am 31. Januar 1933	6 013 600
30. Juni 1933	4 856 900
31. Dezember 1933	4 059 100
30. Juni 1934	2 480 800

Es ist dabei zu erwähnen, daß Rüstungsmaßnahmen der Regierung in jenem Zeitbereich noch keine volkswirtschaftliche Bedeutung gehabt haben. Ich bin nicht Fachmann genug, um Buchheims an späterer Stelle beiläufig vorgebrachte These auf ihre Richtigkeit zu untersuchen, wonach dem damaligen Reichsbankpräsidenten Schacht (vom 3. August 1934 bis zum 26. November 1937 auch Reichswirtschaftsminister) *„zu einem beträchtlichen Teil die erstaunlichen wirtschaftspolitischen Erfolge der ersten Jahre des Dritten Reiches zu verdanken"* sind, *„wobei er zwar nicht immer schulgerecht und gegen das Ausland fair, stets jedoch sachgerecht verfahren war."*

Von negativer Bedeutung wurde jedenfalls noch in der Zeit der größten Anfangsschwierigkeiten — schon im März 1933 — die von New York ausgehende Propaganda zum internationalen Boykott deutscher Waren. Diese Propaganda-Aktionen stützen sich im wesentlichen auf die Tatsache, daß Hitler in der Welt als Antisemit verrufen war und sie stehen am Anfang jener verhängnisvollen Entwicklung, die sich gegenseitig fanatisierte und schließlich im Massenmord endete. Einsichtige und einflußreiche in Deutschland ansässige Juden haben vergeblich versucht, auf ihre ausländischen Freunde mäßigend einzuwirken.* Hitler ließ zunächst mit einem eintägigen Protest-Boykott gegen jüdische Geschäfte in Deutschland antworten (Buchheim erwähnt weder dieses Ereignis noch seine Vorgeschichte) und es bestand Gefahr einer sofortigen scharf antisemitischen Entwicklung. Diese blieb aber aus; einerseits konnte die ausländische Boykott-Propaganda die innerdeutsche Wirtschaftsgesundung zwar hemmen, aber doch nicht aufhalten, andererseits sah Hitler wichtigere Aufgaben vor sich. Die Atmosphäre war freilich bereits vergiftet — die aus den Verhältnissen und in Anbetracht der grundsätzlichen Zielsetzung der NSDAP gebotene Verständigung zwischen der Reichsregierung und der zionistischen Bewegung über eine friedliche Abwanderung unter gleichzeitiger jüdischer Staatsbildung war erschwert, wenn nicht bereits damals de facto ausgeschlossen. Trotzdem hat es an Bestrebungen dieser Art späterhin nicht gefehlt; wahrscheinlich weiß Buchheim auf

* Dazu „Boykott 1933" (Seite 183 f.)

Grund unveröffentlichten Aktenmaterials darüber mehr als ich — aber er spricht nicht davon.

*

„Nachdem Hitler am 17. Mai 1933 zunächst eine sehr maßvolle außenpolitische Rede gehalten hatte, die auf eine entsprechende Beteiligung an den internationalen Konferenzen hoffen ließ, verkündete er am 14. Oktober brüsk Deutschlands Ausscheiden aus der Abrüstungskonferenz und aus dem Völkerbund."

In Wirklichkeit hatte — wie bereits erwähnt — Hitler am 17. Mai bereits zweifelsfrei den Austritt angekündigt: „Als dauernd diffamiertes Volk würde es uns auch schwer fallen, noch weiterhin dem Völkerbund anzugehören."

Zu diesem Schritt genügt es eigentlich zu berichten, was Lloyd George, einst Englands Kriegs-Premierminister und einer der „großen Vier" von Versailles dazu im englischen Unterhaus am 29. November 1934 rückblickend gesagt hat. Natürlich kennt Buchheim diese treffende Darstellung, aber er zieht sie nicht heran.

Lloyd George erklärte:

„. . . und was sind die Beschwerden Deutschlands? Sie bestehen darin, daß die Signatarmächte des Vertrages von Versailles den Deutschen feierlich versprachen, man würde abrüsten, wenn Deutschland mit der Abrüstung vorangehe. Vierzehn Jahre lang hat Deutschland auf die Einhaltung dieses Versprechens gewartet. In dieser Zeit ist eine Reihe ausgesprochen friedfertiger Minister in Deutschland tätig gewesen. Minister, die nicht aufgehört haben, die großen Mächte zu beschwören, endlich mit der Einlösung des gegebenen Versprechens ernst zu machen. Man hat sich über diese deutschen Minister in einer Reihe von Pakten — davon einer ein ausgesprochener Anti-Kriegs-Pakt — lustig gemacht. In der Zwischenzeit haben alle Länder, mit Ausnahme Englands, ihre Kriegsbewaffnungen gesteigert und sogar den Nachbarn Deutschlands Geldanleihen zugestanden, mit denen diese wiederum gewaltige Militär-Organisationen dicht an Deutschlands Grenzen aufbauten. Können wir uns denn wundern, daß die Deutschen zu guter Letzt zu einer Revolution und Revolte gegen diese chronische Betrügerei der großen Mächte getrieben wurden? Diesem Zustande muß abgeholfen werden. England wird niemals eine Entwaffnung in Europa durchsetzen, bis das getan ist . . ."

Es ging freilich nicht nur um mitteleuropäische Fragen — als die Versailler Abrüstungsbestimmungen festgelegt wurden, war R u ß l a n d ein vom Bürgerkrieg geschüttelter fieberkranker Staat ohne jegliche militärische Bedeutung. Inzwischen hatten sich die dortigen Verhält-

nisse in Großmachtstil konsolidiert; ein ganzer Fünfjahresplan zur Wiederaufrüstung war bereits abgewickelt worden!
Wer immer sich nur kurz mit Hitler, seinen Zielen und seiner in „Mein Kampf" vor aller Welt ausgebreiteten Denkweise beschäftigt hatte, wußte, gegen w e n er rüsten wollte, als er die Abrüstungskonferenz verließ. Auch in einer so knappen Schrift, wie Buchheim sie vorlegt, müßten solche Kerntatsachen Raum finden. Mit nebensächlichen Bemerkungen ist es nicht getan.
Erst in anderem Zusammenhang — verbunden mit der bereits erwähnten These, diese Gedanken seien auf das Jahr 1936 zu datieren — bespricht Buchheim die *„maßlose Expansionspolitik"* Hitlers; er erkannte richtig, daß der Lebensraum *„im O s t e n"* gesucht wurde. Er ist sogar nahe daran, zutreffend auszusprechen, was Hitlers Grundkonzeption gewesen ist: *„Hitler war überzeugt, daß der Bestand des deutschen Volkes nur durch eine beträchtliche Vergrößerung seines Lebensraumes so gesichert werden konnte"* und nun kommt der ablenkende Zusatz: *„daß es in keiner Weise von der Zusammenarbeit mit anderen Nationen, insbesondere vom Weltmarkt und dessen Schwankungen abhängig sei."*
Nein — der Weltmarkt war es nicht, an den Hitler dachte, Ausgangspunkt war eine biologische Vorstellung, die gewiß nicht er allein entwickelt hatte.
„Blut und Boden sind das Schicksal der Völker" — diesen Satz, der hierher paßt, entnehme ich nicht Hitlers „Mein Kampf"; der einstmalige sozialdemokratische Politiker und Oberpräsident August Winnig hat ihn 1928 geschrieben; er leitete damit sein Buch „Das Reich als Republik" ein . . .
Ob Hitlers Zielsetzung „maßlos" war — diese Frage beurteilt sich nach dem 1945 eingetretenen Ergebnis im Sinne Buchheims; offen bleibt freilich: ob außer dem deutschen Volke nicht auch beträchtliche Teile der europäischen Völkerfamilie nach dem erlittenen Rückschlag in Gefahr geraten sind, der Erdrückung durch die Massen des Ostens zu erliegen? Eine weitere Frage ist nicht minder hypothetisch: Ob die deutschen Kräfte ohne W e s t krieg nicht doch in der Lage gewesen wären, das Ziel einer entschiedenen Ostverlagerung des deutschen Einflusses durchzusetzen?

*

Wir haben uns nun dem Ereignisbereich genähert, zu dem ich schon in der Einleitung bemerkt habe, wie schwierig und bedenklich es ist, unter heutigen Umständen rückhaltlos darüber zu sprechen.
Zunächst berichtet Buchheim nicht unzutreffend darüber, was in den Jahren 1935 und 1936 geschah; er unterdrückt zwar, daß der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und der Erklärung der Nichtigkeit

der Rüstungsbeschränkung des Versailler Vertrages (15. März 1935), ein französisch-sowjetischer Pakt vorausgegangen war, aber er erwähnt die Wiedereinführung der zweijährigen Dienstzeit in Frankreich; er berichtet über den anschließenden Versuch Englands und Frankreichs, mit Italien zu einem Übereinkommen zwecks Aufrechterhaltung der weiteren Versailler Vorschriften zu kommen (Stresa-Konferenz). Er bemerkt richtig, daß es nur weniger Monate bedurfte, um diese sogenannte „Stresa-Front" als ein sehr schwaches Bollwerk zu erweisen und Hitlers Spekulationen auf den Mangel an europäischer Solidarität recht zu geben. Die Bedeutung des am 18. Juni 1935 abgeschlossenen englisch-deutschen Flottenabkommens wird von Buchheim dahin gedeutet, daß die britische Regierung *„auf diese Weise die deutsche Revisionspolitik und den Vertragsbruch"* anerkannte.
Der letztgenannte heftige Ausdruck dürfte einer nüchternen Prüfung nicht standhalten. Natürlich hat die britische Regierung niemals „Vertragsbruch anerkannt" — es war zu diesem Zeitpunkt längst einhellige Weltauffassung, daß den Versailler Bestimmungen die Qualität eines unter fairen Bedingungen zustandegekommenen völkerrechtlichen Vertrages nicht zukam. Ich bezweifle, daß ein deutscher Publizist berufen ist, die damalige britische Regierung für solche Einsichten zu tadeln.
Noch merkwürdiger ist Buchheims Stellungnahme zum nächsten Revisionsereignis:

> *„Am 7. März 1936 kündigte Hitler das westliche Garantiesystem von Locarno und ließ deutsche Truppen in die entmilitarisierte Zone des Rheinlandes einmarschieren. Der Stand der deutschen Rüstung war damals noch so, daß es keiner gemeinsamen Aktion der Westmächte, sondern lediglich des energischen Eingreifens Frankreichs bedurft hätte, um Hitler zum schimpflichen Rückzug zu zwingen. Das hat dieser später selbst eingestanden und die 48 Stunden nach dem Einmarsch als die aufregendsten seines Lebens bezeichnet. Aber Frankreich konnte sich nicht zur Mobilmachung entschließen, und England tat nichts, es zu ermutigen. Beide Mächte zeigten, daß sie nicht bereit waren, mit Taten für die von ihnen selbst errichtete Ordnung einzutreten, und ließen die letzte Gelegenheit vorübergehen, Hitler mit verhältnismäßig geringem militärischen Einsatz zum Stehen zu bringen."*

Wenn ich diese Sätze richtig begreife, so scheint mir eine Art von Ärger durch Buchheims Worte durchzuklingen — wie konnte Frankreich dulden, daß deutsche Truppen „neutralisiertes" deutsches Reichsgebiet besetzten (es handelte sich um eine ganz einseitige Neutralisierung, denn in Versailles war nicht etwa eine ähnliche entmilitari-

sierten Zone jenseits der französischen Grenze festgelegt worden)?! Buchheim scheint geradezu zu fragen: Warum haben die Franzosen damals nicht Krieg erklärt? Im Munde eines deutschen Schriftstellers sind das jedenfalls höchst merkwürdige Spekulationen, insbesondere da recht zutreffend beschrieben wird, weshalb Hitler das Rheinland besetzte:

„Hitler ... hatte sich die Voraussetzung dafür geschaffen, durch den Bau des Westwalls das Reichsgebiet nach Westen militärisch abzuschirmen und zu sichern."

Es ging in der Tat um „Abschirmung" und „Sicherung" und schon hier drängt sich dem nüchternen Beurteiler eine ganz andere Fragestellung auf, als die von Buchheim aufgeworfene: Welches französische Interesse war damals und erst recht dreieinhalb Jahre später zu vertreten, als der französische Botschafter am 3. September 1939 in Berlin dann wirklich die Kriegserklärung überbrachte?
Es scheint mir auch nicht anzugehen, daß Buchheim die in jenen Märztagen 1936 von Hitler an die Westmächte mitgeteilten Vorschläge zur europäischen Friedenssicherung nicht einmal erwähnt. Hitler erklärte sich damals nicht nur zur Wiedereinrichtung einer entmilitarisierten Zone unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit auf französischer und belgischer Seite bereit, er schlug nicht nur einen französisch-belgisch-deutschen Nichtangriffspakt unter britisch-italienischer Garantie und andere ähnliche Einzelheiten vor, sondern er erklärte auch „den Hauptgrund für den seinerzeitigen Austritt aus dem Völkerbund als behoben" und kündigte die Bereitschaft der Reichsregierung an, „wieder in den Völkerbund einzutreten".
Ich zweifle daran, ob es passend ist, von deutscher Seite die Franzosen zu fragen: „Warum habt Ihr eigentlich damals nicht den Krieg erklärt?", wohl aber sind wir berechtigt uns zu wundern: „Warum habt Ihr Hitler nicht beim Wort genommen?"

*

Wir stehen nun unmittelbar am heikelsten Punkt der Besprechung; ausführlich genug habe ich angedeutet, daß es begreiflich und im gegenwärtigen deutschen Interesse angezeigt ist, Vergangenheitserörterungen zu vermeiden, denen die Absicht einer anti-amerikanischen Polemik unterstellt werden könnte.
Es ergibt sich dabei freilich die Frage, inwieweit überhaupt von der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges ernsthaft gehandelt werden kann, ohne die in zahlreichen inzwischen veröffentlichten Dokumenten und wissenschaftlichen Untersuchungen weitgehend klargestellte Rolle des damaligen US-Präsidenten Franklin Delano Roosevelt wenig-

stens zu erörtern. Zweifellos übertreibt Buchheim das politische Zartgefühl gegenüber dem derzeitigen amerikanischen Bundesgenossen, wenn er erst bei der Besprechung der Ereignisse des Kriegsjahres 1942 eine rückblickende Bemerkung des Inhalts einflicht, daß Amerika *„seit 1939" „die Kriegführung Englands und später auch Rußlands" „wirtschaftlich unterstützt"* habe.

Gewiß — die Geschichte der Roosevelt'schen Politik ist noch nicht endgültig geschrieben. Manche Hintergründe sind unserem Blick noch verborgen, genügend aber ist bekannt, um auch auf diesem Felde der Entwicklung wenigstens Umrisse zu erkennen. Was alle Welt weiß und was auch anerkannte amerikanische Forscher bereits deutlich genug gekennzeichnet haben, das hätte auch Herr Buchheim erwähnen dürfen, ohne damit die außenpolitischen Beziehungen der Bundesrepublik zu beeinträchtigen.

Ich skizziere in ganz knappen Punkten, was sich auch bei höflichster Rücksichtnahme an einschlägigen historischen Feststellungen einfach nicht umgehen läßt:

1. Am 5. Oktober 1937 erklärte der amerikanische Präsident Roosevelt in Chicago in einer damals aufsehenerregenden und seither in die Geschichte eingegangenen Rede, „die Herrschaft des Terrors und der internationalen Rechtlosigkeit" habe einen Grad erreicht, der die zivilisierten Staaten bedrohe. Friede und Freiheit von 90 Prozent der Weltbevölkerung werde von den übrigen 10 Prozent gefährdet. Obwohl er einzelne Länder nicht ausdrücklich nannte, machte der Präsident schon durch diesen Zahlenvergleich deutlich, daß er zwar Japan, Italien und Deutschland, n i c h t aber die Sowjetunion als diejenigen Staaten verstand, gegen die er ein „gemeinsames Vorgehen" und vieldeutig eine Art „Quarantäne" verlangte.* Es verdient angemerkt zu werden,

* Diese außenpolitische Initiative des Präsidenten ist seither von amerikanischer Seite unterschiedlich beurteilt worden. Professor Tansill, der bekannteste Historiker für die einschlägige Periode, weist z. B. in seinem Werk „Hintertür zum Krieg", darauf hin, daß vom August bis zum Dezember 1937 die amerikanische Industrieproduktion um 27 Prozent und die Effektenkurse um durchschnittlich 37 Prozent gesunken sind; nach Professor Beard ("American Foreign Policy in the Making 1932—1940", New York 1946) „überraschte und erschreckte der wirtschaftliche Niederbruch Präsident Roosevelt und seine Berater". Tansill meint jedoch (a.a.O. Seite 380), das alles b e w e i s e noch nicht, daß Roosevelt in Chicago aufgetreten sei „weil er die Aufmerksamkeit der amerikanischen Öffentlichkeit vom Heimatschauplatz habe ablenken wollen". Hinsichtlich der meist linksorientierten Einflüsse, die — nicht nur bei der Chicago-Rede — auf Roosevelt eingewirkt haben, urteilt sein Amtsvorgänger Präsident Herbert Hoover in seinen 1952 erschienenen Memoiren mit unnachsichtiger Schärfe (Deutsche Ausgabe, Band III, Seite 344):

„Im Verlauf der Zeit wurde es offenbar, daß mehr als tausend unzuverlässige Elemente in der Regierung Roosevelt wichtige Beamtenstellen be-

daß diese Drohrede zu einem Zeitpunkt gehalten wurde, als noch keine territoriale Revision von deutscher Seite gefordert war und daß die früheste vertrauliche Besprechung, in der Hitler die Möglichkeit eines kriegerischen Konfliktes bei der Verfolgung seiner Ostraum-Pläne erwähnte (und sie für die Jahre 1943 bis 1945 ins Auge faßte), am 5. November 1937, also einen Monat nach dieser Roosevelt-Proklamation stattfand (vergl. das seit 1945 oft und meist falsch zitierte sog. Hoßbach-Protokoll *).

2. Am 11. Januar 1938 — also immer noch v o r dem Österreich-Anschluß — wandte sich Präsident Roosevelt in einer persönlichen Botschaft an den britischen Ministerpräsidenten Chamberlain mit Vorschlägen für eine politische Zusammenarbeit, die — wie Churchill sich später ausdrückte — „die gewaltige Macht der Vereinigten Staaten auf irgend eine Weise ins europäische Spannungsfeld einbezogen" hätten, wenn Chamberlain sie damals nicht zunächst abgelehnt haben würde. Der Rücktritt Edens im Februar 1938, dem im Gegensatz zu Chamberlain die Rooseveltsche Initiative erwünscht erschien, war damals die Folge dieser Meinungsverschiedenheit.

3. Noch während der sogenannten September-Krise des Jahres 1938 ließ der amerikanische Präsident durch seinen Londoner Botschafter Kennedy dem britischen Außenminister Lord Halifax erklären, die amerikanische Öffentlichkeit sei „gegen Deutschland sehr viel aufgebrachter als jemals zuvor", im Ernstfall würde sich „die Geschichte des letzten Krieges wiederholen, Amerika aber beträchtlich schneller intervenieren als im vorigen Krieg." **

4. Roosevelts Kritik am damals anders ausgerichteten Verhalten der britischen Politik Deutschland gegenüber nahm unmittelbar nach der

---

kleideten. Diese Gruppen übten entscheidenden Einfluß nicht nur auf die Innenpolitik, sondern auch auf die Außenpolitik aus. Alle echten Amerikaner waren von diesen Enthüllungen wie vor den Kopf geschlagen und zutiefst beschämt. Aber diese Reaktion bedeutete gar nichts gegenüber der Wirkung, die ihr Einfluß auf Amerika im Verlauf der Jahre ausgeübt hat, und gegenüber dem Verrat, den sie an ihrem Vaterland begingen."

Über die Vorgeschichte und Geschichte des amerikanischen Eingreifens in den Zweiten Weltkrieg habe ich in meinem Buch „Die Pioniere und die Ahnungslosen — Skizzen amerikanischer Vergangenheit und Gegenwart" (insbesondere in den Kapiteln: „Roosevelt, Rußland und der Zweite Weltkrieg", „Hitler und Amerika" und „Pearl Harbour und Hiroshima") gehandelt.

* Ausführliche kritische Untersuchung des sog. Hoßbach-Protokolls bei Annelies von Ribbentrop: „Verschwörung gegen den Frieden", Leoni 1962, S. 9 ff.

** Zitiert nach Charles Callan Tansill: Die Hintertür zum Kriege, Das Drama der internationalen Diplomatie von Versailles bis Pearl Harbour, Deutsche Übersetzung Düsseldorf 1957.

Konferenz von München noch entschiedenere und wirksamere Formen an. Kaum war der britische Ministerpräsident Chamberlain nach London zurückgekehrt, als aus den Vereinigten Staaten das publizistische Stichwort „Nie wieder München" ausgegeben wurde; bereits Mitte Oktober 1938 ließ Präsident Roosevelt dann ein Aufrüstungs-Programm* mit der Theorie begründen, Deutschland bedrohe die südamerikanischen Staaten!

5. Schon Mitte November 1938 ließ Roosevelt durch den ihm engvertrauten Botschafter Bullitt dem polnischen Botschafter in Washington Graf Potocki erklären „daß nur Gewalt, schließlich ein Krieg, der wahnsinnigen Expansion Deutschlands in Zukunft ein Ende machen kann". Auf die Frage Potocki's, wie er sich diesen kommenden Krieg vorstelle, erwiderte Bullitt, daß vor allem die Vereinigten Staaten, Frankreich und England gewaltig aufrüsten müßten, um der deutschen Macht die Stirn bieten zu können. Auf eine weitere Frage des polnischen Botschafters, ob die Vereinigten Staaten an einem solchen Krieg teil-

---

* In einer recht bemerkenswerten Schrift, in der ein deutscher Historiker das bisher über Roosevelts Politik in jenen Jahren vorliegende Material gründlich ausgewertet hat (Helmut G. Dahms: Roosevelt und der Krieg, Band 8 der Janus-Bücher, München 1958) wird festgestellt, daß Roosevelt damals „die Aufrüstung der amerikanischen Flugwaffe um 10 000 Maschinen" beschloß. „Deutschland, erklärte der Präsident vor staunenden Militärs, baue schon jedes Jahr 12 000 Kampfflugzeuge (in Wirklichkeit waren es 1938/39 keine 1000); so bleibe Amerika keine andere Wahl als die ‚Verteidigung der westlichen Hemisphäre vom Nord- bis zum Südpol'. Während die Fachleute über Roosevelts Eifer noch ihre Köpfe schüttelten und zu bedenken gaben, daß es nicht genügend Startbahnen und Ausbilder gebe, soll der Präsident schroff geantwortet haben, Hitler würden keine Flugplätze und Schuppen imponieren, sondern nur Flugzeuge" (a.a.O. Seite 22). Hinsichtlich des auslösenden Moments für diese Verschärfung der amerikanischen Initiative verweist Dahms auf einen Besuch des Pariser Botschafters Bullitt in Washington. Dieser war kurz nach Daladiers Rückkehr aus München nach Washington gereist und hatte am 13. Oktober 1938 eine ausführliche Unterredung mit Roosevelt. Dazu sei als Hinweis für weitere Forschung vermerkt, daß sich der sowjetische Außenminister Litwinow unmittelbar nach der Münchener Konferenz in P a r i s aufhielt und sich dort — wahrscheinlich als erster Kommentator dieser Tendenz — bereits am 1. Oktober gegenüber dem französischen Außenminister sehr erregt ausgesprochen hat. Man hätte dem britischen Premierminister nie „erlauben" dürfen, nach Berchtesgaden und Godesberg zu gehen. Aber diese beiden Fehler seien nichts, verglichen mit der „Ungeheuerlichkeit" von München („compared with the enormity of what had passed at Munich"). Hitler habe England und Frankreich „geblufft"; er hätte zurückweichen müssen, wenn sie mit Rußlands Hilfe festgeblieben wären. Ein Bericht über diese Äußerungen Litwinows, die gewiß auch Washington erreicht haben, findet sich in den „Documents on British Policy 1919—1939" Serie III, Band 3, Dokument 100. Vergl. dazu auch meine Hinweise auf Seite 55 f.

nehmen würden, antwortete der Vertraute Roosevelts: „Zweifellos ja, aber erst dann, wenn England und Frankreich zuerst losschlagen." *

6. Am 4. Januar 1939 richtete Roosevelt eine Botschaft an den amerikanischen Kongreß, die nicht nur die gewohnten Polemiken wiederholt („Der Krieg, der die Welt zu entflammen drohte, wurde vermieden, aber es wird immer klarer, daß die Aufrechterhaltung des Friedens keineswegs gesichert ist"), sondern auch erstmals gegen die in den USA geltenden Neutralitätsgesetze zu Felde zieht: „Unser Selbsterhaltungstrieb müßte uns warnen, diesen Zustand weiterbestehen zu lassen." Schließlich bezeichnet Roosevelt es als Ziel der amerikanischen Aufrüstung, die USA müßten eine Wehrmacht besitzen, die stark genug sei, um „plötzliche Angriffe gegen wesentliche strategische Punkte" zurückzuweisen, einen entsprechenden Widerstand zu leisten und den Endsieg sicherzustellen.

7. Am 21. Januar 1939 entsandte Roosevelt schließlich jenen vorhin bereits genannten Botschafter Bullitt nach Paris. Vor seiner Abreise vertraute er nochmals dem polnischen Botschafter die Absichten des amerikanischen Präsidenten an: Er reise „mit einem ganzen Koffer voll Instruktionen, Unterredungen und Direktiven vom Präsidenten Roosevelt, vom Staatsdepartment und von den Senatoren, die zu der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten gehören ... Der Inhalt dieser Direktiven ist wie folgt: a) Eine Belebung der Außenpolitik unter Führung des Präsidenten Roosevelt, der scharf und unzweideutig die totalitären Staaten verurteilt; b) Die Kriegsvorbereitungen der Vereinigten Staaten zur See, zu Lande und in der Luft, die in beschleunigtem Tempo durchgeführt werden, und die kolossale Summe von 1,25 Milliarden Dollar verschlingen; c) Die entschiedene Ansicht des Präsidenten, daß Frankreich und England jeder Kompromißpolitik mit den Totalstaaten ein Ende machen müssen. Sie sollen auf keine Diskussion mit ihnen eingehen, die irgendwelche Gebietsveränderungen bezwecken; d) Eine moralische Versicherung, daß die Vereinigten Staaten die Isolierungspolitik verlassen und bereit sind, im Falle eines Krieges aktiv auf Seiten Englands und Frankreichs einzugreifen. Amerika ist bereit, sein ganzes Material an Finanzen und Rohstoffen zu ihrer Verfügung zu stellen."

8. Es unterlag schon damals keinem Zweifel, daß Roosevelt bei seiner Einteilung der Welt in „Totalstaaten" und „demokratische Staaten" sowohl in Chicago wie zu jeglichem späteren Zeitpunkt die Sowjetunion n i c h t zu den „Diktaturen" gerechnet hat. Roosevelts beauf-

* Zitiert nach den im Weißbuch No. 3 des Deutschen Auswärtigen Amtes, Berlin 1940, publizierten polnischen Originaldokumenten, die bei der Besetzung Warschaus aufgefunden wurden.

tragter Botschafter Bullitt erklärte demgemäß nach seinem Eintreffen in Paris dem dortigen polnischen Botschafter Lukasiewicz im Februar 1939, die Einstellung der maßgebenden Washingtoner Kreise sei „jeglicher ideologischer Elemente bar" und ergebe sich „ausschließlich aus der Notwendigkeit, die realen Interessen der Vereinigten Staaten zu verteidigen". Bullitt ging soweit, sich zu äußern: „Die Vereinigten Staaten verfügen England gegenüber über verschiedene und ungeheuer bedeutsame Zwangsmittel. Allein die Drohung ihrer Anwendung dürfte genügen, England vor einer Kompromißpolitik . . . zurückzuhalten." *

9. Bereits im Januar und Februar 1939 waren die Beziehungen zwischen London und Washington derart verändert, daß die britische Regierung — wie aus einem amtlich veröffentlichten Dokumentenwerk ** ersichtlich wird — häufige „persönliche und vertrauliche Informationen für den Präsidenten" nach Washington berichtete und sich völlig der von Roosevelt gestellten Aufgabe „Stop Hitler" eingeordnet hatte.

Wie immer man die Auswirkungen beurteilen mag: An dem nüchternen Tatbestand, daß zwischen dem Herbst 1937 und dem Frühjahr 1939 die europäische Lage grundlegend dadurch geändert wurde, daß der Präsident der Vereinigten Staaten sich in die kontinentalen Entscheidungen einschaltete, kann nicht vorübergegangen werden.

Dieser neue und starke Einfluß hat sich zunächst dahin geltend gemacht, daß die erkennbare Hitler'sche Expansions-Absicht nicht — wie es der Wirklichkeit entsprochen hätte — als gegen die Sowjetunion gerichtet und insoferne für die Westmächte unbedrohlich bewertet, sondern als „Weltherrschafts-Anspruch" deklariert und zum Kreuzzug dagegen aufgerufen wurde.

Alles das ist für Buchheim nicht existent. Er führt uns eine US-Politik vor, die gewissermaßen vom europäischen Kriegsausbruch überrascht wurde und erst danach, und zwar *„erst in den Grenzen der Neutralitätsgesetze von 1935/36, später auf der Basis des Pacht- und Leihgesetzes vom 11. März 1941"* in die Geschehnisse eingegriffen habe. Eine solche Verniedlichung wird nicht einmal die Bewunderer des Präsidenten Roosevelt befriedigen. Roosevelts nachhaltiger Entschluß, zugunsten der allein wirklich gefährdeten Sowjetunion *** in das europäische Geschehen einzugreifen und die endgültige Ausbildung einer

---

* Auch dieser Bericht ist nach den von den deutschen Truppen Ende September 1939 in Warschau vorgefundenen polnischen Akten zitiert.

** Documents on British Foreign Policy 1919—1939, Serie III, Band 4.

*** Über Roosevelts seit 1933 betriebene Annäherungspolitik an Stalin habe ich in meinen Büchern „Das Erbe des falschen Propheten" (Seite 187 ff.), „Die Pioniere und die Ahnungslosen" (Seite 138 ff.) und „Potsdam 1945" (Seite 125) ausführlich gehandelt.

deutschen Großmachtstellung zu verhindern, hat immerhin auch die Voraussetzung dafür geschaffen, die Vereinigten Staaten von Nordamerika als die einzige maritime Weltmacht zu etablieren. Niemand wird dieser imperialen Konzeption einen gewissen Respekt versagen können.

*

Da ich nicht versuche, eine Geschichte des Dritten Reiches zu schreiben, sondern mich darauf beschränke, die Buchheim'sche Schrift in den Punkten zu berichtigen, die einer solchen Korrektur offenkundig bedürfen, kann ich seine Darstellung des Anschlusses Österreichs im März 1938 ohne ernstliche Erörterungen übergehen:

> *„Über dem Jubel der österreichischen und der Befriedigung der deutschen Bevölkerung wogen die Bedenken gegen die von Hitler angewandten Methoden und die Sorge vor seinen weiteren Schritten gering . . ."* (Seite 33).

Es würde hier zu weit führen, die noch unaufgeklärte Vorgeschichte der Schuschnigg'schen Volksabstimmungsparole vom 9. März 1938*, die Minuten-Geschichte des 11. März, den plötzlichen Entschluß Hitlers zur Sofortproklamation des Anschlusses im Einzelnen zu besprechen. Es ging hier wie im August 1934: Ein ruhigerer Ablauf der Ereignisse, eine Normaldurchführung des Anschlusses n a c h der Volksabstimmung würde in der Geschichtsschreibung einen günstigeren Eindruck hervorrufen; ein Zweifel hinsichtlich der damaligen tatsächlichen Verhältnisse ist freilich nicht möglich.
Schon 1920 hatten in mehreren österreichischen Ländern Volksabstimmungen über einen Anschluß an das Deutsche Reich mit eindeutigen Ergebnissen stattgefunden. Nur das Verbot der Siegermächte hatte damals die staatsrechtliche Durchführung verhindert. Für Hitler lag das politische Problem in der Österreichfrage nicht bei England und Frankreich, sondern bei Italien. Mussolini hatte in den Vorjahren die Wiener Regierung in ihrer Unabhängigkeitspolitik zu offenkundig gestützt, als daß er nicht die nun eintretenden Ereignisse als eine Prestigeeinbuße empfinden mußte. Wahrscheinlich glaubte Hitler eine „schnelle Operation" sei für Italien erträglicher, als ein Vorgehen in Etappen, wie es zunächst zweifellos geplant war. Schuschniggs „Umfall", dann der Eindruck der Linzer Begeisterung am Abend des 12. März 1938, schließlich die Pressestimmen aus aller Welt, die am Morgen des 13. März den Anschluß als bereits vollzogen bewerteten, hatten zur Folge, daß das „Gesetz über den Anschluß Österreichs an

* Siehe dazu die Studie „Österreich und die deutsche Einheit", insbesondere Seite 81 ff.

das Deutsche Reich" in einem Linzer Hotelzimmer rasch zu Papier gebracht und sofort verkündet wurde. Wenn Buchheim im Zusammenhang mit dem Anschluß Österreichs eine bissige Bemerkung über *„Auspizien einer Aggressionspolitik, die den wahren Interessen der Nation nicht entsprach"* einflicht, so ist das eine jener zahlreichen Übertreibungen, mit denen er seine Darlegungen rein formal abwertet: mit und ohne Truppeneinmarsch, mit und ohne Sofortgesetz — der damalige Anschluß Österreichs war und bleibt ein historischer Vorgang mit dem Charakter eines nationalen Naturereignisses.
Hitler vollzog nur etwas, was auch schon Stresemann und Seipel unter ähnlicher Volkszustimmung gerne vollzogen hätten. Angesichts übermächtigen fremden Einspruches konnten sie den Schritt nicht wagen; im Jahre 1938 war die Lage soweit normalisiert, daß die Wilson'sche Formel vom Selbstbestimmungsrecht der Völker auch für die Deutschen Geltung gewinnen konnte.

*

In vorwurfsvollem Tone berichtet Buchheim:

> *„Durch seinen Erfolg ermutigt, begann Hitler sofort eine Auseinandersetzung mit der Tschechoslowakei vorzubereiten."* (Seite 33).

Um das vorherzusehen, bedurfte es keiner prophetischen Begabung. Der bekannte britische Politiker Lord Lothian (der als Philip Kerr bereits an der Versailler Konferenz teilgenommen hatte) hat schon am 29. Juni 1937, also ein Jahr vorher, die Lage treffend umrissen:

> „Wenn nun der Grundsatz der Selbstbestimmung z u g u n s t e n Deutschlands in der gleichen Weise zur Anwendung käme, wie er g e g e n Deutschland angewandt wurde, so würde das bedeuten: den Wiedereintritt Österreichs in das Deutsche Reich, die Vereinigung der Sudetendeutschen, Danzigs und möglicherweise Memels mit Deutschland, sowie gewisse Bereinigungen mit Polen in Schlesien und im Korridor." *

---

* Sir Nevile Henderson (vergl. Seite 16) notierte noch während des Zweiten Weltkrieges (a.a.O. Seite 323):
„Ich bin überzeugt, daß es in Mitteleuropa nie Frieden geben wird, solange die Deutschen nicht in einem zusammenhängenden Bevölkerungsblock vereint sind . . . Große deutsche Völkerinseln außerhalb Deutschlands, gar vor der Grenze Deutschlands zu belassen, kann nur zur Auferstehung eines neuen Hitlers führen . . . Das Gerede von der Aufteilung Deutschlands nach dem Krieg ist meiner Ansicht nach betrüblich kurzsichtig und dumm, nicht nur aus praktischen sondern viel mehr noch aus politischen Gründen."
Hendersons — in Jalta keineswegs berücksichtigte — Meinung war, man solle „Österreich und sogar dem Rheinland die Gelegenheit geben, sich vom Reich

Buchheim schildert zunächst zutreffend, daß die internationale Konstellation im Sommer 1938 für Hitler günstig war:

„Da England zu verstehen gab, daß es gegenüber Prag keine Verpflichtungen eingehen wolle, mußte Frankreich die Erfüllung seiner bestehenden Verpflichtung weitgehend davon abhängig machen, ob es auf Rußlands Hilfe rechnen durfte. Rußland aber hätte, um eingreifen zu können, durch polnisches und rumänisches Gebiet marschieren müssen, was diese beiden Länder nicht gestatten wollten. So sah sich die Prager Regierung ziemlich auf sich selbst gestellt."

Es kam zur bekannten Entsendung des britischen Lord Runciman nach Prag, später zur Vermittlungsaktion des Premierministers Chamberlain, der zunächst am 15. September 1938 nach Berchtesgaden reiste und sich eine Woche später nochmals mit Hitler in Godesberg traf. Buchheim — ganz beherrscht von der Vorstellung, daß von Hitler nachgerade nicht eine einzige verständige Verhandlung geführt worden sei — gibt einen höchst unzureichenden Bericht über jene Godesberger Konferenz, indem er behauptet, sie sei daran gescheitert, daß Hitler nun *„neue Bedingungen bezüglich der Modalitäten und des Tempos der Übergabe der zugestandenen Gebiete"* gestellt habe. Nur weil es den Engländern in letzter Minute gelungen sei, Mussolini einzuschalten, *„dessen erneute Vermittlungsbemühungen Hitler nicht zu torpedieren wagte"*, sei dann die Münchener Konferenz zustande gekommen auf der auch *„Hitlers neue Forderungen im wesentlichen angenommen wurden."*

Das ist ein höchst verworrener Bericht über das was in Godesberg und München wirklich geschah. Es gibt eine ganze Reihe von veröffentlichten Protokollen, die den Dr. Buchheim ohne weiteres in die Lage versetzt hätten, den Sachverhalt zutreffend darzustellen. Ich habe mich dieser Aufgabe bereits einmal unterzogen und kann mich deshalb darauf beschränken, diese Darstellung über den sachlichen Kern und über die politische Bedeutung jener Verhandlungen hier wiederzugeben:*

„Seine (Chamberlains) selbstgewählte Mission erreichte ihren kritischen Punkt, als sich an Hand der Volkstumskarte (die nun — zwanzig Jahre zu spät — zu Rate gezogen wurde) ergab, daß die Tsche-

---

zu trennen, wenn sie das nach dem Krieg in Übereinstimmung mit dem anerkannten Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu tun wünschen, aber man soll dieses Prinzip nicht einschränken, wie man es im Versailler Vertrag eingeschränkt hat". Henderson starb bald nach Niederschrift dieser besorgten Mahnungen; er hat das Jahr 1945 nicht mehr erlebt.

* „Alter Feind — was nun? Wiederbegegnung mit England und Engländern", Leoni 1955, Seite 77 ff.

chen ihre umfangreichen, dem System der Maginotlinie angepaßten Befestigungen vor allem in die von den Deutschen bewohnten Gebieten gebaut hatten. Sie erlaubten sich nun den ironischen Scherz, der Abtretung der deutschbesiedelten Gebiete, nicht aber der Abtretung der Befestigungen zuzustimmen: diese besaßen zwar für Hitler — da sie gegen Deutschland gerichtet waren — nicht den mindesten Wert, aber sie konnten natürlich auch nicht abtransportiert werden. Fast alle diese Bunker lagen unmittelbar an der Grenze und so gab es keinerlei Raum für einen Kompromiß zwischen der deutschen, von den Tschechen im Prinzip anerkannten Forderung nach einer Eingliederung der deutschen Siedlungsgebiete in das Reich und der Prager Weigerung, auf die teueren Zementblöcke zu verzichten. Das ganze Problem der ‚Krise', die zur Münchener Konferenz führte, lag darin, die Tatsache anzuerkennen, daß der tschechische Generalstab besser daran getan hätte, seine Verteidigungslinie nicht ausgerechnet im vordersten Grenzbereich einzurichten. Hätten diese Leute weniger an eine zusammen mit der französischen Armee in Süddeutschland zu schlagende Schlacht, sondern an die Geographie ihres Landes gedacht und hauptsächlich die Karpathen befestigt, dann wäre kein ‚München' nötig gewesen, sondern Chamberlain hätte seine Vermittlerrolle in Godesberg erfolgreich zu Ende führen können.

Das tiefere mit der Sudetenfrage aufgerollte Problem lag freilich nicht in den tschechischen Bunkern, sondern in der Frage, ob es in Europa ein Forum gab, vor dem und von dem territoriale Bestimmungen des Versailler Diktates auf dem Verhandlungswege revidiert werden konnten. Das war die Frage von München und sie ist damals bejaht worden. In München wurde festgestellt — und das gibt dem Ereignis seinen dauernden historischen Rang —, daß Deutschland, England, Frankreich und Italien ohne eine andere Macht befragen zu müssen durch gemeinsamen Beschluß Versailles außer Kraft setzen und die europäischen Verhältnisse neu ordnen konnten!

Das Bedeutsame an jenen Stunden im Münchener Führerbau war einerseits, daß Hitler, Mussolini, Daladier und Chamberlain an einem runden Tisch am Kamin beisammen saßen und andererseits, daß weder Stalin noch der amerikanische Präsident an ihrer Besprechung und an ihren Beschlüssen teilnahmen!

Auch das ist ein Punkt — und vielleicht sogar der wichtigste — in dem sich die Konferenz von München von den Konferenzen in Versailles und Jalta unterscheidet.

Es war eine der wenigen rein europäischen Entscheidungen, die in diesem Jahrhundert getroffen wurden."

Das Münchener Treffen hatte noch eine weitere, wenn auch nicht ausgesprochene Bedeutung: Jeder Teilnehmer — insbesondere Chamberlain* — wußte, daß hinter der tschechischen die russische Frage stand. Wenn er am Morgen nach dem Abkommen demonstrativ Hitler in dessen Wohnung am Münchener Prinzregentenplatz aufsuchte und ihm die berühmte Friedenserklärung vorlegte („Wir sehen das gestern abend unterzeichnete Abkommen und das deutsch-englische Flottenabkommen als symbolisch für den Wunsch unserer beiden Völker an, niemals wieder gegeneinander Krieg zu führen . . ."), bekräftigte das den damals allgemeinen Eindruck über die Bedeutung von München: Desinteressierung der W e s t mächte an den europäischen O s t fragen. Sogar die sog. Konsultationsklausel („Wir sind entschlossen noch andere Fragen, die unsere beiden Länder angehen, nach der Methode der Konsultation zu behandeln . . .") ließ sich in diesem Sinne auslegen. Als ein ähnliches Abkommen noch Anfang Dezember 1938 mit den Franzosen geschlossen wurde, war der Sinn der gleiche. Es hat in späteren Memoiren Streit darüber gegeben, ob die Formel „Friede im Westen, freie Hand im Osten" in den damaligen Verhandlungen ausdrücklich ausgesprochen wurde.** Darüber mögen die Historiker sich

---

* Der irische Historiker Desmond Williams erklärte — nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 10. 4. 1959 — unter Berufung auf gründliche Studien über Chamberlains Motive:

„Obwohl es dem Premierminister am Herzen lag, einen großen Krieg möglichst zu vermeiden, ging seine Politik in den entscheidenden Monaten von 1938/39 nur noch darauf aus, diesen Krieg wenigstens hinauszuschieben, bis das eigene Land besser darauf gerüstet sei."

Diese Beurteilung der Chamberlainschen Politik stimmt überein mit einer Bemerkung Keith Feilings in seiner Chamberlain-Biographie (London 1946, Seite 359):

„Viele haben es ausgesprochen und geschrieben, daß Chamberlains erster Grund nach München zu gehen gewesen ist, für einen unvermeidbaren Krieg Zeit zu gewinnen! Er wäre in der Tat ein ungeeigneter Premier gewesen, wenn er das nicht im Sinne gehabt hätte."

Es scheint wahrscheinlich, daß solche Deutungen ausgesprochen wurden und werden, um Chamberlain in gegenwärtiger Sicht zu rechtfertigen. Sollten diese Ansichten sich aus den Akten bestätigen, so müßte man zu dem Schluß gelangen, daß Hitler der Getäuschte war, als er der Münchener Konferenz zustimmte.

** In einem bemerkenswerten Brief an den britischen Botschafter Phipps in Paris umreißt Lord Halifax die durch München geschaffene Lage noch am 1. November 1938 folgendermaßen:

„Hinfort müssen wir mit Deutschlands Vorherrschaft in Zentraleuropa rechnen. Es war schon immer meine Meinung, daß diese Vorherrschaft — sobald Deutschland einmal zu seiner normalen Stärke wiedergesundete — aus offensichtlichen geographischen und wirtschaftlichen Gründen unvermeidbar war. Unter den gegebenen Umständen scheint es mir, daß Groß-

noch genauer orientieren. Sicher ist nur, daß in dieser Formel genau d a s ausgedrückt ist, auf was es Hitler ankam. Daß er diesen Ausgangspunkt einer selbständigen „Ostpolitik" in München erreicht zu haben schien, e r k l ä r t die leidenschaftliche und zielstrebige Gegenbewegung, die von den Vereinigten Staaten ausgehend s o f o r t nach München einsetzte, ohne sie freilich b e g r e i f l i c h zu machen.
N u r ein Gekränktsein über die Nichtbeteiligung der USA an der Münchener Konferenz konnte der Anlaß einer so durchgreifenden politischen Initiative ebensowenig sein, wie etwa das Schicksal des tschechoslowakischen Vielvölkerstaates, der schon für die Interessen Englands nicht von Bedeutung war, von denen der Vereinigten Staaten ganz zu schweigen.
Noch kennen wir nicht die Dokumente des Weißen Hauses, auch nicht diejenigen des Kreml — aber der Schluß liegt nahe, daß wir das Geheimnis des Zweiten Weltkrieges zeitlich in jenen Herbstmonaten des Jahres 1938 zu suchen haben. Der amerikanische Präsident scheint damals zu der Überzeugung gelangt zu sein, daß ein deutscher Erfolg im Osten unter den in München sich abzeichnenden Voraussetzungen verhindert werden müsse.*

---

britannien und Frankreich i h r e Vorherrschaft in W e s t europa aufrechterhalten müssen . . ."

Halifax nennt im weiteren Text der langen Erörterung den Mittelmeerraum und den Nahen Osten sowie die Kolonialgebiete als weitere britisch-französische Interessensbereiche. Osteuropa, Donauraum, Danzig und Korridor — die Gegenden der späteren britischen „Garantie"-Angebote — werden in diesem Zusammenhang mit keinem Wort erwähnt. Sie gelten dem britischen Außenminister damals offenbar noch als unbestrittene d e u t s c h e Interessensphäre. (Zitat nach Documents on British Foreign Policy, Serie III, Band 3, Seite 252).

* Der frühere amerikanische Kriegsminister James Forrestal notierte am 27. 12. 1945, also nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, die nachstehende rückblickende Beurteilung in sein Tagebuch (The Forrestal Diaries, New York 1951, Seite 121 f.):

„Spielte heute Golf mit Joe Kennedy (Roosevelts Botschafter in London zur Zeit des Kriegsausbruchs). Ich befragte ihn über seine Gespräche mit Roosevelt und Chamberlain von 1938 an. Er sagte darüber: Chamberlains Lage im Jahre 1938 war die, daß England nichts besaß, um einen Krieg mit Hitler zu wagen. Kennedys Ansicht: Hitler hätte Rußland bekämpft ohne später mit England in Konflikt zu kommen, wenn nicht Bullitt (damals Botschafter in Paris) immer wieder auf den Präsidenten eingewirkt hätte, daß die Deutschen in der polnischen Angelegenheit gedemütigt werden müßten. Weder die Franzosen noch die Briten hätten Polen zu einem Kriegsgrund gemacht, wenn nicht das dauernde Drängen aus Washington gewesen wäre (if it had not been for the constant needling from Washington) . . . Chamberlain, so sagte er, habe erklärt, daß Amerika und die Juden in der Welt England in den Krieg gezwungen hätten (Chamberlain stated that

Für Buchheim ist nach München in der Welt zunächst garnichts geschehen. Die Lawine der Proteste und der sofort anschließenden militärischen Vorbereitungen, die unter der Parole „Nie wieder München" schon im Oktober 1938 das politische Weltbild grundlegend wandelte, ist ihm scheinbar unbekannt.*

Er weiß nur von dem Zwischenfall, für den freilich kein Wort der Kritik hart genug ist: von den wahnwitzigen, durch einen spontanen Einfall ausgerechnet des Reichspropagandaministers ausgelösten organisierten Synagogenbrandstiftungen in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938.

Einige Tage zuvor war ein offenkundig durch Hintermänner beauftragter junger Jude in die deutsche Botschaft in Paris eingedrungen und hatte dort einen Gesandtschaftssekretär ohne jeden Grund niedergeschossen. Das Ereignis hatte in der Welt Aufsehen erregt, und zwar nicht zugunsten dieses Attentäters und seiner politischen Freunde. Nun wandelte sich die Propagandasituation schlagartig g e g e n Deutschland.

Es lohnt sich hier eine Erinnerung an vorher Gesagtes: Niemals hätte es einem Propagandaminister in den Sinn kommen können, aus der Stimmung eines abendlichen Kameradschaftstreffens heraus zu ungeregelten Demonstrationen und zu Gewaltanwendung gegen unbeteiligte Juden aufzuwiegeln, wenn er mit einer auch noch so unbedeutenden legalen Opposition in Deutschland zu rechnen gehabt hätte. An keinem Ereignis konnte sich drastischer erweisen, was das Fehlen der „kritischen Schranke" in einem Staatswesen bedeutet. Zu keinem Zeitpunkt des Dritten Reiches war die Stellung der NSDAP in der deutschen Öffentlichkeit stärker umstritten, sie selbst von Empörung über den geschehenen Skandal so eindeutig erschüttert. Mühselig wurde das „Gesicht gewahrt". Der wirkliche unabschätzbare Schaden entstand in der Welt — was bisher der amerikanische Präsident nur hintergründig zur Revision der „Lage von München" in Gang hatte setzen können, erschien nun nicht mehr als machtpolitische Einmischung in europäische Fragen, sondern gewann den Charakter einer sittlich berechtigten Aktion.

America and the world Jews had forced England into the war) . . . Rückblickend gesehen gibt es unzweifelhaft Gründe für Kennedys Überzeugung, daß es möglich gewesen wäre, Hitlers Vorgehen auf Rußland abzulenken . . ."

* Zu der vom damaligen sowjetischen Außenminister Litwinow ausgehenden und von Churchill und Roosevelt aufgegriffenen Anti-München-Propaganda und zu deren Auswirkungen siehe Anmerkung auf Seite 47 und meine Bücher „Alter Feind — was nun?" (Seite 78 ff.) und „Die Pioniere und die Ahnungslosen" (Seite 151 ff.).

Präsident Roosevelt nützte die Gelegenheit sofort, berief seinen Botschafter aus Berlin ab und konnte schon wenige Wochen später bemerken, daß die britische Regierung nun endlich seine Ratschläge ernst nahm und befolgte.
Was immer die Absichten des Herschel Grynszpan gewesen sein mögen, als er mit der Pistole in der Tasche die Deutsche Botschaft in Paris betrat — einen bedeutenderen Erfolg konnte er sich in seinen kühnsten Träumen nicht erhoffen. Seine Schüsse haben — nicht ohne deutsches Zutun — eine ähnliche Bedeutung gewonnen, wie die des Gavrile Princip im Serajewo des Juni 1914.*

*

Außer dem erwähnten würdelosen und schädlichen Ereignis enthält der Zeitbereich jenes Winters 1938/39 für Buchheim kein politisches Ereignis von Bedeutung. Er scheint jenen Monaten geradezu auszuweichen, die in Wirklichkeit den Zweiten Weltkrieg fixiert haben und er geht hier soweit, dem Leser seiner Schrift sogar eklatant falsche Daten vorzuführen:

„Ohne nach der Annektion der Tschechoslowakei auch nur eine kurze Pause einzulegen, in der Europa vielleicht die Illusion hätte nähren können, daß Hitlers Ansprüche nunmehr befriedigt seien,

---

* Da ich die propagandistische Situation in der Welt stärker bewerte, als es Fachhistoriker zu tun pflegen, halte ich an dem oben ausgesprochenen Urteil fest, obwohl Dahms in seiner bereits erwähnten Schrift (vergl. Seite 47) auf Grund seines Studiums der reinen Aktenvorgänge meint:

„Man sagt, der Gefühlsumschwung sei durch die sogenannte Kristallnacht, die neuerliche Judenverfolgung in Deutschland herbeigeführt worden. Aber die Aktenfunde bestätigen das nicht. Sie lassen vielmehr erkennen, daß die führenden westlichen Staatsmänner ihre Ansichten über München schon geändert hatten, als der junge Herschel Grynszpan in Paris seine Pistole zog" (a.a.O. Seite 22).

Dazu ist zu bemerken, daß es sich bei Roosevelt und etwa den Kreisen des Londoner Foreign Office natürlich weder damals noch vorher um gefühlsmäßige Einstellungen handelte. Das Verhängnisvolle an dem sinnlosen Vorgang der Synagogenbrandstiftung war, daß nun Roosevelts nüchterne Einmischung in europäische Angelegenheiten mit einem propagandistischen Mantel drapiert werden konnte.
In einem im November 1960 vor dem Landgericht München I durchgeführten Prozeß gegen den Journalisten Graf Soltikow wurde ein Wort des damaligen deutschen Botschafters in Paris, Graf Welczek, zitiert, der unmittelbar nach dem Attentat die Befürchtung aussprach, daß dies „die ersten Schüsse eines zweiten Weltkrieges" gewesen sein könnten. In der Verhandlung wurde von einem Zeugen behauptet, Grynszpan sei noch am Leben, ein Umstand, der — falls er sich bestätigt — zu Staunen Anlaß bietet, da Grynszpan nach der Besetzung Frankreichs 1940 der deutschen Geheimen Staatspolizei überstellt wurde.

wandte dieser sein Interesse Polen zu und ließ dem polnischen Botschafter in Berlin am 21. März 1939 Vorschläge zur Lösung der Danzig und den Korridor betreffenden Fragen übermitteln. Diesmal war Englands Reaktion eindeutig." (Seite 45).

Dazu ist zunächst zu sagen, daß der polnischen Regierung keineswegs erst am 21. März 1939, sondern bereits am 24. Oktober 1938 in einem Gespräch des Reichsaußenministers mit dem dazu nach Berchtesgaden eingeladenen polnischen Botschafter der offizielle Vorschlag einer „Bereinigung aller bestehenden Reibungspunkte" gemacht worden ist: Einzelheiten darüber (Rückkehr Danzigs ins Reich, exterritoriale Reichsautobahn durch den sog. Korridor) können in jedem Geschichtskalender nachgelesen werden. Daraus wird ferner ersichtlich, daß am 17. November 1938 zwischen Ribbentrop und Lipski in der gleichen Sache erneut verhandelt wurde, daß am 5. Januar 1939 eine weitere Erörterung des gleichen Gegenstandes zwischen Hitler und dem polnischen Außenminister Beck in Berchtesgaden und schließlich am 25. Januar 1939 nochmalige, wenn auch schon abgekühlte Verhandlungen zwischen Ribbentrop und Beck in Warschau stattfanden. Es ging bei allen diesen Erörterungen — von den Polen zweifellos hingezogen, um die Möglichkeiten des Widerstandes zu prüfen — immer um das gleiche: Die Autobahn glaubten sie nicht von vorneherein ablehnen zu sollen, dem Anschluß Danzigs an das Reich — politisch völlig belanglos, da dort seit 1934 bereits eine nationalsozialistische Senatsregierung wirkte — behaupteten sie, keinesfalls zustimmen zu können.
Den tieferen Sinn der monatelangen Verhandlungen mit Polen hat der damalige polnische Außenminister Beck richtig erfaßt; er schreibt in seinen Memoiren (Dernier Rapport 1952), Ribbentrop habe damals versucht, Polen „in eine anti-russische Kombination hineinzuziehen". In der Tat unterschieden sich die Vorschläge Hitlers beträchtlich von seinen Forderungen gegenüber der Tschechoslowakei: Es war insbesondere kein Wort von Oberschlesien oder von Abtretungen sonstigen polnischen Staatsgebietes die Rede, wohl aber von einer deutschen Garantie der polnischen Grenzen, also auch der des Korridors. Natürlich bedeutete aber auch schon die exterritoriale Durchschneidung dieses Gebietes praktisch eine militär-politische Einbeziehung Polens in das, was Beck richtig als „anti-russische Kombination" bezeichnete.
Alles das spielte — wie bemerkt — zwischen Oktober 1938 und Januar 1939, keineswegs erst im März 1939, wie Buchheim irreführend berichtet. Da gab es nur noch den dramatischen Schlußakkord: am 21. März lud Ribbentrop bei einem neuerlichen Gespräch mit Lipski den polnischen Außenminister zu einem nochmaligen Treffen ein, wiederholte die schon so häufig vorgebrachten Vorschläge, unterstrich wieder das

Garantie-Angebot. Am gleichen Tage hatte der britische Außenminister Halifax den polnischen Botschafter in London zu sich bestellt, und machte diesem deutlich, daß die britische Regierung im Gegensatz zu ihrer bisherigen diesbezüglichen Reserve auch der Danzig-Frage ihr Interesse zuwende — nun folgten noch fünf Tage intensiver britisch-polnischer Besprechungen, und dann konnte Lipski in Berlin erklären, daß jede weitere Verfolgung der deutschen Pläne den „Krieg mit Polen" bedeute* . . .

Alle diese Zusammenhänge sind zu bekannt, als daß Buchheim sie nicht wüßte: aber da er die unmittelbare Vorgeschichte des Krieges grundsätzlich erst ab März 1939 und nicht — wie es den Tatsachen entspricht — auf den vorhergegangenen Winter datieren will, kann er mit Ereignissen nichts anfangen, die seinem Schema widersprechen.

Die Bedeutung der zeitlichen Unterscheidung ist unschwer erkennbar: Hitler sieht bald nach der Münchener Konferenz die Gegenkräfte sich formieren (schon in der Saarbrücker Rede vom 15. Oktober 1938 zeigt er, wie sehr ihn die erstaunliche internationale Reaktion beunruhigt) und bemerkt erstmals in seinen Verhandlungen mit den Polen, daß die „freie Hand im Osten" wieder dementiert wird. Was er überwunden glaubte: der West-Einspruch gegen sein Fernziel, den Kampf gegen die Sowjetunion, steht nun in neuer Erscheinungsform mit amerikanischem Hintergrund wieder vor ihm!

Diese Linien sind klar genug, sie verwirren sich nur, wenn — wie Buchheim es versucht — die Daten nicht richtig in Betracht gezogen werden. Nur aus dem Gesamtzusammenhang gewinnt beispielsweise die Prag-Affäre ihre tatsächliche Bedeutung. Noch im Februar 1939 hatte Hitler sich gegenüber slowakischen Separationsbestrebungen zurückhaltend gezeigt; als aber Mitte März undurchsichtige Prager Versuche unternommen werden, die Politik des tschechoslowakischen Rumpfstaates gegenüber Preßburg wieder zu kräftigen, erwacht sofort sein Mißtrauen, er vermutet nun auch hier schon — wie in Warschau — eine westliche Gegenpolitik am Werk, also begünstigt er eilig den Abfall der Slowakei, die Besetzung der Karpatho-Ukraine durch ungarische Truppen, damit den endgültigen staatlichen Zerfall der Tschechoslowakei. Er erinnert sich dabei — im Gegensatz zu Buchheims Darstellung — sehr wohl des Wortes vom September 1938: „Wir wollen gar keine Tschechen", aber die tschechische Armee will er doch beseitigt wissen und so verfällt er auf die wiederum wenig glückliche — in einer eiligen Abendbesprechung geborene — Idee der Schaffung eines „Protektorates".

* Eine profunde Darstellung der Politik Hitlers gegenüber Polen gibt Annelies von Ribbentrop in ihrem bereits erwähnten Werk „Verschwörung gegen den Frieden".

Dieses „Protektorat Böhmen und Mähren" paßte weder zu seinem Nahziel, noch zu seinem Fernziel, es war und blieb ein Fremdkörper sowohl im „Großdeutschen Reich", wie in der später entwickelten europäischen Konzeption; propagandistisch hat uns dieser Ballast schwer zu schaffen gemacht. Hitler aber sah angesichts der sich vor seinem Auge bereits deutlich genug abzeichnenden Weltkoalition nur noch die strategische Seite der Angelegenheit und hat darin wahrscheinlich nicht falsch geurteilt. Ein von deutschen Truppen nicht besetzter böhmischer Raum wäre in der kommenden Auseinandersetzung wohl ein Unsicherheitsfaktor ersten Ranges geworden.

Es war und ist das von Herrn Buchheim geteilte Bemühen der britisch-amerikanischen Propaganda, gerade im Hinblick auf die Prager Ereignisse Ursache und Wirkung zu vertauschen und den Eindruck hervorzurufen, als habe der Wandel der britischen Politik von einer deutschfreundlichen zur amerika-bestimmten sich infolge der Besetzung Böhmens und Mährens vollzogen. In Wirklichkeit war es genau umgekehrt — Hitler griff nach Prag, weil Chamberlain (aus Gründen, die wir heute noch nicht voll überblicken können*, aber öffentlich genug, um als politisches Ereignis damals schon erkannt zu werden) sein Programm „peace in our time" bereits seit Monaten ersetzt hatte durch die von Roosevelt verkündete „stop-Hitler"-These (ihr Sinn war: haltet Hitler im Westen davon ab, nach Osten vorzudringen).

Der Eindruck der „Einkreisung" und das Gefühl, die Zeit beginne gegen ihn zu arbeiten, war schon bei Prag das offenkundige Motiv für Hitlers Entschlüsse. Dann, nach der demonstrativen polnischen Absage und der britischen Garantie für Polen (die berühmte „Blanko-Vollmacht", die eine zweifellos übergroße Verantwortung in die Hand der Warschauer Regierung legte), war, wie auch Buchheim weiß, Hitler monatelang unschlüssig, wie der neuen Lage zu begegnen sei.**

Gewiß — er kündigte das Flottenabkommen mit England, um darzutun, daß er nun nach der neuesten Parteinahme der britischen Regierung keine maritime Rüstungsbeschränkung mehr anerkenne; aber das war nur eine Demonstration. Die zulässigen deutschen Schiffsbauten — insbesondere auf dem U-Boot-Sektor — lagen noch gar nicht auf Kiel. Er rechnete rednerisch mit dem Präsidenten Roosevelt ab („die Monroe-Doktrin" „vertreten wir Deutsche nun für Europa, auf alle Fälle aber für den Bereich und die Belange des Großdeutschen Reiches . . ."). Aber

---

* Annelies von Ribbentrop führt in ihrem erwähnten Werk triftige Gründe dafür an, daß Chamberlains Haltungswechsel von der Erwartung eines baldigen innerdeutschen Umsturzes bestimmt war (a. a. O. S. 213 ff.).

** Hitler hat den Polen noch Ende Juli 1939 eine „Vertagung" des Danziger Streitfalles angeboten (siehe Annelies von Ribbentrop a. a. O. S. 372 ff.)

auch das war nur eine Demonstration* und eröffnete keinen Ausweg aus dem Dilemma.

Die amerikanische Initiative hatte das bisherige deutsch-russische Wettrüsten in ein allgemeines Wettrüsten verändert, dem Deutschland auf die Dauer nicht gewachsen sein konnte. Noch hieß es zwar „s t o p Hitler", wie würde die Parole lauten, wenn die USA, England und Frankreich, verbündet mit Moskau ihre jetzt begonnenen Rüstungsmaßnahmen vollendet hätten?!

Aus den deutschen Presseweisungen jener Monate — eine Geschichtsquelle, die zwar noch nicht publizistisch erschlossen, aber Herrn Buchheim wohl ebenso wie mir bekannt ist — wird Hitlers etwas mühsame Taktik jener Monate deutlich genug.

Sie begann mit einem Hinweis an die Danziger Delegation, die ihm am 20. 4. 1939 zum 50. Geburtstag gratulierte: der Anschluß der Freien Stadt an das Reich müsse zunächst als verschoben gelten.** Sie setzte sich fort in häufigen Sprachregelungen für die deutsche Presse. In ihnen war schon seit Monaten in wachsendem Maße von der „Einkreisung" und erst in zweiter Linie von Polen die Rede, ja die Zeitungen wurden angewiesen, Meldungen über die politische Spannung mit Polen nur insoweit zu bringen, als sie vom „Deutschen Nachrichtenbüro" (DNB) ausgegeben wurden und auch in diesen Fällen nur ohne große Aufmachung. Da die ganze Auslandspresse in jenen Wochen von nichts anderem schrieb, über nichts anderes orakelte als über „Danzig" und den „Korridor", hatten es die deutschen Redaktionen nicht leicht, sich an diese strengen Richtlinien zu halten. Gelegentlich wurden die Zügel etwas gelockert, aber die Angriffsrichtung ging nach wie vor nur in-

---

* Dahms urteilt (a.a.O. Seite 27) diese Reichstagsrede sei ein „propagandistisches Meisterstück" gewesen: „Folgte der Kanzler doch weitgehend den Lieblingsargumenten der Isolationisten, die seine Worte mit Ergötzen vernahmen. So wurde Roosevelt persönlich getroffen. Sein Widerwille gegen Hitler wurde zum persönlichen Haß."

** Diese Szene ist dem Verfasser persönlich in Erinnerung: in den Morgenstunden des 20. April 1939 — vor der großen Parade — empfing Hitler in seinem Arbeitsraum in der Neuen Reichskanzlei zahlreiche Delegationen, die ihm Glückwünsche überbrachten. Die hohen Flügeltüren standen weit offen, in ununterbrochener Folge kamen und gingen die Abgesandten der deutschen Gaue, großer Organisationen, auslandsdeutscher Vereine usw. Der Reichspressechef und seine Mitarbeiter begnügten sich damit, den rasch fließenden Strom der Gäste in einem der Vorräume zu beobachten, gelegentlich Bekannte zu begrüßen usw. Da wurden überaschend die Flügeltüren geschlossen — e i n e Delegation wurde von Hitler gesondert empfangen; er sprach mit ihr minutenlang vertraulich. Die Herren kamen mit ernsten Gesichtern zurück. Natürlich interessierte uns, was vorgefallen war: Hitler hatte den D a n z i g e r n gesagt, ihr Wunsch nach baldigem Wiederanschluß an das Reich müsse vertagt werden, die aufgetretenen Schwierigkeiten und Gefahren seien zu groß geworden.

direkt in die polnische Richtung. So lautet eine Presseweisung vom 3. Juli 1939:

„DNB wird eine rückschauende Meldung geben, die die Hetze des Auslandes einschließlich höchster Regierungsstellen in den letzten Tagen aufzeigt: ‚Der Führer kommt nach Danzig', ‚Putsch in Danzig' usw. usw. Nachdem diese Voraussagen nicht eingetroffen sind, behaupten die Hetzer auf einmal, der Führer wäre vor den Drohungen zurückgewichen. Das ist die alte bekannte Taktik, in ihr liegt die Ursache begründet, daß der polnische Chauvinismus heute tropische Blüten treibt."

Die hier umrissene publizistische Defensive wurde erst Anfang August aufgegeben, und zwar im Zusammenhang mit dem sog. Danziger Zollbeamtenstreit — die polnische Regierung hatte die Zahl der auf Danziger Gebiet tätigen polnischen Zollinspektoren vermehrt, wogegen der Danziger Senat Einspruch erhob. Auch hier waren die Schriftleitungen aufgefordert worden, den Streitfall „vorerst noch zurückhaltend" zu behandeln; dann aber wurde am 9. August eine Rede des Danziger Gauleiters Forster zur Großaufmachung freigegeben und zwei Tage später wurde mitgeteilt, daß „Meldungen über deutsch-polnische Zwischenfälle, Übergriffe auf Volksdeutsche usw. nunmehr auch auf der ersten Seite gebracht werden können . . . Die Kommentare sollen scharf, im ganzen aber noch verhalten sein . . ." In dieser Weisung wurde erstmals deutlich, daß sich nun auch auf deutscher Seite ein politisches Spiel mit Absichten und Zielen entfaltete.
Nach langem Zögern hatte Hitler sich zu einem abenteuerlichen Ausweg entschlossen; er durfte jetzt mit beträchtlicher Wahrscheinlichkeit damit rechnen, Polen doch noch politisch isoliert, den „Ring" gesprengt zu haben . . .

*

E i n e Stelle in Buchheims Schrift macht ganz besonders deutlich, wie kritiklos er auch offenkundige Fehlurteile der Nachkriegspropaganda einfach übernimmt: Er nennt den Reichsaußenminister von Ribbentrop ganz schablonenhaft einen *„Hitler ergebenen Gefolgsmann ohne Fähigkeit und Willen zu eigenem Entwurf"*. Ribbentrops Loyalität Hitler gegenüber ist unbestritten, zweifellos ist aber auch — und das läßt sich aus den publizierten Unterlagen gerade für das Frühjahr 1939 Stufe für Stufe nachweisen —, daß die Sensation des Sommers 1939, die Verständigung zwischen Berlin und Moskau ganz entschieden der „eigene Entwurf" Ribbentrops war. Hitler hat dem Drängen seines Außenministers (der schon bei der Rückfahrt aus Warschau Ende Januar 1939 seinen Mitarbeitern sagte: „Jetzt bleibt uns nur der Ausweg, uns mit Rußland zu einigen, wenn wir nicht völlig eingekreist werden wol-

len" *) nur nach lang hingezogenen Auseinandersetzungen nachgegeben. Anfang März 1939 hatte Stalin — ein überaus geschickter Schachzug, der eine genaue Kenntnis der bereits festgelegten amerikanischen Politik verriet — in einer aufsehenerregenden Rede keinesfalls Dank für Roosevelts Eingreifen zu erkennen gegeben, sondern sich recht nüchtern geäußert, Rußland beabsichtige nicht, für gewisse Mächte „die Kastanien aus dem Feuer zu holen". Ribbentrop erwirkte sich nur mit Mühe die Zustimmung Hitlers zu diplomatischen Schritten in Moskau zwecks Prüfung des Sinnes dieser vieldeutigen Äußerung. Er setzte dann wenigstens — wieder gegen Hitlers Widerstreben — Wirtschaftsverhandlungen durch, mußte aber noch am 20. Juni 1939 erleben, daß Hitler sich ausdrücklich als „desinteressiert" erklärte. Es gibt Berichte über persönliche Eindrücke, die Hitler schließlich veranlaßten, dem Drängen Ribbentrops nachzugeben und nun — ab Anfang August 1939 — nahezu stürmisch selbst den Pakt mit Rußland zu befürworten.

Wer Hitlers Ideen und Ziele einigermaßen kannte, war keinen Augenblick im Zweifel darüber, daß dieser Pakt von Hitler vor allem als ein tagespolitischer Schachzug betrieben worden ist — und es ist ziemlich sicher, daß die Einstellung der Gegenseite von gleichen Erwägungen bestimmt war."

Auch hier wird ein nicht unbeträchtlicher Gegensatz zwischen Hitlers und Ribbentrops Ansichten deutlich; dieser dachte zweifellos an einen deutsch-russischen Dauerausgleich, Hitler an eine zweckbestimmte Maßnahme, die es ihm ermöglichte, die Polenfrage zu regeln und damit die amerikanisch-britische Politik zu parieren. Wurden die Polen trotz der Londoner Garantie in irgend einer Form zum Nachgeben gezwungen, dann war Roosevelts Eingreifen in Europa eine Niederlage bereitet, von der es so rasch keine Erholung mehr gab!

Da Buchheim die amerikanische Komponente nicht sieht und nicht sehen will, verzerren sich in seiner Darstellung die Linien zur Polemik:

„Nur um seinen Willen gegen Polen durchzusetzen, scheute sich Hitler, der ‚Vorkämpfer Europas gegen den Bolschewismus', nicht,

---

* Vergl. Joachim von Ribbentrop: Zwischen London und Moskau, Erinnerungen und letzte Aufzeichnungen, Leoni 1953, Seite 160.

** In der amerikanischen Zeitschrift „Saturday Evening Post", 13. Mai 1950, veröffentlichte der frühere sowjetische General Alexei Markoff eine bemerkenswerte Darstellung; danach ordnete Stalin nach der Niederlage Frankreichs im Sommer 1940 „Kriegsvorbereitungen gegen Deutschland an, weil Hitler zu schnell gewann". Markoff hatte im Frühjahr 1941 ein Truppenkommando an der russischen Westgrenze. Auf seine Frage, wieviel Zeit ihm für die Kampfausbildung seiner Mannschaften zur Verfügung stehe, erhielt er vom sowjetischen Generalstab die Antwort: „Bis Herbst; wir sind noch nicht fertig. Wir werden losschlagen, sobald es für uns günstig ist."

einen wesentlichen Bestandteil seiner Ideologie zu desavouieren und gemein-europäische Interessen ebenso wie die einer deutschen Politik auf weite Sicht zu opfern. Er lieferte nicht nur einige kleine europäische Staaten und Volksgruppen der politischen Willkür Rußlands aus, sondern zerstörte damit auch den Schutzgürtel, den sie gebildet hatten und öffnete so dem Sowjetstaat den Weg nach Europa."

Wenige Zeilen vorher hatte Buchheim zunächst berichtet, wie die a n d e r e Seite in jenen Monaten die „gemeineuropäischen Interessen" wahrnahm:

„Im Laufe der sich nunmehr vollziehenden Frontbildung bemühten sich beide Seiten um die Sowjetunion. England und Frankreich hatten bereits nach Überwindung großer diplomatischer Schwierigkeiten eine vorläufige Einigung mit Moskau erzielt, als die Russen das Durchmarschrecht durch Polen und Rumänien forderten, das zuzugestehen der Westen sich nicht entschließen konnte."

Daß die sowjetisch-britischen Verhandlungen praktisch an der Frage des Durchmarschrechtes gescheitert sind, ist richtig; falsch jedoch ist die Behauptung „der Westen" hätte das verweigert — es war ausschließlich die Warschauer Regierung, die diese Art von „Schutz" ablehnte, wohl ahnend, daß er das Ende der politischen Selbständigkeit Polens bedeuten mußte, was sich dann in Jalta und Potsdam bestätigte. Da gab es dann keine „Garantie" für Polen mehr.

*

Wie bekannt, vollzog sich die Entscheidung im Laufe von dramatischen zehn Tagen: am 22. August 1939 schloß Ribbentrop in Moskau den „deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt"; daraufhin war Hitler der Ansicht, die neue Lage gestatte es, einen Angriff auf Polen zu wagen, ohne ein Eingreifen Frankreichs und Englands befürchten zu müssen. Als er am 25. August aber erfuhr, daß die britische Regierung an ihrem Beistandspakt mit Polen festhielt, zog er den bereits erteilten Vormarschbefehl zurück.* Was nun geschah, schildert Buchheim wie folgt:

„(Hitler) knüpfte neue Verhandlungen mit England an, das sich bereit zeigte, auch die allerletzte Chance zu nutzen, den Frieden zu retten — im Gegensatz zu Polen, das in Überschätzung seiner Kräfte nicht alles versuchte, eine gewaltsame Auseinandersetzung zu verhindern. Doch auf die von Hitler vorgeschlagene ‚Verständigung' auf Kosten Polens, und damit letzten Endes Europas, ließ England

* Ausführliche Darstellung der Ereignisse des 25. August 1939 bei Annelies von Ribbentrop a. a. O. Seite 448 ff.

sich nicht ein, und so eröffnete Hitler am 1. September den Angriff, immer noch des Glaubens, die Westmächte würden, wenn er erst einmal vollendete Tatsachen geschaffen habe, sich auch diesmal damit abfinden."

Diese Darstellung ist sehr nachsichtig gegenüber der britischen, sehr unfreundlich gegenüber der polnischen Seite und — indem sie am 1. September endet — zu kurz, um richtig zu schildern, was tatsächlich geschah; ich beschränke mich auf die wichtigsten Richtigstellungen: Der auslösende Faktor des deutschen Angriffsbefehls für den Morgen des 1. September war gewiß — wie Buchheim nur andeutet — die polnische Generalmobilmachung vom 30. August abends und die polnische Weigerung, einen Verhandlungsbevollmächtigten nach Berlin zu entsenden. Es ist aber nach dem Ergebnis der zum großen Teil publizierten Akten zweifellos unkorrekt, zu behaupten, die britische Regierung habe sich bereit gezeigt „auch die allerletzte Chance zu nützen" — nur die Tatsache, daß die britische Regierung eine Vermittlung oder auch nur einen ernsthaften Rat in Warschau n i c h t anzubringen bereit war, hat die nach dem deutsch-russischen Pakt unstreitig selbstmörderische Haltung der polnischen Regierung ermutigt und veranlaßt. Eine Reise des polnischen Außenministers Beck nach Berlin, die natürlich die ganze Krise sofort gelöst hätte, bezeichnete man britischerseits sogar ausdrücklich als „unerwünscht". Obwohl in London durchaus bekannt war, daß trotz der beabsichtigten englisch-französischen Kriegserklärung eine praktische Hilfe für Polen unmöglich war, hat man die polnische Intransigenz nicht etwa realistisch gedämpft, sondern man hat sie ermutigt. Wie sehr man in London zur Opferung des „garantierten" Polen bereit und entschlossen war, zeigte sich nicht nur im Laufe der folgenden vier Wochen des polnischen Feldzuges, sondern bereits am 2. September — die Zuspitzung der Kriegsfrage an diesem Tage verschweigt Buchheim völlig, genauso wie er es unterläßt, die Tatsache der britisch-französischen Kriegserklärung vom 3. September als Ereignis zu erwähnen.

Vielleicht setzt Buchheim das letzgenannte Geschehen als bekannt voraus — keinesfalls darf er das aber hinsichtlich der Vorgänge des 2. September, denn diese werden ebenso totgeschwiegen wie sie für die Geschichte des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges von entscheidender Bedeutung waren: An jenem 2. September 1939 hat nämlich nochmals, wie schon ein Jahr vorher, Mussolini eingegriffen und eine Sofortregelung vorgeschlagen: 1. zunächst Waffenstillstand, der die Armeen läßt wo sie jetzt sind; 2. Einberufung einer Konferenz Deutschland — Polen — England — Frankreich — Italien innerhalb von 2—3 Tagen zur Lösung des polnisch-deutschen Streites.

Die Geschichte dieses Mussolini-Vorschlages, der genau das bedeutete was Hitler wünschen konnte (er hatte bei der Ankündigung des deutschen Einmarsches in Polen das Wort „Krieg" vermieden und nur von „zurückschießen" gesprochen), ist deshalb so aufschlußreich, weil dieser Lösungsvorschlag, nicht nur von deutscher, sondern auch von französischer Seite angenommen worden ist. Die letztere Tatsache, besonders bedeutsam, weil Frankreichs Bündnisverhältnis zu Polen beträchtlich älter und tiefgreifender war als das Englands, wurde am 2. September sogar in amtlicher Meldung öffentlich bekanntgegeben.* Es bedurfte, wie ausreichend aktenkundig wurde, eines entschiedenen britischen Druckes auf die französische Regierung, um sie zur Änderung ihrer Haltung und zum Anschluß an die englische Kriegserklärung am darauffolgenden Tag zu veranlassen.

Die Gründe, die die britische Regierung in jenen entscheidenden Tagen veranlaßt haben mögen, so hartnäckig auf einer Ausweitung des deutsch-polnischen Konfliktes und auf einer Verhinderung seiner Beilegung zu bestehen, sind, auch vom heutigen Standpunkt her gesehen, nur schwierig zu begreifen.** Auch wenn man die Wünsche und Druck-

---

* Meldung der amtlichen französischen Nachrichtenagentur HAVAS vom 2. September 1939:

Die französische Regierung ist gestern, wie mehrere andere Regierungen, mit einem italienischen Vorschlag zur Regelung der europäischen Schwierigkeiten befaßt worden. Nach Beratung über diesen Vorschlag hat die französische Regierung eine p o s i t i v e Antwort gegeben."

** Der britische Historiker Professor Barraclough, als Nachfolger Toynbees jetziger Leiter des bekannten Chatham House in London, gab am 26. Februar 1959 bei einem öffentlichen Vortrag in München eine interessante Deutung der Ereignisse des Frühjahr und Sommer 1939. Nach Barraclough waren Chamberlain und sein Außenminister Lord Halifax z u n ä c h s t der Ansicht, einer Ausdehnung des Reiches nach Osten solle k e i n Widerstand entgegengesetzt werden. Diese Auffassung sei durch „Furcht vor Rußland" bestimmt worden. Infolge solcher „Kurzsichtigkeit" sei zeitweilig der britische Kerngrundsatz außer Wirkung gesetzt gewesen, wonach die Beherrschung Europas durch e i n e Macht für England unerträglich sei. Schließlich habe sich Chamberlains und Halifax' Einstellung jedoch g e ä n d e r t und infolgedessen habe England im Zweiten Weltkrieg — wie Barraclough wörtlich erklärte — „nicht etwa um die Erhaltung des Korridors gekämpft, sondern weil Hitler der Hegemonie zustrebte". Auf den Kern reduziert, haben wir wohl nur zwei verschiedene Ansichten über das Gleichgewichtsproblem vor uns. Chamberlain bezog in seiner ursprünglichen Rechnung die russische Macht in das gesamteuropäische Kräfteparalellogramm ein und war offenbar der Ansicht, daß ein Kampf zwischen Hitler und Stalin den britischen Interessen nicht zuwiderlaufen würde. Andere britische Kräfte, vor allem die Schule Vansittart, die an die Tradition Sir Eyre Crowes anknüpfte, dachten wie 1904 bei Bildung der „Entente cordial" nur an das Kräfteverhältnis Deutschland — Frankreich. Daß diese enge Betrachtungsweise zu verhängnisvollen Fehlschlüssen geführt hat, wurde nach 1945 noch deutlicher als nach 1919. Heute

mittel des amerikanischen Präsidenten hoch bewertet — das britische Kabinett hatte dazumal immerhin Entschlußfreiheit in einer Angelegenheit die letztlich ein bedeutendes Risiko auch für England einschloß. Der Britische Ministerpräsident Chamberlain notierte am 10. September 1939 — also wenige Tage nach Kriegsausbruch — in sein Tagebuch:* „Was ich erhoffe, ist nicht der militärische Sieg — ich zweifle sehr, ob er möglich ist — aber ein Zusammenbruch der deutschen inneren Front."

Der entscheidende innerpolitische Fehler von 1933 wandte sich in diesen schicksalsschweren Tagen gegen Hitler selbst: wäre vordem nicht die Opposition in den unsichtbaren Untergrund verschwunden, sondern hätte sie in all' den Jahren auch von draußen her in ihrer Bedeutung abgeschätzt werden können, so wäre eine solche Verkennung der Situation seitens des britischen Kabinetts wohl nicht denkbar gewesen. Man nahm in London offenbar an, durch die Kriegserklärung nur eine Art von Stichwort zu erteilen, das eine neue deutsche Lage schaffen würde . . .

Die Vermutung ist erlaubt, daß die britische Stellungnahme zu Mussolinis Vermittlungsvorschlag nicht so brüsk gewesen wäre, hätte man in London geahnt, daß der Krieg bis 1945 dauern und schließlich durch eine Vereinigung sowjetischer und amerikanischer Armeen im Bereiche der Elbe beendet werden würde.

*

Mit dem 3. September 1939 vermindert sich der historische Problemkreis um das Thema „Drittes Reich" (mit wenigen Ausnahmen, die noch zu besprechen sind) auf die beiden Fragen: „Wie war der Krieg zu gewinnen?" und: „Warum wurde er verloren?"

Hierbei trat der bisher so wichtige staatspolitische Konstruktionsfehler der Beiseitestellung öffentlicher Opposition an Bedeutung zurück. Ein so tiefgreifendes Ereignis, wie ein moderner Krieg, hat in jedem Lande die Einordnung bisher gegnerischer Kräfte und ihre Unterstellung unter die verantwortliche Führungsgruppe zur Folge. Die Engländer haben sogar eine Formel geprägt für diesen Akt der loyalen Beendigung bisheriger Meinungsverschiedenheiten: „Kings enemies are our

---

sind die gleichen Kreise — wie aus dem erwähnten Vortrag von Professor Barraclough deutlich wurde — erneut gegenüber Deutschland „mißtrauisch". Zwar hänge heute die Sicherheit Englands nicht wie 1914 und 1940 von Belgien ab, auch fürchte niemand mehr eine deutsche Hegemonie, wohl aber eine Störung des „Gleichgewichts" durch eine „Wiedervereinigungspolitik". Offenbar ist nunmehr die Elbe der geographische Punkt, an dem die „Gleichgewichts"-Vorstellung des Foreign Office fixiert ist.

* Keith Feiling: The Life of Neville Chamberlain, London 1946, (Seite 418).

enemies."* Entschiedene Gegner der britischen Kriegspolitik 1938/39 wie Lloyd George schwiegen mit dem Tage der Kriegserklärung; Lloyd George hielt zwar noch im Oktober 1939 eine vorsichtige Rede, um Hitlers damaligen Vorschlag zur Kriegsbeendigung zu unterstützen, aber dann hörte man nichts mehr von ihm. Auch in den Vereinigten Staaten zeigte sich später im Anschluß an vorhergegangene und sehr deutliche Diskussionen eine erstaunliche innere Disziplin; sie entsprach den beträchtlichen Vollmachten, die einen amerikanischen Präsidenten im Kriegsfalle die unabhängige Leitung der gesamten Kriegsführung ermöglichen.

Diese Praxis geht auf die Erwägung zurück, daß in einem Kriege nur über Sieg, Kompromiß oder Katastrophe entschieden wird und daß die Vermeidung der letzteren jedenfalls einheitlichen Willen zum ersteren voraussetzt. Öffentliche Diskussion kann auch im freiheitlichsten Staate erst dann wieder in Betracht kommen, wenn etwa durch die Entwicklung der Kriegsereignisse ein erträglicher Ausgleich in greifbare Nähe gerückt ist.

Buchheim sieht sich vor der Tatsache, daß der Verlauf des Zweiten Weltkrieges infolge der „bedingungslosen" Kapitulationsforderung des amerikanischen Präsidenten (sie war Roosevelts geistiger Beitrag zur Kriegführung der Alliierten) zu einem legitimierten Auftreten einer Opposition in Deutschland keinen Raum geboten hat; er ist aber natürlich bestrebt, das, was heute in aller Welt als deutsche Widerstandsbewegung Anerkennung findet, historisch zu rechtfertigen.

In dieser schwierigen Position verliert er sich hinsichtlich des Fragenkreises „Ursachen der deutschen Niederlage" in Polemiken, die man übergehen könnte, würde in ihnen nicht das ganze Vokabularium der alliierten Kriegs- und Nachkriegspropaganda wiederholt und übersteigert.

Ein wesentlicher Fundus der Buchheim'schen Argumente, durch die „Widerstand" ausgerechnet im Kriege zu sittlicher Verpflichtung erhoben werden soll, ist der sog. „Kirchenkampf", die angebliche Ausrichtung des Staates auf die *„Herrschaft über die Gewissen"* (Seite 71). Es steht Buchheim dabei zur Seite, daß es tatsächlich Personen, Kräfte und Bestrebungen gegeben hat, die — ohne realistischen Blick auf die machtpolitischen Zusammenballungen und Kräfteverhältnisse und begünstigt durch den Wegfall offenen politischen Widerspruchs (der Kanzelwiderspruch war und blieb beträchtlich!) — extreme Ansichten über eine ins Religiöse gesteigerte Weltanschauung vortrugen, die sie zu entwerfen versuchten. Deutschland ist seit je das Land der Philosophie gewesen und es nimmt nicht wunder, daß auch im Schoße der NSDAP

* „Feinde des Königs sind unsere Feinde"

Verbesserungsideen hinsichtlich der kirchlichen Ansichten über die Einordnung des Menschen ins göttliche Weltall entwickelt wurden. Ihr übereinstimmendes Merkmal war, daß sie keine populären Gesichtspunkte enthielten und schon deshalb zur öffentlichen Verwendung wenig geeignet waren.

Es blieb bei gewissen begrenzten Bewegungen, die den Kirchenaustritt unter der Parteiführerschaft befürworteten, aber schon um diese begrenzte Zielsetzung gab es viele Auseinandersetzungen in der Partei selbst. Insbesondere hat Hitler persönlich — obwohl er gewiß das war, was man einen „Freigeist" zu nennen pflegt — seine katholische Kirchenzugehörigkeit nie aufgegeben und den Spitzen der Parteiführung den Kirchenaustritt sogar ausdrücklich verboten. Er war sich offenkundig klar, daß ein Streit um religiöse Fragen in den Auseinandersetzungen, die das Reich zu bestehen hatte, nicht nur nicht angezeigt war, sondern vermieden werden mußte. Wenn er auch diesen schmalen Bereich innerparteilicher Diskussion nicht völlig ausschaltete, so hat er doch nachdrücklich dafür gesorgt, daß dieses Thema in das gesamtnationale Empfinden nicht eindrang: Jegliche Diskussion religiöser und kirchlicher Fragen blieb insbesondere im Krieg für die gesamte deutsche Publizistik strikt untersagt* und die ganze trotzdem von einigen Kräften oft mit unerfreulichen Methoden betriebene Auseinandersetzung mit ihrerseits auch sehr streitbaren katholischen und protestantischen Geistlichen ist aus der Sphäre örtlicher Zwischenfälle nie herausgetreten. Das Reich als Ganzes und das deutsche Volk als Ganzes waren und blieben unbeteiligt. Nicht einmal die — im katholischen Frankreich seit 1905 durchgeführte — „Trennung von Kirche und Staat" ist ernstlich erwogen worden.

Es ist richtig, daß auch das Geschehene schon ein „Zuviel" war angesichts der ganz anders gearteten Entscheidungen, um die es ging, aber die Theorie, daß hier eine ernstliche Ursache des Zusammenbruches zu suchen sei, hält auch oberflächlicher Prüfung nicht stand. Wenn Buchheim den Satz eines evangelischen Theologen zitiert: *„Hitler ist der Antichrist. Wir müssen daher weitergehen mit unserer Arbeit und ihn ausmerzen, einerlei ob er erfolgreich ist oder nicht"*, so ist das nichts anderes als ein beunruhigendes Beispiel dafür, welcher Extreme der deutsche Charakter fähig ist und wie wenig er sich seit den Zeiten Hermanns des Cheruskers gewandelt hat: „Überlaßt sie ihren eigenen inneren Zerwürfnissen" hatte der römische Kaiser Tiberius damals geurteilt . . .

* Eine öffentliche Verfügung von Rudolf Hess in seiner Eigenschaft als „Stellvertreter des Führers der NSDAP" besagte schon am 14. Oktober 1933: „Der Glaube ist eines Jeden eigenste Angelegenheit, die er nur vor seinem Gewissen zu verantworten hat; Gewissenszwang darf nicht ausgeübt werden."

Buchheim selbst verirrt sich zwar nicht in so radikale Ausdrücke, wohl aber in ähnlich heftige Vorstellungen. Ausgehend von der Ansicht, die *„sozialdarwinistische Theorie der Menschenzüchtung"* habe *„auf einige führende Nationalsozialisten nachhaltigen Einfluß ausgeübt"*, erklärt Buchheim in einer Verallgemeinerung, die auch den Kenner jahrelanger antihitlerischer Propaganda verblüfft:

> *„Das eigene Volk und, im Zweiten Weltkrieg, die Völker Europas, wurden von den Nationalsozialisten wie unrationell angelegte und von Unkraut durchwucherte Pflanzungen angesehen, in denen einmal Ordnung geschaffen werden mußte, indem man die Asozialen isolierte, die ‚Fermente der Dekomposition' unschädlich machte, wertvolle Elemente vermehrte und minderwertige verkümmern ließ, Kranke unfruchtbar machte und Unruhe stiftende Volksstämme entweder ‚verpflanzte' oder ‚ausmerzte'; am Ende sollte dann eine neue, biologisch sinnvoll geordnete europäische Gesellschaft stehen. Gerade die schrecklichsten Untaten der Nationalsozialisten galten diesem wahnsinnigen Versuch, durch Züchtung und Selektion das politische Leben zu reformieren und so Europa säuberlich neuzuordnen. Euthanasie, Sterilisierung, Umsiedlung und Germanisierung und nicht zuletzt die Ausrottung ganzer Kategorien als wertlos oder gar gefährlich betrachteter Menschen dienten diesem Programm."*

Lassen wir beiseite, daß hier eine Kollektivschuld-These verkündet wird, die sogar Vansittart in den Schatten stellt, mäßigen wir die Gefühle, die angesichts dieser empörenden Sammelbeschuldigung gegen d i e Nationalsozialisten (also immerhin viele Millionen Deutsche!) auch ruhiges Blut in Wallung bringen können; reduzieren wir diese Thesen auf ihren sachlichen Kern:
Schon als junger Student habe ich mich interessiert mit der geistigen Genesis der politischen Bewegung befaßt, die damals für die deutsche Entwicklung entscheidend wurde und der auch ich mich überzeugt angeschlossen hatte. Niemals — bis ich jetzt die Schrift des Dr. Buchheim in die Hand bekam — bin ich auf die von Buchheim genannten „sozialdarwinistischen" Gelehrten Schallmayer, Ploetz, Ammon und Tille gestoßen. Dies soll kein Vorwurf gegen Buchheim sein: es gibt oft auch unbekannte Quellen, die des Studiums wert sind. Da Buchheim aber n u r von diesen Sozialdarwinisten* spricht, stellt sich die wichtige

* Aus dem im Leseraum des Münchner Instituts für Zeitgeschichte aufgestellten und also auch Dr. Buchheim zugänglichen Großen Brockhaus habe ich mich über die vier genannten Gelehrten unterrichtet: Otto Ammon (1842 bis 1916) hat über „Gesellschaftsordnung und natürliche Grundlagen" gearbeitet, Alfred Ploetz (geb. 1860) war Privatgelehrter und galt als Rassehygieniker, der Erb-

Frage: warum prüft er nicht zuerst diejenigen Denker und ihr Werk, die ganz offenkundig und unbestritten die Rassevorstellungen Hitlers und der NSDAP entscheidend beeinflußt haben?!

Es ist hier nur Raum zu kurzen Strichen, aber sie machen klar genug, aus welchen Quellen der Nationalsozialismus als politische Bewegung geistesgeschichtlich schöpfte und welchen Zielen er — soweit er philosophisch erfaßt wurde — zustrebte. Man kann diese Denkweise billigen oder verurteilen, aber der Zustimmung oder Verdammnis muß eine zutreffende Kenntnis vorangehen:

Wenn wir von vorhergegangenen gelegentlichen Gedankensplittern bedeutender Denker* und Historiker absehen, war es der französische Graf Gobineau (1816 bis 1882), der in seinem mehrbändigen „Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen" auf die Verflechtung von politischem Schicksal und rassischer Entwicklung aufmerksam machte. Gobineaus Interesse galt vor allem dem Problem der Rassenmischung und er kam zur Auffassung, daß die von ihm angenommenen ursprünglichen „reinen" Rassen sich in einem stetigen Degenerationsprozeß aufgelöst hätten und weiter auflösten. Richard Wagner, der den Grafen Gobineau „einen der geistvollsten Männer unserer Zeit" nannte, spricht von der „erschreckenden Überzeugungskraft", die Gobineaus Werk ausstrahle. In der Tat ist es eine recht pessimistische Lehre, die Gobineau verkündet hat, was allerdings nicht hinderte, daß sein sehr umständliches, mehrbändiges Werk trotz inzwischen festgestellter Irrtümer mit Rücksicht auf seine geistesgeschichtliche Bedeutung noch 1939/40 mit staatlicher Förderung in deutscher Übersetzung neu herausgebracht wurde.

---

forscher und Arzt Friedrich W. Schallmayer (1857—1919) untersuchte vor allem das Phänomen, daß qualitativ günstige soziale Gruppen einen Fortpflanzungsrückgang aufweisen. Schallmayer scheint der bedeutendste der von Buchheim Genannten zu sein, jedenfalls bezeichnete der bekannte Erbforscher Professor Lenz Schallmayers Schrift „Vererbung und Auslese im Leben der Völker" als ein „klassisches Meisterwerk der deutschen Rassenhygiene". Hinsichtlich des Alexander Tille (1866—1912) dürfte Buchheim ein ziemlicher Irrtum unterlaufen sein. Tille war nach Auskunft des genannten Lexikons Volkswirt und Sozialpolitiker und die einzige Leistung, die ihn mit dem Dritten Reich in vage Verbindung bringen kann, war seine Übersetzung von Nietzsches „Also sprach Zarathustra" ins Englische. Auf ähnlichem Niveau recht willkürlicher Konstruktion bewegt sich das vor einiger Zeit erschienene Buch eines Wiener „Tiefenpsychologen", in dem ein österreichischer Sektierer als der „Mann, der Hitler die Ideen gab" „entdeckt" wird. Auch hier gilt das oben Gesagte: warum in den Winkeln suchen, wo die wirklichen Umstände klar zutage liegen?!

* Z. B. Kant: „Soviel ist wohl mit Wahrscheinlichkeit zu urteilen: daß die Vermischung der Stämme, welche nach und nach die Charaktere auslöscht, dem Menschengeschlecht, alles vorgeblichen Philantropismus ungeachtet, nicht zuträglich sei."

Ein zweiter Denker ist noch deutlicher als geistiger Vorläufer, ja als „Seher des Dritten Reiches" erklärt und anerkannt worden: Den gebürtigen Engländer, aber im Kreise der Cosima Wagner geistig zum Deutschen gewordene Houston Stewart Chamberlain (1855 bis 1927) hat Hitler selbst noch persönlich besucht und gesprochen, er erwähnt ihn auch in „Mein Kampf".

In seinem bekanntesten Werk „Grundlagen des 19. Jahrhunderts" (noch im Kriegsjahr 1944 in 28. Auflage neu verlegt) untersucht Chamberlain ebenfalls den blutsmäßigen Hintergrund dessen, was wir als Kultur und Geschichte begreifen, er unterscheidet sich aber wesentlich von Gobineau, indem er nicht nur Verfall konstatiert, sondern auch Neubildung rassischer Kräfte für möglich hält. Seine These ist die „Rassenerzeugung durch Nationen". Für Chamberlain ist „der feste nationale Verband das sicherste Schutzmittel gegen Verirrung: er bedeutet gemeinsame Erinnerung, gemeinsame Hoffnung und gemeinsame geistige Nahrung; er festigt das bestehende Blutband und treibt an, es immer enger zu schließen!" *

Für Hitler, den Politiker, sind diese Gedanken natürlich brauchbarer gewesen, als die Trauer Gobineaus über das verlorene und nie wieder zu gewinnende Paradies. Hitler geht in seinem Optimismus noch einen Schritt weiter als Chamberlain, er glaubt daran: „Jegliche Rassenkreuzung führt früher oder später zum Untergang des Mischproduktes, solang der höherstehende Teil dieser Kreuzung selbst noch in einer reinen, irgendwie rassenmäßigen Einheit vorhanden ist." **

Das ist — in roher Skizze — der wesentliche Bestand an „Rassenideologie", wie sie im Dritten Reich politisch praktiziert wurde. Gewiß — es gab das Sterilisationsgesetz, aber es bezog sich nicht auf rassische sondern auf gesundheitliche Merkmale. Es gab den Antisemitismus — ich habe bereits davon gesprochen: er war eine gewiß rassisch umschriebene, aber absolut politische Bestrebung, deren einziges grundsätzlich vertretenes Ziel die „Fremdengesetzgebung" war. ***

---

* Houston Stewart Chamberlain: Die Grundlagen des XIX. Jahrhunderts, Band I, Seite 294.

** Hitler: Mein Kampf, Dünndruckausgabe, Seite 443.

*** In neueren jüdischen Veröffentlichungen, z. B. in dem durch ein Stipendium der „Conference on Jewish Material Claims against Germany" geförderten umfangreichen Werk von H. G. Adler: „Die verheimlichte Wahrheit — Theresienstädter Dokumente" (Tübingen 1958) wird die Theorie entwikkelt, der Nationalsozialismus sei von vorneherein und im Wesentlichen auf Ausrottung des Judentums ausgerichtet gewesen. Auch für Buchheim ist die ganze, in ihrer Intensität, ihren jeweiligen Zielen und Methoden im Laufe der Jahre höchst unterschiedliche Judenpolitik des Dritten Reiches nichts anderes als Vorbereitung und Durchführung eines von vorneherein geplanten Massenmordes. Um das zu beweisen, zitiert er aus „Mein Kampf" (Seite 772) die folgende Stelle:

Die von Buchheim entworfene Formel, der Nationalsozialismus habe durch „Ausmerze" oder gar durch „Züchtung" ein 80-Millionenvolk, ja alle europäischen Nationen als mögliche Objekte biologischer Eingriffe und Manipulationen bewertet, bezeichnet eine Wahnidee, die auch in den verschrobensten Gehirnen niemals einen Platz gehabt hat. Die Vorstellung, es ließe sich der auch dem absolutesten Staat unzugängliche Bezirk der menschlichen Wünsche und Neigungen durch amtliche Anordnungen dirigieren, ja auch nur die längst bekannte Schwierigkeit, positive Erbmerkmale wirklich klar zu erfassen, sei auf dem Wege von Paragraphen zu überwinden, war und ist zu abenteuerlich — sie hat sich auch im Dritten Reich nirgends festgesetzt; nur in den Propagandadirektionen jenseits des Atlantik wurde mit nimmermüder Phantasie diese Sorte von „Ideologie" entwickelt, um den nüchternen Gehalt dessen zu überdecken, was der Kern der „Rassenpolitik" des Dritten Reiches in Wirklichkeit gewesen ist: durch Schaffung mög-

---

„Hätte man zu Kriegsbeginn und während des Krieges einmal zwölf- oder fünfzehntausend dieser hebräischen Volksverderber so unter Giftgas gehalten, wie Hunderttausende unserer allerbesten deutschen Arbeiter aus allen Schichten und Berufen es im Felde erdulden mußten, dann wäre das Millionenopfer der Front nicht vergeblich gewesen. Im Gegenteil: Zwölftausend Schurken zur rechten Zeit beseitigt, hätte vielleicht einer Million ordentlicher, für die Zukunft wertvoller Deutschen das Leben gerettet."

Schlägt man diese gewiß fanatischen Auslassungen — literaturgewordene Volksrede — in „Mein Kampf" nach, so erkennt man, daß hier gar nicht von der Judenfrage sondern vom Marxismus und der innerdeutschen Situation 1914—1918 gehandelt wird; die dem Buchheimschen Zitat v o r a n g e h e n d e n Sätze geben dem obenstehenden Ausbruch einen ganz anderen Sinn; sie lauten:

„Hätte im Jahre 1914 die deutsche Arbeiterschaft ihrer inneren Einstellung nach noch aus Marxisten bestanden, so wäre der Krieg in drei Wochen zu Ende gewesen. Deutschland wäre zusammengebrochen, ehe der erste deutsche Soldat seinen Fuß nur über die Grenze gesetzt hätte. Nein, daß damals das deutsche Volk noch kämpfte, bewies, daß der marxistische Irrwahn sich noch nicht bis zur letzten Tiefe einzufressen vermocht hatte. In eben dem Maße aber, in dem im Laufe des Krieges der deutsche Arbeiter und der deutsche Soldat wieder in die Hand der marxistischen Führer zurückkehrte, in eben dem Maße ging er dem Vaterland verloren."

An d i e s e Sätze schließt der von Buchheim hervorgeholte Text an!

Man kann menschliches Verständnis dafür aufbringen, daß jüdische Autoren ihren berechtigten Zorn über das Geschehene auf einen möglichst großen Kreis ausdehnen wollen; ich begreife aber nicht, wieso ein d e u t s c h e r Schriftsteller sogar mit Hilfe von Falschzitaten die offenkundige Tatsache hinwegdiskutieren will, daß die nach einer langen Periode der jüdischen Auswanderung ab 1941 einsetzende — in ihrem Umfang heute noch nicht geklärte — Ermordung internierter Juden ein Geheimvorgang war, der weder mit dem nationalsozialistischen Programm noch mit dem Willen des deutschen Volkes

lichst günstiger äußerer Verhältnisse — „Nationalstaat und Lebensraum" — rassische Fernwirkungen zu erzielen.
Es bedarf keines Hinweises, daß die diesbezüglichen Anstrengungen das Gegenteil des Erstrebten zum Ergebnis gehabt haben und daß manche der angewandten Methoden mit schuld sind an dieser negativen Bilanz. Aber über die geistigen Ausgangspunkte kann ein ernsthafter Zweifel nicht bestehen.

*

Buchheims leidenschaftliche Darlegungen über diese Themen leisten wenig oder nichts zur gestellten historischen Frage. Deutschland wurde im Zweiten Weltkrieg nicht besiegt, weil einige Fanatiker in Hitler den „Antichrist" erblickten (er teilte diese Position mit vielen geschichtlichen Erscheinungen, Päpste nicht ausgenommen) oder weil er Menschenzüchtungs-Experimente versucht hätte.
Es läßt sich nicht einmal mit Gewißheit darüber urteilen, ob Hitlers militärische Eingriffe oder Unterlassungen den Ablauf der Ereignisse so entscheidend beeinflußt haben, daß von ihnen allein das Schicksal bestimmt wurde. Welchen Einfluß seine Persönlichkeit und seine Befehle darauf gehabt haben mögen, daß die deutschen Soldaten bis zu den Pyrenäen, zu den Toren Ägyptens, bis zum Nordkap und zum Kaukasus vordrangen und von dort wieder bis zur Elbe sich zurückkämpfen mußten — diese Fragen gehören in den Bereich der persönlichen Biographie Hitlers, nicht hierher. Ebenso steht es mit der Frage seines Verhaltens im Endstadium des Kampfes. In diesem Totalkrieg, der zwar mit propagandistisch-moralischen Argumenten geführt wurde, aber doch noch unverhüllter als der Erste Weltkrieg ein Beute- und Ver-

---

übereinstimmte und der die strengst gewahrte Tarnung auch zur Voraussetzung hatte. Selbst die jüdische Führung erhielt, wie aus dem oben zitierten Werk von Adler deutlich wird (a. a. O. Seite 107), erst Ende April 1945 genauere Nachrichten. Die Frage des zahlenmäßigen Ausmaßes und der Methode der geschehenen Tötungen ist noch nicht überzeugend beantwortet. Die zahlreichen offenen Fragen hat der französische Professor Paul Rassinier in seiner 1962 im Druffel-Verlag erschienenen Schrift „Zum Fall Eichmann: Was ist Wahrheit?" untersucht. Die aus den Dokumenten auftauchende zusätzliche Frage (sie hat schon die Nürnberger Anklagebehörde beunruhigt), ob Himmler nicht sogar Hitler getäuscht hat (vergl. Seite 209 f.) ist dabei von beträchtlicher Bedeutung. Natürlich wird Hitlers Gesamtverantwortung weder eingeschränkt noch aufgehoben, denn e r war es, dem die Macht in Deutschland übertragen war. Himmler blieb auch dann Untergebener und mußte kontrolliert werden, wenn er sich — wie ich an anderer Stelle („Alter Feind — was nun" Seite 195) vermutet habe — „so etwas wie eine Generalvollmacht erwirkt hat, die es ihm ermöglichte, einen Teil der internierten Juden in Auschwitz durch Gas zu töten, andere in Maria Theresienstadt dem Roten Kreuz vorzuführen, wieder andere im Flugzeug nach Lissabon reisen zu lassen und schließlich ab Herbst 1944 alle Juden unter ‚seinen besonderen Schutz' zu stellen — alle diese Varianten Himmlerscher Judenpolitik hat es gegeben."

nichtungskrieg war und der gegenüber einer Fortsetzung des Kampfes als einzige Alternative die „bedingungslose Kapitulation" zeigte, war es für das Staatsoberhaupt schwierig, wenn nicht unmöglich, zu irgendeinem Zeitpunkt v o r dem tatsächlichen militärischen Zusammenbruch das „Ende mit Schrecken" zu wählen.*

Da Buchheim in der Vorstellung verhaftet ist, daß das ganze Dritte Reich — da unsittlich — von vornherein und mit Recht dem Verderben geweiht war (ein Gesichtspunkt, der eigentlich die sichere Niederlage der Sowjetunion hätte gewährleisten müssen) fällt es ihm natürlich schwer, im Laufe der Ereignisse zwischen Chance und Risiko zu unterscheiden. Er gibt freilich zu, daß das deutsche Volk im Kriege beispiellose Kräfte entfaltet hat, es *„kämpfte auch im Angesicht des Zusammenbruches weiter"*, aber er untersucht nicht die schließlich entscheidende Frage: waren diese Kräfte von vornherein überfordert, oder gab es einen Punkt, an dem — möglicherweise durch deutsche Fehlbeurteilung — diese Überforderung begann?

*

„Die deutsche Wehrmacht muß darauf vorbereitet sein auch vor Beendigung des Krieges gegen England Sowjetrußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen (Fall Barbarossa)."

Diese Weisung Hitlers vom 18. Dezember 1940 bezeichnet offenkundig den Anfang der Kriegswende.

Buchheim entwickelt fast Sympathie für Hitler, wenn er in eleganten Sätzen die Vorgeschichte dieses folgenschweren Entschlusses umreißt:

Es ist aber ein nicht unbeträchtlicher Unterschied, ob wir annehmen müssen, daß der deutsche Volksinstinkt, der dem Verfahren von Wahlen, Abstimmungen und Volksbefragungen seinen grundsätzlichen Sinn verleiht, einst einem verkappten Mörder Vertrauen erwiesen hat, oder ob eine Funktionärs-Untat vorliegt. Rückschauend darf man sagen, daß im Dritten Reich wohl noch Hess, zeitweise auch Göring, vielleicht sogar Goebbels Chancen gehabt hätten, in freier Wahl sich gegen Gegenkandidaten durchzusetzen, nie aber Himmler! Es war und bleibt schwierig, diesen Mann und sein Spiel zu durchschauen, und es gehörte zu Hitlers letzten Maßnahmen, Himmler aus der NSDAP auszustoßen. Da freilich war es zu spät. Obwohl das hier naheliegt, widerstrebt mir die Vorstellung eines Mannes ohne jegliches Gewissen: wahrscheinlich hat sich in Himmlers düsterer Phantasie das historische Vorbild der „revolutionären Justiz" Lenins und Trotzkis festgesetzt, die 1917—1921 den sowjetischen „Klassen"-Mord nicht nur durchführen, sondern ihn als Grundlage ihrer Staatsordnung sogar vor aller Welt rühmen ließen. Jedenfalls gehören diese öffentliche und Himmlers geheime Mordaktion zu den dunkelsten Punkten der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Man würde gerne sagen, sie seien d i e dunkelsten Punkte, aber leider sind nicht einmal Verbrechen dieser Art einzigdastehend in unserer Epoche.

* Siehe dazu „Generaloberst Jodl über Hitlers Ende" Seite 242.

„Den Feldzug gegen Frankreich im Sommer 1940 hatte Hitler in der bestimmten Erwartung geführt, sich dadurch im Westen den Frieden und für den Osten freie Hand zu schaffen . . . Die verhältnismäßig milden Waffenstillstandsbedingungen, die er Frankreich stellte — einer der seltenen Fälle, in denen Hitler Mäßigung zeigte —, dürfen als Beweis dafür gelten, daß er im Westen keine andere Absicht hatte, als aus seinem Engagement herauszukommen, um sich seinen eigentlichen Zielen zuwenden zu können . . . " *

„Die Einladung des russischen Außenministers Molotow nach Berlin, der dieser vom 12.—14. November 1940 Folge leistete, galt dem Versuch, Rußlands beunruhigendes Interesse für Osteuropa auf den Süden des asiatischen Kontinents abzulenken . . . "

„Die Gefahr des Zweifrontenkrieges war durch den Pakt mit Rußland nicht gebannt, sondern nur hinausgeschoben. Um Rußland im Sommer 1939 für den Augenblick zu gewinnen, hatte Hitler ihm Positionen eingeräumt, die ihn schon im nächsten Jahr in seiner Entschlußfreiheit fühlbar beschnitten. Die Russen waren ihm so unmittelbar auf den Leib gerückt, daß sie ihm, ohne militärische Unternehmen riskieren zu müssen, jeden Augenblick mit diplomatischen Mitteln die ernstesten Schwierigkeiten bereiten konnten . . ."

„Der Angriff im Osten konnte in dem nunmehr schon bewährten Stil geführt werden, und Hitler zweifelte nicht, daß er Rußland besiegen könne, ehe England in der Lage sei, etwa eine Invasion auf dem Kontinent zu wagen."

Natürlich fügt Buchheim hinzu: *„Die Stärke Rußlands wurde leichtfertig unterschätzt, und England wurde ebenso leichtfertig ein zweites Mal ignoriert."*

Die letztere Bemerkung ist irreführend — in jenem Stadium kam es militärisch und kriegswirtschaftlich nicht mehr auf England, sondern auf die Vereinigten Staaten an, die längst ins Feld der Kriegführung eingerückt waren und schon Ende März 1941 beim Putsch in Belgrad ähnlich unmittelbar gegen Deutschland eingegriffen hatten wie die Sowjetunion. **

Hinsichtlich der Unterschätzung der sowjetischen Kampfkraft kann nicht so sicher geurteilt werden. Zu eindeutig war der Angriff auf die Sowjetunion seit Anbeginn seiner politischen Laufbahn Hitlers Ziel und Absicht, als daß hier nicht fast unwiderlegbar der Verdacht einer verhängnisvollen i d e o l o g i s c h e n Vorentscheidung aufträte.

---

* Man frägt sich, warum Buchheim diese sicher treffenden Urteile nicht schon dort in seine Schrift einführt, wo sie hingehören: zur V o r geschichte des Krieges!

** Vergl. dazu meine diesbezüglichen Hinweise in „Das Erbe des falschen Propheten" Seite 197 f.

Immerhin wird man einige wichtige Gesichtspunkte nicht außer Betracht lassen dürfen:
Sollte der Ribbentrop-Pakt wirklich Dauer gewinnen, so bedeutete das für Hitler die Aufgabe seiner Ostraum-Idee und ein solch' grundsätzliches Zugeständnis setzte ein volles Vertrauensverhältnis zu Moskau, jedenfalls aber einen parallelen Verzicht der Russen auf ihre „W e s t - raum"-Vorstellung voraus, die unter unterschiedlichen Vorzeichen von den Panslawisten bis zu Lenin und Stalin die deutsch-russischen Beziehungen verwirrt hatte. Solange der „Drang nach Westen" bei der Sowjetführung lebendig blieb, war auch unter der Voraussetzung einer Ablenkung des Hitlerschen Raumprogramms etwa auf Zentralafrika (davon sprach Hitler in seinen Unterredungen mit Molotow) völlig klar, daß die beiderseitigen Kräfte — vor allem im Balkanbereich zusammenstoßen mußten und ebenso klar war es, daß die Moskauer Regierung nie wieder auf ähnliche Gelegenheit hoffen durfte, für ihre Pläne die Unterstützung der angelsächsischen Welt zu genießen, wie bei Fortdauer des großen Krieges.
Gerade eine r i c h t i g e Einschätzung des militärischen und menschenmäßigen Potentials der Sowjetunion konnte zu dem Entschluß verleiten, Stalin zur Stellungnahme zu zwingen und es ihm nicht zu gestatten, zu einem von i h m gewählten Zeitpunkt, etwa im Augenblick einer amerikanischen Landung in Europa, überraschend gegen Deutschland aufzutreten.
Die damaligen Beziehungen und Verhandlungen des Kreml mit Churchill und mit dem amerikanischen Präsidenten sind noch unbekannt, wir wissen aber sehr wohl Bescheid über die Berliner Zweifel und Skrupel gerade in der russischen Frage. Ribbentrop hielt lange an seiner Konzeption fest; schließlich hatten sich — nach dem Molotow-Besuch — die Streitpunkte zwischen Moskau und Hitler dahin kristallisiert, daß dieser bereit war, in der finnischen Frage nachzugeben, aber in Bezug auf Bulgarien sowie hinsichtlich von den Sowjets deutlich genug geforderten Stützpunkte in den Dardanellen blieb er hartnäckig. Ribbentrop scheint der Ansicht gewesen zu sein, daß man durch ein Nachgeben auch in diesem Punkte die Sowjetunion doch noch zum Eintritt in den „Dreimächtepakt" und dessen Ausweitung zum „Viermächtepakt" erreichen könnte.
Die Probe auf dieses Exempel wurde nicht unternommen.
Auch nachträglich ist der Gedanke verlockend: ganz einfach durch Hingabe von Interessen, die nicht unmittelbar deutsche waren (an der Dardanellenfrage war hauptsächlich Italien beteiligt und die schlimmste Einbuße mußten die britischen Interessen erleiden), die sowjetische Stellung wenigstens für den restlichen Verlauf des Zweiten Weltkrieges festzulegen.

„Was bedeutet die Neuordnung in Europa und in Asien und in welcher Weise wird hier die UdSSR eingeschaltet?" — das war vielleicht die wichtigste Frage, die Molotow an Hitler stellte und die unbeantwortet im Raume stehengeblieben war. Würde es für Moskau ein ausreichender Preis gewesen sein, Bulgarien und die Dardanellen zu erhalten, oder bot Roosevelt Verlockenderes?
Nach dem, was sich später in Teheran und Jalta ereignete, kann man zur Ansicht gelangen, daß in diesem dreiseitigen politischen Spiel des Forderns, Bietens und Überbietens Deutschland diplomatisch auch dann den Kürzeren gezogen hätte, wenn Hitler geduldiger gewesen wäre, nicht so rasch zu Mißtrauen bereit und zum Präventivkrieg entschlossen.
In den Augen der Russen waren jedenfalls die Chancen ungleich verteilt: Auf der Seite Roosevelts konnte halb Europa und fast ganz Asien gewonnen werden; die Japaner dagegen träumten von „Großostasien", Hitler vom „Germanischen Reich", warum also „Viermächtepakt"? Lieber den Krieg — wenn nicht heute so doch morgen.
Hitler wartete nicht und so endete der Kampf, der als begrenzte deutsch-polnisch-französisch-englische Auseinandersetzung begonnen hatte als russisch-amerikanischer Vernichtungskrieg inmitten Europas.
Es zeigte sich bald, daß das imperialistische Motiv das entscheidende war und es noch lange blieb, als Hitler längst unter den Trümmern seiner Reichskanzlei untergegangen war.

*

Ordnen wir die paar Sätze, über die auch bei unterschiedlichsten Urteilen heute kaum noch Zweifel auftreten können:
Hinreichend geklärt erscheint, daß die Geschichte des Dritten Reiches weniger die Entwicklung einer Doktrin als die politische Zielsetzung eines Mannes verkörpert. Für dessen Aufstieg, für die Machtfülle, für die Überzeugungskraft gegenüber der Mitwelt, aber auch für die Krisis und die Katastrophe gibt es — bei aller Verschiedenheit der Charaktere — in der modernen Geschichte kein anderes vergleichbares Beispiel als den französischen Kaiser Napoleon I.*

* Gegenüber solchen Erscheinungen, die in der Weltgeschichte wie Meteore auftauchen, ist es schwierig, Urteilsmaßstäbe aufzurichten. Noch Houston Stewart Chamberlain — in diesem Punkt ganz Engländer — ist dem französischen Kaiser gegenüber völlig unversöhnlich, er sieht in ihm nichts anderes als einen „Kondottiere", eine „Gottesgeißel". Indessen haben sogar die Deutschen, die am meisten unter ihm zu leiden hatten, sich daran gewöhnt, Napoleon als eine historische Erscheinung zu bewerten, deren persönliches Genie den Beifall der Zeitgenossen begreiflich macht. Auch die Katholische Kirche hat m. W. dem Kaiser verziehen, obwohl er es gewagt hat, sogar den Papst zu verhaften.

Es mögen Hitler auf manchen Gebieten die Zügel entglitten sein, er mag mancher Angelegenheit nicht die Aufmerksamkeit gewidmet haben, die er angesichts seiner Gesamtverantwortlichkeit hätte aufwenden müssen: alle entscheidenden p o l i t i s c h e n Entschlüsse hat er, wozu er durch das erstaunlichste Gesetz des 20. Jahrhunderts ermächtigt war, selbst und allein gefaßt. Auch in dieser Hinsicht gehört die Nachkriegs-Siegerjustiz, die diese tatsächliche Rolle Hitlers für ihre Zwecke nicht brauchen konnte, in den Bereich der Farce.
Nicht weniger unzweifelhaft ist, daß Hitler — vor allem im entscheidenden Jahrfünft von 1936 bis 1941 — der Zustimmung der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes völlig sicher war. Statt diese Tatsache vertuschen zu wollen ist es vernünftiger, sie zu begreifen: die innerdeutsche Krise hatte Hitler schon 1933/34 gemeistert — in jedem Land der Erde führt eine solche Leistung zu entschiedener Festigung der Autorität des verantwortlichen Staatsmannes. Auch Hitlers nächstes Ziel, die Zertrümmerung des Zwangssystems von Versailles konnte vom deutschen Volk nicht anders als gutgeheißen werden. Daß schließlich noch an d i e s e m Problem der Zweite Weltkrieg sich entzündete, daß eine britische und französische Kriegserklärung überreicht wurden, um gegen die Rückkehr Danzigs zum Reich einzuschreiten, erklärt den Ernst und die Leidenschaft, mit der der deutsche Soldat unter Hitlers Befehl gekämpft hat.
G e s c h e i t e r t (wobei die Gründe in diesem Zusammenhang keine Rolle spielen) ist Hitler an seiner w e i t e r gesteckten Zielsetzung der Raumausdehnung. Er hat diese Gedanken zwar nicht verschwiegen, aber er hat sie auch nie so in den Mittelpunkt gestellt, daß eine bewußte Anteilnahme des deutschen Volkes, oder auch nur der Parteimitglieder, ja nicht einmal der Parteiführerschaft ernstlich behauptet werden könnte. Hier glaubte Hitler an seine „Mission" und er erinnerte sich wohl, daß alle „Empire-builder" der Weltgeschichte übergroße Wagnisse auf sich nahmen und die Zustimmung ihrer Völker nur im Falle des Gelingens erhoffen durften. Nicht einmal die Engländer, die zeitenweise ein Viertel der Erdoberfläche unter ihre Botmäßigkeit gebracht hatten, sind als V o l k eine „Eroberernation", noch weniger waren und sind es jemals die Deutschen.
Man braucht diese historischen Tatbestände nur anzudeuten, um zu erkennen, wie sehr die Theorie einer „Schuld" in die Sackgasse führt. Nicht einmal zum enger umgrenzten Fragenkreis der Verantwortlichkeit für die im Zweiten Weltkrieg geschehenen Greueltaten gibt es sichere Antworten — weder bei uns noch bei unseren Kriegsgegnern, deren Last nicht geringer ist.
Um zum Anlaß dieser Schrift zurückzukehren: der schwache Punkt Buchheims ist sein krampfhaftes Bemühen, an der Theorie einer Art

„nationaler Verfehlung" festzuhalten. Solche Formeln mögen für die Propaganda einer Besatzungsmacht naheliegen und zweckmäßig sein, da sie den natürlichen Widerstand gegen fremde Beherrschung seelisch reduzieren; für den historischen Publizisten bedeuten sie die bewußte Anwendung der Methode des Zerrspiegels.

In der Wirklichkeit der Weltgeschichte gibt es ebensowenig „schuldige" Nationen, wie es „unschuldige" geben kann. Wo immer sich die Völker im Raume stoßen vollzieht sich ein Ringen um Lebensinteressen — es mag sich kaltblütig oder leidenschaftlich, kurzsichtig oder vorausschauend, in welchen Formen immer abspielen. Wenn die Spannungen übermächtig werden, der Kampf um Sein oder Nichtsein entbrennt, dann ist oft nur ein Schritt vom Sieg zur Katastrophe und es ist eine bittere Wahrheit, daß der Lorbeer nicht nach Maßstab des sittlichen Anspruches sondern nach dem der militärischen Stärke zugeteilt wird.

Deshalb kann auch den Niedergeworfenen nicht die Selbstbeschuldigung zu neuen Ufern führen, er muß sich bemühen, die verbliebene Kraft zu sammeln, nicht sie weiter zerrütten.

*

Zum dauerhaften U r t e i l stehen freilich noch viele Antworten aus: War das Versailles-Europa eine Ordnung, gegen die aufzustehen, ein „Verbrechen gegen den Frieden" genannt werden durfte? Haben etwa Jalta und Potsdam eine solche Ordnung geschaffen?

Wie anders konnte es 1933 in Deutschland o h n e Hitler weitergehen? Was müssen wir tun, um in ähnlicher Krisenlage den politischen, wirtschaftlichen oder — soldatischen Aufgaben gewachsen zu sein, ohne zu einem „Ermächtigungsgesetz" zu greifen?

Und zum Zweiten Weltkrieg:

Hitlers Krieg?
Roosevelts Krieg?
Stalins Krieg?

Durchbruch zu neuen Fronten, zu neuen Denkweisen und Zielsetzungen?

Unsere Enkel werden es wissen.

Für uns und für heute sollten die Fragezeichen genügen, um den selbstmörderischen inneren Streit zu überwinden.

ÖSTERREICH UND DIE DEUTSCHE EINHEIT

HISTORISCHER HINTERGRUND: DIE DEUTSCHEN UND DER HABSBURGER STAAT

Dank der modernen Erkenntnisse der Erbbiologie hat unser Geschichtsbild realere Züge gewonnen. Wir wissen heute, daß ein „Volk" kein romantisches Wahngebilde ist, sondern eine faßbare Gruppe ähnlich veranlagter Menschen bildet, die nicht nur körperlich verwandt sind und die gleiche Sprache sprechen, sondern — aufgrund dieser beiden Voraussetzungen — auch in ihrem Streben und Handeln im Schnitt jeder Gegenwart und in der Folge vieler Generationen verblüffende Übereinstimmungen zeigen.

Auch wer ein offenbar ganz zeitverhaftetes Thema prüft — und sei es auch nur skizzenhaft — wird durch die bisher nur instinktiv geahnte, erst in den vergangenen Jahrzehnten wissenschaftlich enthüllte naturhafte Komponente alles geschichtlichen und politischen Geschehens zu weit ausblickender Rückschau und Umschau genötigt.

So darf auch eine Studie über Österreich, die ihren Schwerpunkt in den Geschehnissen des Frühjahres 1938 findet, nicht darauf verzichten, einige profunde biogeschichtliche Tatsachen zu beleuchten, die das politische Panorama des oberen Donau-Raumes heute noch ähnlich beeinflussen wie seit über tausend Jahren. Es mag sich zwar erübrigen, die drei Ereignisse, die das derzeitige Bild Gesamteuropas in seiner Struktur bestimmt haben — die germanische Völkerwanderung von Ost nach West, das nachfolgende slawische Einströmen nach Mitteleuropa und die dann entgegenwirkende deutsche Rücksiedlung in den Osten* — hier im einzelnen zu besprechen, aber es ist für uns nicht unwichtig zu wissen, daß der g a n z e Raum des heutigen österreichischen Staatsgebietes in seiner Volksstruktur ein Ergebnis der deutschen Ostsiedlung, und zwar genauer gesagt der bajuwarisch-fränkischen Ausbreitung gewesen ist.

Schon zur ersten Völkerwanderungszeit fand die bajuwarische Bewegung in Richtung Westen am L e c h ihren Halt. Noch heute verläuft hier unverändert die bayrisch-schwäbische Stammesgrenze. Im

* Vergl. dazu Kapitel „Europäisches Völkerpanorama" in meinem Buch „Potsdam 1945 — Ein kritischer Bericht".

Osten war die Lage anders: schon das Herzogtum Bayern, das Karl der Große dem Frankenreich einverleibte, reichte bis an die Enns und zu den Hohen Tauern. Darüber hinaus war Kärnten bereits in Abhängigkeit der Bayernherzöge geraten. Karls des Großen Kämpfe gegen die Awaren — eine erste gemeinsame Unternehmung aller damaligen deutschen Stämme — vernichteten dieses Volk so gründlich, daß es seither aus der Geschichte verschwunden ist. Die Grenzen des fränkischen Reiches wurden bis in die Nähe des einstigen römischen Vindobonum, das heutige Wien, vorgeschoben. In das neuerworbene Land strömten die deutschen Siedler in dichten Scharen. Sie drängten auch in Kärnten die Slawen zurück — bis auf kleine Reste, die sich dort noch heute erhalten haben.

Nach dem Ungarneinbruch und seiner Niederkämpfung im Jahre 955 wurde die bayrisch-deutsche Kolonisation auf den Wiener und den steirischen Raum ausgedehnt; der letztere erhielt — damals als Verteidigungs- und Aufmarschgebiet gedacht — die kurzlebige Bezeichnung „Karantanische Mark", während das Land zwischen Enns und Preßburg seit 972 als „Bayerische Ostmark" galt, 996 erstmals „Ostarrichi" genannt. Das Herzogtum Bayern bescheidet sich mit der Enns, dem Trauchgau und Pinzgau, im Süden reicht es über Bozen hinaus zur Salurner Klause: dorthin, wo seit damals die deutsch-italienische Volkstumsgrenze stetig verharrt.

Im Tiroler Bereich finden in den folgenden Jahrhunderten Mischvorgänge mit den bisher dort siedelnden Völkerschaftsresten statt, die einen auch politisch ausgeprägten Tiroler Menschenschlag zur Folge haben. Die durch eine Paßscheide von den Tirolern getrennten Vorarlberger haben sich damals und seither stets abgesondert gehalten; sie sind Alemannen und gehörten einst zum Herzogtum Schwaben. Die Bewohner des späteren „Oberösterreich", des Salzburger Landes, der Steiermark und Kärntens zeigen jedoch bis heute ihre sprachliche und kulturelle Übereinstimmung mit dem ober- und niederbayerischen Volkstum, das vor über tausend Jahren vom Alpenvorland Besitz ergriffen und es seither nicht wieder freigegeben hat.

Andersartige Züge erkennt der Sprach- und Kulturhistoriker nur im Wiener Becken: auf dem Lande mögen awarisch-slawische Reste und mancher sonstige spätere Einfluß sich geltend gemacht haben. Wien zeigt, seit es Groß- und Weltstadt wurde, unverkennbar das Gesicht des Treffpunktes vieler Völkerschaften; Hitler sprach kritisch von einem „Rassenbabylon". Das Vorherrschen des deutschen Charakters war freilich auch hier nie in Frage gestellt. In neuester Zeit hat sich auch die bis in die Mitte unseres Jahrhunderts in bewußter Absonderung verharrende tschechische Minderheit Wiens zur Einmischung bereit gezeigt.

Für die vorliegende Studie ist aus dieser Skizze nur e i n Umstand von Bedeutung: Es gab niemals — und es gibt bis heute nicht — ein österreichisches „Volk" im biopolitischen Sinn. Das Staatsangehörigkeitsband von 1918 und 1945 umschließt nicht einmal einen einheitlichen S t a m m. Für den bajuwarischen, den zahlenmäßig stärksten, bedeuten Salzach und Inn keine Grenze — er umfaßt auch noch den Raum bis zum Lech und damit mehrere Millionen Menschen und beträchtliche Gebiete, die nie „österreichisch" waren.*

Die flämischen Niederländer haben sich vor Jahrhunderten im Gefolge einer auch biologischen Absonderung nicht nur politisch, sondern auch sprachlich vom Deutschtum getrennt; die Deutsch-Schweizer sind als Alemannen wenigstens in ihrer A r t eine Sondergruppe, die für sich zu leben und zu denken vermag. Österreich dagegen war stets nur ein staatspolitisches Gebilde mit sehr wechselvollen Konturen. Es gab Jahrhunderte, in denen man sogar Ungarn, Tschechen, Slowaken, Kroaten, Polen und Ukrainer unter dem Sammelbegriff „Österreich" fassen konnte. Dazu aber auch die Schlesier und länger noch die Deutschen des Sudetenraumes, während die derzeitigen „Österreicher" etwa des Innviertels bis 1779 staatsrechtlich Bayern waren**, die Salzburger erst 1816 ihre politische Eigenständigkeit verloren.

Dies sind ebenso ferne wie nahe Hintergründe: man muß sie mit im Auge haben, wenn man die zeitpolitischen Probleme beurteilen will, die sich einst und heute zum Thema Österreich zeigen und stellen.

*

Unvermeidlich sind auch noch einige Umstände aus dem Bereich einstiger Zeitpolitik zu notieren; sie haben ebenfalls ihre Spuren bis zur Gegenwart hinterlassen.

Da ist zunächst die ursprünglich rein zufällige Verbindung des Hauses Habsburg mit Österreich zu nennen. Als die deutschen Kurfürsten im Jahre 1273 die „kaiserlose Zeit" dadurch beendeten, daß sie auf Betreiben des Nürnberger Burggrafen Friedrich von Zollern dessen Schwager, den Grafen Rudolf von Habsburg, zum deutschen König wählten, waren sie der Ansicht, dies sei eine günstige Wahl, weil Rudolf nur über bescheidene Besitzungen im Aar- und Zürichgau, im Elsaß und im Breisgau verfügte, also keine eigene Macht besaß und von

* Durch fast alle Grenzen der Habsburger Monarchie wurden Völker auseinandergeteilt. Ein Teil Polen, ein Teil Ukraine, ein Teil Rumänien, ein Teil Italien: das waren die Merkmale der Peripherie dieses großen Staatswesens.

** Zwischen 1809 und 1814 gehörte das Innviertel mit Braunau und Ried im Innkreis nochmals zu Bayern.

seinen Wählern abhängig schien. Die Kurfürsten ahnten nicht, daß sie damit den Habsburgern geradezu ein Programm aufzwangen: nämlich eine solche „Hausmacht" aufzubauen. Daß die ersten Erwerbungen dazu sich für Rudolf infolge des Aussterbens der Babenberger in deren bisheriger Herrschaft in Österreich und Steiermark anboten, gehört in den Bereich der historischen Zufälle.

Die Habsburger Familienpolitik war dann in den folgenden zweieinhalb Jahrhunderten bekanntlich vom Glück begünstigt. Schließlich verfügte die Habsburger Familie unter Karl V. über eine Hausmacht, deren östliche Grenze von Breslau nach Kaschau, Preßburg, Agram, Triest lief, außerdem Mailand, Süditalien mit Sizilien, sowie ganz Spanien, Burgund und die Niederlande umfaßte!

Diese so vielgestaltigen Besitzungen waren dann im Laufe der Jahrhunderte einem stetigen Wechsel unterworfen; schon Karl V. hielt es für ratsam, die spanischen und deutschen Länder aufzuteilen und diese letzteren seinem Bruder zu übergeben.

Aber auch hier traten durch die vorhergegangene Erwerbung Böhmens und den späteren Anschluß Ungarns Probleme an die Habsburger Herrscher heran, die die der „Habsburger Erblande", wie man die deutschen Erstbesitze der Familie zu bezeichnen pflegte, unvermeidlich überschatteten.

Seit 1440 war freilich die deutsche Kaiserkrone zwar nicht „de jure" über doch „de facto" habsburgisches Erbgut geworden und auch insoferne schien den „Erblanden" die Rolle des politischen Kernstückes der Habsburger Besitzungen zuzufallen.

Die unmittelbare Wirklichkeit brachte es aber mit sich, daß die deutschen Interessen des Hauses Habsburg unter der schwierigen Aufgabe, so vielgestaltige Völkerschaften außerhalb des deutschen Siedlungsraumes zu beherrschen, notwendigerweise immer wieder in den Hintergrund traten.

Gewiß es gab auch große Gestalten unter der langen Reihe der Habsburger Kaiser, etwa einen Maximilian I., einen Josef II.; sie legten sich Rechenschaft darüber ab, daß ihr weitverzweigter Länderbesitz eines starken deutschen Rückgrates bedürfe und es haben sich aus der weiträumigen Familienpolitik des Hauses Habsburg den Deutschen jener Ostmark oft großartige Aufgaben gestellt, an die sie mit Tatkraft herantraten.

Gerade unserer Gegenwart ist deutlich geworden, wieviel glückhafter die Entwicklung der Donauvölker unter dem Zepter Wiens gewesen ist, als vorher unter der Herrschaft des Sultans oder heute unter der Moskaus.

Dennoch fand die Durchdringung des Donaubeckens mit deutschem Kultur- und Wirtschaftseinfluß auch damals schon ihre natürliche Be-

grenzung im Selbständigkeitswillen der durchaus eigengeprägten Völker des europäischen Südostens.
In ruhigem Rückblick wird man den abwägenden Satz des großen Wiener Historikers Heinrich Ritter von Srbik zustimmen, der das Doppelgesicht des Habsburger Reiches charakterisiert:

„Das Interesse der ‚Hausmacht-Bildung', des habsburgischen dynastischen Imperialismus, der gleichwohl halb unbewußt eine große raum- und kulturpolitische mitteleuropäische deutsche Mission vollzog, lähmte mehr als einmal die beschworene Kaiseraufgabe im Westen, und die Dienstespflicht gegen Kaiserkrone und Reich schwächte und beirrte mehr als einmal den Aufbau des Donaustaates". (Srbik: Deutsche Einheit, Idee und Wirklichkeit vom Heiligen Reich bis Königgrätz, München 1935 Band I Seite 84).

Solange mit Hilfe deutscher Kraft und Leitung die Türkenherrschaft vertrieben und eine neue kühne Entwicklung des Geistes und der Wirtschaft im Donauraum eingeleitet wurde, war es nicht schwierig, vielerlei Völkerschaften innerhalb der schwarzgelben Grenzpfähle zufriedenzustellen und zu disziplinieren. In dem Maße freilich, in dem diese geschichtlichen Leistungen des deutschen Österreichertums in die Vergangenheit verblaßten, Wien nicht mehr so sehr als Hort des Schutzes und der nützlichen Belehrung gelten konnte, die eigenen Volkscharaktere sich im Frieden des großen Reiches herauszubilden vermochten: in diesem Maße rückte der deutsche Einfluß in den Bereich empfundener Fremdherrschaft und das Habsburger Familieninteresse regte sich dahin, die eigene Stellung dadurch zu erhalten, daß der bisherige deutsche Charakter der Staatsführung in den Hintergrund gerückt wurde. Die Deutschen andererseits begannen sich nach der Katastrophe des Dreißigjährigen Krieges langsam wieder als Nation zu fühlen; je deutlicher sie den wachsenden Widerstand spürten, der ihnen im Osten Europas allenthalben entgegentrat, umso bewußter wurden sie sich, daß ihre eigene staatliche Organisation ganz unbefriedigend war.
Aus dem Zwiespalt des habsburgischen „dynastischen Imperialismus" einerseits und dem deutschen Volksstaatsanspruch andererseits (dieser ist nun einmal das natürliche Grundprinzip politischer Dauerordnungen und hat sich gerade in der Periode der deutschen Auflösung für die Franzosen, Engländer, Spanier und Russen verwirklicht!) erwuchs — nachdem das Preußen Friedrichs des Großen Großmacht wurde — jener verhängnisvolle deutsche „Dualismus", der das ganze 19. Jahrhundert beherrschte und schließlich in die Bismarcksche Reichsgründung mündete. Während im Habsburger Staat damals die in seinen Grenzen lebenden etwa 14 Millionen Deutschen der beträcht-

lichen Mehrheit von nicht weniger als vierzig Millionen nichtdeutschen Staatsangehörigen gegenüber standen, waren dem Preußen Friedrichs des Großen und dem Reich Bismarcks solche Probleme fast völlig fremd. Und so war es wohl eine zwangsläufige Entwicklung, daß die staatspolitische Zusammenfassung der Deutschen dem Berliner und nicht dem Wiener Herrscherhaus zufiel.

*

Historische Zuspitzungen erfuhr die Habsburger-Frage auf dem Wiener Kongreß 1814/15 und im Revolutionsjahr 1848.
Bekanntlich hatte der letzte römisch-deutsche Kaiser Franz II. schon am 14. 8. 1804 den erstaunlichen, altem Reichsrecht klar widersprechenden Schritt getan und eine österreichische Erbkaiserwürde für den ganzen Herrschaftsbereich des Hauses Habsburg-Lothringen begründet. Für die deutsch-österreichischen Reichslande gab es damals eine Weile lang zwei Kaiserwürden, die sich allerdings in der Person des Kaisers Franz vereinigten. Im Sommer 1806 — nach Bildung des nicht minder unerfreulichen, von Paris dirigierten „Rheinbundes" — beendete Franz dann das staatsrechtliche Dilemma, indem er — wie Napoleon es wünschte — die deutsche Kaiserwürde für erloschen erklärte. Immerhin aber bestimmte er das alte deutsche Kaiserbanner, den doppelköpfigen schwarzen Adler auf goldenem Grund, zum Wappen Österreichs!
Wenige Jahre später war durch die Niederkämpfung Napoleons wieder eine neue Lage geschaffen und es gab viele Stimmen in Deutschland, die nun nicht nur die Wiederherstellung der deutschen Kaiserkrone, (sie ist seit dem Jahre 1800 in der Wiener Schatzkammer aufbewahrt) sondern auch eine kräftige Wiedergeburt des alten Reiches erwarteten. Im März 1813, als zwischen dem russischen Zaren Alexander und dem preußischen König ein Bündnis geschlossen und die Fortsetzung des Krieges gegen Napoleon sichergestellt wurde (wodurch erst die drohende Möglichkeit einer Einigung des Zaren mit dem französischen Kaiser auf der Basis einer Teilung Deutschlands ausschied), hatte der russische Oberbefehlshaber Kutusow im Namen der beiden Souveräne den bekannten Aufruf von Kalisch an das „deutsche Volk" erlassen.
In diesem Aufruf wurde nicht nur die Befreiung Deutschlands vom französischen Joch zum Zweck des Kampfes erklärt, sondern auch die Wiedergeburt des Deutschen Reiches verkündet, an alle D e u t s c h e n die Aufforderung gerichtet, sich der Erhebung anzuschließen und die Fürsten, die dieser Aufforderung nicht Folge leisteten, mit dem Verlust ihrer Staaten bedroht. Die damaligen Aufrufe waren wohl überlegt, sie bildeten das Kernstück der Lehren, die sowohl von den Politikern,

wie von den Militärs aus den vorhergegangenen Niederlagen gezogen worden waren. Vor allem in Preußen war schon nach der Katastrophe von Jena erkannt worden, daß der napoleonischen Kriegsführung nur durch Bildung einer n a t i o n a l bewußten Armee und durch Aufrufung des V o l k s widerstandes erfolgreich entgegengetreten werden könne. Die Vorbereitung darauf und die innere Umbildung des Staates in Richtung auf die Ablösung des alten Feudalprinzipes durch die Gleichheit aller vor dem Gesetz und die Zusammenfassung sämtlicher wirksamen Kräfte des Volkes forderte nicht nur die Herausbildung des Nationalgefühles sondern bereitete jenem für den Kriegsverlauf gegen Napoleon dann so wichtigen Anruf des Volksbewußtseins und der Wiedererweckung der Reichssehnsucht aller Deutschen den Boden. Der Wiener Kongreß hat dann bekanntlich auf jene Proklamationen und Ankündigungen von 1813 und 1814 und auf die Tatsache der nationalen Erhebung des deutschen Volkes keinerlei Rücksicht genommen. Die deutschen „Bundesakte", die als letztes Dokument des Wiener Kongresses am 8. und 10. Juni 1815 — eine Woche vor Waterloo — unterzeichnet wurden, waren ein Dokument, das alle Merkmale schlechten Kompromisses trug. Deutschland wurde in einem Staatenbund lockerster Art organisiert, der ein gemeinsames Organ nur in der diplomatischen Institution des Frankfurter Bundestages erhielt. Nicht einmal auf äußere Merkmale der nationalen Zugehörigkeit wurde Rücksicht genommen, sondern schematisch nach alten Gepflogenheiten verfahren: Ostpreußen zählte nicht zum Deutschen Bund, wohl aber ganz Böhmen mit seiner überwiegend tschechischen Bevölkerung. Für Holstein, Luxemburg und Hannover waren auch fremde Mächte — Dänemark, die Niederlande und England — im Bundestag vertreten! Statt der feierlich angekündigten und von allen Schichten des deutschen Volkes erwarteten Wiedererrichtung eines gegenüber dem Zustand von vor 1806 verjüngten, gekräftigten nationalen Reiches wurde in der Wiener Bundesakte kaum etwas anderes als eine Bestätigung der Auflösung Deutschlands in souveräne Einzelstaaten erklärt.

Im Hinblick auf die anders geartete spätere Entwicklung ist die Bemerkung nötig, daß das enttäuschende Ergebnis der Verhandlungen der Jahre 1814 und 1815 nicht etwa die Folge einer österreichisch-preußischen Rivalität gewesen ist. Der preußische König war damals (wie später 1848 sein Sohn Friedrich Wilhelm IV.) durchaus bereit, die erbliche deutsche Kaiserwürde den Habsburgern zuzugestehen und sich einer Reichsordnung einzufügen. Die Erneuerung und Wiederbelebung des Deutschen Reiches ist damals n i c h t an Preußen gescheitert, sondern am österreichischen Staatskanzler Metternich, der — gewiß nicht zu unrecht — mit der politischen Anerkennung einer

deutschen Nationaleinheit die Auflösung der nichtdeutschen Hauptmasse des Habsburger Länderbesitzes heraufziehen sah. Es war die „isolierte Staatsräson des österreichischen Kaiserstaates" (um nochmals Srbik zu zitieren), die auf Jahrzehnte hinaus geradezu zum Merkmal der gesamteuropäischen Entwicklung wurde — und es war kein Wunder, daß die Revolution 1848 ihren ersten Höhepunkt in Wien mit dem Sturz Metternichs erreichte.

Keine andere europäische Stadt stand in diesem Umsturzjahr so lange und so offensichtlich im Zeichen der Revolution wie Wien, und um keine ist bis in den November 1848 hinein so erbittert geistig und mit Waffengewalt gekämpft worden. Wenn es um Barrikaden und Straßenkämpfe, um Belagerungen und Füsilierungen ginge, wäre Wien eigentlich im Mittelpunkt der damaligen europäischen Revolutionsbewegung gewesen, nirgends floß soviel Blut wie hier.

Die Kaiserstadt an der Donau war der Platz der aufreizendsten Zeitungen, der revolutionärsten Maueranschläge, hier führten Studenten und eine eilig gebildete Bürgerwehr wochenlang ausschließlich das Regiment. Hier gab es „politische Kommitees", die nach dem Vorbild der französischen Revolution die Befugnisse autoritativer Körperschaften an sich rissen, hier fanden sich auch Arbeitslose genug, die sich schnell zu revolutionären Handlungen zusammenfassen ließen. Bereits am 15. Mai 1848 folgte dem Versuch, eine Verfassung von der Regierung her zu oktroyieren, ein neuer Straßenkampf, der die Einberufung eines verfassungsgebenden Reichstages nach allgemeinen Stimmrecht erzwang, aber auch die Flucht des Hofes von Wien nach Innsbruck veranlaßte. Als die Regierung glaubte, damit auf die Wiener Eindruck gemacht zu haben und die Studentenlegion aufzulösen versuchte, kam es am 26. Mai zum dritten Aufstand. Am Endpunkt standen schließlich die Oktoberereignisse, die die Stadt wochenlang in der Hand der Revolutionäre verschiedenster Nationalitäten sahen, und die erst nach bitteren Kämpfen ein blutiges Ende fanden. Dieser Wiener „Oktoberaufstand" bezeichnete dann freilich auch das machtpolitische Ende der deutschen Revolution, wie der Sturz Metternichs ihr entscheidender Sieg gewesen war.

Alle diese aufregende Dramatik hatte ihren realen Hintergrund. Das Jahr 1848, das den Nationalgedanken so stark im Mittelpunkt populärer Hoffnungen und Erwartungen rückte, stellte schon aus diesem Grunde das deutsch-österreichische Problem zur Diskussion.

*

Der in diesem Jahr entbrannte Dreifronten-Krieg Habsburgs gegen die ungarische, italienische und slawische Bewegung führte unausweichlich zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Habsburgischen

und dem deutschen Reichsgedanken, zwischen der These der „Donaumonarchie" und der nationalen Einheitsidee des deutschen Volkes. Wiederum war es n i c h t Preußen, das der allgemein geforderten und in der Frankfurter Nationalversammlung als selbstverständlich vorgesehenen Wiedererrichtung des deutschen Reiches im Wege stand. Schon im Februar 1848 hatte der preußische König Friedrich Wilhelm IV. in einem Brief an Graf Redern die interessante Feststellung getroffen:

„Österreich ist Teutschlands Haupt auch dann, wenn dieses Haupt die Verrichtungen des Hauptes nicht üben will . . . Versuchen wir daher, dem unbestreitbaren und geographisch n i e zu beseitigenden Haupte das fehlende Leben einzublasen."

Es ist ganz die Politik seines Vaters, Friedrich Wilhelms III., die der preußische König vertritt. Gewiß hat er später auch anders deutbare Erklärungen abgegeben, aber in der Sache hat sich schließlich erneut die Erfahrung von 1815 bestätigt: nicht im Berliner Schloß, sondern in Schönbrunn ist die Errichtung einer deutschen Nationaleinheit verhindert worden. Für den preußischen König stand die dann 1849 erfolgte offizielle Ablehnung der ihm von der Paulskirche angetragenen deutschen Kaiserkrone von vornherein schon deshalb fest, weil er keinesfalls die Hand dazu bieten wollte, Österreich aus dem Reiche „auszustoßen", wie es in zahlreichen seiner damaligen Briefe und Aufzeichnungen heißt.

Schon Ende April 1848 nimmt der preußische König gegen den Entwurf eines „Reichsgrundgesetzes" Stellung, der in Frankfurt von siebzehn „Beauftragten des Bundestages" — unter ihnen mehrere spätere Abgeordnete der Nationalversammlung — ausgearbeitet worden war, und in dem Andeutungen einer Nicht-Aufnahme Österreichs gemacht wurden. Anfang Mai kommt es zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung zwischen Friedrich Wilhelm IV. und seinem Ministerium. Der König will die erbliche Kaiserkrone für Österreich, für sich selbst das „Reichsfeldherrnamt". Dagegen fordert das preußische Ministerium in seinen internen Beratungen einstimmig die deutsche Krone für Preußen. Friedrich Wilhelm wendet sich heftig gegen diese Ambitionen. In einem Brief an den König von Hannover, in dem er sich über sein eigenes Ministerium beklagt, erklärt er mit Schärfe, er wolle nicht Schuld daran tragen, daß Österreich „aus Deutschland austräte und so über ein Drittel seines Gebiets und außerdem noch die ganze Macht Österreichs für Deutschland in der Waagschale Europas verloren gehen."

Im Frankfurter Parlament wurde die Habsburger Frage schließlich das Kernproblem, an dem alles gescheitert ist. Schon bei der Behandlung

der „Grundrechte" für die vorgesehene neue Reichsverfassung war das Thema aufgetreten und im Sinne einer Einbeziehung Österreichs in das Reich behandelt worden. „Den nicht deutsch redenden Völkern Deutschlands" — so hieß die Formel — wurde eine Gewähr ihrer volkstümlichen Entwicklung ausdrücklich zugesprochen. Der Ausschuß, der den Verfassungstext vorzubereiten hatte, legte am 19. Oktober 1848 einen Vorschlag vor, in dem der Gedanke einer staatsrechtlichen Teilung Österreichs vertreten wurde:

„Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Land dasselbe Staatsoberhaupt, so soll das deutsche Land eine vom nichtdeutschen Land getrennte Verfassung haben . . . Die Reichsverfassung hat in einem solchen deutschen Land dieselbe verbindliche Kraft wie in den übrigen deutschen Ländern."

Ein Teil der Abgeordneten fand es allerdings schwierig, den allzuviel gestaltigen österreichischen Kaiserstaat in das Reich unmittelbar einzubeziehen. Auch der englische Prinzgemahl Albert, der dazu Denkschriften verfaßte, war der Ansicht, daß die deutschen Staaten außer Österreich einen Bundesstaat bilden sollten („engerer Bund") und dieser mit Österreich in ein beständiges und unauflösliches Bündnis trete („weiterer Bund").
Im Anschluß an diese schwerwiegenden Diskussionen vollzog sich jene abschließende Neuordnung der Parteien in der Paulskirche, die die meisten der bisherigen Gruppierungen auflöste und nunmehr „Großdeutsche" und „Kleindeutsche" gegenüberstellte.
Schließlich holte man die Stellungnahme der österreichischen Regierung ein, die sich monatelang Zeit ließ. Erst am 4. Februar 1849 antwortete sie mit diplomatischer Geschicklichkeit: Man legt Verwahrung ein gegen eine für Österreich verbindliche Zentralgewalt und man verwirft ebenso das Verhältnis eines engeren und weiteren Bundes. So klar man bezeichnet, was abgelehnt wird, so unklar bleibt, wozu man bereit ist:

„Der kaiserlichen Regierung schwebt ein nach außen festes und mächtiges, im Inneren starkes und freies, organisch gegliedertes und doch in sich einiges Deutschland vor."

Die Grenzmarken des großen Reiches sollen soweit ausgestreckt werden, daß „auf der von der Kaiserlichen Regierung in Aussicht zu stellenden Grundlage a l l e ihre Landesteile Platz finden".
Dieser Gedanke — auf der Basis des von der Frankfurter Nationalversammlung vorgesehenen allgemeinen Wahlrechtes — stellte natürlich eine völlige Umkehr der Nationalstaatsidee dar; als in späteren Verfassungen Österreichs-Ungarns das allgemeine Wahlrecht eingeführt

wurde, sahen sich die Deutschen in die hoffnungslose Rolle einer Minderheit versetzt. Schon im März 1849 oktroyierte der österreichische Kaiser in seinem Herrschaftsbereich eine Verfassung, die dieser Linie entsprach: Österreich sollte ein ungeteiltes und unteilbares Ganzes bleiben. Die gesamte Monarchie einschließlich Ungarns und Norditaliens wurde in einen einheitlichen staatsrechtlichen Rahmen gestellt. An die Paulskirche ging eine Note ab, die die Einbeziehung dieses österreichischen Gesamtstaates in das deutsche Reich forderte. Die Perspektive einer Aufnahme dieses Völkerkonglomorates in den deutschen Nationalstaat war auch den leidenschaftlichsten Verfechtern des großdeutschen Gedankens unerträglich. Sie änderten nun ihren Kurs entschlossen und beantragten als Gegenschlag die sofortige Wahl des preußischen Königs zum deutschen Kaiser. So mußte sich die Paulskirche in die kleindeutsche Lösung retten, weil sie allein noch übriggeblieben war. Schließlich wurde von 290 Abgeordneten bei 248 Stimmenthaltungen dem König von Preußen die deutsche Kaiserkrone angeboten, der fest entschlossen war, sie abzulehnen. Das alles hatte nur noch anekdotische Bedeutung. Die weiteren Ereignisse, die Abberufung der österreichischen, später auch der preußischen Abgeordneten durch ihre Regierungen, bezeichneten bereits den Zusammenbruch sowohl der Nationalversammlung wie der Revolution 1848 überhaupt.

Das deutsche Problem hatte zum zweitenmal innerhalb eines halben Jahrhunderts zur Debatte gestanden; es war erneut am „dynastischen Imperialismus" des Habsburger Kaiserhauses gescheitert!

Die „kleindeutsche" Lösung fand schließlich durch Bismarck ihre Verwirklichung; sein späteres Bündnis mit Wien erwies sich als eine glücklose Konstruktion, obzwar eine andere Bündnispolitik angesichts der wachsenden Feindschaft nicht nur Frankreichs, sondern auch Rußlands und Englands gegen das junge deutsche Reich kaum möglich war. Die Habsburger Monarchie nützte die gewonnene Rückendeckung zu einer immer nachhaltigeren „Verständigung" mit allen ihren nichtdeutschen Völkerschaften unter entsprechender Zurückdrängung des deutschen Elementes, das wiederum durch den Blick über die Grenzen sich in der Hoffnung auf eine „großdeutsche" Zukunft bestärkt fühlte. Jedermann, nicht zuletzt der alte Kaiser Franz Josef, sah den Zerfall der „Monarchie" mit der Gewißheit eines Naturgesetzes heraufziehen. Dieser Vielvölkerstaat mit seinem ursprünglich deutschen Gerippe mochte in vieler Hinsicht als Kunstwerk gelten; den dagegen aufgestandenen Naturgewalten konnte er auf die Dauer nicht standhalten. Schließlich war nicht viel mehr als der Nimbus des Greises an seiner Spitze und die machtpolitische Anlehnung an das Bismarck'sche Reich, sowie die im wesentlichen noch einheitliche, deutschbestimmte Armee

übriggeblieben, als die Schüsse von Serajewo fielen, die das Signal zum Ersten Weltkrieg gaben.*

Bekanntlich hat in den Juliwochen 1914 der österreichische Generalstabchef Conrad von Hötzendorff stark auf eine „Strafexpedition" gegen Serbien gedrängt — nicht zuletzt deshalb — „weil er eingestandenermaßen besorgte, die Zunahme der nationalen Wirren könnte der Armee die moralische Festigkeit rauben, die sie noch besaß" (so berichtet der österreichische Militärhistoriker Eduard von Glaise-Horstenau in seinem bekannten Buch „Die Katastrophe", Wien 1929, Seite 20).

Das aus solchen Motiven erwachsene österreichische Serbien-Ultimatum war zwar gewiß nur eine Episode in der Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges, aber es ist kein Zweifel, daß die deutsche Reichspolitik in jenen Tagen gegen ihren Willen in eine Situation getrieben wurde, aus der heraus ihr zunächst sogar der Anschein einer „Kriegsschuld" angelastet werden konnte: so drückte die problematische Last des Habsburger Vielvölkerstaates schließlich auch noch die Schultern der Berliner Staatsmänner.

Wenn diese Einzelheit auch für unsere Studie ohne unmittelbare Bedeutung ist, so erleuchtet sie doch ebenfalls den Hintergrund dessen, was es nun zu erörtern gilt.

„DEUTSCHÖSTERREICH" — VERSAILLES UND SAINT GERMAIN

In den Juli- und Augusttagen 1914 war von der „Entente" — insbesondere seitens der Russen — zunächst der Eindruck erweckt worden, der Krieg der Großmächte entbrenne wegen des serbisch-österreichischen Konfliktes und gelte dem Schutz eines kleinen Staates gegen die Strafexpedition eines Übermächtigen.

* Die k. u. k. Armee war trotz der zahlreichen staatsrechtlichen Veränderungen ein einheitliches Instrument geblieben, auf das sich das Nationalitätenproblem nur indirekt auswirken konnte. Die Dienstsprache war deutsch, auch das Offizierskorps blieb bis 1914 zu 75—80 Prozent deutsch. Freilich war schon die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht „für die Armee des Völkerreiches ungleich schwerwiegender als etwa für die Wehrmacht eines national einheitlichen Staatswesens" (Glaise-Horstenau a. a. O. S. 18). Schon bei den Teilmobilmachungen der Jahre 1908-9 und 1912-13 kam es insbesondere bei tschechischen Regimentern zu Ausschreitungen. Daß die österreichisch-ungarische Armee im Ersten Weltkrieg dennoch — von einigen Zwischenfällen abgesehen — große soldatische Leistungen vollbrachte, ist zweifellos dem Umstand zuzuschreiben, daß in ihrem Bereich vor 1914 wesentlich weniger Experimente gemacht worden waren als auf staatspolitischem Gebiet.

Es stellte sich freilich bald heraus, daß der Erste Weltkrieg in Wirklichkeit ebenso wenig für Serbien geführt wurde, wie ein Vierteljahrhundert später der Zweite Weltkrieg für Polen; der Vernichtungswille der großen Mächte richtete sich keineswegs in erster Linie gegen den durch seine inneren Probleme längst geschwächten Habsburger Staat, sondern gegen das Bismarck-Wilhelminische Reich. Man versprach zwar im Verlauf des Krieges sowohl den Italienern wie den Rumänen in Geheimverträgen beträchtliche Gebietsteile bisher österreich-ungarischer Staatszugehörigkeit als Preis für ihre Kriegsbeteiligung. Aber als es nach dem Regierungsantritt des letzten Habsburger Kaisers Karl und nach dem Scheitern jener düsteren Affäre persönlicher Bemühungen der neuen Kaiserin Zita und ihres Bruders, zwischen Wien und Paris einen Sonderfrieden zu bewirken*, im Dezember 1917 zu mehreren sehr ernsthaften Begegnungen eines britischen und eines österreichischen Unterhändlers in Genf kam, zeigte sich eine erstaunliche Linie: man gab sich in London so, als ob man interessiert sei, Österreich-Ungarn zu erhalten, wenn es sich nur von Deutschland

---

* Ich verzichte darauf, die als „Sixtus-Affäre" historisch gewordene Episode zu referieren; es genügt das folgende Zitat aus der 1962 in Wien erschienenen „Österreichischen Zeitgeschichte" des Professors Hanns Leo Mikoletzky (S. 34 f):

„Der am 24. März 1917 in französischer Sprache abgefaßte sogenannte erste Sixtus-Brief wollte in Gestalt eines Privatschreibens an den Bruder der österreichischen Kaiserin zunächst mit Frankreich, von dem sich die Monarchie ‚durch keine wirklichen Interessengegensätze getrennt' glaubte, aber auch mit England wegen eines (allgemeinen- oder Sonder-)Friedens gegen bestimmte Konzessionen ins Gespräch kommen. Er ging dabei selbstverständlich von der Voraussetzung der territorialen Unversehrtheit der Monarchie aus. Dieser Brief war nun wohl im wesentlichen und in erster Linie mehr oder minder eine Improvisation, die eher aus dem Geist des Prinzen als dem des Kaisers stammte. Weder Karl noch Zita sollen ein derart gutes Französisch beherrscht haben, daß sie als ausschließliche Verfasser der mit allen Feinheiten und Tücken dieser klassischen Sprache abgefaßten Zeilen (z. B. „le justes revendications" von Elsaß-Lothringen) in Betracht kämen. Der zweite Brief wirkt jedenfalls überlegter, vorsichtiger, unbeeinflußter und daher nichtssagender. Die ganze Demarche, die geboren aus bitterster Not und eigener Hilflosigkeit, wie kein anderes Zeugnis Karl zu charakterisieren in der Lage ist, mündete schließlich in einer Kette von Mißverständnissen, Ausflüchten, Brutalitäten und Demütigungen. Doch darf nicht übersehen werden, daß vor allem der erste Sixtus-Brief, wer immer ihn aufgesetzt haben mag, ein außerordentliches Dokument darstellt, das nicht nur in der Geschichte des Ersten Weltkrieges einmalig ist, weil sich hier ein Monarch ganz persönlich und unmittelbar bei einer sehr gewagten Friedenssondierung ausgesetzt hat."

trenne*. So verlockend es für England gewesen sein mag, nach dem Ausfall Rußlands nun mithilfe eines Frontwechsels des österreichischen Kaisers den Krieg gegen Deutschland rasch zu gewinnen, so ließen doch diese nach Wien gerichteten Sirenenklänge jegliche Einsicht in die gegebenen Tatsachen vermissen.

Mochte ein antideutsches Österreich-Ungarn sich vielleicht zunächst noch auf die angeborene Geduld seiner vierzehn Millionen Deutschen verlassen können, gewiß ließen sich die Tschechen ihre inzwischen zur starken Hoffnung entwickelte Forderung auf volle Unabhängigkeit nicht durch Londoner Kommando aus ihrem Programm streichen, ebenso wenig die Slowaken und Kroaten ihr Verlangen, die ungarische Vormundschaft loszuwerden: welcher Bereich der Habsburger Monarchie immer in Betracht gezogen wurde, ihr Zerfall stand vor der Tür und konnte — wenn überhaupt — nur durch einen Durchhaltesieg der Mittelmächte, keinesfalls aber, wie Kaiser Karl und seine Gemahlin offenbar glaubten, durch die „Entente" aufgehalten werden.

Das seltsame Spiel falscher Zusagen und eitler Hoffnungen, das sich im Winter 1917 zwischen London und Wien angebahnt hatte, wurde im Laufe des Jahres 1918 von verschiedenen Bestrebungen im alliierten Lager durchkreuzt. Eine davon hatte ihren Ausgangspunkt in London selbst; sie gründete sich auf den Wunsch des berühmt-berüchtigten Lord Northcliffe, mit dem Mittel der „Propaganda in den Feindländern"

---

* Glaise-Horstenau berichtet in seinem erwähnten Buch „Die Katastrophe" (S. 159 f.):

„Die Vorgeschichte dieses bedeutsamen Friedensschrittes im Weltkrieg ist noch nicht völlig geklärt . . . Die letzte Aufforderung zu einer Besprechung ging von England aus; Lloyd George gab seinem Freunde Smuts noch seinen Sekretär Mr. Kerr mit. Der Ballhausplatz entsandte in der Person des Grafen Mensdorff einen in England vor dem Kriege wohl gelittenen, mit dem Könige verwandten Diplomaten. Die Anwesenheit der drei Männer wurde in Genf möglichst geheim gehalten. Es fanden zwischen dem 15. und 20. Dezember 1917 mehrere Unterredungen statt, bei denen Mensdorff vor allem bemüht war, die deutsch-britischen Beziehungen einer Erörterung zu unterziehen; denn in ihnen lag der Schlüssel zu einem allgemeinen Frieden. Zu Mensdorffs großer Enttäuschung betonte aber Smuts immer wieder, daß die Stimmung in England für einen Meinungsaustausch mit Deutschland noch keineswegs reif sei. Um so lieber werde das Foreign Office mit Österreich-Ungarn reden, dessen Zerstörung man an der Themse keineswegs wünsche. Im Gegenteil; man denke sogar ernsthaft an eine Vergrößerung des Habsburgerreiches, denn der Zusammenbruch Rußlands habe die Gleichgewichtsverhältnisse in Mittel- und Osteuropa derart zugunsten Deutschlands verschoben, daß nur ein starkes Österreich ein gewisses Gegengewicht abzugeben vermöchte. Freilich müsse das Habsburgerreich aufhören, weiter eine Satrapie Deutschlands zu sein . . . "

ernstlich in den Lauf der Entwicklung einzugreifen.* Natürlich bot der Habsburger Staat ein geradezu ideales Manöverfeld für einfallsreiche Propagandisten. Northcliffes Organisation hat hier dann auch ihre augenfälligsten Leistungen vollbracht.

Nicht minder wichtig und schließlich entscheidend wurde der Einfluß, den slawische Emigrantenkreise auf die Regierungen der „Entente", und insbesondere auf den amerikanischen Präsidenten Wilson zu gewinnen vermochten. Dieser hatte am 8. Januar 1918 seine berühmt gewordenen „14 Punkte" als „Programm des Weltfriedens" verkündet. Im Punkt 10 war darin — noch ganz im Sinne der kurz vorher geführten Gespräche des britischen Generals Smuts mit dem österreichischen Botschafter Graf Mensdorff — nicht mehr gefordert als „Autonomie für die Völker Österreich-Ungarns". Gegen diese sehr zurückhaltende Formulierung, die einen Fortbestand der Habsburger Monarchie nicht ausschloß, wandte sich zunächst der serbische Gesandte in Washington. Dann trat ein noch wichtigerer Mann in Erscheinung: der tschechische Professor Masaryk hatte in Rußland aus desertierten österreichischen Soldaten tschechischer Nationalität eine höchst merkwürdige „Legion" organisiert, bei dieser Gelegenheit die ersten Monate der Lenin-Revolution an Ort und Stelle erlebt und war dann nach Nordamerika gereist; am 29. April 1918 landete er in Vancouver und fand bald

---

* Glaise-Horstenau (a. a. O. S. 168) zitiert dazu eine Denkschrift, die der englische Journalist Wickham Steed am 24. Februar 1918 an Lord Northcliffe eingereicht hat. Es heißt darin:

„Es gibt für das Propaganda-Amt zwei politische Möglichkeiten gegenüber dem Gegner: A) Beim Kaiser (von Österreich), dem Hofe und dem Adel auf einen Sonderfrieden hinzuarbeiten unter Verzicht auf eine Einmischung in die inneren Verhältnisse des Habsburgerreiches und bei Wahrung seines Gebietsumfanges; oder B) die Vernichtung der österreichisch-ungarischen Macht zu versuchen als des schwächsten Punktes in der Kette der Feindstaaten, indem man alle deutschfeindlichen, ententefreundlichen Völker und Bestrebungen unterstützt und ermutigt. Die Politik A) ist ohne Erfolg versucht worden. Die Habsburger sind nicht frei. Sie haben, selbst wenn sie wollten, nicht die Kraft, von Deutschland abzufallen, erstens, weil sie zu stark unter dem Drucke der inneren Verfassung ihres Landes (der Doppelstaatlichkeit) stehen, die dem Deutschen Reiche in Gestalt der Deutschen in Österreich, der Madjaren in Ungarn einen starken Hebelarm in die Hand gibt, zweitens, weil die Alliierten den Habsburgern, ohne mit Italien zu brechen, keine annehmbaren Bedingungen gewähren könnten. Es bleibt daher nur, die Politik B zu versuchen . . . "

Wickham Steed, der Verfasser dieser Denkschrift, war in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg Chefredakteur der Londoner „Times". Später, als sein Gönner Lord Northcliffe gestorben war, kam Steed in finanziell bedrängte Verhältnisse und erhielt Zuwendungen aus den Geheimfonds der tschecho-slowakischen Regierung.

Mittel und Wege, sich in der amerikanischen Öffentlichkeit Aufmerksamkeit zu verschaffen.
Zunächst gelang es Masaryk, die in Amerika lebenden Slowaken zum sog. Pittsburger Vertrag vom 30. Mai 1918 zu überreden: es wurde ihnen „Autonomie" in einem neu zu errichtenden tschecho-slowakischen Staat zugesichert und durch dieses Versprechen die Fiktion einer „tschechoslowakischen Nation" aus der Taufe gehoben.
Nicht minder wichtig war, daß Masaryk sich bald darauf — erstmals am 19. Juni 1918 — durch persönliche Beziehungen auch den Weg zu Präsident Wilson und dessen Berater Oberst House zu öffnen verstand. Im Weißen Haus mögen dabei zunächst Masaryks Berichte aus Sibirien mehr interessiert haben als sein eigentliches Anliegen, aber diese Szene wandelte sich innerhalb weniger Monate und am 3. September 1918 konnte Masaryk aus den Händen des amerikanischen Außenministers Lansing eine schriftliche Erklärung entgegennehmen, in der es hieß:

„Da die tschechoslowakischen Völker gegen Deutschland und Österreich-Ungarn zu den Waffen griffen, organisierte Armeen unter Offizieren eigener Nationalität und in Übereinstimmung mit den Vorschriften und der Praxis bei den zivilisierten Nationen aufstellten, und da die Tschechoslowaken im gegenwärtigen Kriege das Ziel der Unabhängigkeit verfolgen, dessen Verwirklichung der obersten politischen Autorität der Tschechoslowaken anvertraut wurde, erkennt die Regierung der Vereinigten Staaten an, daß der Kriegszustand zwischen den in dieser Weise organisierten Tschechoslowaken und den Deutschen und Österreicher-Ungarn besteht. Sie erkennt auch den tschechoslowakischen Nationalrat als de facto kriegsführende Regierung an, die berechtigt ist, die militärischen und politischen Angelegenheiten der Tschechoslowaken zu leiten."

Damit war der Punkt 10 der Wilsonschen Frühjahrserklärung bereits so geändert, wie es anderthalb Monate später in einer Note des Präsidenten an die Wiener Regierung amtlich notifiziert wurde. Auf das österreichische Friedensersuchen vom 4. Oktober 1918 antwortete der amerikanische Außenminister am 19. Oktober 1918, der Präsident könne den zehnten der 14 Punkte, „wegen gewisser Ereignisse von größter Bedeutung, die seit Abgabe seiner Adresse vom 8. Januar sich zugetragen haben und notwendigerweise die Haltung der Regierung der Vereinigten Staaten änderten", nicht mehr aufrechterhalten. Diese habe inzwischen anerkannt, „daß der Kriegszustand zwischen den Tschechoslowaken und den Deutschen sowie dem österreich-ungarischen Staate besteht, und daß der tschechoslowakische Nationalrat de facto kriegsführende Regierung sei und die militärischen und politischen Angelegenheiten der Tschechoslowaken zu leiten habe." Sie

habe außerdem „auch in der weitestgehenden Weise die Gerechtigkeit der nationalen Ansprüche der Jugoslawen nach Freiheit anerkannt".

„Der Präsident verfügt deshalb nicht länger über die Freiheit, die bloße Autonomie dieser Völkerschaften als eine Grundlage für den Frieden anzuerkennen, sondern er ist gezwungen, darauf zu bestehen, daß diese Völker und nicht er Richter darüber sein sollen, welche Maßnahme auf Seite der österreichisch-ungarischen Regierung genügen wird, um ihre Ansprüche und ihre Auffassung von ihren Rechten und ihren Bestimmungen als Mitglieder der Völkerfamilie zu befriedigen."

Mit diesem Stellungswechsel Wilsons waren angesichts des inzwischen eingetretenen militärischen Zusammenbruchs der Mittelmächte die Würfel gefallen. Da nicht nur die Tschechen und die Slowaken, sondern auch alle anderen nichtdeutschen Völkerschaften der „Monarchie" sich neu zu organisieren wünschten und darüber in ihren inzwischen bereits allenthalben ins Leben getretenen „Nationalräten" fest umrissene Programme verkündeten, blieb nur die Frage übrig, was mit den Deutschen geschehen werde, die ebenfalls in den Grenzen des Habsburger Staates lebten.

Um es genau zu sagen: Eine F r a g e gab es nur hinsichtlich der staatsrechtlichen Formalitäten. Den G r u n d s a t z der künftigen Regelungen hatte der Präsident mit aller Deutlichkeit bezeichnet; da die Volkseigenschaft der Deutschen wohl nicht einmal in jener Zeit bestreitbar war, galt auch hier und für sie Wilsons Erklärung, daß „nicht e r Richter" sein wolle, daß stattdessen „ i h r e Ansprüche und i h r e Auffassung von ihren Rechten und ihre Bestimmung als Mitglieder der Völkerfamilie" zu gelten hätten.

Um es vorweg zu nehmen: die vorliegende Studie wäre nicht zu schreiben, die geschichtliche Erscheinung Adolf Hitlers nicht zu erörtern, wenn 1918 das, was den Polen, Tschechen, Kroaten usw. zugebilligt wurde, auch für die Deutschen der zerfallenen österreichisch-ungarischen Monarchie hätte gelten dürfen.

Die deutsche Sehnsucht von 1813, der Traum von 1848 — erfüllt in der Weimarer Republik. Aus der Niederlage zweier Kaiserreiche ein Sieg demokratischer Grundsätze — welch eine Perspektive!

„Demokratie" erschöpft sich nicht in einer politischen Technik; ihren ideellen Gehalt, ihre natürliche Begründung bezieht diese überzeugende Doktrin aus der Forderung: j e d e m V o l k s e i n e n S t a a t.

Auf die mitteleuropäischen Verhältnisse angewandt konnte und kann die Durchsetzung des demokratischen Prinzips keine andere Verwirklichung finden, als in der Begründung eines gesamtdeutschen Reiches innerhalb der tatsächlich gegebenen Volkstumsgrenzen.

Es sollte sich bald herausstellen, daß Wilsons demokratischer Sendungsglaube erschöpft war, als der Habsburger Staat zertrümmert am Boden lag.
Erneut bestätigte sich, daß der Erste Weltkrieg weder wegen Serbiens oder Belgiens, nicht gegen den Kaiser Wilhelm oder gegen den „preußischen Militarismus" geführt worden war — wie die Formeln für die Einfältigen lauteten (und sich mutatis mutandis im und nach dem Zweiten Weltkrieg wiederholten); der Niederschlagungs- und Niederhaltungswille der „Entente" war gegen das deutsche Volk in seiner Gesamtheit und jeder seiner Erscheinungsformen gerichtet; so setzten nach Sieg und Waffenstillstand 1918 sofort entschiedene Maßnahmen ein, um als Ergebnis der mitteleuropäischen Veränderungen keinesfalls das sowohl nach der Tradition von 1848 wie nach dem demokratischen Prinzip nunmehr gebotene g e s a m t deutsche Staatswesen entstehen zu lassen.
Die Entschlossenheit, einer solchen natürlichen Entwicklung unter allen Umständen e n t g e g e n zutreten, ist seit damals geradezu ein Axiom der europäischen Politik aller nichtdeutschen Großmächte geworden.
Und daß Hitler auch heute noch als das Ungeheuer des Jahrhunderts zu gelten hat, findet tiefere historisch-politische Begründung nicht so sehr in den wirklichen oder vermeintlichen Gewalttaten, die man ihm in offener Anklage zuschreibt, als in dem Umstand, daß er einmal kurzfristig „Großdeutschland in die Geschichte gestellt" hat, wie Seyss-Inquart sich noch als Angeklagter vor dem Nürnberger Tribunal ergriffen ausgedrückt hat.

*

Zurück zu 1918: Eines der kritischsten Probleme der letzten Oktobertage war das Schicksal der „Sudetendeutschen". Sie siedelten seit Jahrhunderten vor allem im Norden des böhmischen Raumes, der nun von den Tschechen für ihre Staatsgründung beansprucht wurde. Auch in diesem Punkte hatte Masaryk bereits vorgearbeitet. Es war ihm gelungen, bei Wilson den Eindruck zu erwecken, als handle es sich um eine „Mischbevölkerung" in Grenzbezirken. Das „historische" Böhmen sollte ungeschmälert zum Staatsgebiet der tschechischen Republik erklärt werden; hinsichtlich der Slowaken freilich wollte Masaryk freilich nichts von „historischen" Grenzen wissen, hier durften und sollten die tatsächlichen Volkstumsverhältnisse gelten; sonst hätten die Slowaken der Oberhoheit der ungarischen „Stephanskrone" unterstellt bleiben müssen! So widerspruchsvoll und anachronistisch Masaryk seine Argumente je nach Bedarf zurecht rückte: die Deutschen und die Ungarn galten als Besiegte, die Tschechen dagegen waren als „Sie-

gerstaat" anerkannt. Also wurde ihrem Anspruch auf „Böhmen" in Paris nicht widersprochen.

Einige Fragen blieben nichtdestoweniger damals noch offen: Da hatte noch Kaiser Karl in der Poklamation, in der er Mitte Oktober 1918 den Völkern seines Reiches die „Selbstbestimmung" ankündigte, die Bildung eines Bundesstaates vorgesehen, „in dem jeder Volksstamm auf seinem Siedlungsgebiet ein eigenes Gemeinwesen bildet". Diese Formulierung hatte auf tschechischer Seite sofort Mißtrauen und Widerspruch hervorgerufen; im Sudetenland dagegen sah man darin die einzig mögliche Regelung. In Troppau bildete sich sofort eine autonome deutsche Landesregierung.

Nach dem endgültigen Zusammenbruch der Wiener Zentralgewalt und nach der Übernahme der in Prag wirkenden Behörden durch die Tschechen trat freilich drängend die Frage in den Vordergrund, wie die deutsch-böhmischen Gebiete vor einer tschechischen Besetzung bewahrt werden könnten. Bereits am 30. Oktober 1918 richtete der Vollzugsausschuß des inzwischen aus den deutschen Abgeordneten des österreichischen Parlaments konstituierten „deutsch-österreichische Nationalversammlung" an die deutsche Reichsregierung unter der Kanzlerschaft des Prinzen Max von Baden ein eindringliches Ersuchen um Waffenhilfe.*

Diesem Appell wurde in den darauffolgenden Tagen nur im Süden Folge geleistet: bayerische Truppenteile rückten in Salzburg und Tirol

---

* Diese Note wird von Professor Reinhold Lorenz im Dokumenten-Anhang zu seinem Buch „Der Staat wider Willen — Österreich 1918—1938" wie folgt wiedergegeben:

„Da das k. u. k. Armee-Oberkommando und das k. u. k. Kriegsministerium, beide durch befugte Vertreter, auf die im Auftrage des Vollzugsausschusses der deutsch-österreichischen Natinoalversammlung gestellte Frage erklärt haben, daß sie nicht in der Lage seien, die Unantastbarkeit des deutsch-österreichischen Staatsgebietes zu sichern, und außerstande seien, für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung innerhalb des Staatsgebietes ausreichend zu sorgen, und daher Leib und Leben, Weib und Kind, Hab und Gut, Haus und Hof jedes deutsch-österreichischen Bürgers der Willkür und dem Zugriff feindlicher Massen preisgegeben wären, richtet die deutsch-österreichische Nationalversammlung an die Regierung des befreundeten Deutschen Reiches die dringende Bitte, im Einvernehmen mit dem deutsch-österreichischen Staatsrate den Schutz des deutsch-österreichischen Staatsgebietes zu übernehmen".

Am Vortag hatte der Vollzugsausschuß bereits eine Note an den amerikanischen Präsidenten Wilson in Paris gerichtet, in der von der Konstituierung des Staates Deutsch-Österreich Mitteilung gemacht wurde und in der es u. a. hieß:

„Der Vollzugsausschuß bittet den Präsidenten, seine Aufmerksamkeit der Frage der deutchen Gebiete der Sudetenländer zuzuwenden. Insge-

ein, um gegen ein etwaiges italienisches Vordringen über den Brenner hinaus Schutz zu bieten. Inzwischen wurden auch die Länder des deutschen Reichsgebietes von einer Welle von innenpolitischen Umstürzen erfaßt und die nächsten Wiener Bemühungen um einen militärischen Schutz für die deutsch-böhmischen Gebiete mußten sich in München an die Regierung des linksextremen Kurt Eisner und in Sachsen an einen gewissen Lipinsky richten. Diese beiden Machthaber hätten den Deutschen jenseits ihrer Grenzen wohl auch dann keinen Schutz gewährt, wenn ihnen dafür Machtmittel zur Verfügung gestanden hätten.

So geschah, was zu erwarten war: kaum hatten Masaryk und Benesch ihre bereits in Paris konstituierte und von den Alliierten anerkannte Regierung nach Prag verlegt und sich eine bewaffnete Macht geschaffen, als sie in zwar vorsichtigem, aber planmäßigem Vorgehen die deutschen Gebiete militärisch besetzen ließen. Zuerst wurden die nordböhmischen Eisenbahnknotenpunkte in tschechische Kontrolle genommen; erst im Dezember besetzte man die großen Städte; am 12. Dezember fiel Reichenberg, am 18. Dezember Troppau, Hauptstadt der am 30. 10. 1918 neu gebildeten deutsch-österreichischen Provinz „Sudetenland", in die Hand der Tschechen, die ihre Herrschaft eilig durch die Verhaftung von über 4000 Geiseln absicherten.

So wurde es durch eine klägliche, nur aus marxistisch verblendetem Fehldenken erklärbare und doch unverzeihliche Untätigkeit der zur Hilfe berufenen deutschen Stellen den Tschechen ermöglicht, mit „vollendeten Tatsachen" aufzuwarten, als im Februar 1919 bei den Pariser Verhandlungen der Siegermächte die Frage der Grenzziehung der „Tschechoslowakei" erstmals ernstlich besprochen wurde. Und so kam es, daß in diesem slawischen Staat nicht weniger als dreieinhalb

---

samt wohnen in Böhmen, Mähren und Schlesien nach der letzten Volkszählung 3 512 682 Deutsche. Es ist selbstverständlich, daß der neue deutsch-österreichische Staat auch die deutschen Gebiete Böhmens, Mährens und Schlesiens beansprucht. Wir sind überzeugt, daß der Präsident nach sorgfältiger Prüfung, den von ihm verkündeten Grundsätzen entsprechend, es ablehnen wird, 3½ Millionen Deutsche gegen ihren Willen dem czechischen Staate zu unterwerfen. Der dauernde Frieden in Europa kann nicht dadurch begründet werden, daß in dem neuen czechoslovakischen Staat eine deutsche Irredenta geschaffen wird. Und eine solche Vergewaltigung der Deutschen widerspricht auch den vom Präsidenten aufgestellten Grundsätzen. Wir fordern daher, daß die deutschen Gebiete Böhmens, Mährens und Schlesiens als ein Bestandteil des deutsch-österreichischen States anerkannt werden und ihre künftige staatliche Zugehörigkeit in Gemeinschaft mit ihm frei bestimmen sollen. Wir sind bereit, mit der berufenen Vertretung der czechischen Nation über die Abgrenzung unserer Gebiete zu verhandeln" (Zitat nach Mikoletzky a. a. O. S. 48 f.)

Millionen Deutsche wider ihren Willen hineingepreßt wurden, ein Gewaltakt, der eines Tages zur Krise führen m u ß t e. Wir haben hier bereits ein erstes historisch verhängnisvolles Versagen der sog. Weimarer Republik festzustellen.

*

Während dieser düsteren Vorgänge im böhmischen und mährischen Raum hatte sich in Wien längst die Klärung vollzogen, die hier dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie logischerweise folgen mußte. Schon am 21. Oktober 1918 waren die deutschen Abgeordneten des bisherigen österreichischen Parlaments als „deutsch-österreichischen Nationalversammlung" zusammengetreten. Hier wurde u. a. eine Erklärung verkündet, in der es heißt:

„Das deutsche Volk in Österreich ist entschlossen, seine künftige staatliche Ordnung selbst zu bestimmen, einen selbständigen deutsch-österreichischen Staat zu bilden und seine Beziehungen zu den anderen Nationen durch freie Vereinbarung mit ihnen zu regeln.
Der deutsch-österreichische Staat beansprucht die Gebietsgewalt über das ganze deutsche Siedlungsgebiet, insbesondere auch in den Sudetenländern. Jeder Annexion von deutschen Gebieten, die von deutschen Bauern, Arbeitern und Bürgern bewohnt werden, durch andere Nationen, wird sich der deutsch-österreichische Staat widersetzen. Den Zugang des deutschen Volkes zum Adriatischen Meere wird er durch Vereinbarung mit den anderen Nationen sicherzustellen suchen."

Am 30. Oktober 1918 versammelte sich die deutsch-österreichische Nationalversammlung — diesmal unter dem lauten Beifall großer Straßendemonstrationen — zum zweiten Male. In dieser Sitzung wurde ein provisorisches Staatsgrundgesetz beschlossen und eine vorläufige Regierung aus Staatssekretären gebildet. Die Frage der Staatsform und des künftigen Verhältnisses zu Deutschland blieb noch ungeregelt. Hier tauchten unvermeidlich schwerwiegende Fragen auf: noch bestand das Bismarcksche Kaiserreich mit seinen 18 Territorial-Fürstentümern. Wie sollte sich der deutsche Rest Österreich-Ungarns dazu stellen, vor allem nachdem der letzte Habsburger Monarch durch sein Verhalten die heftigste Kritik gerade seiner d e u t s c h e n Untertanen herausgefordert hatte?! Immerhin scheinen ein paar Tage lang sogar die österreichischen Sozialdemokraten mit dem Gedanken umgegangen zu sein, Karl werde „österreichischer König", also etwa ein Standesgenosse des bayerischen Ludwig III. bleiben.
Auch der Name des neu zu gründenden Staates verursachte Kopfzerbrechen. Der erste Regierungschef, Karl Renner, wollte zunächst die

Bezeichnung „Südostdeutschland" wählen, um keinesfalls die Nachfolgelasten Österreich-Ungarns übernehmen zu müssen.
Die dann ab 7. November 1918 einsetzende innenpolitische Umsturzbewegung im ganzen deutschen Reichsgebiet veränderte und klärte die Lage. Als die deutschen Stammesfürsten innerhalb weniger Tage abgedankt hatten und in Berlin die Republik ausgerufen war, trat die deutsch-österreichische Nationalversammlung erneut zusammen und faßte nun einhellig die Beschlüsse, die überreif waren:

„Artikel 1: Deutschösterreich ist eine demokratische Republik. Alle öffentlichen Gewalten werden vom Volke eingesetzt.
Artikel 2: Deutschösterreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik. Besondere Gesetze regeln die Teilnahme Deutschösterreichs an der Gesetzgebung und Verwaltung der Deutschen Republik sowie die Ausdehnung des Geltungsbereiches von Gesetzen und Einrichtungen der deutschen Republik auf Deutschösterreich."

Dieser Beschluß wurde ohne Gegenstimme gefaßt und vom Staatskanzler Dr. Renner eindrucksvoll begründet (Zitat nach dem Protokoll):

„Unser großes Volk ist in Not und Unglück. Das Volk, dessen Stolz es immer war, das Volk der Dichter und Denker zu heißen, unser deutsches Volk des Humanismus, unser deutsches Volk der Völkerliebe, unser deutsches Volk ist im Augenblick tief gebeugt. Aber gerade in dieser Stunde, wo es so leicht und so bequem und vielleicht auch so verführerisch wäre, seine Rechnung abgesondert zu stellen und vielleicht auch von der List der Feinde Vorteile zu erhaschen, in dieser Stunde soll unser deutsches Volk in allen Gauen wissen: Wir sind ein Stamm und eine Schicksalsgemeinschaft.
Der Artikel 2 ist ein Bekenntnis. Er ist einstweilen eine sogenannte lex imperfecta, die erst durch besondere Gesetze ihren Inhalt bekommen muß. Wie er ausgefüllt wird, darüber werden wir uns mit unseren Brüdern im Deutschen Reiche beraten und darüber werden wir noch Beschlüsse fassen."

Es ist eine bis heute nicht aufgeklärte Frage, warum es bei dieser „lex imperfecta" blieb; erstaunlicherweise nahm die neue deutsche Reichsregierung, der Berliner „Rat der Volksbeauftragten", von den so tiefgreifenden Wiener Beschlüssen zunächst so gut wie keine Kenntnis. Aus heutiger Sicht gibt es keinen Zweifel mehr: hier war sofortiges Handeln am Platze — die Siegermächte mußten in dieser Frage eilends vor vollendete Tatsachen gestellt werden, wie das in jenen Wochen und Monaten auf der anderen Seite durchwegs die Regel war. Nur wenn die deutsche Republik sich fast augenblicklich als ein durch den Volkswillen geschaffener neuer Staat der Welt zeigte, war es denkbar,

daß diese Schöpfung als unausweichliches Naturereignis auch von denen anerkannt wurde, die einer politischen Vereinigung aller Deutschen ablehnend gegenüberstanden. Schon die einfachste Logik mußte den verantwortlichen Politikern sagen, wie erwünscht es war, vor einer Friedenskonferenz nicht einfach als Nachfolgeregierung des deutschen oder österreichischen Kaiserstaates zu erscheinen, sondern als originäre, durch Volksentschluß neu bestimmte politische Macht. Die Frage, warum eigentlich die ebenso folgerichtigen wie eindeutigen Wiener Beschlüsse in Berlin während des ganzen entscheidenden Winters 1918/19 kein ernsthaftes Echo fanden, führt ähnlich zu einer geschichtlichen Anklage gegen die damaligen deutschen Machthaber wie die Preisgabe des Sudetenlandes an die Tschechen (vergl. S. 100). Selbstverständlich mußte die zum 19. Januar 1919 ausgeschriebene Wahl zu einer deutschen Nationalversammlung — ebenso wie es 1848 der Fall war — auch in Deutschösterreich durchgeführt werden! Es genügte nicht, daß endlich am 24. April 1919 — inzwischen hatten die Siegermächte in Paris sich längst über ihre Haltung geeinigt — von Weimar aus eine Einladung nach Wien erging, „fünf Mitglieder der österreichischen Nationalversammlung zu den Beratungen des deutschen Verfassungsausschusses zu entsenden", und es war auch eine unbegreiflich verspätete Erklärung, daß in Artikel 63 Absatz 3 der Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919 bestimmt wurde:

„Deutschösterreich erhält nach seinem Anschluß an das Deutsche Reich das Recht der Teilnahme am Reichsrat mit der seiner Bevölkerung entsprechenden Stimmenzahl. Bis dahin haben die Vertreter Deutschösterreichs beratende Stimme."

Soweit ich den Sachverhalt überblicke, sind erst im März 1919 ernsthafte Verhandlungen zwischen Berlin und Wien in Gang gekommen — also kein Gedanke an das „fait accompli", das im November 1918 angezeigt und zweifellos möglich gewesen wäre. Wer die Wärme und Überzeugungskraft der Argumente in Betracht zieht, die damals in Wien vorgebracht wurden* kann der damaligen deutschen Reichsleitung — bei aller Würdigung der vielen Schwierigkeiten, die sie zu bewältigen hatte — den Vorwurf einer folgenschweren historischen Unterlassung nicht ersparen.

---

* Der Anschluß-Beschluß der deutsch-österreichischen Nationalversammlung wurde nach ihrer Neuwahl am 12. März 1919 nochmals ausdrücklich wiederholt. Staatssekretär Otto Bauer berichtete damals den Abgeordneten:

„Wir haben der deutschen Reichsregierung im wesentlichen ein Verhandlungsprogramm vorgelegt. Der Zusammenschluß, der wirtschaftliche und der staatliche Zusammenschluß, erfordert ja eine umfassende gesetzgeberische und organisatorische Arbeit. Darüber müssen die beiden Teile zunächst Verhandlungen führen, Verhandlungen über eine Anzahl der

Immerhin: für die in Paris versammelte Friedenskonferenz und für den amerikanischen Präsidenten Wilson, der sich so häufig und so wortreich zum Selbstbestimmungsrecht der Völker bekannt hatte, gab es angesichts der Wahlergebnisse und der einmütigen Entschließungen der gewählten Volksvertreter nicht den geringsten Zweifel über den Willen der Deutschen im österreichischen Reststaat, in Zukunft die politische Gemeinschaft der deutschen Republik zu teilen.
Diese deutsch-österreichische Willenskundgebung außer Kraft zu setzen und sie grundsätzlich nicht anzuerkennen: das wurde zu einem leidenschaftlichen Merkmal der Siegerpolitik nach dem Ersten Weltkrieg und schließlich zu einem düsteren Ausgangspunkt des Zweiten.

*

Die zwangsweise Einbeziehung der Sudetendeutschen in die tschechische Staatskonstruktion und das dann in den Friedensverträgen von Versailles und St. Germain dekretierte Anschlußverbot waren natürlich miteinander korrespondierende Vorgänge, auch von deutscher Seite her betrachtet: hätte der Berliner „Rat der Volksbeauftragten" im November 1918 die Wiener Erklärungen verständig zur Kenntnis genommen, hätte er mit den immerhin zur Verfügung stehenden verläßlichen Truppen nicht nur Ostpreußen und den späteren „Korridor" vor den Polen abgesichert, sondern auch den sudetendeutschen Raum vor dem tschechischen Zugriff bewahrt, so wäre eine geordnete Regelung der mitteleuropäischen Verhältnisse eingetreten, die vielleicht sogar in Paris ihre Wirkung nicht verfehlt hätte.
Nach der erfolgten Überrumpelung der Sudetendeutschen aber war es klar, daß diese brutale Gewaltlösung nur von Dauer sein konnte, wenn keinesfalls Wien und Breslau im gleichen Staatswesen machtpolitisch verbunden waren. Die dynastische Zufallsgrenze an Inn und Salzach mußte erhalten bleiben, um das Tschechenregiment in Troppau und Reichenberg zu konservieren — auch so lassen sich die Zusammenhänge deuten!
Statt einer einzigen Vertretung der gesamtdeutschen Republik mußten

---

verschiedenartigsten Einzelfragen. Wir haben also der deutschen Reichsregierung vorgeschlagen, wie diese Verhandlungen geführt werden sollen, und die deutsche Reichsregierung hat unseren Vorschlag ohne jede Änderung angenommen. Es ist in Aussicht genommen, daß eine große Reihe paritätisch zusammengesetzter Kommissionen in der nächsten Zeit zusammentritt, die diese Einzelfragen besprechen sollen . . . Wir hoffen, daß die wichtigsten dieser Kommissionen noch in diesem Monat zusammentreten können. Sie sollen zum Teile in Berlin, zum Teile in Wien, je eine auch in München und in Leipzig zusammentreten" (Zitat nach Lorenz a. a. O. S. 191).

Ende April und Anfang Mai 1919 zwei verschiedene Delegationen aus Berlin und Wien nach Frankreich reisen; sie wurden getrennt nach Versailles und St. Germain geleitet und völlig voneinander isoliert. Natürlich galten sie als Vertreter von Nachfolgestaaten der beiden Kaiserreiche. Und neben vielen anderen Ungeheuerlichkeiten in den Texten, die ihnen ausgehändigt wurden, stand im Versailler Vertrag unter Artikel 8:

„Deutschland erkennt die Unabhängigkeit Österreichs innerhalb der durch Vertrag zwischen diesem Staate und den alliierten und assoziierten Hauptmächten festzusetzenden Grenzen an und verpflichtet sich, sie unbedingt zu achten; es erkennt an, daß diese Unabhängigkeit unabänderlich ist, es sei denn, daß der Rat des Völkerbundes einer Abänderung zustimmt."

Im Diktat von St. Germain war das Gleiche in Artikel 88 gesagt:

„Die Unabhängigkeit Österreichs ist unabänderlich, es sei denn, daß der Rat des Völkerbundes einer Abänderung zustimmt. Daher übernimmt Österreich die Verpflichtung, sich, außer mit Zustimmung des gedachten Rates, jeder Handlung zu enthalten, die mittelbar oder unmittelbar oder auf irgendwelchem Wege, namentlich — bis zu seiner Zulassung als Mitglied des Völkerbundes — im Wege der Teilnahme an den Angelegenheiten einer anderen Macht seine Unabhängigkeit gefährden könnte."

Was die scheinbare Revisionsmöglichkeit durch Beschluß des Völkerbundsrates anbetrifft, so wurde dazu der deutlichste Kommentar in der Folgezeit geliefert. Der Fanatismus der Siegermächte ging so weit, daß die deutsch-österreichische Nationalversammlung am 21. Oktober 1919 sogar gezwungen wurde, ihren Namen zu ändern. Dieses Gesetz wurde noch im „Staats-Gesetzblatt für den Staat Deutschösterreich" bekanntgemacht und gibt in seinem ersten Artikel deutlich kund worum es sich handelt:

„D e u t s c h ö s t e r r e i c h in seiner durch den Staatsvertrag von St. Germain bestimmten Abgrenzung ist eine demokratische Republik unter dem Namen ‚Republik Österreich'."

In sprachlicher Feinheit wurde hier die Brutalität des Vorganges verdeutlicht!

Als einige Jahre danach der spätere französische Ministerpräsident Léon Blum anläßlich einer Zusammenkunft der zweiten Internationale in Wien darauf angesprochen wurde, daß die Verträge von Versailles und St. Germain ein Unrecht seien, antwortete er knapp und treffend:

„Sie sind auch ein Unsinn. Sie enthalten Dinge, die gegen die Vernunft, die Notwendigkeit und Natürlichkeit der Entwicklung gerichtet sind". (Zitat nach Hanns L. Mikoletzky, Österreichische Zeitgeschichte, Wien 1962 S. 74)
Dem ist auch aus heutiger Sicht nichts hinzuzufügen.

WENDEPUNKT „ZOLLUNION"

Der Staat, dem der Zusammenschluß mit dem — freilich auch sehr geschwächten — Deutschen Reich verboten worden war, hatte Krisenjahre vor sich, deren Einzelheiten hier nicht erörtert werden müssen. Von Bedeutung war, daß die Entente-Mächte immer auf der Wacht blieben und mehrmals durch massive Drohungen eingriffen: als die österreichischen Bundesländer im Frühjahr 1921 darangingen, ihrerseits Volksabstimmungen über den Anschluß durchzuführen und diese am 24. 4. 1921 in Tirol 98,8 Prozent, am 29. 5. 1921 im Land Salzburg 99,3 Prozent Ja-Stimmen erbrachten, griffen die französische und die italienische Regierung ein; sie drohten mit einem Abbruch der finanziellen Sanierungsmaßnahmen des Völkerbundes, die inzwischen eingeleitet werden mußten, weil die Wirtschaftslage des kleinen Staates sich immer katastrophaler entwickelte. Eine für 3. Juni 1921 bereits angesetzte weitere Volksabstimmung in der Steiermark unterblieb deshalb, nicht ohne vorher in Wien eine Regierungskrise und auch eine Krise in der christlich-sozialen Partei ausgelöst zu haben, als deren Ergebnis der spätere Bundeskanzler Prälat Seipel die Führung dieser Partei übernahm.
Das schwankende Schiff der österreichischen Staatfinanzen wird nun mithilfe einer Anleihe des Völkerbundes wieder flott gemacht. Aber es ist wieder eine brutale politische Bedingung daran geknüpft: die österreichische Regierung muß in einem eigenen „Genfer Protokoll" vom 4. Oktober 1922 nicht nur den Artikel 88 des Vertrages von St. Germain, also das Anschlußverbot, bestätigen, sondern sich auch aller „Verhandlungen und aller wirtschaftlichen und finanziellen Bindungen enthalten, die seine Unabhängigkeit direkt oder indirekt beeinträchtigen könnten". Die Finanzkontroll-Kommission des Völkerbundes überwacht die Verwendung der Kredite und vor allem natürlich die Beziehungen Wiens zu Berlin!
Die österreichischen Sozialdemokraten stehen zu dieser Politik des Prälaten Seipel in scharfer Opposition. Ihr Sprecher, der frühere Staatskanzler und spätere Bundeskanzler Dr. Renner ruft ihm im Parlament

ein „großes Nein und Nein und nochmals Nein" entgegen; er erklärt den Anschluß an den Staat, „zu dem wir der Natur der Dinge nach gehören" als einzige Lösung.
Es darf freilich nicht übersehen werden, daß damals auch das Reich wirtschaftlich zerrüttet und politisch von Fieberschauern erfüllt war und daß die Berliner Regierung in ihrem eigenen Bestreben, die Forderungen der Siegermächte zu erfüllen, in Wien vor einer Fortsetzung der Anschlußpropaganda sogar selbst warnte.
Seipels Politik ist klar: er will — soweit das überhaupt möglich ist — das Staatswesen wirtschaftlich lebensfähig machen. Politisch hält er sich an die Linie: „Nichts gegen das Reich, soviel wie möglich mit dem Reich". Das ist die aus den damaligen machtpolitischen Umständen sich ergebende Richtung. Es wird dafür gesorgt, daß auf dem Wege der Rechtsangleichung fortgeschritten wird. Zur Kultur- und Spracheinheit ist nichts weiter beizutragen; sie war vordem nie in Frage gestellt und konnte auch durch radikalste Diktate nicht beeinträchtigt werden.

*

Eine interessante Episode begab sich in den Jahren 1930/31. Sie ist in ihrer Anlage und ihrem Verlauf so aufschlußreich, daß es sich lohnt, ihre Konturen zu beleuchten. In ihnen zeigen sich deutlich genug die Probleme, die schließlich Hitlers Kommen im Reich u n d in Österreich als einzig mögliche Lösung erscheinen ließen.
Das Jahr 1930 war bekanntlich in mehrfacher Hinsicht ein Schicksalsjahr: Im Frühjahr ratifizierte die deutsche Reichsregierung mit dem „Young-Plan" eine erneute Verpflichtung zur Zahlung von „Reparationen" — jener Bedingung des Versailler Diktates, die ganz offenkundig dazu bestimmt war, den Deutschen eine Art moderne Sklaverei aufzuerlegen. Angesichts der sich bereits abzeichnenden Weltwirtschaftskrise, des in der Reichskasse schon eingetretenen Kassedefizits von fast zwei Milliarden Mark, und des Steigens der Arbeitslosenzahl erklärte der Reichsbankpräsident Schacht seinen Rücktritt, um gegen den „neuen Plan" zu protestieren. Auch die deutschen Sozialdemokraten zogen sich — wenn auch formell aus anderem Grunde — aus der Regierungsverantwortlichkeit zurück; der „Präsidialkanzler" Dr. Brüning begann seine Notverordnungspolitik, die zunächst zur Reichstagsauflösung und zum ersten dramatischen Wahlsieg der NSDAP führte (vergl. Seite 21).
Wenn Brüning s e i n e n Kurs einer gemäßigten Fortsetzung der „Erfüllungspolitik" durch all die offenkundigen Fährnisse durchsetzen wollte, so war es klar, daß er der deutschen Öffentlichkeit in irgend e i n e m Punkt Gelegenheit zum Aufatmen, zum Hoffen auf eine gün-

stigere Zukunftsentwicklung bieten mußte. Unmittelbar nach dem 14. September 1930 scheint Brüning diese politisch-propagandistische Notwendigkeit deradezu drastisch empfunden zu haben. Jedenfalls berichtet der seinerzeitige Reichsaußenminister Curtius — der Nachfolger Stresemanns, der sich gerade in Genf aufhielt — in seinen Erinnerungen („Sechs Jahre Minister der Deutschen Republik", Heidelberg 1948, S. 171):

„Am Tage nach der Wahl kam im Flugzeug Prälat Kaas, der Fraktionsführer des Zentrums, Brünings Vertrauensmann, um mit mir über die von mir am nächsten Tag, am 16. September, zu haltende Plenarrede zu sprechen. Es sah zuerst so aus, als sollte Kaas mir die seidene Schnur bringen! In Berlin hatte man den Kopf verloren und wollte, daß die deutsche Delegation in Genf hinten und vorn ausschlüge. Ich sollte das Steuer herumwerfen, mich von der bisherigen Außenpolitik lossagen und — ja, und? so habe ich Herrn Kaas gefragt, und was für eine Politik ankündigen? Darauf blieb er mir die Antwort schuldig. Ich erklärte ihm, daß ich von Genf abreisen würde, wenn der Kanzler auf diesen Tendenzen bestünde. Austritt aus dem Völkerbund wäre die einzige Alternative. Damit würde der Kanzler sich auch in der Innenpolitik als geschlagen bekennen. Er kapitulierte vor der Opposition. Das wäre natürlich eine politische Linie. Ich könnte sie aber nicht mitmachen. Herr Kaas ließ sich allmählich davon überzeugen, daß es im deutschen Interesse läge, weiter im Völkerbund zu bleiben."

Aus dem weiteren Gang der Dinge darf man schließen, daß Brüning in dem schon vorher zwischen Wien und Berlin insgeheim erörtertem Projekt einer Zollunion mit Österreich gewissermaßen einen Ausweg aus dem Dilemma sah und suchte. Curtius hatte gewiß recht: ein völliges Umschwenken von der Erfüllungs- zur Widerstandspolitik hätte natürlich für Brüning bedeutet, daß er Hitlers politische Forderungen anerkannte (zur Frage, ob dies nicht die angezeigte Lösung gewesen wäre vergl. meinen Brief an Reichskanzler a. D. von Papen S. 160 ff.). Da man aber in der Berliner Wilhelmstraße keinesfalls soweit gehen wollte, stellte sich die Frage nach einer Zwischenlösung, die sowohl wirtschafts- wie innenpolitisch eine Erleichterung bringen und sich gegen das Anwachsen der NSDAP auswirken konnte.
Curtius hat noch während des Genfer Aufenthalts, von dem er die Szene mit Prälat Kaas berichtet, mit dem österreichischen Bundeskanzler Schober ausführlich über den Zollunionsplan gesprochen. Erste Fühlungsnahmen waren bereits vorausgegangen, doch scheint dabei die Initiative auf österreichischer Seite gelegen zu haben. Jetzt war — erstmals — Berlin ernstlich an Österreich interessiert!

Zunächst gab es eine unvorhergesehene Verzögerung: Die Genfer Verhandlungen zwischen Curtius und Schober wurden durch eine österreichische Regierungskrise „jäh unterbrochen". (Curtius a. a. O. S. 189). Es trat eine mehrmonatige Pause ein bis Schober im Dezember 1930 wieder Regierungsmitglied und zwar Außenminister wurde. Curtius: „Von diesem Zeitpunkt an trat der Zollunionsplan in den Vordergrund unserer Außenpolitik"!
Dieser Satz ist nur insoferne zutreffend, als er bezeichnet, was in den geheimen Beratungen des Reichskanzlers Brüning mit seinem Außenminister im Mittelpunkt stand: nach außen hin und insbesondere auch gegenüber der französischen und englischen Regierung wurde — gewiß mit Recht — strengstes Stillschweigen bewahrt. Es war klar, daß es sich um ein erstes „gegen-den-Stachel-Löcken" handelte, um einen selbständigen deutschen Schritt g e g e n den Willen der Siegermächte, und daß man hier mit aller Umsicht verfahren mußte. Als ein Besuch Brünings und Curtius in Wien bevorstand, bei dem das gemeinsame Vorgehen festgelegt werden sollte, sagte Brüning für seine Person unter einem formalen Vorwand ab; auch Curtius hatte ihm diese Zurückhaltung angeraten; er

> „legte dar, daß bei der großen Bedeutung, welche der Plan einer Zollunion im deutschen Gesamtvolk nach seiner Bekanntgabe erhalten würde, ein Rückschlag, ein Scheitern des Planes die Hauptbeteiligten zu Amtsniederlegungen nötigen würde. Gewiß würde dann der Außenminister als Ressort-Minister in erster Linie zur Verantwortung gezogen. Es wäre aber zu befürchten, daß der Reichskanzler, wenn er in Wien den Vertrag selbst abgeschlossen hätte in die Krise mit hineingezogen würde".

In der Tat wurde dann in Wien bereits am 5. März 1931 zwischen Curtius und der österreichischen Regierung Übereinstimmung hinsichtlich eines Vertragstextes mit zwölf Artikeln erzielt, in denen bereits alle wesentlichen Merkmale der vorgesehenen Zollunion einschließlich eines Schiedsverfahrens für Streitfälle festgelegt wurden. Das alles war freilich nicht so wichtig, wie die Frage, in welcher Weise diese bedeutende Neuerung den Siegermächten mitgeteilt und bei ihnen durchgesetzt werden sollte. Dafür hatten sich Curtius und Schober einen genauen Plan zurechtgelegt: für Mitte Mai — also leider beträchtlich später — stand in Genf eine Tagung des Paneuropäischen Studienkomitees des Völkerbundes zu erwarten. Hier sollte über den schrittweisen wirtschaftlichen Zusammenschluß Europas beraten werden, wobei die schon früher häufig erörterte Idee sog. „regionaler" Wirtschaftspakte zwischen benachbarten Ländern im Mittelpunkt stehen würde. Das war die richtige Gelegenheit, um mitzu-

teilen, daß die Berliner und Wiener Regierung sich entschlossen hätten in solcher Richtung einen ersten wichtigen Schritt zu tun. Diesem Argument entsprach auch die Formulierung des Artikels I der Anfang März getroffenen Vereinbarung:

„1. Unter voller Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit der beiden Staaten und unter voller Achtung der von ihnen dritten Staaten gegenüber übernommenen Verpflichtungen soll der Vertrag dazu dienen, den Anfang mit einer Neuordnung der europäischen Wirtschaftsverhältnisse auf dem Wege regionaler Vereinbarungen zu machen.
2. Insbesondere werden beide Teile sich in dem Vertrage verbindlich dazu bereit erklären, auch mit jedem anderen Lande auf dessen Wunsch in Verhandlungen über eine gleichartige Regelung einzutreten."

Der wohlerwogene und gewiß nicht ungeschickte Plan — so war die Sache wirklich auch für die französische Regierung annehmbar — scheiterte an mangelnder Geheimhaltung. Es soll eine Wiener Korrespondentin des „Berliner Tageblattes" gewesen sein, die den Stein ins Rollen brachte; vielleicht waren es auch andere interessierte Kreise, die hier „große Politik" machten: jedenfalls waren bereits am 18. März 1931 in allen Zeitungen sensationelle Informationen über die deutsch-österreichische Zollunion zu lesen. Drei Tage später erschienen schließlich die eilig mobilisierten Diplomaten am Quai d'Orsay und im Foreign Office, um offiziell mitzuteilen, worüber die ganze Welt bereits sprach. Der britische Lord Vansittart zeigte dem österreichischen Gesandten ein „Gesicht voll Ablehnung" und dem deutschen Botschafter eröffnete er, es wäre Pflicht der Reichsregierung gewesen, die „beteiligten Parteien" — womit er offenbar die Versailler Mächte meinte — vorher zu befragen.
Der französische Ministerrat beschloß, sofort ein Veto einzulegen, „weil sonst diese erste Verletzung der europäischen Ordnung nicht die einzige bliebe". Außenminister Briand fand es sogar angezeigt, in einer Rede zu verkünden, er habe schon vor Jahren in Genf dem deutschen Reichskanzler in Bezug auf einen Anschluß Österreichs gesagt: „Wenn Sie das wollen, so gehen wir dem Krieg entgegen."
So lautet die Pariser Antwort — ein mageres Ergebnis der vierjährigen „Verständigungs"-Politik, die in der Berliner Wilhelmstraße gegenüber Frankreich betrieben worden war.
Ein junger linksorientierter Wiener Journalist hat 1962 ein natürlich einseitig ausgerichtetes Buch über den „Staat, den keiner wollte — Österreich 1918—1938" geschrieben. Die Bedeutung der radikalen französischen Ablehnung des deutsch-österreichischen Zollunion-Pro-

jekts, vor allem für die innenpolitische Entwicklung im Reich bezeichnet Helmut Andics aber doch — wenn auch in polemischem Stil — der Sache nach richtig:

„Brünings Kabinett ist eine Minderheitsregierung, die im Reichstag überhaupt nur dadurch am Leben erhalten wird, daß die Sozialdemokraten nicht gegen sie stimmen. Sie und die Gewerkschaften dulden stillschweigend die Tatsache, daß Brüning mit Notverordnungen des Reichspräsidenten von Hindenburg regiert. Nur die Angst vor den Nationalsozialisten, deren Wahlsieg vom September 1930 man noch immer als Schock in den Knochen spürte, hält Brüning im Amt.

Wie lange aber werden Reichspräsident und Reichswehr den Kanzler Brüning noch stützen können, wenn die nationalen Rechtsparteien immer mehr Zulauf erhalten und die wirtschaftliche Not die Massen der Arbeitslosen in das kommunistische Fahrwasser treibt? Aus der heutigen Sicht, dreißig Jahre später, wird das Verhängnis offenbar: auf der einen Seite kämpft Brüning verzweifelt gegen die Radikalen und Extremisten im eigenen Land, die nach Einstellung der Reparationszahlungen und nach Revision des Friedensdiktates schreien.

Auf der anderen Seite kämpft derselbe Brüning gegen die starrsinnige Unnachgiebigkeit der Franzosen, die offenbar nicht begreifen können, daß sie mit Brünings Sturz genau jene Welle des ‚Revanche'-Geschreis auslösen müßten, vor dem sie sich so fürchten."

Andics irrt natürlich, wenn er den Eindruck erweckt, nur in Paris sei das Zollunions-Projekt abgelehnt und zu Fall gebracht worden. Gewiß war man hier lauter und heftiger, der drohenden Auflösung der befohlenen Grenze an Inn und Salzach wirkte man an der Seine mit Aufschrei entgegen. Den tatsächlichen Kurs aber bestimmte das Foreign Office unter Vansittarts unerbittlich deutschfeindlicher Direktive; ein vereinigtes Deutschland durfte auch nicht auf dem Umweg einer Wirtschaftsallianz entstehen.

Der Form nach war man in London allerdings konzilianter. Brünings Plan sollte nicht, wie man in Paris wünschte, einfach an einem „Veto" der Siegermächte scheitern. Zunächst wurde also auf Vorschlag des britischen Außenministeriums der Haager Gerichtshof und ein „Rechtsgutachten" bemüht: die Juristen sollten feststellen, ob die geplante Zollunion gegen den Friedensvertrag von St. Germain oder gegen das Genfer Protokoll von 1922 (vergl. Seite 106) verstoße.

In der mit diesem forensischen Gefecht gewonnenen Frist wurde dann der Zollunions-Plan durch wohldurchdachte scheinbar unpolitische Prozeduren zu Fall gebracht:

Ende April 1931 erhielt die österreichische Regierung von der Leitung der größten, im ganzen Wirtschaftsleben dominierenden Wiener Bank, der „Creditanstalt", die überraschende Mitteilung, es sei eine Unterbilanz von 166 Millionen Schillingen zu konstatieren; sofortige Regierungshilfe sei unerläßlich, um den Zusammenbruch des Unternehmens zu verhindern.

Es ist klar, daß ein Defizit dieses Umfanges nicht über Nacht entstanden war; der später mit der Sanierung der Kreditanstalt beauftragte Minister a. D. Freiherr von Spitzmüller bemerkt in seinen 1955 in Wien erschienenen Lebenserinnerungen überzeugend, daß die Unterbilanz „höchst wahrscheinlich schon früher" bestanden habe „ohne daß man etwa die Direktoren der Creditanstalt deshalb einer falschen Bilanzierung beschuldigen könnte". Man muß also annehmen, daß die — wie in diesem Fall erwähnt werden muß — jüdischen Direktoren der Creditanstalt zunächst Möglichkeiten ins Auge gefaßt hatten, die aufgetretenen Schwierigkeiten auf normalem Wege zu bereinigen. Es ist ihnen gewiß nicht leicht gefallen, das Aufsehen erregende Hilfsersuchen an die Regierung zu richten, das ihnen ja auch sofortige Entlassung und spätere Strafverfolgung einbrachte.

Die Vermutung liegt nahe, daß Rückgriffmöglichkeiten, mit denen die Leitung der „Creditanstalt" bisher gerechnet hatte, sich seit Bekanntwerden des Zollunionplanes verschlossen hatten. Vielleicht wurden auch Auslandskredite gekündigt, mit deren Verlängerung die „Creditanstalt" unter normalen Umständen rechnen durfte?

Es sind das Fragen, die nach meiner Kenntnis bisher öffentlich nicht ganz geklärt wurden. Ich fand nur zwei einschlägige Äußerungen der unmittelbar Beteiligten. Sie drücken sich beide sehr vorsichtig und doch ziemlich deutlich aus. Spitzmüller schreibt (a. a. O. S. 359):

> „Das Defizit der Creditanstalt erregte in der ganzen Welt das größte Aufsehen und trug in Europa jedenfalls zur Verschärfung der Wirtschaftskrise bei. Es wäre wohl richtiger gewesen, wenn die Geldinstitute des Westens, hauptsächlich die englischen, der Creditanstalt rechtzeitig beigesprungen wären: vom englischen Haus Rothschild, das ja mit seinem an der Creditanstalt unmittelbar interessierten Wiener Hause in lebhaftem Kontakt stand, hätte man das erwarten dürfen. Ob in dieser Beziehung wirksame Versuche gemacht wurden, kann ich nicht beurteilen, da ich ja zur Sanierungsaktion erst später herangezogen wurde, bezweifle es aber."

Curtius deutet an (a. a. O. S. 198):

> „Ob die später immer wieder auftauchenden Gerüchte, daß die Fallite der Creditanstalt durch die französische Finanz, insbesondere das Bankhaus Rothschild, aus politischen Gründen herbeigeführt

worden wäre, auf Tatsachen beruht, habe ich nie klären können. Klar aber war, daß Heranziehung ausländischer Kapitalmärkte, Gesuche um neue Auslandskredite, zu politischen Forderungen, mithin zur Abhängigkeit von Paris, das heißt zur Forderung der Preisgabe der Zollunion führen mußten, wenn die notwendigen Kredite nicht doch noch anderwärts beschafft werden konnten."

Curtius' Hinweise decken eine weitere Frage auf, die sich hinsichtlich der Berliner Haltung in der „Creditanstalt"-Krise stellt: Gewiß waren die Beträge, die die öffentliche Hand für die „Creditanstalt" aufzubringen hatte, nicht unbeträchtlich, aber es lag angesichts des großen, zur Debatte stehenden Zollunions-Plans eigentlich nahe, der österreichischen Regierung in angemessener Weise aus Reichsmitteln Rückhalt zu bieten. Der Reichshaushalt hatte immerhin damals schon eine Größenordnung von über 20 Milliarden.
Durch eine angemessene finanzielle Maßnahme hätte die österreichische Regierung gewiß von dem Druck befreit werden können, dem sie nun weichen mußte. Wie Curtius mitteilte, wurden von der Reichsbank in der Tat 20 Millionen Mark beigesteuert, aber das war natürlich zu wenig. Statt des Reiches griff die Bank von England ein, aber nur mit einem kurzfristigen Kredit von wenigen Wochen, den zu verlängern sie nicht bereit war . . .

Curtius schildert das Ende des Abenteuers:

„In der entstandenen Lage sah sich Österreich gezwungen, am 11. August den Völkerbund zu ersuchen, eine neue Völkerbundsanleihe zu gewähren. Schon wenige Tage darauf erschienen in Wien zwei Völkerbundsdelegierte zu Anleihe-Besprechungen, und nun wiederholte sich das Spiel von 1922: Österreich wurde vor den Finanzausschuß des Völkerbundes zitiert und verlor nicht nur seine Zollunion mit uns, sondern auch seine ganze wirtschaftliche Bewegungsfreiheit und Selbständigkeit. Wir mußten unseren Plan zu Grabe getragen und das Verfahren für einen geordneten Rückzug mit der österreichischen Regierung rechtzeitig vor dem Beginn der Genfer Tagungen verabreden. Den mir erst nach Genf hin telefonisch gemachten Vorschlag des Reichskanzlers, uns von Österreich zu trennen und Österreich den schweren Gang des Verzichtes auf die Zollunion allein gehen zu lassen, habe ich abgelehnt. Wir haben keinen Dank dafür erhalten, daß wir bis zum bitteren Ende mit Österreich gingen, brauchen uns aber auch keiner Untreue zu schämen. Was hätte es auch genützt? Für die Zollunion? Die war durch die Erklärung Österreichs allein, auch wenn wir uns nicht angeschlossen hätten, erledigt. Für unser Verhältnis zu den anderen

Mächten? Sie hätten uns mit Verachtung gestraft. Für mich und das Reichskabinett? Die Stunden des ‚Young-Plan-Ministers' waren sowieso gezählt und Brüning war wegen des Verlaufs der Zollunionaktion nicht angegriffen."

Die letztere Bemerkung Curtius ist natürlich nur formal richtig. In Wirklichkeit bedeutete die Torpedierung des Zollunionsplanes — des einzigen Fortschrittes in eine neue Richtung — den Anfang vom politischen Ende des Brüning-Regimes. Gewiß trat zunächst nur der Außenminister Curtius zurück; aber als ein halbes Jahr später auch Brüning entlassen wurde, weinte ihm in Deutschland niemand mehr eine Träne nach. Die Siegermächte hatten auch ihm keine Chance geben wollen! Aus den seither publizierten Dokumenten sind noch die Bemerkungen interessant, die im Mai 1937 der damals neu ernannte britische Botschafter Henderson in Berlin dem österreichischen Gesandten Tauschitz machte. In diesem Gespräch äußerte Henderson zurückblickend, daß „nach seiner Ansicht es doch am besten gewesen wäre, wenn man im Jahre 1931 zwischen Österreich und Deutschland eine Zollunion zugelassen hätte" (vergl. „Der Hochverratsprozeß gegen Dr. Guido Schmidt", Wien 1947, S. 494).

*

Diese Ansicht des Botschafters Henderson läßt sich auch hinsichtlich der innenpolitischen Entwicklung bestätigen, die ab Sommer 1931 in Österreich eingesetzt hat. Auch hier bildete das Scheitern der Zollunion einen Wendepunkt.

Das klägliche Ende des Versuches, gemeinsam mit dem gesinnungsverwandten Dr. Brüning eine nationaldeutsche Richtung einzuschlagen, dadurch der auch in Österreich aufstrebenden NSDAP die Resonanz zu nehmen und das politische Ruder in der Hand zu behalten, mußte vor allem auf die christlich-soziale Regierungspartei in Österreich alarmierend wirken. Allerdings hatten die zuletzt im November 1930 durchgeführten Parlamentswahlen für die NSDAP nur 100 000 Stimmen gebracht und ihr noch nicht einmal ein Mandat im Parlament gesichert; für dieses Ergebnis war das Wahlgesetz von Bedeutung, das alle Stimmen verloren sein ließ, wenn nicht ein Wahlkreis-Grundmandat erreicht wurde. So konnte bei dieser Wahl die Heimwehr-Partei des Fürsten Starhemberg — obwohl sie wenig mehr Stimmen als die NSDAP auf sich vereinigte — mit 7 Abgeordneten in das österreichische Parlament einziehen und sich dort als „Zünglein an der Waage" beträchtlichen politischen Einfluß verschaffen. In der Folge erwies sich Fürst Starhemberg — in der berechtigten Sorge, daß sich bei weiterem Anwachsen der NSDAP dieser Zufallserfolg nicht wiederholen werde — als ein besonders heftiger Gegner neuer

Wahlen; es gab nach 1930 keine gesamtösterreichische Wahl mehr, nur noch örtliche Wahlen in den Bundesländern.
Daß die nationalsozialistische Flut vor Österreich nicht Halt machte, zeigte sich bereits im April 1932 bei den Wiener Landtagswahlen; dort wurde die NSDAP zur drittstärksten Partei und lag mit ihrer Stimmenzahl knapp hinter den Christlich-Sozialen.
In dieser Lage trat eine junge Politikergruppe in den Vordergrund der christlich-sozialen Partei und löste die „alte Garde" in reichlich stürmischem Vordringen ab: schon den Märztagen 1931 wurde der damals 39jährige Dr. Engelbert Dollfuss als Landwirtschaftsminister Mitglied der Regierung; vierzehn Monate später — am 20. Mai 1932, also wenige Wochen nach dem ersten parlamentarischen Erfolg der Nationalsozialisten — ist er bereits Bundeskanzler, seit Januar 1932 hat auch der erst 34jährige Dr. Schuschnigg, Dollfuss späterer Nachfolger, ein Portefeuille.
Beide sind das, was man unter dem Begriff eines „militanten Politikers" versteht, wobei Dollfuss als etwas konzilianter zu deuten ist, als Schuschnigg. Das Motiv des damaligen und späteren Handelns dieser beiden Politiker läßt sich vielleicht in den Satz fassen: sie wollten um jeden Preis ein nationalsozialistisches Österreich verhindern, aber auch um keinen Preis dafür ein rotes Österreich in Kauf nehmen.
Da sie das Ende des Brüning-Kurses vorhersahen, mit dem allein sie in ihren politischen Ansichten harmonierten, erhoben sie die Unabhängigkeit Österreichs vom R e i c h zu ihrer Parole, andere Abhängigkeiten störten sie weniger.
Ihre innenpolitischen Rezepte entnahmen sie dem Vorbild des italienischen Faschismus, der für sie akzeptabel war seit er durch die Lateran-Verträge 1929 seinen Frieden mit der katholischen Kirche geschlossen hatte. Das wirklich Wichtige an Mussolini war ihnen freilich nur die Ausschaltung des Parlaments und die Vermeidung von Wahlen: es war schon 1932 klargeworden, daß Hitler durchaus im Wege der populären Zustimmung zum Erfolge kommen konnte und daß er keines antiparlamentarischen Gewaltstreiches bedurfte, um die Macht an sich zu bringen. Das „faschistische" Programm der Dollfuss und Schuschnigg erschöpfte sich entsprechend darin, Wahlen zu verhindern. Die sozialreformerischen Ideen Mussolinis wurden nicht übernommen; auch seine kühnen national-italienischen Zielsetzungen mußten natürlich außer Betracht bleiben, sie konnten für keinen Staatsbürger Österreichs irgend einen verlockenden Ausblick eröffnen.
Das knappe Referat über das innenpolitische Programm des neuen Kurses wäre unvollständig, würde nicht auch die damals bewirkte Erfindung einer „Österreichischen Nation" erwähnt. Ihr haftete freilich

so deutlich der Schatten des amtlichen Dekrets an, daß sie von Anfang an als Zielscheibe des Spottes diente. Natürlich glaubten auch die höchsten Würdenträger des Staatswesens selbst nicht an ihre Erfindung. Der propagandistische homunculus verschwand 1938 wie ein Spuk, was nicht verhinderte, daß man ihn nach 1945 wieder zu beleben versuchte.

Das außenpolitische Programm der Dollfuss-Schuschnigg-Linie knüpfte an die alten, sogar in den Kriegsjahren 1917/18 nicht realisierbaren Träume der französischen Politik an, Österreich g e g e n Deutschland zu mobilisieren.

Als Ersatz für den zerschlagenen Habsburger Staat suchten manche Entente-Diplomaten schon seit 1919 fieberhaft nach Ansatzpunkten für eine neue „Donauföderation". Spitzmüller, der 1919 mit der Liquidierung der alten österreichisch-ungarischen Notenbank beauftragt war, verzeichnet (a. a. O. S. 324) schon aus jener Zeit „weitreichende politische Pläne, die an den vorläufigen Fortbestand dieser letzten gemeinsamen Institution geknüpft waren.":

> „Sie erwiesen sich als nicht realisierbar, obwohl mir selbst der fran zösische Gesandte Lefèvre, der für die Errichtung einer Donauförderation eintrat, einmal andeutete, daß das ‚dernier lien', die Bankgemeinschaft zwischen Österreich und Ungarn, eventuell der erste Ansatz zu einer neuen Gemeinschaft werden könne."

Ein solches nicht nur der französischen, sondern vermutlich auch der britischen Politik erwünschtes Gebilde ließ sich auch in Zukunft nicht verwirklichen. Eine nur österreichisch-ungarische Allianz war wirtschaftlich wenig interessant, da beide Länder etwa das Gleiche produzierten und an den gleichen deutschen Hauptabnehmer exportierten. Politisch war es für Wien kein Vorteil, an all den Streitigkeiten teilzunehmen, die Ungarn seit der Grenzziehung von 1919 mit seinen sämtlichen Nachbarn zu bestehen hatte. Zwar war Mussolini an Ungarn — ebenso wie an Bulgarien — interessiert, um ein Gegengewicht gegen Jugoslawien zu haben, aber eine für Österreich nutzbringende politische Gruppierung war das nicht. Auch das Liebäugeln mit den Tschechen in Prag erwies sich als ein politisches Spiel, dessen Vorteile zweifelhaft, dessen Gefahren jedoch handgreiflich waren.

Eine wirkliche „Donauföderation" war nur in politischer und wirtschaftlicher Allianz mit Deutschland denkbar; gewiß mußte sie das sudetendeutsche Industriegebiet und Rumänien einschließen. Das aber wieder erforderte eine Revision von Versailles, St. Germain und Trianon — kurzum: der außenpolitische Kurs der Dollfuss und Schuschnigg konnte nur realistisch werden, wenn er genau in die Linie einschwenkte, die beide absolut vermeiden wollten.

Es braucht hier nicht untersucht zu werden, ob und inwieweit jene damals nach vorne drängenden Aktivisten der österreichischen „Christlich-Sozialen" sich über das Ausweglose ihres Kurses Rechenschaft ablegten, sicher ist nur, daß sie die nun einmal gewählte Richtung entschlossen eingeschlagen und zäh an ihr festgehalten haben.
Als Hitler am 30. Januar 1933 zum deutschen Reichskanzler ernannt wurde, hatte Dollfuss sich bereits seit fast einem Jahr in Wien energisch eingerichtet und als die NSDAP Mitte März 1933 in Berlin erst das Ermächtigungsgesetz vorbereitete und darüber mit den Parteien der Mitte und der Rechten verhandelte, ließ Dollfuss die letzte Wiener Parlamentssitzung durch Polizeibeamte auflösen, die erklärten, daß es sich um eine „verbotene Versammlung" handle.
Da kein Nationalsozialist Abgeordneter war, traf dieser erste Schlag vom 15. März 1933 zunächst nur die sozialdemokratische Opposition. Sie konnte nun nicht mehr gegen die Gesetzesvorlagen der Regierung stimmen, die in Zukunft mit Hilfe eines kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes aus der Zeit der K. und K.-Monarchie fungierte.
Verfassungsparagraphen waren für Dollfuss keinerlei Hindernis: Am 19. Juni 1933 wurde die NSDAP verboten, im Februar 1934 folgte — nach einem erfolglosen Aufstandsversuch — das Verbot der sozialdemokratischen und aller anderen Parteien.
Nach dieser politischen „Aufräumungsarbeit" schloß Dollfuss unverzüglich einen Pakt mit Italien, dem auch Ungarn beitrat: die „Römischen Protokolle" vom 17. März 1934.
Am 25. Juli 1934 unternehmen dann auch die österreichischen Nationalsozialisten einen Putschversuch.* Sie besetzen das Bundeskanzleramt; in der Verwirrung wird Bundeskanzler Dollfuss niedergeschossen — er findet ein tragisches Ende. Sein Nachfolger Schuschnigg setzt den radikalen Kurs nicht nur fort, er verschärft ihn noch, läßt sofort mehrere der Putschteilnehmer zum Tode verurteilen und durch den Strang hinrichten . . .

---

* Für die Hintergründe dieses Putsches ist ein Hinweis interessant, den ich von einem damals führenden österreichischen Nationalsozialisten erhielt: er hatte Ende Juni 1934 eine Rücksprache mit Hitler, der damals gerade von seiner ersten Zusammenkunft mit Mussolini aus Venedig zurückgekehrt war. Hitler lehnte es damals ab, sich zu den in der österreichischen NSDAP nach deren Verbot entstandenen verworrenen Führungsverhältnissen zu äußern: er habe mit Mussolini vereinbart, daß sie beide sich in die innerösterreichischen Verhältnisse nicht einmischen wollten und er sei entschlossen, sich an diese Vereinbarung zu halten. Wörtlich habe Hitler erklärt: „Seht zu, wie Ihr mit diesen Zuständen selbst fertig werdet". Vom gleichen Gewährsmann höre ich auch, daß Dollfuss von den Spannungen, die im Reich am 30. Juni 1934 zur Röhm-Krise führten, unterrichtet und sehr beunruhigt war, als sie so rasch überwunden wurde.

Knapp drei Jahre nach dem Scheitern des Zollunions-Planes ist der absolute Tiefpunkt des so erstaunlichen deutsch-österreichischen Bruderkampfes erreicht. Freilich zeigt sich sogar in diesen Jahren, daß die Bindungen zu eng sind, um ganz abreißen zu können. Schuschniggs Konzentrationslager füllen sich zwar, aber die „Illegalen" werden darum nicht weniger.
Im Juni 1936 kam es dann bereits wieder zu einem formalen „Ausgleich" zwischen Berlin und Wien. Aber es zeigte sich, daß das allein für einen wirklichen „modus vivendi" nicht ausreichte. Schon im Winter 1937/38 weiß Schuschnigg, daß er weitere Konzessionen machen muß, wenn er sein Regime konsolidieren will. Er muß sich mit Berlin ernstlich verständigen, alles andere ist zu widernatürlich; die künstliche Trennung des deutschen Lebensraumes in zwei einander bekämpfende politische Lager kann keine Dauerform haben.

HITLER: FRIEDENSCHLUSS MIT SCHUSCHNIGG

Das durch die innenpolitische Entwicklung im Reich und in Österreich geschaffene Problem war ein internationales, nur durch diesen Umstand wurde es wirklich wichtig.
Hitler war nicht nur der Repräsentant eines organisierten Widerstandes gegen Versailles, einer kaum verhüllten Rebellion gegen die 1919 geschaffene europäische Organisation; es war auch völlig klar, daß der Zusammenschluß der beiden deutschen Staatswesen schon deshalb unter seinen politischen Zielen im Vordergrund stand, weil hier nach dem Ersten Weltkrieg ein Verbot der Siegermächte gewirkt hatte. Auch als Sohn seiner oberösterreichischen Heimat mußte er geradezu als gescheiterter Politiker gelten, wenn es ihm nicht in angemessener Frist gelang, die Neuordnung durchzusetzen, die seit 1918 gefordert und seither nur an den Eingriffen fremder Mächte gescheitert war.
Wer — aus welchen Gründen immer — ein Scheitern Hitlers wünschte, mußte auf dem Felde der internationalen Politik zunächst an Österreich denken. Hier lag ganz offen ein Konfliktstoff bereit, an dem sich von heute auf morgen eine tiefgreifende Krise entzünden konnte, jedenfalls solange dort eine schroff gegen den Nationalsozialismus ausgerichtete Regierung an der Macht war.
Durch das Interesse Italiens am Donauraum im allgemeinen und an Österreich im besonderen gewann die Angelegenheit für viele Staatsmänner der damaligen Zeit noch einen zusätzlichen Reiz: hier war der

Anknüpfungspunkt, an dem sich auch Mussolini in eine Anti-Hitler-Front einbeziehen ließ.
Die Sommerereignisse des Jahres 1934 und der damit verbundene fast völlige Bruch zwischen der deutschen und der österreichischen Regierung (dem Hitler durch die aufsehenerregende Entsendung des bisherigen Vizekanzlers von Papen als Sondergesandten nach Wien zu begegnen suchte) gaben Anlaß zu sehr weitreichenden internationalen Spekulationen: im September 1934 wurde Bundeskanzler Schuschnigg in Genf beim Völkerbund warm empfangen und überdies diesem Gremium durch die auf der gleichen Herbsttagung vollzogene Aufnahme der Sowjetunion neue Bedeutung gegeben: eine machtvolle Front gegen Deutschland, das ein knappes Jahr vorher Genf verlassen hatte. Schon damals wurde in Diplomatenkreisen die Idee einer „Garantie" Österreichs viel besprochen; man hat sie dann im Frühjahr 1939 wieder hervorgeholt und auf Polen angewandt. Im September 1934 war die italienische Delegation in Genf die besondere Befürworterin einer solchen internationalen Festlegung der Trennungslinie zwischen dem Reich und Österreich. Die „Garantie" kam nicht zustande; auf englischer und französischer Seite hielt man eine Deklaration zur „auswärtigen Lage Österreichs" für ausreichend: die Vertreter Frankreichs, England und Italiens namens ihrer Regierungen, bekannten sich am 27. September 1934 in Genf „mit voller Kraft" erneut zu der „Notwendigkeit, die Unbhängigkeit und Integrität Österreichs den bestehenden Verträgen gemäß zu erhalten".
Die in der österreichischen Frage erneuerte „Entente" Englands und Frankreichs mit Italien führte im April 1935 zu einer gemeinsamen Konferenz in Stresa und zu einer dramatischen Erklärung gegen Hitler, (der damals gerade die allgemeine Wehrpflicht in Deutschland eingeführt hatte):

> „Die drei Mächte, deren Politik die gemeinsame Aufrechterhaltung des Friedens im Rahmen des Völkerbundes zum Ziele hat, stellen ihre volle Übereinstimmung fest in dem Willen, sich mit allen geeigneten Mitteln jeder einseitigen Aufkündigung von Verträgen zu widersetzen, durch die der Friede in Europa gefährdet werden könnte. Sie werden zu diesem Zweck in enger und freundschaftlicher Zusammenarbeit handeln."

Zum Glück für Hitler zerbrach diese „Stresa-Front" noch im Herbst des gleichen Jahres am italienischen Abessinien-Abenteuer. Die britische Regierung fürchtete damals für die Suez-Route, die ihr wichtiger war als Mitteleuropa und der Völkerbund. Deshalb kam es zu den berüchtigten „Sanktionen" gegen Italien und in deren Gefolge zur deutsch-italienischen Annäherung.

Die Erinnerung, daß das Thema „Österreich" ein neuralgischer Punkt insbesondere für das Verhältnis in Berlin und Rom sei, blieb freilich in den folgenden Jahren frisch im Gedächtnis sowohl Hitlers wie aller seiner Gegner. Einer der leidenschaftlichsten war bekanntlich der amerikanische Präsident Roosevelt. Fast zwei Jahre bevor er seinen berüchtigten Pariser Botschafter Bullitt zur Bearbeitung von polnischen Diplomaten ansetzte*, beauftragte er ihn bereits mit einer sehr merkwürdigen Fühlungnahme mit der Schuschnigg-Regierung. Durch den im Frühjahr 1947 in Wien mit Freispruch des Angeklagten beendeten „Hochverrats"-Prozeß gegen den seinerzeitigen österreichischen Staatssekretär und späteren Außenminister Dr. Guido Schmidt sind manche recht aufschlußreiche Dokumente der Öffentlichkeit bekannt geworden. Darunter ein Geheimbericht des österreichischen Gesandten in Paris, der am 19. April 1937 nach Wien berichtete:

„Herr Staatssekretär! Gestern nachmittag besuchte mich nach vorheriger Ansage der Herr amerikanische Botschafter, der vor kaum einer Woche aus Amerika zurückgekommen ist. Obzwar ich mit Mister Bullitt auf recht gutem Fuße stehe, haben wir uns doch bisher nie Besuche zu politischem Gedankenaustausch gemacht, so daß ich seinen gestrigen Besuch, der nahezu dreiviertel Stunden dauerte, als ungewöhnlich bezeichnen muß." (Schmidt-Prozeß a. a. O. S. 542)

Bullitts Anliegen stellte sich nach einer umständlichen und gefühlvollen Einleitung als eine in der Form der Besorgnis gehüllte Erkundigung heraus; Hitler — so argumentierte Roosevelts Botschafter — halte nach neuen außenpolitischen Erfolgen Ausschau, aber er wisse, „daß mit der Tschechoslowakei nichts zu machen sei"; Frankreich werde in diesem Falle marschieren, denn „der französische Generalstab breche sein Wort nicht". Hitler, von dem Bullitt also (mit Recht) annahm, daß er einen deutsch-französischen Krieg vermeiden wollte,

„werde sich aber fragen, wer heute marschieren würde, wenn er etwas gegen Österreich unternähme. Italien, selbst wenn es wollte, wäre heute schon zu schwach und werde noch weiter immer schwächer werden. Es sei sicher, daß ein Unternehmen gegen uns Europa ‚on the edge of a war' bringen würde, aber eben wohl nur an den Rand des Krieges und nicht in den Krieg. Daher erscheine Amerika die Verlockung, die an Herrn Hitler herantreten müßte, irgendeinen Putsch bei uns zu inszenieren, wenn die Aufmerksamkeit Europas gerade anderswo konzentriert wäre, außerordentlich groß. Er denke dabei zum Beispiel an die Organisierung eines Putsches an der deutschen Grenze, zum Beispiel in Salzburg, wo dann gleich die Frei-

* Vergl. Seite 47f.

willigen zum Schutze der neugebildeten österreichischen Regierung einrücken könnten. An solche Möglichkeiten denke man in Amerika und deshalb glaube er, daß wir selbst auch beunruhigt sein könnten. Er müsse allerdings hinzufügen, daß er nicht wüßte, was man dagegen unternehmen sollte, aber eben dies beunruhige ihn noch mehr."

So ähnlich hat Bullitt später zu den Polen gesprochen. Er hat immer wieder das Gleiche gesagt: leistet Widerstand um des Widerstandes willen. Erlaubt nicht, daß Hitler am „Rand des Krieges" operieren darf, sondern verwickelt ihn in den Krieg! Bullitt hat dabei nie unterlassen, wieder darauf hinzuweisen, daß der amerikanische Präsident nicht die „Initiative" ergreifen, könne; aber er hat stets durchblicken lassen, daß die Initiative a n d e r e r genau das sei, was der amerikanische Präsident herbeiwünsche.

*

Noch eine Szene sei verzeichnet, die ebenfalls im Schmidt-Prozeß aufgedeckt worden ist:

Da war der österreichische Gesandte in Berlin, Herr Tauschitz, mit dem damals neuernannten britischen Botschafter Henderson zusammengetroffen und hatte von diesem die nicht unvernünftige Ansicht vernommen, daß er — Henderson — sich in die deutsch-österreichischen Streitfragen „garnicht einmischen" wolle und daß er „die Selbstständigkeitsbestrebungen Österreichs, das doch genau so deutsch sei wie Deutschland, nie recht begriffen habe" (Schmidt-Prozeß a. a. O. S. 493) Kurze Zeit nachdem Tauschitz dies ausführlich nach Wien berichtet hatte, ließ ihn Botschafter Henderson „in dringender Form" zu sich bitten und „sich hiebei wie folgt vernehmen" (wie Tauschitz in seinem neuerlichen Bericht ironisch vermerkte):

„Sein Kollege Selby in Wien wäre über einen Bericht sehr aufgeregt, den ich über das Gespräch mit ihm der österreichischen Regierung erstattet hätte. Auf Grund von Aufzeichnungen las er mir einige Stellen vor, wie er sie von Selby, ob über das Foreign Office oder direkt bekommen habe, weiß ich nicht, und meinte, daß ihm dies sehr unangenehm wäre und er mir nun hierzu gerne einige Erklärungen geben möchte.

Nachdem ich mir wohl denken konnte, worum es sich bei der so dringend gewünschten Rücksprache Hendersons handeln wird, habe ich meinen obzitierten Bericht vorher durchgelesen und mir ebenfalls einige Notizen gemacht. Ich habe ihm nun die Österreich betreffenden Stellen Seite 2 und 3 aus dem Bericht mit der Bemerkung wiedergegeben, daß es weitgehend die Worte seien, die er gebraucht habe.

Henderson erwiderte mir, daß er dies wohl gesagt haben kann, daß es aber nicht so aufgefaßt werden darf, als ob dies sein Wunsch wäre und schon gar nicht, daß er etwa dies den Deutschen sagen würde. Er wolle strikte die Auffassung seiner Regierung vertreten, die auch einen Zusammenschluß Österreichs und Deutschlands nicht will, denn das würde eine England absolut unerwünschte Stärkung Deutschlands bringen."
(Schmidt-Prozeß a. a. O. S. 495)

Henderson hat in diesen Bemerkungen mit entwaffnender Offenheit die ganze Österreich-Politik des Foreign Office seit 1918 in ihrem Kernpunkt bezeichnet, aber die damals neueste Richtlinie der britischen Politik hatte er doch nicht ausgeleuchtet, vielleicht ist sie ihm auch nicht so deutlich bewußt gewesen, wie wir sie heute vor uns sehen.

Als Henderson zum zweiten Male mit Tauschitz sprach, war Neville Chamberlain seit knapp vier Wochen britischer Premierminister. Er hatte den altgewordenen Baldwin abgelöst und sah sich offenkundig vor der Aufgabe, mit der verfahrenen Politik gegenüber Italien und mit dem Problem Hitler fertig zu werden. Wir wissen heute — vor allem aus seinen von Feiling herausgegebenen Briefen und Tagebuchaufzeichnungen (Keith Feiling: The life of Neville Chamberlain, London 1946), welche Motive die Politik Chamberlains in jenen Jahren bestimmt habe. Er wollte Zeit gewinnen, „in der wir aufrüsten können" * und er wollte „die Achse an Rom-Ende biegen", d. h. er wünschte Mussolini wieder von Hitler zu trennen** (eine Politik die im August

* Gründliche und äußerst aufschlußreiche Erörterung der Politik Chamberlains — wie bereits erwähnt — bei Annelies von Ribbentrop: „Verschwörung gegen den Frieden", Studien zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges, Leoni 1962. Dort wird auf eine weitere sehr wichtige Komponente der Chamberlainschen Politik verwiesen:

„Chamberlain erschien die Aussicht auf eine amerikanische Allianz, die sich durch Roosevelts wachsendes Interesse in Europa anbot, zunächst nicht sehr verlockend. Er mißtraute der Möglichkeit, ‚Amerika in unsere Berechnungen einbeziehen zu können' und hielt es ‚immer für das beste und sicherste, von den Amerikanern nichts anderes zu erwarten als Worte'. Diese Einstellung wird ihm von Feiling als ‚fast zu endgültig' vorgeworfen. Im Gegensatz zu Eden und Churchill wollte Chamberlain es vermeiden, sein Land in die politische Abhängigkeit dieses mächtigen Verbündeten zu treiben." (a. a. O. S. 527)

** In der ausführlichen Darstellung der Zusammenhänge, mit der das Wiener Volksgericht den Freispruch für Dr. Guido Schmidt begründete, wird als erster Grund für Schmidts „Politik des Zeitgewinns" genannt:

„Die englische Aufrüstung, von welcher das österreichische Außenamt durch eine Reihe von Berichten des österreichischen Gesandten in London, Baron Franckenstein, in unzweifelhafter Weise unterrichtet wurde,

1939 bekanntlich einen überraschenden Erfolg zeitigte, als Italien auf die englisch-französischen Kriegserklärungen an Deutschland nur mit einer Erklärung der „Nichtkriegführung" antwortete).
Daß Chamberlains Politik schließlich genau dort endete, wo er nicht hingeraten wollte: in eine Abhängigkeit Großbritanniens von den Vereinigten Staaten, daß er sich bei seinem Kriegsentschluß 1939 durch die Vorstellung einer putschbereiten deutschen Generalität in eine ganz falsche Berechnung verstricken ließ — das alles steht auf einem anderen Blatt.
Zunächst war zu sagen, daß Chamberlains Konzeption — vom britischen Interessenstandpunkt aus betrachtet — gut durchdacht und geschickt angelegt war; ihr Kernpunkt bestand in dem Versuch, Hitler zu isolieren, indem er ihn in Konflikte mit seinen bisherigen Freunden verwickelte. Erst 1939 glaubte Chamberlain an die Möglichkeit, bei Polen einen Hebel ansetzen zu können, schon 1937 aber war er fest entschlossen, es bei Mussolini zu versuchen.
Hier rückte unvermeidlich das Österreich-Thema wieder in den Vordergrund; auch in Paris war man sich dieses Umstandes lebhaft bewußt. Jedenfalls konnte der österreichische Gesandte in Rom am 10. November 1937 über ein Gespräch mit dem dortigen französischen Geschäftsträger Gesandten Blondel dessen Erklärung berichten (Schmid-Prozeß a. a. O. S. 518):

„Der einzige Lichtblick in der für Frankreich sonst schier unerträglichen Politik Mussolinis sei der, daß man in Paris überzeugt ist, Mussolini werde die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit Österreichs trotz aller Achsenpolitik solange als nur irgend möglich verteidigen."

Im Lichte dieser zweifellos richtigen Deutung des italienischen Standpunktes muß man die Äußerungen prüfend bewerten, in denen sich wenige Tage später — am 19. November 1937 — der britische Lord Halifax als Vertrauensmann Chamberlains auf dem Obersalzberg Hitler gegenüber erging.
Nach der amtlichen Aufzeichnung erklärte Halifax bei dieser Gelegenheit u. a.:

„daß in England jeder Deutschland als ein großes und souveränes Land achte und auch nur auf dieser Grundlage mit ihm verhandelt

---

der über dieses Thema wiederholte Gespräche mit Mr. Eden hatte. Zum Beispiel sprach dieser mit Franckenstein am 17. April 1937 über das gewaltige englische Rüstungsprogramm und gab selbst der Bewunderung dafür Ausdruck, daß das englische Volk mit solcher Ruhe Rüstungskosten von täglich einer Million Pfund auf sich nehme." (Schmidt-Prozeß a. a. O. S. 674).

werden solle. Die Engländer seien ein Volk der Realitäten und seien vielleicht mehr als andere davon überzeugt, daß die Fehler des Versailler Diktates richtig gestellt werden müßten . . . Englischerseits glaube man nicht, daß der status quo unter allen Umständen aufrechterhalten werden müsse. Man erkenne an, daß eine Anpassung an neue Verhältnisse, Korrekturen früherer Fehler und notwendig gewordene Änderungen bestehender Zustände ins Auge gefaßt werden müßte . . ."

Halifax ging im weiteren Verlauf des Gespräches so weit, die Änderungen des „status quo", die früher oder später in Europa eintreten müßten, ausdrücklich mit „Danzig, Österreich und Tschechoslowakei" zu bezeichnen. England sei nur daran interessiert, daß diese Änderungen im Wege friedlicher Evolution zustande gebracht würden.
Es stellte sich freilich die Frage, wie Halifax sich die „friedliche Evolution" etwa in der Österreich-Frage — wo sie ja von 1918 an nur von außen her verhindert worden war — oder in der Tschechoslowakei, wo sie unvermeidlich eine tiefgreifende Veränderung der Staatsstruktur zur Folge haben mußte — im tatsächlichen Ablauf vorstellte. Man darf annehmen, daß Halifax mit seinen ermunternden, aber unverbindlichen Bemerkungen an Hitlers Adresse keineswegs die bisherige britische Politik aufgeben wollte, die Botschafter Henderson wenige Monate vorher so treffend dahin charakterisiert hatte, daß ihr eine Stärkung Deutschlands „absolut unerwünscht" sei.
Danzig war in damaliger Sicht völlig uninteressant, denn dort war die „evolutionäre Entwicklung" längst vollzogen; es regierte bereits seit dem 20. Juni 1933 eine nationalsozialistische Regierung. Der Anschluß an das Reich war nur eine Formalie, auf die Hitler bisher nur aus Rücksicht auf seine Freundschaftspolitik mit Polen verzichtet hatte. Daß sich ausgerechnet an dieser Frage der Zweite Weltkrieg entzünden würde, konnte damals niemand in den Sinn kommen.
Halifax' Hinweis auf die Tschechoslowakei war in anderer Weise gegenstandslos. So wie die Dinge im Herbst 1937 lagen, wäre jeder — auch der friedlichste — Versuch, hier eine Änderung der Versailler Grenzen herbeizuführen, an einem Pariser Veto gescheitert, er hätte Krieg mit Frankreich bedeutet.
Blieb Österreich: hier konnte Hitler in Halifax Worte ein britisches Desinteressement hineindeuten, gewissermaßen „grünes Licht" erkennen. Halifax dagegen durfte sich aus einer erneuten Aktivität der deutschen Politik in Österreich ein nochmaliges Zerwürfnis zwischen Hitler und Mussolini erhoffen — also genau das, was Chamberlain wollte: das „Aufbiegen" der Achse!

*

Zur gleichen Berliner Jagdausstellung, deren Besuch den Vorwand für Lord Halifax bot (der Berliner Witz nannte ihn um dieses Zusammenhanges willen „Lord Halalifax"), reiste im November 1937 auf Einladung Görings auch Schuschniggs Staatssekretär Dr. Guido Schmidt nach Berlin. Schmidt hatte mehrere Gespräche mit Göring, über die er im Dezember 1937 vor den politischen Leitern der österreichischen „Vaterländischen Front" berichtete. Seine Ausführungen sind in dem späteren Prozeß nach einer knapp formulierten Niederschrift referiert worden. Danach hat Schmidt damals „drei Wege für die Erhaltung der Unabhängigkeit Österreichs" bezeichnet. (Schmidt-Prozeß a.a.O. S. 501)

„Gegen Deutschland — indifferent mit Deutschland — in Freundschaft mit Deutschland. Der erste Weg kommt nicht in Frage, die Schattenseiten des zweiten, die sich für beide Teile ergeben, kennen wir alle leider viel zu gut. Zweifellos wäre es wünschenswert, wenn wir in die dritte Form zwischenstaatlichen Lebens mit dem Deutschen Reiche hineinwachsen."

In den Gesprächen mit Göring habe er — Schmidt — dazu feststellen können:

„1. daß in Deutschland die Erkenntnis, daß die außenpolitische Lage Österreichs günstig ist, immer mehr Platz gewinnt, 2. daß insbesondere die Einstellung Italiens gegenüber Österreich unverändert ist. Äußerung Görings: Italien will nicht nur keinen Anschluß, sondern nicht einmal eine Annäherung zwischen Österreich und Deutschland, 3. keine Gewaltlösung, 4. Österreich vom Standpunkt des Deutschen Reiches nicht das Tor, das ins Freie führt."

Schmidt hatte zweifellos richtig beobachtet. Hitler war sich der internationalen Gefahren in der Österreich-Frage insbesondere mit Rücksicht auf seinen nahezu einzigen Bundesgenossen Mussolini sehr bewußt und wollte gerade hier keine Krise.

Schuschnigg hatte den Stand der Angelegenheit natürlich auch erfaßt: Seine Schwierigkeiten lagen auf dem innenpolitischen Gebiet; das Machtwort, das die illegale NSDAP zur Ruhe bringen konnte, vermochte nur Hitler zu sprechen. Er — Schuschnigg — dagegen hatte es in der Hand, Hitler die Sorge vor einem Bruch mit Italien zu nehmen, ohne deshalb auf das Fernziel einer Vereinigung Österreichs mit dem Reich verzichten zu müssen.

Aus diesen beiden politischen Elementen ergab sich schließlich die berühmt gewordene Begegnung zwischen Hitler und Schuschnigg auf dem Obersalzberg am 12. Februar 1938.*

* Zwei Monate vorher war schon eine Zusammenkunft zwischen Göring und Schuschnigg ins Auge gefaßt worden, die Staatssekretär Schmidt bei seinem Berliner Besuch angeregt hatte. Nach Schmidts Abreise hatte Göring in

Nach den österreichischen Akten ging die Anregung zum Austausch eines neuen Memorandums zwischen Wien und Berlin von Schuschnigg aus, während Hitler Anfang Januar 1938 durch Papen sagen ließ (Schmidt-Prozeß a. a. O. S. 556):

„Es erscheine nützlicher, eine Begegnung zwischen dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Reichskanzler herbeizuführen, zu der der letztere bereit wäre und die etwa Ende Jänner stattfinden könnte."

Schließlich hatte Papen eine Nachricht des Außenministers von Neurath erhalten, wonach Hitler den 15. Februar als Termin vorschlug und anfragen ließ, „ob noch Geneigtheit für den Besuch besteht".

---

einem sehr ausführlichen Brief zu diesem Vorschlag Stellung genommen und die politischen Ziele eines solchen Zusammentreffens in mehreren Punkten formuliert. Göring schrieb:

„Auf vier Gebieten wäre ein sichtbarer Fortschritt möglich:

1. Außenpolitisch, indem noch klarer als bisher ein unbedingtes Zusammengehen in den großen Zielen der gesamtdeutschen Politik erfolgen müßte.

2. Man kommt zu positiven Vorschlägen über eine enge Zusammenarbeit zwischen beiden Wehrmächten, wobei die Grundidee sein müßte, die alte durch Blut gekittete Waffenbrüderschaft aufs stärkste herauszustellen und zu betonen, daß die österreichische Wehrmacht im Sinne des Gesamtdeutschtums deutsch denkt, fühlt und handelt und daß die Gemeinsamkeit der Auffassungen nicht durch das vergossene Blut festgestellt ist, sondern vor allem durch das gleiche Blut, das in unseren Adern fließt. (Praktisch zu verwirklichen durch erhöhten Offiziersaustausch, Ausgleich gewisser Dienstvorschriften und Generalstabsausbildung und Besprechungen mit dem schließlichen Ziele einer Art Militärkonvention, Waffenbelieferung seitens Deutschland usw.)

3. Auf wirtschaftlichem Gebiet. Hier hatten Sie bereits die Güte, mir gewisse Gedanken zu sagen, die Sie mir ja noch in konkreter Form mitteilen wollten. Die Grundlage müßte folgende sein: Beseitigung aller Schwierigkeiten des gegenseitigen Ex- und Imports unter Ausschaltung von sogenannten Clearingschwierigkeiten, Auflösung der Clearingspitze, Ermöglichung verstärkter Erz- und Holzeinfuhr nach Deutschland mit der ausgesprochenen Tendenz, sich gegenseitig in Rohstoffen und Waren zu stützen, die benötigt werden. Abbau der vorhandenen Schwierigkeiten, die zum Teil in der Kampfzeit künstlich aufgebaut wurden. Auch hier müßte das schließliche Ergebnis eine Zoll- und Währungsunion sein.

4. Auf politischem Gebiet. Ich weiß, daß ich jetzt auf den schwierigsten Teil zu sprechen komme. Aber auch hier muß unbedingte Klarheit herrschen. Gewiß ist Deutschland bereit, sich nicht in die Innenpolitik Österreichs einzumischen. Aber gewisse Voraussetzungen müßten doch allmählich gegeben sein. Es ist nun einmal undenkbar, daß im Reich alles, was an Größe erreicht wurde, alles, was Gesamtdeutschland in der Welt wieder stark und angesehen gemacht hat, durch den Nationalsozialismus erfolgt ist, während die Anhänger der gleichen Richtung in Österreich verfemt und verfolgt werden ..." (Zitat aus Schmidt-Prozeß a. a. O. S. 312).

Es folgten dann in Berlin die turbulenten Tage, in denen Hitler, um die infolge einer Eheschließung erforderliche Ablösung des Reichskriegsministers von Blomberg zu überdecken eine ganze Flut von personellen Umbesetzungen vornahm und in diesem Zusammenhang Herrn von Papen aus Wien abberief. Die in Aussicht stehende Zusammenkunft mit Schuschnigg scheint Hitler darüber völlig aus dem Gedächtnis verloren zu haben. Jedenfalls berichtet Papen in einer vom 3. Mai 1945 datierten Niederschrift* recht überzeugend folgende Szene, die sich unmittelbar an seine Abberufung anschloß:

„Ich benützte den nächsten Zug nach Salzburg, um Hitler auf seinem Berghof adieu zu sagen, und, wenn möglich, in der österreichischen Frage ein Unheil abzuwenden. Hitler schien geistesabwesend und mit etwas beschäftigt. Er versuchte, meine Entlassung mit Entschuldigungen zu verdecken. Ich sagte ihm aber dennoch, daß ich mein Scheiden bedaure, weil ich überzeugt war, daß meine Politik die einzig richtige war. Sogar der Bundeskanzler, sagte ich zu Hitler, wünsche nun eine persönliche Aussprache mit dem Führer des Deutschen Reiches und hoffe, es würde dies eine weitere Verständigung und Klärung der Ansichten mit sich bringen. Als Hitler dies hörte, zeigte er plötzlich starkes Interesse. Ich sagte ihm von den vielen Bemühungen, Herrn Schuschnigg für solch eine Zusammenkunft im Geiste gegenseitigen Vertrauens zu gewinnen, was seine zurückhaltende Natur bisher abgelehnt hatte. Ich sagte Hitler, daß der Bundeskanzler erst in den letzten paar Tagen sich dazu durchringen konnte, daß ein offener Austausch der Ansichten wenigstens nicht schaden konnte. Hitler stürzte sich darauf. ‚Aber das ist herrlich. Ich bitte Sie, kehren Sie sofort nach Wien zurück und verabreden Sie mit dem Bundeskanzler hier in den nächsten Tagen eine Zusammenkunft. Ich werde mich sehr freuen, ihn zu sehen und alles mit ihm offenherzig zu besprechen.'"

In Wien hatte man sich — wenn auch unter strengster Geheimhaltung — sorgfältiger auf das bevorstehende Ereignis vorbereitet. Über Hitlers voraussichtliche Forderungen wußte man seit dem Brief Görings an Schmidt genau Bescheid.** Im engsten Kreis um Schuschnigg war man

---

* Im Schmidt-Prozeß am 15. 4. 1947 verlesen (a. a. O. S. 345 ff.)

** Durch das aktenkundige Vorliegen des seitenlangen Göring-Briefes, ferner durch den Umstand, daß diese Korrespondenz — wie Schuschnigg im Schmidt-Prozeß selbst bekundete — „amtlich behandelt wurde" (a. a. O. S. 436) und die Tatsache, daß ihm in Berchtesgaden keine anderen Forderungen gestellt wurden, als sie schon am 11. November 1937 notifiziert waren, ließ Schuschnigg sich nicht hindern, später wiederholt zu behaupten, Hitlers Bedingungen seien für ihn eine „völlige Überraschung" gewesen.

sich daraufhin über „Punktationen" schlüssig geworden, die man Hitler anzubieten bereit war. Die außen- und wehrpolitischen Forderungen Berlins sind darin nicht erwähnt; es ist anzunehmen, daß man das nicht als problematisch beachtete. In den „Punktationen" ging es vor allem darum, einen gewissermaßen „legalen" Kontakt zwischen der NSDAP im Reich und der „Vaterländischen Front" herzustellen. Diese Verbindung sollte in der Person des mit Schuschnigg auf persönlich vertrautem Fuße stehenden, seit einiger Zeit als „Staatsrat" tätigen Rechtsanwalt Dr. Seyss-Inquart zusammengefaßt, also Schuschniggs Kontrolle unterstellt werden. Der erste Punkt der Geheimaufzeichnung umriß dieses beabsichtigte Zugeständnis in voller Deutlichkeit. (Schmidt-Prozeß a. a. O. S. 557):

„Außer den offiziellen Verbindungen des Reiches zu den österreichischen Behörden und Stellen werden von den Behörden und Parteistellen des Reiches, einschließlich der Gesandtschaft in Wien, Verbindungen ideeller und materieller Art in politischen Angelegenheiten über die Person des Staatsrat Seyß-Inquart aufrechterhalten."

Beachtlich weit ging auch Punkt 7, in dem es hieß:

„Es gibt zweifellos wesentliche Grundauffassungen des nicht parteigebundenen Nationalsozialismus, die sich in die Staatsideologie des neuen Österreich organisch eingliedern lassen.

Diese Grundauffassungen von den historischen und ideologischen Begleitgedanken und Erscheinungen, die dieser Feststellung zu widersprechen scheinen, zu trennen, ist durchaus möglich. Eine endgültige Formulierung wird gesucht und gefunden werden."

Schließlich war noch eine weitgehende politische Amnestie und die Einberufung „nationaler Leute" in die verschiedenen Körperschaften (Staatsrat, Landesrat, Landtage, Gemeindetage) vorgesehen, die Ernennung einiger Persönlichkeiten, (darunter die späteren Gauleiter Dr. Jury und Dr. Rainer, Görings Schwager Dr. Hueber) in öffentliche Führungsämter vorgesehen — kurzum ein Befriedungsprogramm beträchtlichen Umfanges, das im Verhältnis zu den bisherigen Zuständen sehr weit ging.*

---

* Im Schmidt-Prozeß wurde freilich verdeutlicht, daß noch in den letzten Tagen vor Berchtesgaden interne Schwierigkeiten ungeklärter Art auftraten. So berichtete der Zeuge Dr.Mühlmann (er war dann als Vertrauensmann Seyß-Inquarts in Berchtesgaden anwesend) in seiner Aussage:

„Am 9. oder 10. Februar kam Seyß-Inquart sehr aufgeregt und niedergeschlagen zu mir und sagte, alles sei aus, nun könne man die Befriedung überhaupt begraben. Über mein Befragen sagte er: ‚Ich weiß nicht, was los ist; aber ich glaube, der Kanzler fährt nicht nach Berchtesgaden. Offenbar sind Einflüsse von verschiedenen Seiten geltend gemacht worden, er will deshalb die ganze Befriedung abblasen und alle Zugeständnisse zurücknehmen."

Unter den zahlreichen Berichten, die es über den tatsächlichen Ablauf der Geschehnisse in Berchtesgaden gibt, möchte ich der nachstehenden — bereits unter dem Eindruck des deutschen Zusammenbruches niedergeschriebenen — Aufzeichnungen von Papens über den Besuch Schuschniggs bei Hitler den Vorzug geben* (Zitat nach Schmidt-Prozeß a. a. O. S. 378):

„Die Begrüßung war sehr höflich, aber natürlich fehlte der herzliche Ton. Die beiden trafen sich das erste Mal. Vor dem Frühstück hatten sie eine lange private Aussprache, scheinbar besprachen sie die allgemeine Lage. Dann kam der schwierige Teil . . . Als ich Hitler den Namen Seyß-Inquart bei den Unterhandlungen am Berghof nannte, fuhr er erschrocken auf ‚Was ist das für ein Mensch? Ich habe nie von ihm gehört. Ist er überhaupt ein Nationalsozialist?' Ich hatte diese Schwierigkeiten erwartet und hatte mir daher den Beistand eines bekannten österreichischen Nationalsozialisten gesichert, der imstande war, dem Führer ein Alibi Seyß-Inquarts zu geben, da mein Urteil in Parteiangelegenheiten dem Führer absolut nicht kompetent war. So willigte Hitler nach vieler Scheu ein und stimmte diesem Manne zu, der auch für die Schuschnigg-Regierung annehmbar war. Die Verhandlungen dauerten den Nachmittag durch bis spät abends

---

* In seinen 1952 erschienenen Erinnerungen „Der Wahrheit eine Gasse" (S. 460 ff) gibt Herr von Papen eine wesentlich umfangreichere Darstellung, die mit Abschweifungen und polemischen Bemerkungen durchsetzt ist, aber in der Sache Gleiches berichtet. Allerdings fehlt in dieser späteren Niederschrift der Hinweis, daß die Besuchergruppe in Berchtesgaden „in allgemeiner Zufriedenheit" aufgebrochen ist. 1952 glaubte Papen sich an eine „lastende Stille" zu erinnern, als die Rückreise nach Salzburg angetreten wurde. Zu welchen Phantasien sich die Geschichte der Berghof-Begegnung inzwischen entwickelt hat, dafür liefert Andics in seinem erwähnten Buch, „Der Staat, den keiner wollte", ein fast klassisches Beispiel. Mit ungehemmtem Journalistentemperament plaudert er (a. a. O. S. 548):

„Ein Diktator gebärdet sich wie tobsüchtig und macht einen stillen, menschenscheuen Theoretiker der Politik, der dieses Elementarereignis nur fassungslos anstarren kann, regelrecht fertig. Der nervöse Kettenraucher Schuschnigg wird gezwungen, stundenlang auf jede Zigarette zu verzichten und Hitlers Schimpftiraden über sich ergehen zu lassen. Das Haus wimmelt von Generalen. In den Vorzimmern sind sämtliche Stühle von irgendwelchen Kommandeuren in feldmarschmäßiger Ausrüstung besetzt. Der Berghof gleicht einem Feldherrnhügel knapp vor der Schlacht. Hitler schießt wie ein Berserker herum, schreit nach seinen Oberbefehlshabern wie nach seinen Stiefelputzern und zieht die Show eines Obersten Kriegsherrn ab, der nur auf den Knopf zu drücken braucht, damit seine Armeen über Österreich hinwegrollen".

Diese staunenswerte Reportage hat mit dem tatsächlichen Ablauf des Geschehens keinen Zusammenhang.

und hatten mehrere kritische Momente durchzumachen. Ich kann nicht sagen, ob Hitler die militärische Besetzung androhte oder nicht und die anwesenden Generäle paradieren ließ, wie später berichtet wurde. Er tat es nicht in meiner Gegenwart. Ich erinnere mich nur, daß ich in kritischen Situationen zu Hitler hineinging und ihn zum Rechten wies. Um 11 Uhr nachts war alles erledigt und die Versammlung brach in allgemeiner Zufriedenheit auf."

Meine persönlichen Informationen aus jenen Tagen bestätigen diese atmosphärische Skizze: mein damaliger Chef Dr. Dietrich unterrichtete mich über die Vorgänge in Worten starker Anerkennung für Schuschnigg: dieser werde „groß in die Geschichte eingehen" weil er das Österreich-Problem „in langsamer Entwicklung lösen" werde. Am Ende dieser Entwicklung ließ sich natürlich ein Zusammenschluß der beiden Staaten erkennen: aber eben ein Z u s a m m e n schluß, der dem historischen und kulturellen Gewicht des Ostmark-Deutschtums gerechter geworden wäre als der überstürzte A n schluß, der statt dessen bereits einen Monat später erfolgte.

Die gelegentlichen Zuspitzungen in den Verhandlungen scheinen sich vor allem daraus ergeben zu haben, daß Hitler vom Inhalt der geheimen „Punktationen" unterrichtet war, während Schuschnigg offenbar auch sie noch zum Gegenstand des Feilschens machen wollte. Für Hitler waren andere Dinge wichtig als für Schuschnigg: er wollte das Thema Österreich aus dem internationalen Gespräch ziehen und so kam es ihm hauptsächlich darauf an, den von Göring bereits betonten außen-, militär- und wirtschaftspolitischen Gleichschritt zwischen Wien und Berlin zu bewirken. Außerdem kam es ihm auf einen noch stärkeren Ausbau der Stellung des ihm persönlich noch unbekannten, ihm als Vertrauensmann Schuschniggs geschilderten Seyß-Inquart an. Dieser sollte Innenminister werden, um jedenfalls die loyale Durchführung der Amnestie und eine anschließende wirkliche „Befriedung" zu gewährleisten.

Als Gegengabe bewilligte Hitler die Abberufung des bisherigen illegalen Gauleiters Hauptmann Leopold, der wenige Tage nach der Berchtesgadener Zusammenkunft aus Österreich zurückberufen und auch in späteren Jahren dort nicht wieder verwendet wurde.

Papen weist mit Recht daraufhin, daß ein Vergleich der „Punktationen" und des Göring-Briefes mit dem am 12. Februar von Schuschnigg angenommenen Programm zeige, „wie gering die Unterschiede in Wirklichkeit sind" (Papen: „Der Wahrheit eine Gasse", München 1952, Seite 466)*.

Der Wiener Volksgerichtshof drückte sich über die Szene am Obersalzberg in seinen Entscheidungsgründen zum Fall Schmidt so aus:

„Tatsächlich gelang es durch das Verdienst des Angeklagten, in einer Reihe von Punkten Milderungen zu erzielen; zum Beispiel konnte die Ernennung Glaise-Horstenaus zum Landesverteidigungsminister, die Entfernung des Generals der Infanterie Zehner, die Entfernung des Gesandten Ludwigs und des Bundeskommissärs Adam, sowie die Einsetzung Dr. Fischböcks als Finanzminister abgewehrt und die Abberufung des illegalen Gauleiters Leopold nach Deutschland durchgesetzt werden. Es haben also die beiden österreichischen Staatsmänner auf dem Obersalzberg keineswegs völlig kapituliert, sondern immerhin einen, wenn auch bescheidenen Erfolg erzielt . . ."

---

* Die Hauptpunkte des getroffenen Übereinkommens lauteten:

„1. Die österreichische Bundesregierung wird über außenpolitische Fragen, die die beiden Länder gemeinsam angehen, jeweils mit der Reichsregierung in einen diplomatischen Gedankenaustausch treten. Österreich wird den Wünschen und Aktionen des Deutschen Reiches auf Ersuchen nach Maßgabe der bestehenden Möglichkeiten moralische, diplomatische und pressepolitische Unterstützung angedeihen lassen. Die Reichsregierung übernimmt die gleiche Verpflichtung gegenüber der österreichischen Bundesregierung.

2. Der Bundeskanzler Schuschnigg erklärt sich bereit, Herrn Staatsrat Dr. Seyß-Inquart in die Regierung zu berufen und ihm das Sicherheitswesen zu übertragen.

3. Der Bundeskanzler erklärt, daß der österreichische Nationalsozialist grundsätzlich die Möglichkeit legaler Betätigung im Rahmen der ‚Vaterländischen Front' und aller übrigen österreichischen Einrichtungen haben soll . . .

4. Die österreichische Bundesregierung erläßt eine sofortige allgemeine Amnestie für alle wegen nationalsozialistischer Betätigung gerichtlich oder polizeilich bestraften Personen in Österreich. Solche Personen, deren weiteres Verbleiben in Österreich für die Beziehungen der beiden Staaten abträglich erscheint, werden nach Prüfung des Einzelfalles im Einverständnis beider Regierungen veranlaßt, ihren Wohnsitz ins Reichsgebiet zu verlegen . . .

Die Reichsregierung erkennt an, daß der künftige Innenminister Seyß-Inquart die allein zuständige Persönlichkeit für die Durchführung . . . dieses Protokolls ist. Die Reichsregierung wird Maßnahme treffen, die eine Einmischung reichsdeutscher Parteistellen in innerösterreichische Verhältnisse ausschließt."

Es gibt mehrere Berichte, aus denen sich zeigt, daß Schuschnigg zunächst zur Erfüllung der Berchtesgadener Vereinbarungen bereit gewesen ist. Jedenfalls scheint er nicht unbeeindruckt aus Berchtesgaden zurückgekehrt zu sein. So vertraute er noch am 14. Februar seinem engen Mitarbeiter, dem Polizeidirektor Skubl, auf dessen Frage nach seinem persönlichen Eindruck von Hitler an: „Ich muß sagen, er hat etwas von einem Seher". (Schmidt-Prozeß a. a. O. S. 329.) Papen glaubte am gleichen 14. Februar sehr positiv nach Berlin berichten zu dürfen; Schuschnigg sei von der Besprechung

> „tief beeindruckt, hat gestern und heute scharfen Kampf mit allen Gegnern einer Befriedung geführt, da er entschlossen ist, Zusagen von Berchtesgaden durchzuführen . . . Es scheint, daß insbesondere Frankreich, aber auch England, stärkste Vorstellungen am Ballhausplatz erheben, um vor zu weitgehenden Konzessionen an uns zu warnen. Ich habe heute früh kategorisch abgelehnt, irgend einen Vorschlag auf Verschlechterung unterschriebenen Protokolls an Führer weiterzugeben. Bundeskanzler, der mich soeben empfing mitteilte, daß er trotz aller Widerstände das Abkommen morgen durchzubringen hoffe . . . (ADAP I Dok. 297).

In einem offiziösen Kommentar der amtlichen „Wiener Zeitung" hatte Schuschnigg bereits am 13. Februar das Ereignis auch öffentlich in sehr zustimmenden Ausdrücken bewerten lassen:

> „Es ist wohl richtig, daß das politische Profil der beiden Staatsmänner, die heute freundschaftlich miteinander gesprochen haben, in sehr scharfen Linien gezeichnet ist. Aber es bedeutet eine in unserer Zeit recht häufig geübte und sehr nützliche Methode, zwischenstaatliche Politik nicht nur von Staatskanzlei zu Staatskanzlei, sondern auch von Mann zu Mann zu führen. Die Grundsätze, die im Abkommen vom 11. Juli 1936 festgelegt wurden, bilden nach wie vor die Grundlage der Auseinandersetzung und die Voraussetzung für eine weitere Vertiefung des Verhältnisses zwischen den beiden Staaten, die ehrlich angestrebt wird . . ."

In Berchtesgaden hatte sich Schuschnigg noch nicht endgültig gebunden, sondern vereinbart, daß er sich erst nach drei Tagen im Sinne des Abkommens verpflichtet fühle, weil er es zunächst mit seiner Regierung besprechen müsse. Mit Recht weist Papen in seinen Erinnerungen darauf hin:

„Auch jetzt war Schuschnigg noch nicht gebunden. Wenn er die Überzeugung gewonnen hätte, das paraphierte Abkommen sei der Anfang von Österreichs Untergang — wie er es später behauptete — dann konnte er morgen seine Demission nehmen und den Präsidenten bitten, die Forderungen abzulehnen und eine neue Regierung zu ernennen." (Papen a. a. O. S. 476)

Das tat — was im Hinblick auf die weitere Entwicklung festzuhalten ist — Schuschnigg keineswegs. Im Gegenteil: am 15. Februar 1938 wurde die Reichsregierung in Berlin von der Annahme der Berchtesgadener Abmachungen durch die österreichische Regierung offiziell unterrichtet.

*

Was sich in den nun folgenden drei Wochen am Wiener Ballhausplatz abspielte, stellt heute noch ein wenig geklärtes Kapitel der neueren europäischen Geschichte dar.
Deutlich ist nur soviel: wir haben es hier bereits mit einer ersten Szene des Zweiten Weltkrieges zu tun.
In dieser Studie, die nur einige wichtige Einzelheiten anleuchten kann — vor allem solche, die man derzeit im Dunkeln hält —, muß ich mich auf die Zusammenstellung der wenigen Sachverhalte beschränken, die bisher zu Schuschniggs dramatischen Bruch des Berchtesgadener Abkommens einigermaßen sichtbar geworden sind.
Da ist zunächst festzuhalten, daß schon am gleichen 15. Februar 1938, an dem Schuschnigg in Berlin seine endgültige Zustimmung notifizieren ließ, eine Weisung an die österreichischen Missionen im Ausland — mit bezeichnender Ausnahme der Gesandtschaft in Berlin — erging, die mit folgender „Information" begann:

„Die zwischen dem Bundeskanzler in Berchtesgaden geführten Besprechungen waren angesichts der deutscherseits erhobenen Forderungen und des Druckes, mit dem deren Durchsetzung versucht wurde, außerordentlich schwierig und von scharfen Auseinandersetzungen begleitet. Erst nach vielstündigen Verhandlungen konnte eine Basis gefunden werden, auf der eine Einigung erzielt wurde..." (Schmidt-Prozeß a. a. O. S. 561).

Nach einer knappen Darstellung der getroffenen Vereinbarungen wurden die österreichischen Gesandten, insbesondere in Rom, Paris und London wie folgt beauftragt:

„Bei Ihren Gesprächen wollen Sie, ohne die Schwierigkeit der Verhandlung zu verschweigen, das Hauptgewicht darauf legen, daß am Übereinkommen vom 11. Juli nichts geändert wurde und der

Fortgang der Befriedungsaktion in Österreich in keiner Weise ein Aufgeben oder eine Abschwächung der bisherigen Grundsätze der Bundesregierung bedeutet, die nach wie vor an der Unantastbarkeit der österreichischen Unabhängigkeit, an der Verfassung sowie Monopolstellung der Vaterländischen Front festhält."

Diese demonstrative diplomatische Propaganda, die darauf abzielte, das Berchtesgadener Abkommen als „Diktat" abzustempeln und den Großmächten gewissermaßen ein Stichwort zum Eingreifen zuzuspielen, blieb natürlich in Berlin nicht unbemerkt. Als sich Botschafter von Papen am 26. Februar 1938 bei Schuschnigg offiziell verabschiedete, brachte er das Gespräch auf die „weitverbreitete" Meinung, Schuschnigg habe in Berchtesgaden unter „brutalem Druck" gehandelt. Er, Papen, sei doch selbst zugegen gewesen und habe nur feststellen können, daß Schuschnigg

„immer und zu jeder Zeit die völlige Freiheit der Entschließung gehabt habe. Der Bundeskanzler meinte dazu, er habe tatsächlich unter einem starken seelischen Druck gestanden, das könne er nicht leugnen." (ADAP I Dok. 327)

Den „seelischen Druck" wird man Schuschnigg nach allem, was in den Jahren vorher geschehen war, zubilligen dürfen — die Geheimtelegramme vom 15. Februar 1938* dienten aber zweifellos nicht solcher Selbstkritik sondern offenkundig neuen, politischen Absichten. Zu welchen Zielen sollte diese Politik führen? Mit welchen Erwartungen wurde sie entwickelt?

Papen, der gewiß beste Kenner der Situation, ist der Ansicht, daß der französische Gesandte in Wien, Puaux, „enger Freund und Vertrauter

---

* Von Interesse ist, daß für den 14. Februar 1938 abends 18.45 Uhr in Wien die Rundfunkrede des Staatssekretärs Zernatto über „die aktuellsten politischen Ereignisse" angekündigt war. Zernatto war an der Formulierung der „Punktationen" für Berchtesgaden maßgeblich beteiligt gewesen und hatte vermutlich in positivem Sinne sprechen wollen. Als Zernattos Ansprache beginnen sollte, teilte der Sprecher nur mit, „daß der Herr Staatssekretär verhindert ist, am Mikrophon zu erscheinen". Statt Zernatto sprach am 15. Februar 1938 um 10 Uhr abends der österreichische Pressechef Oberst Adam kurz und kalt:

„Allen Gerüchten und Kombinationen gegenüber, die im Laufe des heutigen Tages aufgetreten sind, darf ich mit Ermächtigung des Herrn Bundeskanzlers feststellen, daß die Grundsätze des Abkommens vom 11. Juli 1936 keine Veränderungen erfahren, wie auch die Maiverfassung 1934 und die Stellung der Vaterländischen Front nicht berührt werden."

Die Wendung in der Beurteilung der Berchtesgadener Zusammenkunft ist also — wie sich auch aus den Akten bestätigt — auf die Zeit zwischen dem 14. Februar mittags (Ankündigung der nicht gehaltenen Zernatto-Rede) und dem 15. Februar zu datieren.

des Bundeskanzlers" (Papen a. a. O. S. 482) eine Schlüsselfigur des damaligen Wiener Kurswechsels gewesen sei. In seiner bereits zitierten Aufzeichnung von 1945 (Schmidt-Prozeß a. a. O. S. 359) berichtet Papen, er habe bei Puaux „niemals ein Verständnis für eine friedliche neue Regelung des mitteleuropäischen Problems" feststellen können und er vermerkt:

„Herr Puaux wurde scherzhaft im diplomatischen Korps ‚ein Minister der österreichischen Regierung' genannt. Und so schien auch seine Stellung so unerschütterlich, wie das Vertrauen der österreichischer Politiker, die nach dem Quai d'Orsay ausgerichtet waren, auf die Hilfe und Unterstützung Frankreichs."

Das alles ist gewiß zutreffend und Herr Puaux wird sicherlich den Bundeskanzler Dr. Schuschnigg dahin beraten haben, die Berchtesgadener Vereinbarungen abzulehnen. Seine diesbezüglichen Ratschläge waren jedoch zu erwarten; Schuschnigg kannte sie gewiß bereits bevor er zum Obersalzberg fuhr; sein Entschluß, sich mit Hiler zu treffen, war zweifellos von vornherein von der Überlegung bestimmt, daß auch die nachhaltigsten Pariser Ermunterungen und Zusicherungen eine Fortsetzung der bisherigen Politik gegenüber Deutschland nicht rechtfertigten. Was der Gesandte Puaux Mitte Februar 1938 vorzutragen hatte, konnte also auf Schuschnigg keinen dramatischen Eindruck mehr ausüben.

Ein Fragezeichen stellte sich für Schuschnigg in jener Situation hinsichtlich der Haltung Englands*. Natürlich war es auch hier klar, daß der Einfluß Londons allein für die Wiener Politik nicht maßgeblich sein konnte. Nur wenn das Foreign Office wieder einmal ein „Konzert der Großmächte" unter Einschluß Italiens zustande brachte, konnte sich Schuschnigg für eine Politik neuerlichen Bruches mit Hitler Aussicht auf Erfolg erwarten.
England war in Wien durch den erst kurz vorher ernannten Geschäftsträger Mr. E. Palairet vertreten, den Papen in seiner Aufzeichnung wie folgt charakterisiert:

„Sir E. Palairet war ein ungewohnter Typ eines britischen Diplomaten. Ein sehr kultivierter und wohlbelesener Mann mit verschie-

* Wie der englische Publizist Gordon Brook-Shepherd in seinem (oberflächlichen und sehr einseitigen) Buch „Der Anschluß" (Deutsche Übersetzung Graz — Wien — Köln 1963) berichtet, erklärte ihm Schuschnigg in einem Brief vom 10. 2. 1962, „er habe Hitler nicht geglaubt, als dieser versuchte, ihn davon zu überzeugen, daß von England keine Hilfe zu erwarten sei." Mit anderen Worten: Schuschnigg war im Februar-März 1938 der Ansicht, ein britisches Eingreifen sei möglich oder gar wahrscheinlich.

denen Interessen und ein überzeugter Katholik. Er machte auf die Wiener Atmosphäre einen ausgezeichneten Eindruck." (Schmidt-Prozeß a. a. O. S. 360)

Die Wahl eines der wenigen katholischen Diplomaten des britischen auswärtigen Dienstes für den Wiener Posten machte zweifellos deutlich, daß das Foreign Office seinen Einfluß hier nicht nur erhalten, sondern erweitern wollte.

Daß Schuschnigg nach der Rückkehr vom Obersalzberg den Rat sowohl des französischen Gesandten wie des britischen Geschäftsträgers eingeholt hat, ist gewiß*, denn er hatte die beiden auch verständigt, bevor er zu Hitler fuhr. Die Theorie ist erlaubt, daß Puaux Schuschnigg von vorneherein riet, den Berchtesgadener Vereinbarungen die endgültige Zustimmung zu versagen oder etwa durch die Ablehnung der Ernennung Seyß-Inquarts ein erstes Nein zu demonstrieren, daher die „Widerstände" von denen Papen am 14. 2. nach Berlin berichtete. Die schließlich von Schuschnigg praktizierte subtilere Methode: nach Berlin die Annahme und Durchführung mitzuteilen, in den übrigen Hauptstädten aber insgeheim einen künftigen Widerspruch anzumelden — dieses Verfahren dürfte, aus verschiedenen, nachstehend anzudeutenden Gründen wohl b r i t i s c h e n Ratschlägen entsprochen haben.

*

In London kam es am 18. Februar 1938 zu einer dramatischen Auseinandersetzung zwischen Premierminister Chamberlain und seinem bisherigen Außenminister Eden. Eden war nicht bereit, an Mussolini Zugeständnisse zu machen, Chamberlain entschied gegen ihn — sogar in Gegenwart des italienischen Botschafters Graf Grandi.** Zwei Tage

---

* Schuschnigg berichtet, er habe Puaux am 14. Februar abends bei einem offiziellen Diplomaten-Empfang in der Hofburg getroffen — ausgerechnet am Abend des Tages, auf den sich sein Kurswechsel datieren läßt:

„‚Vous avez bonne mine' meinte der französische Gesandte Puaux — ein warmer Freund unseres Landes — und teilte mir bei dieser Gelegenheit die verschiedensten Details mit aus der Serie unserer Erlebnisse von Berchtesgaden — richtige und entstellte. Und nicht nur er allein bewies treffliche Informationen! . . . Woher die Kenntnis kam? Es hieß, der Intelligence Service sei v o n O r t u n d S t e l l e a u s weitgehend und treffend im Bilde . . ." (Schuschnigg a. a. O. S. 55).

Es bleibt der Phantasie des Lesers überlassen, die letztere Bemerkung Schuschniggs zu deuten: handelt es sich nur um eine Kombination oder hat der deutsche Abwehrchef Admiral Canaris damals schon die britische Regierung mit „Details" versorgt — „mit richtigen und entstellten"!?

** Grandi — obwohl Mitglied des Faschistischen Großrats — zeigte sich im späteren Verlauf der Entwicklung als entschiedener innenpolitischer Gegner Mussolinis; er trug im Juli 1943 wesentlich zu dessen Sturz bei.

später erklärte Eden seinen Rücktritt. Der Grund war nicht nur die italienische Meinungsverschiedenheit, sondern auch Edens Wunsch, daß die englische Politik sich deutlicher als bisher den Direktiven des Präsidenten Roosevelt anpassen sollte. Von dieser Differenz war freilich anläßlich des Eden-Rücktrittes in der Öffentlichkeit nicht die Rede; um so lauter wurde verkündet, der Außenminister trete zurück, weil Chamberlain entschlossen sei, Italien gegenüber eine Verständigungspolitik einzuleiten, insbesondere dessen Abessinien-Eroberung anzuerkennen.

Die ungewöhnliche Offenheit, mit der diese Frage anläßlich des Eden-Rücktrittes erörtert wurde, war gewiß auch an Schuschniggs Adresse gerichtet. Churchill — damals ohne Amt und ein scharfer Kritiker der Regierung — ließ die Katze aus dem Sack, indem er am 22. Februar 1938 im Unterhaus erklärte:

„Wenn es für Italien möglich wäre, seine Pflicht zu tun indem es Großbritannien und Frankreich in der Verteidigung der Integration und Unabhängigkeit Österreichs unterstützt, würde ich um diesen Preis nicht zögern, Konzessionen Großbritanniens an Italien zuzustimmen." (Schmidt-Prozeß a. a. O. S. 530)

*

In Wien hatte sich unterdes noch ein weiterer Ratgeber gemeldet. Am 17. Februar 1938 schrieb der Habsburger Thronprätendent Erzherzog Otto aus Steenockerzeel, wo er zusammen mit seiner Mutter, der verwitweten Kaiserin Zita, im Exil lebte, „einen sehr langen und keineswegs sehr freundlichen Brief", über den Andics (a. a. O. S. 551) die folgenden „Kernsätze" zu berichten weiß:*

„An erster Stelle muß die Befriedung nach links aktiv weitergeführt werden. Die Arbeiter haben in den letzten Tagen bewiesen, daß sie Patrioten sind. Dieser Volksteil kann durch den Nationalsozialismus nicht vergiftet werden, und er wird aus diesem Grund am verläßlichsten für Österreich auf die Barrikaden gehen. Dafür muß die Regierung ihm die Möglichkeit geben, an der Gestaltung des Vaterlandes, für das er einzustehen bereit ist, aktiv mitzuarbeiten . . . Sollten Sie jedoch dem Druck vonseiten Deutschlands nicht mehr länger standhalten können, so bitte ich Sie, mir — wie immer die Lage sein mag — das Amt des Kanzlers zu übertragen . . ."

* Hellmut Andics hat — wie er mir auf Rückfrage freundlicherweise mitteilte — den zitierten Text bei Niederschrift seines Buches von Dr. Otto von Habsburg zur Verfügung gestellt erhalten. Gordon Brook-Shepherd zitiert (a. a. O. Seite 162) aus dem Brief Otto von Habsburgs und aus Schuschniggs Antwort vom 2. März 1938 andere Texte, die er einer 1947 in London erschienenen Biographie Schuschniggs entnommen hat.

Diese sehr militanten Erwägungen des Habsburger Thronprätendenten erforderten, um verwirklicht zu werden, natürlich zunächst einen offenen Bruch Schuschniggs mit Berlin; sie setzten eine Herausforderung Hitlers voraus, wie sie in der Tat durch die vorgeschlagene Übertragung des Bundeskanzleramtes an Otto von Habsburg nicht drastischer denkbar war. Jeder politisch Unterrichtete wußte damals, daß nicht nur die Tschechen für den Fall einer Rückkehr der Habsburger nach Wien „sofortiges Marschieren" angekündigt hatten, sondern daß auch Hitler angesichts dieser Möglichkeit entschlossen war, den Tschechen zuvorzukommen und in Österreich militärisch einzugreifen. Im Hinblick auf diese Automatik hatte sich Schuschnigg schon 1936 vom Erzherzog die Zusicherung geben lassen, daß dieser keinesfalls ohne Zustimmung der Wiener Regierung versuchen werde, nach Österreich zu reisen. Angesichts der tschechischen und jugoslawischen Haltung in der Habsburger Frage war damit zu rechnen, daß von den Großmächten nicht einmal Frankreich sich für eine Habsburger Restauration einsetzen würde.
Wie Andics gewiß richtig beobachtet hat, glaubte man in Steenockerzeel, j e t z t die Unterstützung der Großmächte doch gewinnen zu können. Gewiß hatte man auch dort die Sirenenklänge des Mr. Bullitt vernommen, der im Auftrag Präsident Roosevelts so gespannt nach einer „Initiative" gegen Hitler Ausschau hielt.

*

Bevor sich der Knoten der Ereignisse schürzte, kam es noch zu zwei öffentlichen Szenen, die der Erwähnung wert sind. Zunächst hielt Hitler am 20. Februar 1938 eine Reichstagsrede, in der er ausführlich über das getroffene Abkommen berichtete und schließlich geradezu herzlich von Schuschnigg sprach:

„Ich möchte in diesem Zusammenhange und vor dem deutschen Volke meinem aufrichtigen Dank an den österreichischen Kanzler Ausdruck geben für sein großes Verständnis und seine warmherzige Bereitwilligkeit, mit der er meine Einladung annahm und mit mir versuchte, einen Weg zu finden, der den besten Interessen unserer beiden Länder dienen würde; denn schließlich handelt es sich um das Interesse unseres gesamten deutschen Volkes, dessen Söhne wir alle sind — wo immer auch unsere Wiege gestanden haben mag."

Als Schuschnigg seinerseits für den 24. Februar 1938 eine Rede ankündigte, ging Hitler in Erwartung einer befriedigenden Antwort so weit, die Übertragung der Schuschnigg-Rede über die deutschen Rundfunksender anzuordnen.

Papen berichtet, wie er das Ereignis erlebte:

„Das Bundesparlament war bis zum letzten Platz gefüllt, das Diplomatische Korps vollzählig versammelt. Die Vaterländische Front hielt Straßen und Plätze besetzt, die Stärke der eigenen Bewegung zu demonstrieren. Wie sehr wünschte ich, Schuschnigg möge den rechten Ton finden, um aus der Sphäre des Drucks und der Unruhe zu einer Ära friedlicher Zusammenarbeit zu gelangen. ‚Trotz aller Bemühungen ist es nicht gelungen, die Spannungen zu lösen, die über dem deutschen Raum, über Österreich und Deutschland, seit Jahren lasten. Es hat sich ein auf die Dauer unerträglicher, weil durchaus anormaler Zustand herausgebildet', hörte ich ihn sagen, und auf die Konzessionen in Berchtesgaden hinweisend: ‚Wir wissen genau, daß wir jetzt bis zu einer Grenze gingen, hinter der ganz klar und eindeutig ein ‚Bis hierhin — und nicht weiter' steht. Es scheint unerläßlich, die wesentliche Feststellung nochmals zu wiederholen, damit an unserem unerschütterlichen Willen zur Eigenstaatlichkeit und Unabhängigkeit kein Zweifel sei. Unser Land ist ein Fixpunkt, der aus dem europäischen Gesamtbild nicht wegzudenken ist'." (Papen a. a. O. S. 479)

Schuschnigg selbst hat inzwischen in seinem 1947 erschienenen Buch „Requiem in Rot-Weiß-Rot" die These aufgestellt, für ihn sei „mit dem 24. Februar 1938 der Moment des ‚Hic Rhodus — hic salta' gekommen", mit dieser Rede seien „die Würfel gefallen"; „die Karten lagen offen auf dem Tisch." (a. a. O. S. 57)

So war es nun wieder nicht. Hitler war von der Rede mit Recht enttäuscht, sie entsprach nicht seinen vorangegangenen betont freundschaftlichen Ausführungen an Schuschniggs Adresse. Die deutsche Öffentlichkeit wunderte sich, warum sie diese Wiener Übertragung vorgesetzt bekam. Aber ein Signal, ein „Offenlegen der Karten" bedeutete Schuschniggs Rede gewiß nicht.*

* In Paris hat Schuschniggs Rede allerdings sehr lebhaft gewirkt. Am 26. Februar 1938 meldete der österreichische Gesandte Vollgruber telegrafisch nach Wien, der Eindruck der Schuschnigg-Rede sei „ungeheuer tief" gewesen: jedermann sei „von der Notwendigkeit zu handeln überzeugt" (Schmidt-Prozeß a. a. O. S. 570). In der außenpolitischen Debatte der französischen Kammer am 27. Februar 1938 erklärte der damalige Abgeordnete, der spätere Kriegs-Ministerpräsident Frankreichs Paul Reynaud, Österreich habe ein „leuchtendes Beispiel" gegeben. Niemand in Frankreich habe ohne tiefe Ergriffenheit die Rede des Bundeskanzlers gelesen. Nach Berichten der österreichischen Zeitungen spendete die französische Kammer den Ausführungen Paul Reynauds an dieser Stelle „stürmischen Beifall".
In seinem schriftlichen Bericht meldete Gesandter Vollgruber zu dieser Kammerdebatte nach Wien, „das Ausmaß des Interesses an Österreich sei

Das fand erst zwei Wochen später statt, dann allerdings drastisch genug.

*

Am Abend des 9. März 1938 traf in Berlin die erstaunliche Nachricht ein, der österreichische Bundeskanzler Dr. Schuschnigg habe von Innsbruck aus unter der im Jahre 1809 gegen die Franzosen gerichteten Parole Andreas Hofers „Mannder s'ischt Zeit" die österreichische Bevölkerung zu einer Volksabstimmung für den bevorstehenden Sonntag, den 13. März 1938, aufgerufen.

Es stellte sich sofort heraus, daß eine ernstliche Abstimmung nicht gemeint war; die Bevölkerung wurde nur aufgefordert, mit Stimmzetteln einen von Schuschnigg formulierten Satz zu bestätigen, der da lautete: „Für ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, für ein christliches und einiges Österreich! Für Frieden und Arbeit und die Gleichtberechtigung aller, die sich zu Volk und Vaterland bekennen." Der Wiener Universitätsprofessor Mikoletzky weist in seiner durch-

---

vielleicht doch noch größer" gewesen, „als zu erwarten stand". „Nach den letzten Ereignissen ist für alle hier Deutschland wieder der Feind Nummer Eins".

Am 7. März 1938 übergab der in Paris akkreditierte österreichische Militärattaché, der nach Wien gereist war, dort einen weiteren Bericht Vollgrubers, den dieser nach einem Gespräch mit dem einflußreichen Generalsekretär Léger des französischen Außenministeriums niedergeschrieben hat. Darin wird gesagt, nach der Rede Schuschniggs seien am Quai d'Orsay die Worte gefallen, die französische Regierung hätte „jetzt vom Parlamente alles verlangen können, was sie gewollt hätte". Der aufschlußreiche Bericht schließt mit folgenden Bemerkungen:

> „Eine Zeit lang werden die jetzigen Ereignisse in der französischen Öffentlichkeit nachwirken und die französische Regierung innerhalb dieser Zeit vom Parlamente immer wieder verlangen könnten, was sie will. Sollte es aber länger dauern, dann könnte eine Auffrischung des Gedächtnisses der Parlamentarier, die ja doch nie restlos informiert und auch wohl verschiedenen Argumenten zugänglich sind, sehr notwendig werden. Das weiß man in Berlin sehr gut. Man hatte von dort auch schon zur letzten Kammerdebatte einen Emissär speziell hergeschickt. Er kam aber zu spät und reiste mit dem Bemerken, ‚daß ja doch nichts mehr zu machen sei, die Österreicher seien schon überall gewesen', noch vor dem Schlusse der Debatte wieder ab." (Zitat nach Schmidt-Prozen a. a. O. S. 572 f.)

Papen ist der Ansicht, dieser Bericht Vollgrubers habe für Schuschniggs „Volksabstimmungs-Beschluß" den Ausschlag gegeben. Das läßt sich so strikt wohl nicht sagen, weil der Bericht erst am 7. März in Wien übergeben wurde, Schuschniggs Entschluß aber wohl schon früher gefaßt war. Immerhin ist es interessant, daß der österreichische Militär-Attaché nach Wien reiste, um die Aufzeichnungen persönlich zu überbringen. Eine Vorankündigung des Besuches und dieses Berichtes mag für Schuschniggs Planungen allerdings von Einfluß gewesen sein.

aus einseitig geschriebenen „Österreichischen Zeitgeschichte" (Wien 1962) recht aufschlußreich darauf hin, daß die von Schuschnigg vorgesehene „Volksabstimmung" sogar nach der Dollfuss-Verfassung vom Mai 1934 unzulässig war. Über das beabsichtigte Wahlverfahren berichtet Mikoletzky trotz all seiner Sympathien für Schuschnigg eindrucksvolle Einzelheiten:

„Der offizielle Abstimmungszettel war mit dem Wort ‚Ja' bedruckt. ‚Diejenigen Personen, die mit ‚Nein' zu stimmen wünschen, müssen einen Zettel in derselben Größe mit dem Wort ‚Nein' beschreiben.' Später hieß es dann, es würden auch mit ‚Nein' versehene und überhaupt leere Stimmzettel bereitliegen. Abstimmungsberechtigt war jeder spätestens 1914 Geborene: man mußte also das 24. Lebensjahr vollendet haben. Abstimmen konnte man geheim oder öffentlich, das letztere dann, wenn man ein ‚aufrechter Österreicher' war. Alle Mitglieder der Abstimmungskommission mußten der Vaterländischen Front angehören und womöglich Amtswalter sein. Da Abstimmungszwang herrschte, sollte die vollzogene Handlung auf dem Identitätsdokument angemerkt werden . . . Ferner sollten die Beamten und Angestellten des Staates sowie die Polizeibeamten ihre Stimmzettel nicht im Wahllokal, sondern bei den Funktionären der Vaterländischen Front und zwar an ihrem Dienstort und, wie sich der Verfasser erinnert, bereits am Tag vor dem offiziellen Termin, also am Samstag, den 12. März (!) offen abgeben." (Mikoletzky a. a. O. Seiten 376 u. 378)

Kein vernünftiger Mensch konnte auch nur den leisesten Zweifel hegen, daß es sich hier ganz einfach um eine Demonstration handelte und daß sie gegen Hitler gerichtet war, obwohl gerade er sich in Berchtesgaden erneut für eine evolutionäre anstelle der von vielen österreichischen Nationalsozialisten gewünschten revolutionären Lösung des Österreich-Problems entschieden und diese Entscheidung sowohl durch die Abberufung Leopolds, wie durch seine Reichstagsrede bestätigt hatte.
Knapp drei Wochen, nachdem er am 15. Februar seinen Kurswechsel insgeheim den Großmächten notifiziert hatte, forderte Schuschnigg Hitler nun vor aller Welt heraus.
Es stellt sich dazu die historisch-politische Frage: aus welchen ernstlichen Gründen hat Schuschnigg sich zu diesem Schritt entschlossen und welchen Erfolg erhoffte er sich?
Schuschnigg selbst hat bisher nur sehr knappe und wenig überzeugende Argumente vorgebracht.
In einer noch im März 1938 niedergeschriebenen Aufzeichnung über „die geplante Volksbefragung in Österreich" (abgedruckt in „Requiem

in Rot-Weiß-Rot" Seiten 106ff.) heißt es, es sei zwangsläufig eine Situation entstanden,

„die innen- und außenpolitisch gleich unhaltbar wurde. Außenpolitisch — hauptsächlich wirtschaftspolitisch — darum, weil ein Zustand einzutreten drohte, der alle Nachteile ohne die Vorteile eines Anschlusses brachte, nämlich den Boykott vom Ausland und die Korrektur durch das große, einheitliche Wirtschaftsgebiet."

Für dieses Argument gibt es keinerlei Anhaltspunkt. Gerade damals war sogar die ursprüngliche internationale Boykottwelle gegen das Reich längst abgeflaut, niemand dachte daran, die österreichische Wirtschaft aus politischen Gründen zu schädigen; gerade die heftigsten Gegner des Anschlusses waren sich einig in dem Bestreben, die österreichische Wirtschaft zu fördern.

In seinen nach dem Krieg veröffentlichten Erinnerungen hat Schuschnigg sich wie folgt vernehmen lassen:

„Der Entschluß (zur Volksabstimmung) reifte in mir um den 3. März, als die ersten Anzeichen passiver Resistenz in Grazer Ämtern und Schulen sich zeigten, die Verhandlungen mit der ‚Nationalen Opposition' aber immer deutlicher im Sande verliefen, weil jedes abgeschlossene Ergebnis binnen 24 Stunden widerrufen wurde, jedes Entgegenkommen eine Lawine neuer unerfüllbarer Forderungen auslöste und sich Seyß-Inquart immer mehr darauf beschränkte, mit gekreuzten Armen zuzuschauen. Als auch das letzte Angebot, Landeshauptmannwechsel in Steiermark und Einräumung der Landeshauptmann-Stellvertreter-Stelle in allen Bundesländern den politischen Appetit der Nationalsozialisten nur für einen Tag lang saturierte, war es schließlich soweit. Ich beschloß das österreichische Volk zur freien Willensäußerung und zum Bekenntnis aufzurufen." (Schuschnigg a. a. O. S. 61)

Auch diese Erklärung hält einer Nachprüfung nicht stand. Gerade in den Tagen, in denen Schuschnigg so eindringlich berichtet, Seyß-Inquart habe mit „verschränkten Armen" „zugeschaut", waren sowohl der Innenminister wie der spätere Gauleiter Dr. Jury — beide eingeschworen auf den Befriedungskurs m i t Schuschnigg — in aller Leidenschaft bemüht, die nach der Amnestie von so vielen politischen Häftlingen unvermeidlichen örtlichen Gärungen zu dämpfen und in ruhige Bahnen zu leiten.

Gewiß: Seyß-Inquart war am 1. März in Graz gewesen und dort von der Bevölkerung stürmisch gefeiert worden; er hatte nach seiner Rückkehr die Ablösung des dortigen Landeshauptmannes bewirkt. Aber sogar in der Führung der „Vaterländischen Front" hielt man es für

ratsam, in Graz Personalveränderungen durchzuführen. Der bisherige Landesführer der VF Dr. Gorbach (der heutige österreichische Bundeskanzler) wurde abberufen und an seiner Stelle der Staatsrat Ingenieur Engelbert Dworak nach Graz entsandt.
Als neuer Landeshauptmann für die Steiermark wurde ebenfalls ein Vertrauensmann Schuschniggs, der Staatsrat Dr. Trummer, ernannt. Dieser hat auch noch am 7. März in dem „mit Blumen geschmückten Arbeitszimmer" des steierischen Landeshauptmanns ordnungsgemäß die Geschäfte übernommen, wie in den Zeitungen des 8. 3. 1938 zu lesen war.
Am 2. März 1938 — also am Tag bevor Schuschnigg einen Entschluß faßte — hatte Dr. Jury eine Rundfunkansprache gehalten, in der er an die Adresse aller noch unruhigen Elemente mit Nachdruck und Deutlichkeit die Mahnung richtete:

„Nicht ein verwirrendes Tun auf der Straße ist entscheidend, sondern zähe und nimmermüde Arbeit, die Disziplin, die Haltung und der Einsatz im grauen Kampf der Alltagsarbeit und das mannhafte Bekenntnis. So freudig wir die durch die großzügige Amnestie befreiten Kameraden begrüßen, so freudig uns der Abschluß des deutschen Friedens bewegt: wir stehen vor Zeiten harter Arbeit für alle gutgesinnten Österreicher . . ."

Und Seyß-Inquart prägte am 5. März in Linz die Formel: „Wir wollen alles tun, um als gute Deutsche auch beste Österreicher zu sein." Über Schuschnigg erklärte Seyß-Inquart:

„Es ist heute Gelegenheit, dem Frontführer und Bundeskanzler dafür zu danken, daß er den Weg, den wir nun gehen können, uns eröffnet hat. Wir werden ihm auf diesem Wege als gute Österreicher offen und vorbehaltlos folgen."

Am gleichen Tag sprach auch noch Minister Zernatto — ein enger Mitarbeiter Schuschniggs — im gleichen Tone wie Jury und Seyß-Inquart:

„In kurzer Zeit werden auch die erregten Gemüte wieder Ruhe haben, die jetzt notwendig ist. Unser Ehrgeiz geht nach Leistung, wir wollen Arbeit und Brot schaffen, wir wollen der Jugend helfen . . . Dieses Frühjahr 1938 . . . sei ein Frühjahr von tief innerer Bedeutung, Aufbruch aller Gutgesinnten für Glück und Frieden."

Friedrich Funder, der damalige Hauptschriftleiter der Wiener „Reichspost" — ein vertrauter Freund und Gefolgsmann Schuschniggs — beurteilte die innere Situation jener Tage dahin: „Das nationale Lager, das sich als nationale Opposition bezeichnete, war in sich zerspalten und zerworfen." Nach Funders Ansicht war dieser innere Konflikt der

Nationalen „mit der illegalen Unterwelt" „im Ausbrechen" (Funder: „Aus Österreich den Sturm bestand", Wien 1957 Seiten 301 u. 303) Funder erklärt Schuschniggs Volksabstimmung damit, daß der Bundeskanzler in d i e s e m Konflikt „Klarheit schaffen" wollte. Wäre das wirklich Schuschniggs Anliegen gewesen, dann hätte er seine Volksbefragung auf diesen Punkt ausrichten und Seyß-Inquart dafür gewinnen können; auch Hitler hätte bei Verständigung seine Zustimmung kaum versagt; er hatte sich ja ganz eindeutig für eine friedliche Entwicklung in Österreich entschieden und er war gewiß nicht gewohnt, sich von rabiaten Anhängern den Kurs vorschreiben zu lassen.

Wie auch immer man die Frage prüft: aus der i n n e n politischen Situation jener Wochen ergibt sich kein überzeugendes Argument für Schuschniggs Innsbrucker Parole. Dabei zielte die Formulierung der Volksabstimmungsfrage nicht einmal auf eine offene Entscheidung. Ein politischer Sinn sollte ihr wohl erst nach Vorliegen des Stimmenergebnisses unterstellt werden, das nach Art und Hast der Durchführung weder negativ noch korrekt ausfallen konnte. Wenn überhaupt ein innerpolitisches Problem zur Klärung kommen sollte, so stellt sich die Frage, ob Schuschnigg etwa nach dem imaginären 13. März eine „Volkszustimmung" zur Rückkehr Otto von Habsburgs verkünden wollte. Es gibt einige Anzeichen, die für eine solche Deutung sprechen — so war in den Wiener Zeitungen des 10. März 1938 als erste österreichische Stellungnahme zu Schuschniggs Innsbrucker Rede die folgende offiziöse Kundmachung zu lesen:

„Die Korrespondenz Herzog meldet: Die Proklamation des Bundeskanzlers wurde in den legitimistischen Kreisen Österreich mit Begeisterung aufgenommen . . . Das heute erscheinende Organ der legitimistischen Verbände ‚Der Österreicher' wird einen flammenden Aufruf an die Legitimisten richten."

Es wurde seither bekannt, daß Otto von Habsburg in Steenockerzeel von Schuschniggs Absichten sehr frühzeitig unterrichtet war; jedenfalls waren zwei Beauftragte des Erzherzogs zu Schuschnigg bereits unterwegs, als dessen Regierung stürzte*. Einer dieser Beauftragten,

* Laut Andics (a. a. O. Seite 552) hatte Bundeskanzler Schuschnigg am 2. März 1938 nach Steenockerzeel geschrieben: „Meiner ergebenen Meinung nach sind Euer Majestät niemals richtig oder zumindest nicht vollständig über die Stimmung im Lande oder den richtigen Sachverhalt informiert gewesen!". Seinen Entschluß zur Volksabstimmung datiert Schuschnigg selbst auf den 3. März 1938. Die enge zeitliche Verbindung mit dem Datum des Schreibens an Otto von Habsburg, dessen voller Text unbekannt ist, fällt auf. Sind zwischen dem 2. und 3. März Ereignisse eingetreten, die für Schuschnigg wichtig waren oder besteht ein unmittelbarer Zusammenhang

der ehemalige Staatssekretär Karwinsky, soll am 12. März 1938 von der deutschen Staatspolizei in Salzburg aufgegriffen und als Emissär Ottos erkannt worden sein. Ein zweiter Abgesandter — ein Journalist — erreichte Wien unangefochten und berichtete dann in Steenockerzeel als erster Augenzeuge der Ereignisse.

Prüft man die a u ß e n politische Situation jener ersten Märztage 1938, in denen Schuschnigg seine Entscheidung traf, so zeigt sich, daß in Paris neuerliche Erklärungen zu Österreich abgegeben wurden.

Der französische Außenminister Delbos sprach am 2. März über Zentraleuropa und teilte mit, daß englisch-französische Verhandlungen über die österreichische Unabhängigkeit im Gange seien und „in allernächster Zeit zum Abschluß gelangen". Frankreich werde sich ebenso wie England auf die Bestimmungen des Vertrages von St. Germain stützen. (Neues Wiener Tagblatt 3. 3. 1938).

Die Pariser und Londoner Regierung wetteiferten in der Bekanntgabe von Milliardenzahlen, die sie gerade jetzt für die Aufrüstung bereitstellten — Nachrichten, die in den Wiener Zeitungen jener Tage große Beachtung fanden und meist mit Schlagzeilen herausgestellt wurden.

Am 4. März 1938 wußten die Blätter zu berichten, daß sich nun auch der französische Außenminister für Verhandlungen mit Italien ausgesprochen habe, daß in London die italienische Herrschaft in Abessinien „de facto" anerkannt worden sei, daß der britische Botschafter Lord Perth am 5. März nach Rom reisen werde.

In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, daß ebenfalls in den ersten Märztagen der für Anfang Mai geplante Italienbesuch Hitlers in Rom und Berlin gleichzeitig offiziell angekündigt wurde.

Damit zeigte Mussolini an, daß er sich noch an Berlin gebunden fühle und daß der britische Abgesandte es nicht leicht haben werde, Italien wieder in eine g e g e n Hitler gerichtete Allianz einzubeziehen. Aber es gab natürlich manche Kreise in Italien, die im Sinne Chamberlains und Grandis tätig waren*. Eine wichtigen Entscheidungen zustrebende Situation war eingetreten: Lord Perth führte in Rom seine erste Besprechung mit dem italienischen Außenminister Graf Ciano am Dienstag, den 8. März 1938, abends — knapp 24 Stunden bevor Schuschnigg in Innsbruck ans Rednerpodium trat.

---

zwischen Schuschniggs Stellungnahme zu Otto von Habsburgs Aufforderungen und seiner nun folgenden Entschließung?

* Von unterrichteter Seite hörte ich, für Schuschnigg sei in den entscheidenden Tagen eine Mitteilung des römischen Oberbürgermeisters Fürst Colonna von Bedeutung gewesen. Dieser einflußreiche hohe Adlige gehörte zu den Kreisen, die Mussolini — wenn nicht stürzen — so doch gewiß wieder in eine antideutsche Richtung drängen wollten. Daß Schuschnigg dann Mussolinis Warnung unbeachtet ließ, dürfte aus seiner Kenntnis dieser inneritalienischen Situation erklärbar sein (vergl. Seite 147).

Die Wiener Morgenzeitungen des 9. März 1938, die der Bundeskanzler auf der Fahrt nach Tirol zu lesen bekam, zeigten die Schlagzeile: „Erste englisch-italienische Aussprache"; es wurden englische Kommentare wiedergegeben, wonach „die beiden Parteien mit großem Optimismus in die Verhandlungen eintreten . . . Man erwartet, daß eine Einigung über die Hauptpunkte eines allgemeinen Abkommens schon sehr bald folgen wird." (Neues Wiener Tagblatt 9. 3. 1938)
Inzwischen hatte auch Schuschnigg sich an Mussolini gewandt. Der damalige österreichische Militärattaché in Rom Dr. Emil Liebitzky gab im Schmidt-Prozeß (a. a. O. S. 223) darüber eine lebhafte Darstellung:

„In den ersten Tagen des März 1938 wurde ich von General Zehner in Rom angerufen, ob ich in der Lage sei, eine dringende Mitteilung zu Mussolini zu bringen. (Ich bemerke hier, daß für den österreichischen Gesandten eine direkte Verbindung zum italienischen Regierungschef nicht möglich war, sondern nur über die Person des Außenministers.) Da ich selbst jedoch als Attaché Aussicht hatte, Mussolini in seiner Eigenschaft als Kriegsminister zu erreichen, konnte ich die Anfrage Zehners bejahen. Ich wurde nach Wien berufen und erhielt von Schuschnigg eine Darstellung der Berchtesgadener Ereignisse, mit dem Auftrag, diese so rasch als möglich Mussolini zu unterbreiten und ihn zu fragen, was Österreich in dieser schweren Lage von Italien zu erwarten habe. (Der Kanzler gab auch seiner Ansicht Ausdruck, daß er mit einer bewaffneten Hilfe nicht mehr rechne.) Ich begab mich sofort nach Rom, ließ mich bei Mussolini melden und unterbreitete ihm die Darstellung über Berchtesgaden. Mussolini zeigte sich, entgegen seiner sonstigen Ruhe, außerordentlich betroffen und fuhr mehrmals erregt auf. Als ich erwähnte, daß ein gewaltsamer Eingriff zu befürchten sei, rief er: ‚Das werden sie (die Deutschen) nicht tun; wir haben das Ehrenwort Görings!' Er schien von dessen Versicherungen noch etwas zu halten. Am Ende meiner Darlegungen zollte er Bundeskanzler Schuschnigg zunächst Bewunderung für dessen harten Kampf. Dann warnte er vor der Volksabstimmung und meinte, sie sei gefährlich. Gehe sie gut aus, so würde sie Hitler nicht anerkennen, andernfalls hätte sie ohnedies keinen Wert. Immerhin gab Mussolini der Meinung Ausdruck, daß eine unmittelbare Gefahr nicht bestehe und die militärischen Vorbereitungen möglicherweise nur ein Bluff seien."

Aus dieser Darstellung wird recht aufschlußreich ersichtlich, daß der gleiche General Zehner, der in Steenockerzeel des Erzherzogs Otto Versicherung vernommen hatte, Hitler werde nicht schießen, auch in diesen Tagen zu Schuschniggs Ratgebern zählte. Dann erfahren wir,

daß Mussolini Anfang März eine offenbar erneut verschärfte Darstellung der Berchtesgadener Szene des 12. Februar mitgeteilt erhielt und auch mit Gerüchten über deutsche militärische Maßnahmen bedient wurde, die für diesen Zeitpunkt frei aus der Luft gegriffen waren. Schuschnigg erklärte in seinen Erinnerungen, er habe den Militärattaché Liebitzky nach dessen Gespräch mit Mussolini nochmals empfangen, während sowohl Liebitzky wie Schmidt und auch der am Ballhausplatz tätige Gesandte Hornbostel übereinstimmend aussagten, beim Eintreffen Liebitzkys aus Rom sei Schuschnigg bereits in Innsbruck gewesen. Schmidt allerdings erreichte ihn telefonisch vor seiner Rede und gab die von Liebitzky mitgeteilte Warnung Mussolinis durch. Schuschnigg erwiderte nur: „Jetzt kann ich nicht mehr zurück. Liebitzky soll wieder nach Rom fahren und das berichten." (Schmidt-Prozeß a. a. O. S. 172)

Es war offenkundig, daß Schuschnigg eine negative Mitteilung Mussolinis bereits erwartet hatte und von vorneherein entschlossen war, trotzdem zu handeln (vergl. Seite 145).

Auch die französische und englische Regierung wurden offiziell erst am Nachmittag des 9. März verständigt. Die telefonische Nachricht des britischen Geschäftsträgers Mr. Palairet wurde im Foreign Office am 9. März 1938 um 4.40 Uhr nachmittags ausgenommen.

Überhaupt nicht verständigt — und damit deutlich genug aufgeklärt — wurde die deutsche Reichsregierung. Hitler würde von Schuschniggs Unternehmen erst durch Rundfunkmeldungen gehört haben, wenn er nicht indirekt am späten Nachmittag des 9. März durch Wiener Nationalsozialisten unterrichtet worden wäre.

Erst von diesem Augenblick an trat das Österreich-Problem, das er seit dem 12. Februar als „vertagt" betrachtete, wieder in den Vordergrund von Hitlers Überlegungen. Schuschnigg hat dazu das Signal gegeben und auch das Tempo bestimmt. Wenn der Bundeskanzler innerhalb von vier Tagen „Klarheit" forderte, so konnte diese Klarheit im Interesse der deutschen Reichsregierung weder darin bestehen, daß Schuschnigg Hitler offen provozierte, noch darin, daß er einen neuen europäischen Krieg entfesselte, was er offenbar beabsichtigte.

Sicher ist, daß Hitler völlig überrascht war, und es für den britischen Journalisten Ward Price keinen Grund zum Zweifel gab, als ihm Hitler am 13. März 1938 — an dem von Schuschnigg bestimmten „Abstimmungstag" — erklärte:

> „Ich versichere Sie in aller Aufrichtigkeit, daß ich vor vier Tagen keine Vorstellung davon hatte, daß ich heute hier in Linz sein werde und daß Österreich ins Reich eingegliedert sein wird."

Sogar noch am Tage vor diesem abschließenden Ereignis, am 12. März 1938, als Schuschnigg bereits zurückgetreten und Seyß-Inquart zu seinem Nachfolger ernannt war, hatte Hitler zunächst an das Fortbestehen von z w e i Staatswesen gedacht und einen öffentlichen Aufruf mit den Worten beendet: „Es lebe das Nationalsozialistische Deutsche Reich, es lebe das Nationalsozialistische Deutsch-Österreich."*

*

Das politische Panorama jener Tage der Schuschnigg-Demonstration und ihrer Hintergründe wäre unvollständig, würden nicht auch noch die folgenden Zitate berücksichtigt. Am 16. April 1945 — noch in der Haft — notierte Schuschnigg in sein später veröffentlichtes Tagebuch:

„Gespräch mit General Thomas: Wie es bei der schändlichen Behandlung des Generaloberſten von Fritsch Anfang Februar 1938 fast zu einer offenen Empörung kam. Gewiß, das war damals als die österreichische Frage in Berchtesgaden zur Diskussion stand. Und unsere Informationen, daß Hitler mit erheblichen Schwierigkeiten im Inneren rechnen mußte, waren durchaus nicht aus der Luft gegriffen. Wir hatten tatsächlich die Chance, daß Hitler keine Zeit blieb für die Verwirklichung seiner aggressiven außenpolitischen Pläne, aber der Versuch mißlang. Weil maßgebliche militärische Stellen zum Handeln nicht bereit und weil auf das jüngere Offizierskorps kein Verlaß war." (Schuschnigg a. a. O. S. 493)

Im Schmidt-Prozeß trat als Zeuge auch ein Freiherr Hans von Hammerstein-Equord auf, der in den Vorjahren einige Zeit österreichischer Justizminister und im Frühjahr 1938 noch als „Bundeskommissär für Kulturpropaganda" im Wiener Unterrichtsministerium tätig war. Hammerstein-Equord berichtete vor Gericht, daß er

„nach den letzten in Berlin stattgefundenen kulturpolitischen Verhandlungen (Ende November anfangs Dezember 1937) dem Bundeskanzler Nachrichten aus meinem speziellen Verwandten- und Bekanntenkreis in Berlin, der schärfstens gegen den Nationalsozialismus eingestellt war, mitteilen konnte, die mir Dr. Schuschnigg leider damals nicht recht zu glauben schien. Meine Quellen waren mein 1943 verstorbener Vetter Kurt Freiherr von Hammerstein, der bis 1934 Chef der Obersten deutschen Heeresleitung gewesen war, der frühere langjährige Reichswehrminister Geßler und einige andere Herren aus der hohen Generalität und der Wirtschaft und schließlich auch Bischof Preysing aus Berlin. Ob zu dieser Zeit schon eine gegenteilige Beeinflussung des Bundeskanzlers durch den Beschuldigten soweit Platz ergriffen hatte, daß sich der Bundeskanzler meinen

* Vergl. Seite 50 f.

Mitteilungen, die mit Wiedergabe der gröbsten Ausdrücke gemachte Mitteilungen waren, in denen in diesen Berliner Kreisen vom nationalsozialistischen Regime gesprochen wurde, verschloß, kann ich nicht beurteilen."

Hammerstein-Equord war im Prozeß als Belastungszeuge gegen Schmidt aufgetreten — daher die abfälligen Bemerkungen über den „Beschuldigten" und seinen Verdacht, dieser habe Schuschnigg anders beeinflußt. Aus Schuschniggs zitierter Tagebuch-Notiz darf geschlossen werden, daß der Bundeskanzler die ihm zugegangene Mitteilungen über eine Berliner „Offiziersverschwörung" im Frühjahr 1938 durchaus ernst genommen hat. Im Prozeßverlauf wurde Dr. Schuschnigg zu der Aussage Hammersteins nochmals richterlich einvernommen; er erklärte dazu, daß er sich an Hammersteins Bericht „genau" erinnere:

„Dies deshalb, weil er einer der wenigen tröstlichen und hoffnungsversprechenden Berichte war. Der Zeuge hatte persönliche verwandtschaftliche Beziehungen zu führenden Personen Deutschlands. Außerdem berichtete Hammerstein, daß nach seinem Eindruck die wirtschaftliche Lage in Deutschland keineswegs glänzend sei, die Leute gehen offensichtlich mit schlechten Stoffen bekleidet (schlecht angezogen), wichtige Lebensmittel fehlen, usw. Ich habe selbstverständlich mit dem Angeklagten den erfreulichen Bericht besprochen." (Schmidt-Prozeß a. a. O. S. 607)

Dies alles sind gewiß nur Andeutungen. Aber wir wissen inzwischen, welche große Bedeutung anderthalb Jahr später die Hoffnung auf einen „Zusammenbruch der deutschen inneren Front" für die Entscheidungen des britischen Premierministers Chamberlain gewonnen hatte* — auch für Schuschnigg war das vermutlich eine wichtige Kom-

* Im Schmidt-Prozeß (a. a. O. S. 321) berichtete der seinerzeitige österreichische Gesandte in Budapest, Minister a. D. Baar-Baarenfels über den dortigen reichsdeutschen Militär-Attaché Frederici. Dieser „war nicht von den Ideen des Dritten Reiches infiziert und hielt deshalb auffallend gute Beziehungen mit mir." Bei Gelegenheit eines gesellschaftlichen Zusammenseins im Herbst 1937 habe ihm Frederici von einer „Generalstabskonferenz" erzählt, in der es endlich gelungen sei, „der politischen Führung zu erklären, daß man einen Zweifrontenkrieg nicht führen könne":

„Ich fragte, ob dies eine Rückversicherung gegen Rußland bedeute und er bejahte. Ich sagte, ich müsse dies melden, könne mich aber damit begnügen zu sagen, es stamme aus der Umgebung des Militärattachés. Er bat mich aber, ausdrücklich zu melden, daß die Mitteilung von ihm stamme. Von dieser Neuigkeit machte ich auch den Tschechen Mitteilung".

Die eigenen Eindrücke, die Baar-Baarenfels aus seinem Umgang mit Frederici gewonnen hatte, gingen dahin, daß im Reich „vielleicht nicht die Festigkeit" bestehe, „die wir vermutet hatten".

ponente seiner Berechnung; seine Tat konnte nur Sinn gewinnen, wenn er mit ihr beabsichtigte, einen Erfolg zu erzielen und dieser Erfolg mußte sich letztlich in einem S t u r z Hitlers bestätigen!

*

Dr. Guido Schmidt — in jenen Tagen österreichischer Außenminister — war von Schuschnigg „als erster ins Vertrauen gezogen worden": zu Beginn seines Prozesses 1947 äußerte er sich zur Frage der Volksabstimmung, er habe persönlich gedacht „daß hierdurch vielleicht nochmals die Welt aufgerüttelt werden könnte" (a. a. O. S. 63).

Schmidts engster Mitarbeiter, der Gesandte Hornbostel wurde noch etwas deutlicher. Er erklärte Schuschniggs Entschließung dahin, daß dieser hoffte „reinen Tisch zu schaffen, auch in einem i n t e r n a t i o n a l e n Kreis, nach Herstellung eines b e w e i s b a r e n Zustandes." (Schmidt-Prozeß a. a. O. S. 181)

Auf die Frage des Staatsanwaltes, welche „Konstellation" erhofft wurde, erklärte der Zeuge:

> „Ich erinnere an die französische Kammerdebatte, in der unter allen Gruppen von der äußersten Linken, bis zur extremen Rechten die Feststellung der Unabhängigkeit Österreichs zum Ausdruck kam. Auch die englische Kammer versuchte, irgendwie zu reagieren."

Der Staatsanwalt ergänzte diese Aussage durch den Hinweis auf einen sehr aufschlußreichen Satz des bereits erwähnten Berichtes, den der Pariser Gesandte Vollgruber am 7. März 1938 über die Eröffnungen erstattete, die ihm Generalsekretär Léger am Quai d'Orsay gemacht hatte, Frankreich werde

> „nur dann d e n S ä b e l z i e h e n können, wenn der Fall der V e r g e w a l t i g u n g klar liegt, das heißt: wenn die österreichische Regierung sich selbst als vergewaltigt betrachtet, wenn das österreichische Volk gegen die Vergewaltigung reagiert und wenn es der Propaganda Deutschlands nicht bis zu diesem Momente gelungen ist, der französischen Öffentlichkeit den Glauben beizubringen, daß in Österreich eigentlich nur die Regierung und ein paar Diplomaten österreichisch denken . . . (Schmidt-Prozeß a. a. O. Seite 573)

*

Ich versuche zusammenzufassen, was alles sich vor dem prüfenden Blick Schuschniggs ausbreitete, als er sich entschloß, seine bisherige Politik des „Zeitgewinnens" radikal zu ändern und eine Herausforderung Hitlers zu riskieren.

Erstens: Schuschnigg war sich klar darüber, daß Hitlers Revisionspolitik den wachsenden Widerstand der Westmächte mobilisiert hatte und daß jenseits des Atlantik der amerikanische Präsident darauf brannte, einen Ansatzpunkt für ein Eingreifen in Europa zu finden.
Zweitens: Schuschnigg wußte, daß der britische Premierminister Chamberlain mit Mussolini paktieren und die Rom—Berlin-Achse dadurch wieder auflösen wollte.
Drittens: Schuschnigg brauchte nur Zeitungen zu lesen, um zu erkennen, daß man in Paris marschierfreudig war — natürlich vorausgesetzt, daß England und Italien sich am Losschlagen beteiligen würden.
Viertens: Schuschnigg war davon unterrichtet, daß eine einflußreiche militärische Oppositionsgruppe in Deutschland auf einen günstigen Augenblick wartete, um sich Hitlers zu entledigen.
Fünftens: Schuschnigg war bekannt, daß im Schloß Steenockerzeel sich viele Beziehungen verknüpften und er glaubte vermutlich, daß er von dort das Stichwort der „Barrikaden", auf die zu treten jetzt der rechte Augenblick sei, nicht ohne triftigen Grund erhalten habe.
Während Mussolini davon sprach, daß das Volksabstimmungs-Experiment eine „Bombe" sei, die in Schuschniggs Hand „zerplatzen" werde, war der österreichische Bundeskanzler offenbar der Ansicht, diese Warnung sei nicht so ernst zu nehmen, weil auch Italien nach tatsächlichem Ausbruch der Krise aus seiner „Lethargie" erwachen und sich erneut den Mächten anschließen werde, die sich zum Kampfe gegen Deutschland rüsteten.
Kurzum: Schuschnigg träumte, der Scheiterhaufen für Hitlers Ende sei schon fertig geschichtet, er bedürfe nur s e i n e r Fackel, um sich zu entzünden.
Hitlers Instinkt trieb ihn, mit rascher Hand einzugreifen. Erstmals sah er sich einer politischen Lage gegenüber, die er nicht vorhergesehen hatte — bald sollte er erleben, daß solche undurchsichtigen Situationen sich wiederholten, bereits anderthalb Jahre später fand er sich endgültig in sie verstrickt.

DIE GESCHICHTE EINES NACHMITTAGS

In Berlin gab es natürlich keinen Augenblick des Zweifels darüber, daß Schuschnigg durch seine Aktion eine internationale Krise in Gang bringen und zumindest die Berchtesgadener Vereinbarungen wieder außer Kraft setzen wollte.
Hitler beschloß, zunächst 24 Stunden abzuwarten und er verbot der

deutschen Presse jegliche Stellungnahme zu Schuschniggs Aktion. Offenbar wollte er den österreichischen Nationalsozialisten das erste Wort überlassen. Er brauchte nicht lange zu warten. Am Mittwoch abend hatte Schuschnigg seine Innsbrucker Rede gehalten, am Donnerstag mittag veröffentlichte bereits der bisher so gemäßigte Dr. Jury einen scharfen Artikel in der „Wiener Neuesten Nachrichten" und forderte darin die Verschiebung und geordnete Durchführung der Volksabstimmung. Das war in der Tat angezeigt, wenn der Vorgang überhaupt als politische Kundgebung gelten sollte.* Die Antwort Schuschniggs bestand in einer Beschlagnahme der „Wiener Neuesten Nachrichten".

Während dieses ganzen 10. März 1938 glaubte man in Berlin immer noch, durch eine Veränderung des Abstimmungstermins und -textes einen Ausweg zu öffnen, der es ermöglichte die Berchtesgadener Politik mit Schuschnigg doch noch weiterzuführen. Schon die Rücksicht auf Mussolini veranlaßte Hitler, mit der Zähigkeit, deren er in solchen Situationen fähig war, am bisherigen Konzept festzuhalten.

Das Vorgehen Schuschniggs gegen den Jury-Artikel und die demonstrative Legitimisten-Begeisterung für die Volksabstimmung, vielleicht auch der am gleichen 10. März 1938 aus ganz anderen Gründen erfolgte Sturz der französischen Regierung — also die Ausschaltung eines sehr großen Gefahrenmomentes — veranlaßten Hitler am Nachmittag des 10. März der deutschen Presse das Argument freizugeben, daß Schuschnigg die Berchtesgadener Abmachungen gebrochen habe. Aus dem Tagebuch des späteren Generaloberſten Jodl (Schmidt-Prozeß a. a. O. S. 578) wissen wir, daß Hitler erst am 11. März 1938 mittags um 13 Uhr das militärische Dokument unterzeichnet hat, das unter dem Stichwort „Operation Otto" einen militärischen Aufmarsch für den Fall eines Eingreifens in Österreich anordnete. Hitler verfügte darin unter Punkt 1:

> „Wenn andere Maßnahmen sich als erfolglos erweisen, beabsichtige ich, mit bewaffneten Kräften in Österreich einzufallen, um verfassungsmäßige Zustände herzustellen und weitere Gewalttaten gegen die deutschfreundliche Bevölkerung zu verhindern."

Als wesentlichste militärische Operationsaufgabe wurde die „Sicherung der österreichisch-tschechischen Grenze" bezeichnet. Diese war strategisch der neuralgische Punkt des ganzen Österreich-Problems: von Znaim aus konnte Frankreich durch seinen Prager Bundesgenossen innerhalb von zwei Stunden Wien besetzen lassen!

Als Zeitpunkt der Aktionsbereitschaft wurde in Hitlers Befehl der Samstag, 12. März 1938, mittags 12 Uhr festgesetzt.

---

* Vergl. Seite 141

Generell ordnete Hitler an:

„Das Verhalten der Truppen muß den Eindruck erwecken, daß wir keinen Krieg gegen unsere österreichischen Brüder beginnen wollen. Es ist in unserem Interesse gelegen, daß die ganze Operation ohne jede Gewalt, sondern in Form eines friedlichen Einmarsches, der von der Bevölkerung begrüßt wird, durchgeführt wird. Es ist daher jede Provokation zu vermeiden."

Während dieser Befehl die beteiligten Truppenteile erreicht und sie in die Bereitstellungsräume in Marsch gesetzt werden, vollzieht sich in Wien erneut ein politisches Spiel höchst undurchsichtiger Art.

Am Vormittag hatten die Minister Seyß-Inquart und Glaise-Horstenau von Schuschnigg erneut die Verschiebung der Volksabstimmung gefordert. Schuschnigg hatte sich wiederum geweigert, dem zuzustimmen, schließlich willigte er in eine Absetzung der Abstimmung. Das war natürlich nochmals ein Schachzug, der dazu dienen sollte die Schuschnigg-Regierung als Opfer einer Gewaltmaßnahme zu deklarieren, während die von den Ministern geforderte Anberaumung einer ordnungsgemäßen Volksabstimmung wirklich innenpolitische Klarheit geschaffen hätte. Schmidt gab in seinem Prozeß (a. a. O. S. 63) die Erklärung, Schuschnigg habe sich gegen eine Hinausschiebung „mit allen Kräften" zur Wehr gesetzt,

„da es klar war, daß in dieser Zeit (die nationalen Elemente forderten eine vierwöchige Verschiebung) eine einmalige Flut nationalsozialistischer Propaganda einsetzen würde."

Dieses Argument ist nicht sehr überzeugend. Selbstverständlich hatte Schuschnigg als Bundeskanzler ungleich mehr technische Propagandamöglichkeiten in der Hand. Und der „Flut nationalsozialistischer Propaganda" war durch das Berchtesgadener Abkommen eine radikale Grenze gesetzt.

Sicher ist, daß Hitler immer noch bereit war, die Schuschnigg-Regierung zu tolerieren, wenn der Bundeskanzler diesen ihm angebotenen Ausweg beschritten hätte. Die plumpe Absetzung der Abstimmung war keine angemessene Antwort auf den Protest der beiden österreichischen Minister. Im ersten der zahlreichen Telefongespräche, die an diesem Nachmittag dann zwischen Wien und Berlin geführt wurden, berichtete Seyß-Inquart um 14.45 Uhr an Göring:*

„Der Kanzler hat die Wahlen für Sonntag aufgehoben und dadurch uns in eine schwierige Lage versetzt. Neben der Aufhebung der

* Vollständiger Wortlaut der aufgezeichneten Telefongespräche vom 11. März 1938 s. Schmidt-Prozeß a. a. O. S. 459 f.

Wahl werden auch umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen angeordnet, unter anderem Ausgehverbot nach 8 Uhr abends."

Göring nahm zu dieser Erklärung offiziell noch nicht Stellung, bemerkte aber gleich:

„Ich sehe in der Aufhebung der Abstimmung nur eine Verschiebung, aber keine Änderung des gegenwärtigen Zustandes, der durch das Verhalten Schuschniggs infolge seines Bruches des Berchtesgadener Abkommens herbeigeführt wurde".

Eine Stunde später, um 15.50 Uhr, telefonierte Göring wieder — offenbar hatte er inzwischen mit Hitler gesprochen — und teilte mit:

„Berlin kann sich mit der Entscheidung des Kanzlers Schuschnigg in keiner Weise einverstanden erklären. Schuschnigg genießt infolge des Bruches des Berchtesgadener Abkommens nicht mehr das Vertrauen der hiesigen Stellen; es besteht daher auch keinerlei Vertrauen zu seinen künftigen Handlungen. Es wird gefordert, daß die nationalen Minister in Österreich sofort dem Bundeskanzler ihre Demission einreichen und von ihm verlangen, daß er ebenfalls zurücktrete."

Nun geht Schuschnigg zum Bundespräsidenten und reicht seinen Rücktritt ein.

Was am Ballhausplatz in der Zwischenzeit vorgegangen war, hat der Gesandte Hornbostel im Schmidt-Prozeß mit drastischer Offenheit ausgedrückt: er und seine Beamten hätten am 11. März versucht „die Westmächte aufzuputschen", aber Paris und London hätten gesagt, sie würden sich zu einem Krieg nur entschließen, „wenn Italien mitmachen wolle" (Schmidt-Prozeß a. a. O. S. 182)*

Genauer ist zu sagen, daß in Paris an diesem Tage keine funktionierende Regierung bestand — Chautemps war am 10. März zurückgetreten, Leon Blum wurde erst am 13. März als neuer Regierungschef installiert. Pech für Schuschnigg — Glück für Hitler, der in der Tat Anlaß hatte, in Schuschniggs künftige Handlungen „keinerlei Vertrauen" mehr zu setzen!

---

* Ein Zeitvergleich zeigt, daß der britische Premierminister den gerade in London zu Besuch weilenden Reichsaußenminister von Ribbentrop auf ein deutsches „Ultimatum" bereits in den Mittagsstunden des 11. März ansprach, während von einem reichsdeutschen Eingreifen erst ab Nachmittag die Rede sein konnte. Der Gesandte Hornbostel ist also bei seinen Telefonaten den Ereignissen ähnlich vorausgeeilt, wie der Militärattaché Dr. Liebitzky, als er Mussolini von deutschen militärischen Vorbereitungen berichtete, die erwiesenermaßen erst mehrere Tage später ergriffen wurden.

Es stellte sich heraus, daß nicht einmal mit Schuschniggs Rücktritt das politische Tauziehen zu Ende war. Nun weigerte sich der Bundespräsident Miklas — immer noch in Anwesenheit Schuschniggs und offenbar auf dessen Rat —, einer neuen Regierungsbildung durch Seyß-Inquart zuzustimmen.
Um 17.20 Uhr erhält Göring von Dr. Mühlmann, einem Vertrauensmann Seyß-Inquarts, hinsichtlich dessen Ernennung zum Nachfolger Schuschniggs folgendes durchgesagt:

„Mühlmann: Die Situation ist so, daß der Bundespräsident noch immer die Zustimmung hartnäckig verweigert und eine diplomatische Aktion, eine offizielle, seitens des Reiches fordert. Wir wollten — drei Nationalsozialisten — ihn jetzt persönlich sprechen, um ihm nahezulegen, in dieser aussichtslosen Situation das einzig Mögliche zu tun, nämlich ja zu sagen. Er hat uns nicht einmal vorgelassen. Es sieht insofern also aus, als ob er keineswegs gewillt wäre, nachzugeben."

Das Schuschnigg-Spiel wird also weitergetrieben: Miklas will, daß Hitler o f f i z i e l l eingreift, er legt Wert darauf, daß Österreich — offenbar um den Anregungen des Quai d'Orsay nachzukommen — „vergewaltigt" wird.

Göring reißt nun die Geduld und sagt an Seyß-Inquart durch:

„Göring: Also bitte folgendes: Sie möchten sich sofort mit dem Generalleutnant Muff (deutscher Militärattaché in Wien) zum Bundespräsidenten begeben und ihm sagen: wenn er nicht unverzüglich die Forderungen — Sie kennen sie — annimmt, dann erfolgt heute nachts der Einmarsch der bereits an der Grenze aufmarschierten und anrollenden Truppen auf der ganzen Linie und die Existenz Österreichs ist vorbei! Der Generalleutnant Muff möchte sich mit Ihnen hinbegeben und verlangen, sofort vorgelassen zu werden und das auszurichten. Bitte, geben Sie uns unverzüglich Nachricht, auf welchem Standpunkt Miklas bleibt. Sagen Sie ihm, es gibt keinen Spaß jetzt . . . Der Einmarsch wird nur dann aufgehalten, und die Truppen bleiben an der Grenze stehen, wenn wir bis 19.30 Uhr die Meldung haben, daß der Miklas die Bundeskanzlerschaft Ihnen übertragen hat."

Dieses Gespräch hat um 17.20 Uhr stattgefunden.
Es vergeht wieder über eine Stunde; um 18.28 Uhr wird Göring von Wien aus verständigt:

„Muff ist jetzt oben gewesen beim Präsidenten; der hat wieder abgelehnt."

Miklas — immer unter Schuschniggs Einfluß — besteht offenbar auf dem Einmarsch. Wieder vergehen anderthalb Stunden. Um 19.57 Uhr erhält Göring immer noch den gleichen Bescheid; als er Seyß-Inquart fragt, ob jetzt endlich eine neue Regierung berufen sei, erhält er die Antwort:

„Seyß-Inquart: Das ist nach wie vor abgelehnt. Man stellt sich vor, man läßt es darauf ankommen; auf den Einmarsch; und stellt sich vor, daß nach Maßgabe des Einmarsches die Vollzugsgewalt an andere Personen übergeben wird."

Das heißt in anderen Worten: man will einen deutschen kommandierenden General haben, nicht einen österreichischen Bundeskanzler!

Nun reißt Göring wieder die Geduld — aber es ist unter Berücksichtigung aller Umstände auch heute noch kaum zu sagen, wie anders er hätte antworten sollen:

„Göring: Also gut! Ich gebe den Befehl zum Einmarsch und dann sehen Sie zu, daß Sie sich in Besitz der Macht setzen."

Damit in der Tragödie die Satire nicht fehle: nachdem der Truppeneinmarsch, den Hitler bis 20 Uhr noch hatte vermeiden wollen, befohlen und damit im Rollen ist: gegen 21 Uhr ernennt der Bundespräsident Miklas dann d o c h noch die Regierung Seyß-Inquart und bewirkt so einen legalen Übergang von Regierung zu Regierung.
Wäre diese seit Schuschniggs Rücktritt gebotene Regelung* nur eine Stunde früher getroffen worden, dann hätte der ganze „Anschluß" nicht nur vor der Welt, sondern auch vor der Geschichte ein anderes Bild gewonnen!
Die mit dieser Überstürzung des Geschehens verbundene Verwirrung sehr vieler Verhältnisse war Schuschniggs letzte Leistung in seinem fanatischen Kampf gegen Hitler.

---

* Seit den Mittagsstunden des 11. März 1938 vollzog sich in ganz Österreich eine populäre Erhebung; die Landeshauptmannschaften wurden von Nationalsozialisten übernommen, die öffentlichen Gebäude besetzt und beflaggt, die Polizei legte Hakenkreuzbinden an usw.

NACHWORT

Eine Kundgebung aus den vielen jener Tage mag zum Abschluß dieser Studie hier angefügt werden. Der vormalige Staatskanzler und nach 1945 nochmalige österreichische Bundeskanzler Karl Renner hat am 3. April 1938 einem Journalisten des „Neuen Wiener Tagblattes" auf Befragen erklärt:

„Ich habe als erster Kanzler Deutsch-Österreichs am 12. November 1918 in der Nationalversammlung den Antrag gestellt und zur nahezu einstimmigen Annahme gebracht: ‚Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik'. Ich habe als Präsident der Friedensdelegation zu St. Germain durch viele Monate um den Anschluß gerungen — die Not im Lande, die feindliche Besatzung der Grenzen haben die Nationalversammlung und so auch mich genötigt, der Demütigung des Friedensvertrages und dem bedingten Anschlußverbot uns zu unterwerfen. Trotzdem habe ich seit 1919 in zahllosen Schriften und ungezählten Versammlungen im Lande und im Reiche den Kampf um den Anschluß weitergeführt. Obschon nicht mit jenen Methoden, zu denen ich mich bekenne, errungen, ist der Anschluß nunmehr doch vollzogen, ist geschichtliche Tatsache, und diese betrachte ich als wahrhafte Genugtuung für die Demütigungen von 1918 und 1919, für St. Germain und Versailles. Ich müßte meine ganze Vergangenheit als theoretischer Vorkämpfer des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen wie als deutsch-österreichischer Staatsmann verleugnen, wenn ich die große geschichtliche Tat des Wiederzusammenschlusses der Deutschen Nation nicht mit freudigem Herzen begrüßte".

*

Es braucht nicht besonders betont zu werden, wie glücklos die weitere Entwicklung verlief, als auf den überstürzten Anschluß schon nach 18 Monaten der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges folgte. Die Eiferer der Kriegs- und Nachkriegspropaganda dulden keinen Zweifel an ihrem Glaubenssatz, daß nur Hitlers Gewalttätigkeit am Werke war. Die subtilere historische Forschung hat aber bereits entdeckt, daß — wie im Falle Österreich — weiterhin Hitlers Gegner ihm genau d a s nicht zubilligen wollten, was seine Reichsgründung am dringendsten benötigte: eine Zeit ruhiger Entwicklung und Kräftigung. So wurde alles zur Improvisation, aus der sich freilich zunächst erstaunliche Machtentfaltung entwickelte; fürs erste blieb Hitler der Nutznießer des Tempos, das andere ihm vorschrieben, schließlich aber vollzog sich die bittere Umkehr des Dramas.

Hinsichtlich dessen, was 1938 in Österreich geschah, gab es erst

kürzlich eine Diskussion zwischen zwei Gelehrten. In seiner — in dieser Studie mehrfach erwähnten „Österreichischen Zeitgeschichte" hat der Wiener Professor Mikoletzky den Abschnitt 1938—1945 ganz im Stil der derzeit geltenden offiziellen Ansichten dargestellt. Das hat den Grazer Historiker Dr. Nikolaus von Preradowitsch zur Richtigstellung einiger Tatsachen herausgefordert: *

„Die Aufgabe des Historiker ist es, des Kreises ganzes Rund aufzuzeigen, um dem Leser die Möglichkeit des Urteils zu bieten. Es ist Mikoletzky entgangen, daß neun der zwölf Gauleiter der Alpenlande, alle höheren SS- und Polizeiführer auf dem Balkan und die meisten in Galizien ebenso Österreicher waren, wie mehr als zweihundert Generale, mehr als dreihundert Ritterkreuzträger und an die sechshundert Obersten der Deutschen Wehrmacht."

Professor von Preradowitsch hätte noch hinzufügen können, daß Narvik von Kärtner Gebirgsjägern gehalten wurde, daß österreichische Soldaten deutsche Fahnen auf der Akropolis und am Elbrus hißten, daß der erfolgreichste deutsche Jagdflieger Walter Nowotny aus Niederösterreich stammte, daß Seyß-Inquart als Reichskommissar in den Niederlanden, der Wiener Bürgermeiser Dr. Neubacher als Sonderbeauftragter Süd-Ost, die Österreicher Fischböck, Kaltenbrunner. Frauenfeld, Freiherr von Wächter, Dr. Hueber und viele andere bedeutende Reichsaufgaben erfüllten und zwar durchwegs in einem Stil, der von den politischen Traditionen der einstigen österreichischen Großmacht geprägt war.

Im Zweiten Weltkrieg mußte immerhin die Schlacht von Stalingrad vorübergehen und die volle Siegerhybris zur Entfaltung kommen, bevor man sich in Washington, Moskau und London daran machte, Österreich als politisches Manöverfeld wieder zu entdecken.
Erstmals verkündeten die „Alliierten" des Zweiten Weltkrieges bei Abschluß einer Außenministerkonferenz zwischen Molotow (UdSSR), Hull (USA) und Eden (Großbritannien) in Moskau am 1. November 1943, daß „Deutschland auf die Grenzen von 1937 zu reduzieren" und Österreich wieder herzustellen sei.
Endgültig wurde Österreichs Nachkriegsschicksal am 1. Dezember 1943 abends gegen 19 Uhr auf der Stalin-Roosevelt-Churchill-Konferenz in Teheran besiegelt*. Während der letzten politischen Sitzung dieses ersten „Gipfeltreffens" kam es zu einer längeren Debatte über die künftige „Aufteilung Deutschlands". Präsident Roosevelt befürwortete die Aufteilung in fünf Einzelstaaten; der Kaiser-Wilhelm-

* Buchbesprechung in „Das Historisch-politische Buch", Göttingen, Oktober 1963, S. 308 f.

Kanal, Hamburg, das Ruhr- und Saargebiet sollten überdies internationaler Kontrolle unterstellt werden.
Churchill meinte, der Präsident habe da einen „ganzen Mund voll genommen"; er schlug seinerseits vor, sich mit einer Abtrennung Preußens zu begnügen und ganz Süddeutschland — die Pfalz, Baden, Württemberg und Bayern — einer „Donauföderation" zuzuschlagen, die — offenbar mit Wien als Hauptstadt — auch Ungarn einschließen sollte.
Stalin wandte sich sofort mit allem Nachdruck gegen diesen Plan: Deutsche Gebiete in größere Konföderationen einzubeziehen, würde nur „den deutschen Elementen eine Gelegenheit bieten, einen neuen großen Staat aufzubauen". In Stalins Augen gab es nur e i n e Gefahr: „die Wiedervereinigung von Deutschland". Von deutscher Seite werde immer wieder danach gedrängt werden und es werde die Hauptaufgabe der künftigen Internationalen Organisation sein, diese Tendenz der Deutschen zu neutralisieren und „gegen sie wirtschaftliche und andere Maßnahmen und — falls nötig — Gewalt anzuwenden, um ihre Einigung und Wiederbelebung zu verhindern".
Churchill erkundigte sich bei Stalin, ob der Marschall sich ein Europa der „kleinen Staaten" vorstelle, „zerstückelt, aufgeteilt und schwach".
Stalin antwortete: „Nicht Europa, wohl aber Deutschland".
Und Präsident Roosevelt gab seine Meinung dahin kund, daß Deutschland „eine viel geringere Gefahr für die Zivilisation darstellte, als es 107 Provinzen hatte". (a. a. O. S. 603).

*

In diesem Punkte gehen die Ansichten seit Jahrhunderten auseinander und auch heute haben sie sich noch nicht vereinigen können: die einen glauben, die Kraft und Macht eines politisch geeinigten deutschen Volkes sei für die anderen europäischen Nationen eine unerträgliche Last und Gefahr, wir aber sind überzeugt, daß es keinen Frieden ohne Ordnung geben kann und daß diese Ordnung eine Anerkennung des Rechtes der Deutschen auf ihren Staat voraussetzt.
So war und ist und bleibt der Zusammenschluß des ganzen deutschen Volkes ein Kernproblem der modernen europäischen Geschichte und Politik.
Sehr viele ereignisvolle Jahre waren bereits von deutscher Sehnsucht und Enttäuschung erfüllt und überschattet — 1806, 1814, 1848, 1866. In unserem Jahrhundert: 1918, 1938, 1945 . . .
Gewiß ist, daß diese Aufgabe groß und ernst so lange vor uns steht bis sie wirklich gemeistert ist.

ERGÄNZUNGEN

Zur Vorgeschichte des 30. Januar 1933

Ein Briefwechsel mit Reichskanzler a. D. von Papen

Leoni, den 26. Februar 1963

Sehr verehrter Herr von Papen!

Für die freundliche Übersendung Ihrer wichtigen Schrift „Einige Bemerkungen zum Buch ‚Reichswehr, Staat und NSDAP' von Dr. Thilo Vogelsang", in der Sie zu einer Veröffentlichung des Münchner Instituts für Zeitgeschichte kritisch Stellung nehmen, danke ich Ihnen aufrichtig. Zweifellos sind Berichtigungen zu solchen Publikationen geradezu unerläßlich, um künftige Historiker der heute üblichen „Gehirnwäsche" nicht völlig auszuliefern.

Mit größtem Interesse habe ich Ihre überzeugenden Ausführungen zu der — erfreulicherweise auch von Dr. Vogelsang fallengelassenen — Legende von einer Osthilfe-Intrige beim Sturz Brünings sowie Ihre Klarstellung des 20. Juli 1932 gelesen.

Der zweite Teil Ihrer Schrift regt mich zu einigen Erwägungen an, die ich mir nachstehend zu skizzieren erlaube, wobei der Fragecharakter mancher Bemerkung offenkundig ist.

Vermutlich kennen Sie, sehr verehrter Herr von Papen, meine 1959 erstmals erschienene Studie „Das Dritte Reich — Eine Richtigstellung in Umrissen". Darin habe ich die Vorgänge des Sommers und Herbstes 1932 nur sehr knapp gestreift. Diese stehen dennoch lebhaft vor meiner Erinnerung; ich war damals studentischer Mitarbeiter des Pressechefs der NSDAP, späteren Reichspressechefs Dr. Dietrich. Sie erinnern sich gewiß noch, daß Dr. Dietrich ein ruhig urteilender Mann war; er zog mich — so jung ich war — schon damals oft ins Vertrauen und ich kenne also die Atmosphäre jener entscheidungsreichen Monate von der „anderen Seite" her.

Das innenpolitische Problem jener Jahre drückte sich nach meiner Ansicht — sehr im Gegensatz zu den heutigen Darstellungen — keineswegs darin aus, die Weimarer Verfassung vor Hitler zu retten. Dieser hatte sich seit 1925 zur Legalität entschieden und niemand — wahrscheinlich auch er selbst nicht — hat damals an einen „Führer-Staat" gedacht. In Wirklichkeit mußten doch der Reichspräsident und seine Berater schon seit dem überraschenden Wahlsieg der NSDAP vom

14. September 1930 und der anschließenden innenpolitischen Entwicklung in gleicher Richtung die „Öffnung nach rechts" als die ihnen vorgezeichnete Richtlinie erkennen. Das demokratische Prinzip — gleich welcher Verfahrensart — gilt nicht der Konservierung der jeweils an der Macht befindlichen Parteien, es findet seinen Sinn in der Ermöglichung auch ernsthafter außen- oder innenpolitischer Kursänderungen. Die Politik Brünings, die politischen Konsequenzen des sich deutlich genug abzeichnenden innerdeutschen Meinungswandels mit Hilfe des Notstands-Artikels 48 der Weimarer Verfassung aufzuhalten, konnte — wenn überhaupt — nur kurzfristig zulässig und jedenfalls nur dann erfolgreich sein, wenn es ihm in dieser Frist gelang, die Wirtschaftskrise zu meistern und die Versailles-Revision durchzusetzen: das waren die beiden Themen, mit denen Hitler in zunehmendem Ausmaß die Zustimmung der deutschen Öffentlichkeit gewann.

Von solchen Gesichtspunkten aus kommen mir Zweifel, ob Ihr Urteil über die „zu Mehrheitsbildungen unfähige Weimarer Demokratie" in dieser Schärfe zutrifft. Eine solche Lage war nur dadurch eingetreten, daß nach den Septemberwahlen 1930 der Weg einer großen Koalition nach r e c h t s bewußt nicht beschritten wurde, obwohl er hätte beschritten werden können! Damals wäre das Angebot der Vizekanzlerschaft an Hitler ein angemessener und nützlicher Schritt zur Erhaltung des Weimarer Staatsgefüges gewesen; eine der NSDAP aufgrund des Wahlergebnisses im Herbst 1930 ernsthaft angetragene Regierungsbeteiligung hätte Hitler nicht ablehnen können, sie hätte ihn und seine Partei mit der bestehenden Verfassung und auch mit der Institution des Parlaments unvermeidlich eng verknüpft. Hitler war zwar ganz gewiß zu einer ernsthaften Änderung der Reichspolitik, aber noch keineswegs zum „Umsturz gesinnt" wie die Formel des „Instituts für Zeitgeschichte" lautet. Es wäre angezeigt gewesen, ihm die Durchsetzung seiner politischen Ziele im Rahmen der Weimarer Verfassung zu ermöglichen, statt ihn in eine so krasse Oppositionstellung zu manövrieren, wie es schließlich geschehen ist.

Brüning hat dann im Frühjahr 1932, worauf Sie interessant hinweisen, dem Reichspräsidenten den Gedanken vorgetragen, nach den preußischen Landtagswahlen des 24. April 1932 werde der geeignete Moment kommen „im Reich und in Preußen homogene Regierungen vom Zentrum bis zur Rechten zu bilden".

Im Falle einer ernsthaften Bereitwilligkeit dieser Art hätte Brüning dem Reichspräsidenten, dem deutschen Volk und auch Hitler die unerquicklichen beiden Reichspräsidenten-Wahlen des März und April 1932 von vornherein ersparen können, wie Sie in Ihren Bemerkungen überzeugend verdeutlichen.

Nach der Hindenburg-Wahl „mit verkehrten Fronten" — ein treffender Ausdruck — betrieb Brüning anstatt einer Regierungsbildung „vom Zentrum bis zur Rechten" zunächst die makabre Demonstration des SA-Verbotes. In einer kürzlich ebenfalls unter der Aegide des Institutes für Zeitgeschichte erschienenen, deshalb mit Vorsicht aufzunehmenden, aber im Ganzen doch redlichen Arbeit des früheren SA-Gruppenführers Bennecke* über „Hitler und die SA" wird auf eine recht aufschlußreiche Komponente dieses SA-Verbotes hingewiesen (a.a.O. Seite 182): danach äußerte General von Hammerstein bereits im Mai 1932, die Urheber des SA-Verbotes im Reichsinnenministerium hätten mit „Provokations-Absicht" gehandelt und die SA „reizen" wollen, damit sie sich „wehre". Dadurch sollte es zu einem „Aufstand der SA" kommen, der dann den „Ausnahmezustand und Absage der Preußenwahlen" auslösen könnte.

Diese Pläne habe das Reichswehrministerium dadurch durchkreuzt, daß es der SA-Führung den Termin der bevorstehenden Polizei-Aktion mitteilen ließ und den Rat erteilte, „sich zu fügen". Diese Informationen dürften zutreffen. Ich kann mich persönlich gut daran erinnern, daß wir im Münchner „Braunen Haus" die Büros der SA-Führung längst ausgeräumt hatten, als am 13. April 1932 die Polizei schließlich erschien und SA-Akten beschlagnahmen wollte. Über Himmlers Arbeitszimmer lachte das ganze Haus — es war mit einem Schild versehen: „Büro des Reichstagsabgeordneten Himmler", aber im Raum befand sich keinerlei Einrichtungsgegenstand und auch kein Blatt Papier mehr, nur der Telefon-Apparat stand einsam auf der Heizung. Zweifellos hat die Episode des SA-Verbotes dazu beigetragen, ein gewisses — wie wir heute wissen, völlig unbegründetes — Vertrauen Hitlers zu General von Schleicher zu begründen.

Als dann Brüning gestürzt war und Ihre Kanzlerschaft angekündigt wurde, erschien es uns in München als ausgemacht, daß dadurch der Weg zur Bildung einer Regierung Hitler vorbereitet werden sollte. Die Weisung an unsere Parteizeitungen lautete: Die Regierung Papen wird „toleriert". Als die wirklich wichtigen Ereignisse erschienen uns die Aufhebung des SA-Verbots, die Auflösung des Reichstages und die Ansetzung neuer Reichstagswahlen. Insbesondere der letzte Akt konnte in München eigentlich garnicht anders beurteilt werden, denn als Ausdruck des Willens des Reichspräsidenten, nun wieder verfassungsmäßige Zustände herbeizuführen und das Seinige dazu beizutragen, daß nach Zusammentritt des neuen Reichstages Hitler als Führer der stärksten Partei eine Koalitionsregierung bilden könne.

---

* Besprechung dieses Buches siehe Seite 185 ff.

Das mußte dann auch der Zeitpunkt sein, um die Lage in Preußen und anderen Ländern zu regeln.
Heute ist wohl ziemlich klar, daß General von Schleicher in jenen Tagen recht unterschiedlich argumentierte: dem Reichspräsidenten scheint er die Aussicht auf ein Ende des Notverordnungs-Regimes vor Augen geführt zu haben, ohne dabei mit voller Klarheit zu verdeutlichen, daß dies unter Respektierung der Weimarer Verfassungspraxis nach erfolgter Neuwahl aller Wahrscheinlichkeit nach die Berufung Hitlers in das Kanzleramt bedeuten mußte. (Wer die Stimmungmache gegen den angeblich „böhmischen Gefreiten" bei Hindenburg in Gang gesetzt hat, wird kaum mehr nachweisbar sein; sie war schließlich auch für ihre Urheber ein Fehlschlag, jedenfalls in der Zeit nach dem 30. Januar 1933, als Hindenburg sein Urteil nachdrücklich revidierte.) Ihnen gegenüber operierte General Schleicher mit dem Gedanken eines auch nach der Reichstagswahl weiterhin im Amte verbleibenden Präsidial-Kabinetts. Ihre Idee einer Wahlrechtsreform interessierte ihn freilich wenig. Solche Maßnahmen wären ja wohl besser vor der vorzeitigen Auflösung des Reichstages in Gesetzesform gebracht und dann bereits für die Neuwahl angewandt worden.
Für Hitler dagegen konnte Schleichers Einverständnis mit sofortiger Neuwahl — und damit mit der Erwartung, daß die NSDAP als die weitaus stärkste Partei im neuen Reichstag vertreten sein werde — garnichts anderes bedeuten als die indirekte Zusage des Auftrags der Regierungsbildung nach dem 31. Juli 1932.
Schleichers eigenes Kalkül aber war — wie sich in den folgenden Monaten zeigte — nicht auf tatsächliche Heranziehung, sondern auf Zermürbung und schließlich Spaltung der NSDAP ausgerichtet.
Das erste in München erkennbare Anzeichen, daß unsere Rechnung nicht stimmte, war Ihre Preußen-Aktion v o r der Reichstagswahl. Ich gehörte nicht zur „internen Führung der NSDAP", aber ich möchte meinen, daß Ihre Bemerkung, diese sei über Ihre Aktion „bekümmert" gewesen, dem Sinne nach richtig formuliert ist. Es handelte sich jedenfalls um eine demonstrative Vorwegnahme von politischen Entscheidungen, die erst n a c h der Reichstagswahl und unter Fühlungnahme mit der NSDAP als der stärksten Partei auch des preußischen Parlaments erwartet wurden. So überzeugend nötig und richtig es war, die Dinge in Preußen in Ordnung zu bringen — unmittelbar „Gefahr im Verzug" bestand wohl nur in der Phantasie des Generals von Schleicher und die unerfreulichen Verhältnisse, die hinsichtlich der preußischen Staatsregierung seit Monaten eingetreten waren, hätten noch zwei Wochen geduldet werden können. Statt dessen hat Schleicher Sie bei Ihrer Rückkehr aus Lausanne alarmiert und wohl nur Ihre Signatur benötigt, um die Aktion s o f o r t auszulösen.

Meine Deutung geht dahin, daß der 20. Juli 1932 zwar gewiß nicht ein Vorspiel zum 30. Januar 1933, wohl aber zum 13. August 1932 gewesen ist und daß auch für die Ereignisse dieses Tages General Schleicher die Weichen gestellt hat.
Ein im Rahmen der Verfassung handelnder, des zweifelhaften Regierens mit Hilfe des Artikels 48 überdrüssiger Reichspräsident mußte sich nach dem Wahlergebnis des 31. Juli 1932 um das Zustandekommen einer Koalitionsregierung bemühen und Hitler als Kanzler akzeptieren — warum sonst hätte man den Reichstag neu gewählt?! Dem Reichswehrminister allerdings konnte diese logische Schlußfolgerung unerwünscht sein, weil sein Amt sich dann wieder auf das Fachliche reduzierte.
Wir in München haben damals freilich nicht Schleicher als den Initiator der Zurückweisung Hitlers durch Hindenburg und als den Urheber des Fiaskos des 13. August angesehen, sondern vermutet, I h r Ehrgeiz, Kanzler zu bleiben, sei das entscheidende Moment gewesen. Meinen Chef Dr. Dietrich hat damals ganz besonders das propagandistisch gefärbte Kommuniqué der Presseabteilung der Reichsregierung empört, in dem Hitler unterstellt wurde, er habe verlangt, „ihm die Führung der Reichsregierung und die Staatsgewalt in vollem Umfang zu übertragen". Hitler ließ diese Darstellung bekanntlich sofort dementieren; er habe nur die „Führung der Regierung" beansprucht. Aber die Legende nahm ihren Lauf. Dietrich hat mir den Vorgang später als Beispiel dafür genannt, daß „eine unzutreffende Nachricht oft überzeugender wirkt als das beste Dementi". Sie weisen nun in Ihrer Schrift in bemerkenswerter Weise darauf hin, daß „der ganze Apparat der öffentlichen Meinungsmache in Schleichers Händen lag".
Daß Hitler als anerkannter Führer der stärksten Partei und als ein Mann, der erst kurz vorher über 13 Millionen direkte Wählerstimmen auf seinen Namen vereinigen konnte, Anspruch darauf hatte, mit der Regierungsbildung beauftragt und bei seinen Bemühungen vom Reichspräsidenten unterstützt zu werden, daß in der eingetretenen Lage das Ansinnen einer Vizekanzlerschaft den Charakter einer Herausforderung hatte und daß die Entscheidung zum „Kampf" bereits vor Beginn der ersten Fühlungnahmen zwischen Ihnen und Hitler gefallen war — über all das konnte und kann es doch kaum einen Zweifel geben. N a c h der Reichstagswahl hätte ein Verzicht Hitlers auf ein Amt, das in den anderthalb Jahrzehnten vorher schon von so schlichten Politikern wie Fehrenbach oder Hermann Müller bekleidet worden war, doch geradezu als Erklärung eigener Unfähigkeit wirken müssen.
In Ihren Memoiren („Der Wahrheit eine Gasse", S. 223) vermerken Sie Schleichers Ansicht zu den Ereignissen des 13. August 1932: Hitlers Ablehnung des Vizekanzlerpostens werde sich „verheerend auf seine

Bewegung auswirken". Das war zweifellos die Absicht des anders unverständlichen Arrangements.
Aber wenn diese Erwartung sich nicht erfüllte — wie dies bekanntlich der Fall war — dann konnte am Ende des innenpolitisch fast unverändert wieder aufgenommenen Brüning-Kurses eigentlich nur der „Staatsstreich von oben" stehen, ob es sich dabei um eine „Änderung des Wahlrechtes" (sie durfte sich kaum in der Einführung des englischen Wahlverfahrens erschöpfen, denn dieses hätte mit seiner Bevorzugung der Großparteien nur Hitler genützt) handeln sollte oder einfach um militärischen Ausnahmezustand — das war nur ein Unterschied der äußeren Form. W i r k s a m e Maßnahmen gegen die NSDAP waren ohne Beendigung der Weimarer Legalität nicht denkbar und selbstverständlich war dann auch Hitler seines Legalitätseides entbunden und stand vor der Frage: Kapitulation oder Aufstand?
Schleichers Kanzlerschaft brachte Anfang Dezember 1932 den Versuch mit seinem letzten Auskunftsmittel: die NSDAP zu spalten und dadurch vielleicht die Voraussetzungen für eine ohne unmittelbare Bürgerkriegsgefahr realisierbare Militärdiktatur zu schaffen. Zur Durchführung dieses seines letzten Schachzuges haben Sie den Kanzlerposten für Schleicher freigegeben, aber bereits wenige Tage später mußten Sie feststellen, daß auch die Rechnung mit Gregor Strasser ein schlichter Irrtum Schleichers* gewesen ist. Von einer „Spaltung" der NSDAP konnte bereits am 16. Dezember 1932 — dem Tage Ihres Zusammentreffens mit Herrn von Schroeder — nicht mehr die Rede sein. Der von Ihnen erwähnte Irrtum Vogelsangs, der das Datum des Herrenklub-Essens falsch auf den 10. 12. datierte, ist gewiß von Bedeutung. Über die kurzfristige „Krise" der NSDAP berichteten die Zeitungen des 9. Dezember. An diesem Tage hat Strasser alle Parteiämter niedergelegt. In den darauffolgenden Tagen zeigte sich, daß er ohne Anhang blieb und daß die ganze NSDAP immer noch unter Hitlers Führung stand.
Angesichts dieses raschen Ablaufs der Ereignisse verstehe ich nicht recht, weshalb Sie sich gegen die Vorstellung wenden, Sie hätten am 16. Dezember in vertraulichen Gesprächen an Schleicher Kritik geübt. Das war an diesem Tage — nachdem Schleichers innenpolitischer Plan offenkundig gescheitert war und seine dürftige Rundfunkansprache vom 15. 12. allenthalben erörtert wurde — gewiß keine „Illoyalität" gegenüber dem amtierenden Reichskanzler. Zu diesem Zeitpunkt

---

* Von einer gut unterrichteten Persönlichkeit wurde ich darauf hingewiesen, daß auch der später als wichtige Figur des Widerstandes gegen Hitler bekanntgewordene Admiral Canaris an der Affäre Strasser mitgewirkt hat. Er vermittelte den Besuch eines Gauleiters der NSDAP beim neuernannten Reichskanzler Schleicher.

waren Sie zu ernster Lagebeurteilung auch dem Reichspräsidenten gegenüber berechtigt, wenn nicht sogar verpflichtet, da dieser Sie doch gewiß nur deshalb gebeten hatte, „in seiner Nähe zu bleiben", weil er Ihre Ansichten über den weiteren Gang der Dinge auch dann hören wollte, wenn sie nicht mit denen des Generals Schleicher übereinstimmten.
Nachdem Reichskanzler Schleicher bereits innerhalb weniger Tage wieder vor der gleichen Frage stand, wie Sie am Ende Ihrer Regierungstätigkeit: Staatsstreich oder Kanzlerschaft Hitler, war es doch offenkundig unerläßlich, endlich das zu tun, was jedenfalls nach dem 31. Juli hätte geschehen sollen: ernsthaft zu erkunden, wie Hitler sich eigentlich eine mit seiner Zustimmung zu bildende Reichsregierung vorstellte.
Alle verfügbaren Quellen — auch die von Ihnen angefochtenen Aufzeichnungen von Frau von Ribbentrop — bestätigen freilich, daß Sie Hitler gegenüber bis kurz vor dem 30. Januar es als unmöglich bezeichnet haben, den Reichspräsidenten zur Nachgiebigkeit in der Kanzlerfrage zu bewegen. Das zeigt, daß Sie ein kluger Diplomat sind und so haben Sie ja tatsächlich bewirkt, daß im Kabinett des 30. Januar 1933 die NSDAP — außer dem schließlich zugestandenen Kanzlerposten und dem Reichsinnenministerium — keine wichtigen Positionen besetzte. Andererseits war doch schon zu Beginn der Kontaktaufnahme mit Hitler auf Seiten aller Beteiligten — einschließlich des Reichspräsidenten — von vornherein damit zu rechnen, daß es sich nicht einfach um die Wiederholung der Situation des 13. August handeln würde. Auch die Formel eines „Duumvirates" Schleicher — Hitler, die Sie am 4. Januar 1933 in Köln in die Debatte warfen, machte deutlich, daß es schließlich doch irgend etwas Neues zu verhandeln gab. Daß Sie freilich damals nicht an ein Ausscheiden Schleichers aus der Politik dachten und schon deshalb ihm gegenüber nicht „illoyal" handelten, geht ebenfalls aus den Berichten jener Tage deutlich genug hervor. Schleicher hätte wohl gewiß in der Kombination des 30. Januar 1933 eine Rolle gespielt, wenn er sich nicht durch sein Verhalten selbst ausgeschaltet und das Vertrauen des Reichspräsidenten völlig verloren haben würde. Auch Hitler sprach sich offenbar erst am 21. Januar dahin aus, daß er „Schleicher nicht einladen will" (vergl. Ribbentrop „Zwischen London und Moskau", S. 39).
Andererseits war Schleichers Alternative „Militärdiktatur" damals längst kein Geheimnis mehr. Man durfte und darf aber wohl auch rückblickend sagen, daß Hindenburg mit Recht zögerte, einem solchen Schritt zuzustimmen. Sie kritisieren mit guten Gründen die „Komödie des Ott-schen Vortrages" — das war wirklich ein erstaunliches internes Vorspiel Ihres Rücktrittes von der Kanzlerschaft. Herrn von Schleicher

hätte es gewiß besser angestanden, Ihnen von vornherein klaren Wein darüber einzuschenken, daß an einen militärischen Einsatz der Reichswehr zur Niederschlagung der NSDAP nicht ernstlich zu denken war. Er konnte freilich auch unter vier Augen so offen kaum sprechen, sonst hätten Sie wahrscheinlich schon sein Manöver vom 13. August 1932 nicht gebilligt. Die 100 000 Mann Reichswehr mit einem kritischen jungen Offizierskorps (auch der spätere Oberst Graf Stauffenberg war bekanntlich damals noch nationalsozialistisch gesinnter Leutnant) war weder zahlen- noch willensmäßig bereit, eine offenkundig uferlose, rein innerpolitische Kampfaufgabe zu übernehmen. Hätten in diesem Falle die Russen nicht gewiß Mittel gefunden um den „Rotfrontkämpferbund" der KPD wirksam zu bewaffnen? Wären die Polen an den Ostgrenzen ruhig geblieben? Ich glaube, daß der Reichspräsident in der Frage des Einsatzes der Reichswehr zu umfangreichen und langwierigen Experimenten als erfahrener Oberbefehlshaber von sich aus das richtige Urteil gewonnen hatte.

In Ihrer Schrift spielt das Schreiben eine Rolle, das der spätere Staatssekretär Keppler am 19. Dezember 1932 an Hitler richtete und in dem er ihn informiert, Herr von Schroeder sei mit Ihnen am 16. 12. zusammengetroffen und habe den Eindruck gewonnen, Sie hielten eine „baldige Änderung der politischen Dinge für möglich" und träten voll für Hitlers Kanzlerschaft ein. Der letztere Punkt der Schroeder-Keppler-Information war — wie erwähnt — gewiß unzutreffend. Andererseits konnte eine Zusammenkunft Hitlers mit Ihnen wahrscheinlich nur dann zustande kommen, wenn Hitler sich vorher darüber Rechenschaft ablegte, daß seine bisherigen Urteile über Sie bzw. über Schleicher einer Revision bedurften.

Noch Ende August war Herr von Ribbentrop in Berchtesgaden auf Hitlers Widerspruch gestoßen, als er sagte, daß „mit Schleicher nicht loyal zusammen zu arbeiten" sei, während „Herr von Papen ein Ehrenmann sei" (vergl. Ribbentrop a.a.O. S. 36). Hitler dagegen zeigte sich damals Ihnen gegenüber von „heftigem Groll" erfüllt und wollte „eine Regierungsbildung mit General von Schleicher". Wer immer einen persönlichen Kontakt mit Ihnen und Hitler herzustellen beabsichtigte, mußte zunächst dessen Urteil über die Vorgänge des 13. August revidieren — und diesem Zwecke dienten gewiß die Informationen Schroeder-Keppler über Schleichers Taktik des „Torpedo"-Schießens und Ihre Kritik daran, sowie die Andeutung, daß der 13. August Herrn von Schleicher zu verdanken sei. Ganz aus der Luft gegriffen und völlig frei erfunden dürfte diese Orientierung nicht gewesen sein — weder Schroeder noch Keppler konnten riskieren, daß Hitler Sie in Köln sprechen und dabei ganz anders lautende Feststellungen über Ihre Ansichten treffen würde.

Da Schleichers innenpolitisches Rezept inzwischen bereits verbraucht, Ihre Kritik an seinen Praktiken berechtigt war und Sie überdies wußten, daß Hindenburg einen militanten Staatsstreich nicht riskieren wollte, würde ich an Ihrem Verhalten auch dann nichts Tadelnswertes finden, wenn Sie wirklich Herrn von Schroeder bereits am 16. 12. 32 offen die Erklärungen gemacht hätten, die in Kepplers Briefen erwähnt werden. Es leuchtet jedoch ein, daß Sie in jenen schwierigen Tagen sich nicht so gerade heraus geäußert haben, sondern daß der Keppler-Brief auf mehr allgemeinen Eindrücken und Urteilen beruht, die Herr von Schroeder gewonnen hatte und die in der Wiedergabe gewiß noch verstärkt wurden, um Hitlers naheliegende Besorgnis zu überwinden, es werde ihm in Köln eine ähnliche politisch-propagandistische Falle gestellt, wie im August in Berlin.

Aus meiner umständlichen Erörterung der präliminaren Einzelheiten, die schließlich und endlich doch zur Kanzlerernennung Hitlers führten (wobei es nicht übermäßig wichtig erscheint, wann und wie die einzelnen Fühlungnahmen zwischen dem 4. und dem 29. Januar stattgefunden haben) geht wohl eines klar hervor: daß Sie in diesen Wochen nichts anderes taten als das, was bereits ein Jahr zuvor Brüning dem Reichspräsidenten als seine künftige Innenpolitik vortrug und was nach dem 31. Juli 1932 offenkundiges Gebot der Stunde war: Hitler nach den Regeln der Verfassung zur Regierungsverantwortung heranzuziehen. Unter Brüning und noch im Sommer 1932 hätte dies eine NSDAP-Zentrums-Koalition bedeutet, die Hitler gewiß nicht angenehm gewesen wäre, aber die er als unvermeidlich akzeptiert hätte, wenn auch Hindenburg sie unterstützte.

Die Koalition des 30. Januar 1933 sah statt eines parteipolitischen Gegengewichts in der Regierung Hitler eine Beschränkung seiner Rechte als Regierungschef vor: sowohl außen- wie wehrpolitisch sollte doch damals noch dem Reichspräsidenten das entscheidende Wort reserviert bleiben und der Kanzler überdies nur in Ihrer Gegenwart vortragen dürfen.

Ich staune noch heute, daß Hitler diesen sachlich sehr einschränkenden und persönlich geradezu verletzenden Bedingungen zustimmte. Die nach dem 30. Januar 1933 weit verbreitete — auch von Brüning geteilte — Auffassung, das „Experiment Hitler" werde in Kürze scheitern, war angesichts der ungewöhnlichen Konditionen dieser Regierungsbildung gewiß nicht unbegründet. Man darf es als echten „Treppenwitz der Geschichte" bezeichnen, daß ausgerechnet Sie, der Sie diese verblüffenden, bei keiner vorhergegangenen Regierungsbildung praktizierten Beschränkungen des Kanzleramtes durchsetzten, heute als „Hitlers Steigbügelhalter" deklariert werden. Wenn überhaupt geschichtliche Vorgänge mit polemischen Floskeln bezeichnet werden

können, dann wären sie gewiß nur anwendbar auf den verfassungsmäßig allein wichtigen Vorgang der Annahme des Ermächtigungsgesetzes vom 23. März 1933. An diesem Tag hat der Reichstag mit den Stimmen jener Mittel-Parteien, die im Vorjahr noch Hitlers gewichtige Koalitionspartner hätten sein können, das tatsächliche Ende der Weimarer Republik bewirkt.
Ich hoffe sehr, mit diesen Anmerkungen zu Ihrer Schrift Ihre freundliche Aufmerksamkeit nicht über Gebühr in Anspruch genommen zu haben — das Thema ist gewiß bedeutsam genug, um von a l l e n Seiten her diskutiert zu werden.
Meine These: eine Demokratie bewähre sich als I n s t i t u t i o n und ein Verfassungsinstrument sichere sich seine D a u e r erst dann und nur dadurch, daß auch eine vom Volkswillen gewünschte Änderung des allgemeinen politischen Kurses gestattet ist und ermöglicht wird, steht in scharfem Gegensatz zur Theorie der heutigen „Zeitgeschichtsschreibung", die spätere Diktatur Hitler hätte durch präventive Diktatur der Weimarer Instanzen verhindert werden sollen. Ich bin persönlich der Ansicht, daß die deutsche Entwicklung beträchtlich ausgeglichener — und damit glückhafter — verlaufen wäre, hätte man der NSDAP die Chance, die ihr das Volk zusprach, nicht erst nach völliger Erschöpfung aller — auch recht zweifelhafter — Gegenmittel und nach Mobilisierung wildester Leidenschaften eingeräumt. Künftige Historiker, die die Dinge „sine ira et studio" würdigen, werden für eine solche Deutung auch manche Argumente aus der Persönlichkeit Hitlers anführen können . . .

Mit verbindlicher Empfehlung
Ihr sehr ergebener
gez. Helmut Sündermann

*

Obersasbach, 28. Februar 1963

Lieber Herr Sündermann

Ihre so ausführliche Antwort auf meine kleine Broschüre zu Vogelsangs Buch hat mir eine besondere Freude bereitet, für die ich mich herzlich bedanke. Sie zeigte mir vor allem, daß es doch nützlich ist, zur Klärung mancher Fragen beizutragen und eben zu solcher Diskussion anzuregen.
Ich will daher versuchen, zu einzelnen Ihrer Fragen Stellung zu nehmen. Ihr damaliger Chef Dr. Dietrich ist mir in allerbester Erinnerung ge-

blieben. Mit ihm war jederzeit eine Diskussion über strittige Fragen möglich und nützlich, da sein Urteil abgewogen.
Zunächst haben Sie gewiß recht zu sagen, es sei niemals das innenpolitische Problem der Jahre ab 1930 gewesen, die Weimarer Verfassung vor Hitler zu retten. Das Problem war, sie vor s i c h s e l b s t zu retten!
In allen meinen Schriften habe ich bisher die Auffassung vertreten, seit dem Rücktritt des Reichskanzlers Müller habe es nur die Alternative gegeben, eine Reform der Weimarer Verfassung (um ihre Funktionsfähigkeit wiederherzustellen) mit $^2/_3$ Majorität oder zwangsweise durchzuführen, oder Hitler die Kanzlerschaft anzutragen.
Brüning hatte zweifellos die Empfindung, in einer „Öffnung nach rechts" versuchen zu sollen, den zweiten Weg zu gehen. Er hat sich aber viel zu spät dazu entschlossen, weil er es nicht mit der SPD verderben wollte — ja nicht einmal mit ihr die Preußenfrage zu ordnen. Der Artikel 48 war gewiß nur ein Mittel kurzfristiger Anwendung, mit dem Ziele, die Wirtschaftskrise zu meistern und in Lausanne eine Revision von Versailles durchzusetzen. Für das erste lief ihm die Zeit fort mit erfolglosen Deflations-Versuchen. Lausanne für das zweite Ziel zu benutzen — dieser Gedanke ist ihm offenbar garnicht gekommen.
Nun bin ich nicht Ihrer Meinung, ein „nützlicher Schritt zur Erhaltung des Weimarer Staatsgefüges" hätte eine mit Hitler abgeschlossene Rechtskoalition sein können, oder solch' Schritt hätte Hitler mit der bestehenden Verfassung und der Institution des Parlaments „unvermeidlich eng verknüpft".
Sie übersehen dabei m. E. die Unmöglichkeit, mit dieser Verfassung jemals zu einer funktionierenden Demokratie zu kommen. Das hat man uns mit 32 Parteien doch ad oculos demonstriert. Gerade Hitler, wenn man ihm 1930, anstatt am 13. 8. 1932, die Vizekanzlerschaft angeboten hätte, würde wahrscheinlich als e i n e Vorbedingung stipuliert haben, man müsse — wenn nicht mit $^2/_3$ Majorität, dann auf dem Wege des Plebiszits — zu einer neuen Wahlordnung kommen. Darin hätte eine mögliche Rettung gelegen, weil die Reichswehr, und damit der Reichspräsident außerhalb des Konfliktes geblieben sein würden.
Mit Recht kritisieren Sie die Auffassung, Hitler sei schon damals „auf Umsturz gesinnt" gewesen. Auch ich hatte das schon zurückgewiesen. Sehr aufschlußreich ist Ihre mir bisher unbekannte Version, das SA-Verbot sei provokativ vom Reichsinnenministerium vorbereitet worden, um so an den April-Wahlen für den Preußischen Landtag vorbeizukommen. Sehr erklärlich die daraus resultierende Sympathie Hitlers für Schleicher.
In den Monaten Juni/Juli 1932 hatte Schleicher sowohl mir als Hinden-

burg gegenüber niemals von einem Ende des Notverordungs-Regimes gesprochen. Da es unser wichtigstes politisches Ziel sein mußte, durch ein umfassendes Arbeitsbeschaffungsprogramm auch den politischen Radikalismus abzubauen, sollte dies Programm auf dem Wege des Artikel 48 verkündet werden — in der Hoffnung, der am 31. 7. 1932 zu wählende Reichstag werde der Regierung Zeit und Chance geben, den Erfolg sichtbar zu machen. Gleichzeitig, und unter dem psychologischen Einfluß des Kampfes gegen die Weltwirtschaftskrise, wurde gehofft, dann im August eine Beteiligung Hitlers an einer Koalition zu erreichen. Mein Angebot an Hitler vom 13. August, das mit Schleicher nicht abgesprochen war, enthielt das formelle Versprechen, den Kanzlerstuhl für Hitler zu räumen, sobald nach der Zusammenarbeit von einigen Monaten, der Reichspräsident den Eindruck gewonnen haben würde, daß die NSDAP sich den Regeln der parlamentarischen Demokratie einfüge.

Die Idee einer Reform der Weimarer Verfassung interessierte Schleicher überhaupt nicht. Die Gespräche darüber, im Kabinett und außerhalb, sind während meiner Lausanner Abwesenheit sehr ungeschickt geführt worden. Einen Reformgesetz-Entwurf solcher Art v o r der Reichstags-Auflösung einzubringen, hätte das innenpolitische Chaos nur vergrößern können.

Nach seiner geheimen Besprechung mit Hitler am 5. August ist Schleicher eine Zeit lang offenbar der Ansicht gewesen, man müsse Hitler zum Kanzler machen. Nachdem seine Vorgespräche mit Hitler, die zu meiner Kabinettsbildung führten, den Eindruck bei Hitler hinterlassen hatten (auch Zurücknahme des SA-Verbots), man werde nach den Juli-Wahlen ihn mit Bildung einer Koalitionsregierung beauftragen, ist mir heute psychologisch ganz verständlich, was ich damals nicht begreifen konnte: mangels jeder offenen Aussprache mit mir!

Die Preußen-Aktion vom 20. 7. 1932 war, von mir aus gesehen, nicht aufschiebbar. Ich hätte sie auch nicht aufgeschoben, wenn man mir gesagt hätte, diese Aktion müsse Hitler vergrämen und ein gemeinsames Handeln nach der Wahl zerschlagen. Es handelte sich nicht um diese zehn Tage Aufschub. Der nach Aufhebung des SA-Verbots erneut einsetzende Straßen-Terror und die langsame Auflösung der öffentlichen Ordnung war angesichts der Passivität der preußischen Polizei nicht länger tragbar. Wir hätten dann für eine Probe-Koalition mit Hitler jedenfalls die Hand auf diesem Ordnungsinstrument Preußens gehabt.

Der innere Kampf Schleichers um seine Stellungnahme zum 13. 8. ist mir in seiner Tragweite damals nicht bewußt geworden. Wie sonst hätte ich ein wirklich ehrlich gemeintes Angebot an Hitler richten können — ein Angebot nicht „for show", sondern in der starken Hoffnung auf Aufnahme? Es kann daher keine Rede sein, das Spiel sei von

mir aus längst v o r dem 13. 8. abgekartet gewesen und es hätte daher nur den Charakter einer „Herausforderung" haben können. Eben, weil ich es ehrlich gemeint hatte, war ich auch in meiner Enttäuschung mit dem scharfen Kommuniqué-Entwurf einverstanden.
Aus diesem Zusammenhang folgt ganz logisch meine Darlegung vom 30. August in Neudeck: mein Verlangen, „sine die" aufzulösen und die Verfassungsreform durchzuführen, falls der Reichstag dem Wirtschaftsprogramm keine Chance geben werde.
Über die Durchführung solcher Reform denke ich auch heute noch viel optimistischer wie Sie. Eine Beschränkung auf zwei oder höchstens drei Parteien und ein ständisch gegliedertes Oberhaus hätte zweifellos zu einem funktionsfähigen Parlamentarismus geführt. Aber der 30. 8. 32 enthüllte auch mir, daß Schleicher nie in solchen Kategorien dachte. Ihm genügte es, mit seinem „Apparat" die Politik zu manipulieren und Entscheidungen auszuweichen. De facto hatte er ja auch keinerlei inneren Anteil genommen an meinen Bestrebungen, in Lausanne, durch die Bildung eines gemeinsamen Generalstabes zu einem ersten Ausgleich mit Frankreich zu gelangen, und durch den Verzicht auf den Schuld-Paragraphen die Mauer von Versailles zu durchbrechen. Damals war ich gutgläubig genug, die Presselenkung nach Lausanne ihm nicht persönlich anzulasten. Das Einzige, das mir auffiel, war die geringe historische Begabung, die Major Marcks von seinem großen Vater unterschied.
Zu Schleichers Regierung ist zu sagen: schon am 1. Dezember hatte ich ihm prophezeit, die Spaltung der NSDAP mit Straßer sei ein Wunschtraum und die Bildung einer Regierung mit einer Gewerkschaftsachse quer durch alle Parteien könne niemals funktionieren. Es bedurfte dazu nicht der Erfahrungen vom 9. zum 16. 12. 32.
Wenn ich mich trotzdem gegen die Darstellung Vogelsangs wende, ich hätte an jenem Abend des Herrenklub-Essens mich Schroeder gegenüber in irgendeiner Form abfällig über Schleicher geäußert, so müssen Sie das meiner Erziehung zugute halten. Nach dem 2. 12. war ich fest entschlossen, in jeder Beziehung loyal zu Schleicher zu stehen. In das Gespräch mit Hitler am 4. 1. 1933 habe ich nur und ausschließlich eingewilligt, in der besten Absicht, ihm (Schleicher) zu helfen. Die Illoyalität meinerseits gegen Schleicher, die Vogelsang aus dem Briefe Kepplers vom 19. 12. 1932 konstruiert, bleibt eine gewollte historische Mißdeutung!
Kein Wort ist an jenem 4. 1. 1933 zwischen Hitler und mir gefallen, das Schleicher diskreditiert oder Hitler die Anwartschaft auf eine alleinige Kanzlerschaft in Aussicht gestellt hätte.
Wäre es anders gewesen, hätte ich damit ja auch meine Pflicht der Loyalität gegenüber dem Feldmarschall verletzt. Er hatte mich gebeten,

in seiner Nähe zu bleiben und zu sorgen, daß das Experiment mit Schleicher, das ihm unsympathisch war, nicht Schiffbruch leide. Nicht aber, daß ich hinter seinem (Hindenburgs) Rücken es zum Scheitern bringe! Alles dies setzte eine ebenso offene Loyalität Schleichers mir gegenüber voraus. Erst am 5. Januar 1933, als ich die Frühpresse las, erkannte ich meine Täuschung. Am 9. Januar 1933 wurde sie komplett, als Hindenburg mich über Schleichers Forderung aufklärte.

Mit Recht erwähnen Sie, daß nach allen uns heute zur Verfügung stehenden Quellen nichts von dem sich als richtig erwiesen hat, was meiner „Intrige" des 4. Januar 1933 angedichtet worden ist. Keppler fragt noch Ende Januar, Papen möge endlich herauszubekommen versuchen, inwieferne Schleicher am 13. 8. „dazwischengeschossen habe"? Und auch Frau von Ribbentrop bestätigt, daß ich bis kurz vor dem 30. Januar 1933 es Hitler gegenüber als unmöglich bezeichnet habe, den Reichspräsidenten für eine Kanzlerschaft Hitlers zu gewinnen . . .

Ganz einig bin ich mit Ihnen über die Unmöglichkeit des Einsatzes der Reichswehr nach den Spannungen, die Schleichers Regierungsführung ab Mitte Januar verursacht hatte. Man darf wohl sagen, daß eine Beauftragung Schleichers, ohne Reichstag bis November 1933 zu regieren, automatisch zu einem Bürgerkrieg geführt haben würde, in dem die Reichswehr aufgerieben worden wäre. Das zu verhindern, war eine ultima ratio.

Es ist sehr interessant, aus Ihren Reflektionen zu ersehen, wie anders das deutsche Geschick hätte gestaltet werden können, hätte man den Chef einer ständig aufstrebenden Bewegung schon frühzeitig in den Mechanismus der Weimarer Demokratie eingeschaltet.

Daß es nicht zwischen 1930 und 1932 geschah, darf man m. E. nicht allein den verantwortlichen Staatsmännern anlasten. Berufene Historiker werden im Abstand von vielleicht fünfzig Jahren das Gesamtbild liefern, dem wir die Entstehung der Katastrophe verdanken. Die Unfähigkeit der USA und Englands, als den Führungsmächten am Ende des Ersten Weltkriegs, zu einer Befriedigung der Welt zu gelangen, ist die Ursache unserer heutigen, verzweifelten Weltlage. Die U.S.A. mögen entschuldigt werden, weil ihnen damals jede intime Kenntnis historischer europäischer Zusammenhänge fehlte. Großbritannien, das durch die Jahrhunderte mit seiner Doktrin des „divide et impera" dieses Europa in immer neue Kriege trieb, dürfte die größte historische Schuld auf sich geladen haben.

Was uns anbetrifft, kann man leider nur feststellen, daß wir Deutsche zwar zu ungeheuren Leistungen und Opfern fähig sind — aber individuell charakterschwach und oft unzuverlässig, wenn ohne starke Führung. So war es mit den Parteigebilden der Weimarer Zeit: Konservativ ohne Wandlungsfähigkeit zu neuen Formen, liberal in den

Doktrinen von 1789, marxistisch-klassenkämpferisch ohne wirklich soziale Ideen. An dem Mosaik dieses Weltbildes ist die Weimarer Republik gescheitert — mußte sie scheitern.
Ihre Erben von heute — die Schwarz-Weißmaler von gestern — müssen sich sehr ändern, wenn Deutschland noch eine Zukunft geschenkt sein soll.
Das Motto, die spätere Diktatur Hitlers hätte durch eine präventive Diktatur der Weimarer Instanzen verhindert werden können, ist durchaus unlogisch. Die Weimarer Instanzen waren niemals dazu fähig . . .

gez. F. von Papen

Der Reichstagsbrand: erst die Lüge, dann die Fälschung . . .

*Aus der Zeitschrift „Nation Europa" (Coburg) Februar 1960**

Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" hat durch eine umfangreiche Veröffentlichung in der Zeit zwischen dem 23. Oktober 1959 (Heft 43) und dem 6. Januar 1960 (Heft 1/2) über den Reichstagsbrand 1933 Aufsehen erregt. Es wurde nachgewiesen, daß der Holländer Marinus van der Lubbe und niemand anderer der Brandstifter gewesen ist. Zu diesem Ergebnis war zwar schon das deutsche Reichsgericht nach monatelangen Verhandlungen in seinem Urteil vom 23. Dezember 1933 gekommen, aber da seither Jahrzehnte heftiger Vorkriegs-, Kriegs- und Nachkriegspropaganda vergangen sind, haben die neuerlichen Bemühungen des „Spiegel" aufklärenden Wert. Zudem zeigten sich Einblicke in die Methoden der Gegenwartspublizisten, die Beachtung verdienen.
Zur eigentlichen Sache — nämlich zur unmittelbaren Geschichte des Reichstagsbrandes — konnte ich in den fast hundert Seiten der „Spiegel"-Serie nur zwei wirklich neue bemerkenswerte Gesichtspunkte entdecken:
Der eine betrifft die Frage, ob van der Lubbe an jenem Abend des 27. Februar 1933 rein technisch in der Lage war, den großen Plenarsaal des Berliner Reichstagsgebäudes allein in Brand zu setzen. Das

* Die in diesem Aufsatz referierte Veröffentlichung des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel" ist inzwischen in erweiterter Fassung als Buch erschienen (Fritz Tobias: „Der Reichstagsbrand — Legende und Wirklichkeit", Grotesche Verlagsbuchhandlung, Rastatt 1962).

wurde damals für so unwahrscheinlich gehalten, daß auch das Reichsgericht in seinem Urteil diese Möglichkeit bezweifelte. Der „Spiegel"-Redakteur hat nun an Hand von Fachliteratur den interessanten Nachweis geführt („Spiegel" 2. 12. 59), daß schon mehrfach ähnliche große Räume und Gebäude durch eine oft geringfügige Brandursache in Schutt und Asche gelegt worden sind. Ein ganz drastischer Musterfall ereignete sich vor einiger Zeit — dreiundzwanzig Jahre nach dem Berliner Reichstagsbrand — in Wien: der Großbrand, der am 13. April 1956 die Wiener Börse zerstörte, wurde durch einen Zigarettenstummel ausgelöst! Auch hier wirkte — wie offenbar im Reichstag — ein großer Saal mit Glasdach „wie ein Ofen, der von unten angeheizt wird". Wenn in solchem Fall die erste Scheibe der Glaskuppel durch Hitzeeinwirkung zerbirst, beginnt der gewaltige Luftzug, der auch in Berlin die Löschversuche zum Scheitern verurteilt hatte.

Eine zweite, für den Historiker von morgen viel bedeutsamere Tatsache, hat der „Spiegel" enthüllt: die Protokolle der damaligen Reichskabinetts-Sitzungen sind noch erhalten! Jedenfalls veröffentlichte der „Spiegel" in seiner Ausgabe vom 25. 11. 59 dem Text einer vom damaligen Oberregierungsrat Wienstein gezeichneten Niederschrift über die erste interne Beratung der neugebildeten Regierung Hitler am 30. Januar 1933. Es geht aus dem Abdruck zwar nicht hervor, ob die Wiedergabe vollständig oder gekürzt erfolgte; die Formulierungen sind jedoch offenkundig authentisch, die knapp wiedergegebenen Ausführungen Hitlers und einzelner Minister für die damalige Lage aufschlußreich. Zur Angelegenheit „Reichstagsbrand" ist die Niederschrift insofern wichtig, als sie bestätigt, was Göring im Reichsgerichtsprozeß als Zeuge ausgesagt hat: daß nämlich der deutschnationale Minister Hugenberg es war, der das KPD-Verbot forderte, während Hitler sich dagegen aussprach und seine Erwartungen auf die bevorstehende Reichstagswahl setzte, von der er sich eine Regierungsmehrheit erhoffte. Völlig klar war damals wie heute, daß er jedenfalls keinen Reichstagsbrand benötigte, um etwa die KPD auszuschalten. Er hätte sie — auf Grund der Forderung der damaligen zweiten Regierungspartei, deren Vorsitzender Hugenberg war — schon am 30. Januar verbieten können, wenn er es damals als zweckmäßig erachtet hätte.

Wichtiger als die nochmalige Bestätigung dieser einfachen politischen Rechnung, die sich auch ohne den jetzt vorliegenden dokumentarischen Beweis für den nüchternen Beurteiler ohne weiteres ergab, ist die für die weitere Aufklärung der Geschichte des Dritten Reiches höchst bedeutsame Frage: wo befinden sich die weiteren Niederschriften über die Reichskabinettssitzungen jener Jahre und warum werden sie nicht veröffentlicht?

Die geistige Urheberschaft der erfolgreichen Legende: „Die Nazis haben den Reichstag angezündet" muß dem damaligen kommunistischen Reichstagsabgeordneten Willi Münzenberg — einem sehr frühen und überaus einfallsreichen Parteigänger Lenins — zugebilligt werden. Er hatte schon in den 20er Jahren unter der Maxime: „Wir müssen die Intellektuellen organisieren" beachtliche politische Unterwanderungsleistungen in der deutschen Reichshauptstadt vollbracht. Am Tage des Reichstagsbrandes befand er sich noch auf deutschem Boden, in Frankfurt am Main; von dort reiste er eilends in die Schweiz. Hier war er zwar schon einmal ausgewiesen worden, aber nun durfte er ungehindert mehrere Wochen dort bleiben, bevor er nach Paris übersiedelte und zusammen mit seinem engsten Mitarbeiter Otto Katz „einen weltweiten antifaschistischen Kreuzzug begann, der eine einmalige Leistung in der Geschichte der Propaganda darstellt" (so zitiert der „Spiegel" am 28. 10. 59 die Äußerung des bekannten amerikanischen Schriftstellers Arthur Koestler, eines ehemaligen Münzenberg-Mitarbeiters). Hauptgegenstand dieses „weltweiten Kreuzzuges" war zunächst die von Münzenberg auf der Flucht in die Schweiz zur Abwehr des KPD-Verbotes ausgedachte Behauptung, ausgerechnet die Nationalsozialisten hätten van der Lubbe mit der Reichstagsbrandstiftung beauftragt. Die Mängel dieser offenkundigen Lüge überdeckte Münzenberg durch emsige Wiederholung, wobei ihm offenbar unbegrenzte Geldmittel zur Verfügung standen. Ein beträchtlicher Stab von literarischen Mitarbeitern unterschiedlichster Herkunft wurde in dem von Münzenberg gegründeten Verlag „Editions du Carrefour" planmäßig angesetzt. „Nahezu alles, was an Argumenten für die Schuld der Nazis am Reichstagsbrand ins Feld geführt wurde — und wird — stammt aus den Münzenberg-Publikationen" („Spiegel" 28. 10. 59). Der höchst aktive Mann „dirigierte und finanzierte" „eine Flut von Broschüren und Emigrantenzeitschriften" — eine „grandiose Pariser Hexenküche", wie der „Spiegel" sich ausdrückt, um sowohl den Umfang wie die Arbeitsweise dieser Münzenbergschen Organisation zu kennzeichnen.

Man könnte das alles in den Bereich der historischen Anekdote verweisen, wäre nicht jene Münzenbergsche „Aktion" in Sachen Reichstagsbrand das erste Vorspiel der späteren Kriegs- und Nachkriegspropaganda, ein folgenreiches Zusammenwirken von vielerlei h e u t e noch tätigen internationalen Kräften gewesen. Gewiß — Münzenberg soll, wie es heißt, tot sein, aber sein damaliger „Stab" ist noch sehr lebendig . . . Wir finden diese Leute nicht nur in USA und bei den Sowjets, auch in der Bundesrepublik verfügen sie über Ansehen und Einfluß — der „Spiegel" nennt vielerlei Namen, und es ist keineswegs erstaunlich, daß der Münzenbergsche Reichstagsbrand-Schwindel immer noch und immer wieder aufgewärmt wurde.

Schon bei den Vernehmungsprotokollen, die von der Berliner Kriminalpolizei sofort nach der Verhaftung van der Lubbes aufgenommen wurden, beginnt die Sache interessant zu werden. Für die Münzenberg-Leute in Paris waren diese Niederschriften natürlich weder greifbar, noch wären sie verwertbar gewesen; denn van der Lubbe konnte ja wirklich nicht wissen, was dem Münzenberg inzwischen eingefallen war. Deshalb behauptete man in Paris später ganz frech, die Protokolle seien „verschwunden", und dieses Verschwinden sei eine der großen Merkwürdigkeiten des Reichstagsbrandprozesses. Das war eine kühne Theorie, die sich nur anwenden ließ, weil man mit Recht annahm, daß die Einzelheiten des Reichstagsbrandprozesses nur wenigen genauen Kennern geläufig seien. Die „verschwundenen" Protokolle wurden nämlich in öffentlicher Gerichtssitzung mehrfach herangezogen, und die vernehmenden Kriminalbeamten traten sogar als Zeugen auf. Dennoch übernahmen die Illustriertenschreiber und auch ernstere Schriftsteller nach 1945 unbesehen die Pariser Behauptungen und ganz geschickte Leute, wie ein gewisser Herr Brandes (laut „Spiegel" 28. 10. 59 „auch bekannt unter dem Namen Curt Riess") verließen sich so zuversichtlich auf den angeblichen Verlust der Polizeiniederschriften, daß sie nun die ersten Aussagen van der Lubbes aus eigener Phantasie formulierten (so laut „Spiegel" geschehen in der Hamburger Illustrierten „Der Stern").

Wie wenig nach den echten Protokollen gesucht wurde (laut Heydecker-Leeb in der „Münchner Illustrierten": „Alle acht Exemplare dieses inhaltsschweren Dokuments . . . sind nie wieder zum Vorschein gekommen"), bewies der „Spiegel" in klassischer Weise — er v e r ö f f e n t l i c h t e sie aus den Hauptakten des Prozesses!

Die Geschichte geht weiter: Da hatte van der Lubbe schon vor der Inbrandsetzung des Reichstags noch andere Brandstiftungsversuche unternommen (im Berliner Wohlfahrtsamt, im Rathaus und im Schloß). Sie blieben durchwegs erfolglos und führten nicht einmal zur Alarmierung der Feuerwehr. Der einstige Münzenberg-Intimus Harry Schulze-Wilde, der jetzt unter dem Namen H. S. Hegner Mitarbeiter des Frankfurter Societätsverlages ist (und hier neuerdings auch ein Buch „Die Reichskanzlei 1933 bis 1945" veröffentlicht hat!), berichtete jedoch in der „Frankfurter Illustrierten" (lt. „Spiegel" 4. 11. 59) im Stil eines Mannes, der als gewissenhaft untersucht hat, Dr. Goebbels habe der Redaktion des „Angriff" noch vor dem Reichstagsbrand die Weisung erteilt, diese Brandstiftungsversuche „ganz groß" herauszustellen. Die „Spiegel"-Redakteure unternahmen das Nächstliegende: sie suchten in den Berliner Zeitungsbänden nach der „Großaufmachung" — und sie fanden nichts außer nebensächlichen Lokalnotizen! Da Goebbels-

Weisungen im „Angriff" bestimmt berücksichtigt wurden, ergibt sich auch zu diesem „Tatsachenbericht": freie Erfindung!
Nächstes Thema: Am Brandplatz erschien natürlich alsbald der städtische Branddirektor, schon auf Grund seiner Stellung ein wichtiger Zeuge des Ereignisses. Dieser Beamte, namens Gempp, wird im heutigen Schrifttum als eine geheimnisumwitterte und tragische Figur des deutschen Widerstandes gegen Hitler dargestellt. Er habe seine Stellung verloren und sei schließlich „im Gefängnis erdrosselt" worden, weil er „todesmutig" erklärt habe, die Feuerwehr sei zu spät alarmiert worden, sie habe SA-Leute am Brandplatz angetroffen, ja sogar eine Lastwagenladung Brandstiftungsmaterial im Reichstagsgebäude festgestellt. Ein „Forschungsbericht", von dem noch zu sprechen sein wird, weiß sogar zu berichten, daß Gempp auf Befehl Görings „vom Mikrophon entfernt" worden sei, als er im Rundfunk über den Reichstagsbrand sprechen wollte. Der „Spiegel" (11. 11. 59) hat sich auch dieser Angelegenheit angenommen und zunächst einmal festgestellt, daß Gempp mitnichten gehindert wurde, am Mikrophon zu sprechen, sondern im Gegenteil am Tag nach dem Brand von einem Rundfunkreporter ausführlich interviewt wurde und — daß der Text dieses Interviews sogar im „Völkischen Beobachter" gedruckt zu lesen war!
Die weitere Untersuchung der „Spiegel"-Leute, welche Bewandtnis es mit dem „Widerstandskämpfer" Gempp hatte, führte zu ähnlich drastischen Ergebnissen, ohne daß es dazu besonderer Anstrengungen bedurfte: Über die von Münzenberg in Paris ausgeheckten Phantasien von Gempps angeblichen Ersteindrücken auf dem Brandplatz wurde der frühere Oberbranddirektor nämlich auch vom Reichsgericht vernommen, und es bedurfte nur einer Protokolldurchsicht, um die „Tatsachen"-Phantasierer und die „Forschungs"-Dichter zu widerlegen.
Nur e i n Tatbestand blieb übrig: der Berliner Oberbranddirektor ist wirklich Ende März 1933 seines Postens enthoben worden und er ist auch — allerdings erst im Juli 1939 — eines gewaltsamen Todes gestorben. Dem Illustriertenschreiber H. O. Meissner verdanken die Leser des „Weltbild" die Mitteilung: „Weil er zuviel gesagt hatte . . . mußte Walter Gempp sterben", und die „Münchner Illustrierte" versicherte, er sei „in seiner Zelle erdrosselt" worden. Der „Spiegel" vermerkte dazu ironisch: „Alle die frei erfundenen Behauptungen sind überhaupt nur zu begreifen, wenn man von der Annahme ausgeht, die Unterlagen über Gempp seien verschwunden und Nachprüfungen daher nicht mehr möglich. Aber sie s i n d n i c h t verschwunden . . ."
Die nüchternen Tatsachen: Der Berliner Oberbranddirektor wurde zwar vom Dienst suspendiert, aber gewiß nicht wegen der Reichstagsbrandaffäre sondern im Zuge eines schon im Januar 1933 — also vor Hitlers Machtergreifung — eingeleiteten staatsanwaltschaftlichen Un-

tersuchungsverfahrens. Gegenstand der späteren Anklageerhebung war ein recht umfangreicher Bestechungsskandal. Der Oberbranddirektor hatte sich von der „Minimax"-Gesellschaft Barbeträge von insgesamt über 15 000 Mark zustecken lassen und wurde wegen dieses Delikts nach einem mehrmonatigen Monstreprozeß (es gab 17 Angeklagte) zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt; er erhängte sich in seiner Gefängniszelle, bevor das Urteil Rechtskraft erlangte und sicherte dadurch seiner Familie die Hinterbliebenenversorgung. Der „Spiegel" ist gewiß nicht irgendwelcher nationalsozialistischer Sympathie verdächtig — er meint jedoch „die Behauptung, der Berliner Oberbranddirektor sei von den Nazis verfolgt worden", sei „ein für allemal widerlegt." Wir wollen es hoffen.

*

Der knappe Bericht über die Ergebnisse der „Spiegel"-Untersuchung hinsichtlich publizistischer Geschichtslügen ist hiermit nicht beendet; wir bekommen es nämlich auch mit „Dokumenten" zu tun.

Da hatte der britische „Manchester Guardian" am 26. und 27. April 1933 ohne Quellenangabe eine vorgeblich „vertrauliche Denkschrift, die sich mit dem Reichstagsbrand beschäftigt" in seinen Spalten aufgenommen. In diesem Text wird geheimnisvoll von einem Streit zwischen den deutschnationalen und den nationalsozialistischen Ministern im Kabinett Hitler über die Angelegenheit des KPD-Verbots berichtet. Da es den letzteren nicht gelungen sei, eine solche Maßnahme auf dem Weg eines Kabinettsbeschlusses durchzusetzen, hätten „die Nazis den Reichstag angezündet".

Zwei Merkmale machen die Veröffentlichung des „Manchester Guardian" als historisches Dokument offenkundig unbrauchbar: Sie nannte keinerlei Verfasser oder Gewährsmann, konnte also sogar in der Redaktion des Blattes geschrieben sein; und sie behauptet das Gegenteil dessen, was nach anderen zuverlässigen Quellen — Göring-Aussage vor dem Reichsgericht und Reichskabinetts-Protokoll — zutraf: die Deutschnationalen wollten das baldige KPD-Verbot, Hitler dagegen zögerte . . .

Das letztere konnte Münzenberg in Paris zunächst nicht wissen, hinsichtlich des ersterwähnten Mangels aber behalf er sich einfallsreich. Als sich Anfang Mai 1933 in Kiel der frühere Fraktionsvorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei erschoß (er hatte gegen Hugenberg anonyme Briefe versandt und seine Parteiämter niederlegen müssen), war für die Büros auf dem Boulevard Montparnasse das Stichwort gegeben; nun hieß der anonyme Text des „Manchester Guardian" in der ganzen Welt: „Die Oberfohren-Denkschrift". Es genierte dabei die

Münzenberg-Leute nicht im mindesten, daß sogar so einwandfrei „antifaschistische" Gewährsleute wie der frühere Chefredakteur des „Berliner Tageblattes", Georg Bernhard, und der bekannte SPD-Politiker Breitscheid die Oberfohren-Kombination ablehnten und der in der Emigration erscheinende „Neue Vorwärts" ausdrücklich feststellte: „Die Denkschrift ist n i c h t von Oberfohren verfaßt" — eines der seltenen Vorkommnisse, bei denen Münzenbergs Propagandadirektion nicht in allen Emigrantenblättern durchzog; vermutlich stammte der Text aus den Kreisen des „Neuen Vorwärts" und man war vielleicht böse, als Münzenberg die Sache annektierte.
Jedenfalls konnte der bis zu dem erwähnten Skandal sehr einflußreiche deutschnationale Politiker ebensowenig der Verfasser sein, wie der obskure Text des „Manchester Guardian" eine „Denkschrift" war. Natürlich wußte nicht nur Oberfohren sondern auch jeder über Interna der Wilhelmstraße Orientierte, welche Forderungen die deutschnationalen Minister w i r k l i c h gestellt hatten.
Dies alles war — wie die „Spiegel"-Redaktion bewiesen hat — bei einiger Sorgfalt unschwer feststellbar. Gewiß wurden für die Bearbeitung der Artikelreihe nicht annähernd die Mittel aufgewendet, die jährlich allein den verschiedenen Instituten für „Zeitgeschichte" zufließen. Die „Spiegel"-Redakteure haben hinwiederum nicht ohne Verblüffung auch im Fall Oberfohren die Spuren Münzenbergs sogar in ernstzunehmender Literatur entdeckt (vergl. „Spiegel" 25. 11. 59).

*

Wir nähern uns dem Höhepunkt der „Spiegel"-Feststellungen zu dem hier interessierenden Problem:
Im Jahre 1955 beauftragte die „Bundeszentrale für Heimatdienst" — eine aus ö f f e n t l i c h e n M i t t e l n des Bundeshaushaltes finanzierte Dienststelle des Bundesinnenministeriums, die „den demokratischen und europäischen Gedanken im deutschen Volk festigen und vertiefen soll" — den aus der Emigration zurückgekehrten Publizisten Dr. Wolff, einen „Forschungsbericht" über den Reichstagsbrand zu erstellen. Schon dieser Auftrag war verwunderlich — wie immer die Ereignisse des 27. Februar 1933 gewesen sein mochten, niemals konnte sich aus einer amtlichen Publikation über den zwei Jahrzehnte zurückliegenden Reichstagsbrand eine seriöse Werbung für die demokratische oder für die europäische Denkweise ergeben, vor allem nicht in einem Zeitpunkt, in dem die Bundesregierung ihrerseits ein Verbot der KPD für angezeigt hielt.
Wenn man dem „Spiegel" (28. 10. 59) glauben darf, dann sind Hunderttausende von Exemplaren jenes von dem inzwischen verstorbenen

Dr. Wolff verfaßten „Forschungsberichtes" verbreitet und sogar als „Unterrichtsmaterial" (!) vorgeschrieben worden.
Es überrascht nicht mehr, wenn aus dem „Spiegel" zu erfahren ist, daß jener Dr. Wolff in seinem „Forschungsbericht" wenig anderes bietet als eine Neubearbeitung des von den Münzenberg-Leuten in Paris bereits so erfolgreich vobereiteten „Materials". Da tauchen alle diese wohlbedachten Märchen wieder auf: die Polizeiprotokolle sind „verschwunden", der Oberbranddirektor starb für die „Wahrheit", das „Oberfohren-Memorandum" enthält „den ausführlichsten Bericht über die mit dem Feuer zusammenhängenden Umstände".
Ganz genügte das freilich dem „Forscher" Wolff noch nicht. Er war offenbar der Ansicht, das in der Boheme-Atmosphäre des Boulevard Montparnasse zusammengetragene „Material" müßte anstandshalber wenigstens um einiges vermehrt werden, wenn eine so würdige Behörde wie das Bundesministerium des Innern dafür bezahlte.
So überraschte er denn die Leser seines „Forschungsberichtes" mit der Nachricht, er sei „in der glücklichen Lage", sich auf einen vom Berliner Oberbranddirektor Wissell (Gempps Nachfolger) abgezeichneten Bericht „stützen zu können", und er teilte aus diesem „Feuerwehrbericht", der gewissermaßen ein Schlüsseldokument für die „Schuld der Nazis" ist, einen in der Tat verblüffenden Umstand mit, von dem nicht einmal die Münzenbergs etwas geahnt hatten: Einem der Feuerwehrleute seien an einem zerschlagenen Windfang überraschend „mehrere Pistolenläufe entgegengestarrt, die von Personen gehalten wurden, die in nagelneuen Polizeiuniformen steckten und den Feuerwehrmann aufforderten, sofort zurückzugehen, da sie sonst von der Schußwaffe Gebrauch machen würden. Der Feuerwehrmann trat den Rückzugsweg an und teilte den Sachverhalt seinem Zugführer mit".
Die „Spiegel"-Leute haben sich — mit Recht — dieses Berichtes mit besonderer Sorgfalt angenommen und zunächst jenen Zugführer, den Oberbrandmeister Emil Puhle ermittelt („Spiegel" 18. 11. 59), der knapp und deutlich erklärte: „Von dieser Sache höre ich zum ersten Male. Mir ist seinerzeit nichts derartiges berichtet worden. Die Sache mit den Pistolen hätte doch allergrößtes Aufsehen erregt."
Es stellte sich heraus, daß nicht nur dieser Effekt im „neuentdeckten" „Feuerwehrbericht" frei erfunden war, sondern daß auch eine ganze Reihe von weiteren Einzelheiten nicht mit längst zweifelsfrei aufgeklärten Tatsachen übereinstimmten. Schließlich ergab sich die drastische Aufklärung: der „Feuerwehrbericht", den der „Forscher" Dr. Wolff angeblich „entdeckte" ist keineswegs im Jahre 1933, wie der gutgläubige Leser annehmen sollte, sondern im Jahre 1955 — also just zu der Zeit, in der Dr. Wolff sein „Material" sammelte — verfaßt und o h n e D a t u m von jenem Wissell „abgezeichnet" worden; als „maß-

geblich an dem Bericht beteiligt" bezeichnet der „Spiegel" den j e t z i g e n Berliner Oberbranddirektor!

Außer in die Wolffsche Schrift wurde dieses ordinäre Fälschungsfabrikat laut „Spiegel" auch in das im Verlag Kiepenheuer, Witsch & Co 1958 erschienene Buch von Heydecker-Leeb „Der Nürnberger Prozeß" als „amtliches Dokument" übernommen.

*

Zwei der zahlreichen Leserbriefe, die der „Spiegel" im Verlauf seiner Serie veröffentlichte, seien noch erwähnt:

Die eine Zuschrift stammt von einem jener Illustriertenschreiber, deren politisch-historische Poesie als Münzenbergsche Erfindung entlarvt wurde. Hans-Otto Meißner mockiert sich aufschlußreich („Spiegel" 2. 12. 59, Sperrungen von mir):

> „Fritz Tobias (verantwortlicher Redakteur der Reichstagsbrand-Serie) m e i n t, die im „Weltbild" 1957 erschienene Reportage stamme vollinhaltlich aus meiner Feder, wie das in der Tat ein jeder Leser vermuten darf, der mit den Gepflogenheiten unserer Illustrierten nicht vertraut ist. In Wirklichkeit habe ich zu dieser Veröffentlichung nur w e n i g beigetragen. Das seinerzeit in der Redaktion vorliegende Manuskript meines Buches „Die Machtergreifung" wurde weitgehend u m g e s c h r i e b e n auf Grund eigener Recherchen des geehrten Blattes."

Der zweite bemerkenswerte Leserbrief stammt von einem Mann, der auch heutzutage nicht in den Geruch der „Unbelehrbarkeit" geraten kann und des „Neonazismus" völlig unverdächtig ist. Aus Hannover meldete sich im „Spiegel" der ehemalige KPD-Abgeordnete Torgler zu Wort, der am 27. 2. 1933 als letzter Abgeordneter das Reichstagsgebäude verlassen und dadurch Hitler veranlaßt hatte, in Gegenwart des englischen Journalisten Sefton Delmer („Spiegel" 25. 11. 59) zu dem an der Brandstelle eintreffenden Vizekanzler von Papen zu sagen: „W e n n dieses Feuer, wie ich glaube, das Werk der Kommunisten ist, d a n n müssen wir die Mörderpest mit eiserner Faust zerschlagen." Torgler wurde vor dem Reichsgericht zusammen mit van der Lubbe angeklagt, der Reichsanwalt beantragte auch für ihn die Todesstrafe, das Reichsgericht jedoch sprach ihn frei, und er hat offenkundig die weiteren Jahre des Dritten Reiches überlebt. Schon nach dem Erscheinen der ersten Fortsetzungen der Reportage schrieb Torgler an den „Spiegel" (der die Zuschrift am 4. 11. 59 veröffentlichte):

Ich bin sehr froh darüber, daß es doch noch gelungen zu sein scheint, das berüchtigte Reichstagsbrand-Rätsel zu lösen und es erfüllt mich zugleich mit einer Art grimmiger Genugtuung, daß den vielen Pseudohistorikern und Kolportageschreibern, die sich bisher an diesem Thema versucht haben, der Spiegel vorgehalten wird . . ."

*

Schluß: kein weiteres Wort mehr, denn der Ekel steigt hoch!

Boykott 1933

Zu der auf Seite 26 vertretenen Ansicht, daß bei gutem Willen auf beiden Seiten ein deutsch-jüdischer Ausgleich in vernünftiger Entwicklung denkbar gewesen sei, lege ich hier den Text eines Briefes vor, der von einer einflußreichen jüdischen Persönlichkeit Ende März 1933 an Lord Reading, den früheren britischen Vizekönig in Indien, gerichtet worden ist. Aus naheliegenden Gründen sind diejenigen Textstellen, die den Briefschreiber identifizieren würden, gestrichen.

The Most Hon. The Marquis of Reading
G.C.S., G.C.S.I., G.C.I.E., G.C.V.C.
Imperial Chemical House — March 28th, 1933
London S.W. 1

Dear Lord Reading,
I am sorry not to have been able to pay my respects to you when last in London but feel sure that . . . has conveyed to you my regards.
As a member of . . . I feel that I should write to you a personal word which does not derive from a wish expressed from any quarters to do so. We have sent cables to . . . along similar lines, as it is most discouraging to see a propaganda being carried out in parts of the foreign press against my country which is only comparable to the worst periods of war-time propaganda. While it is true that very few incidents of a more serious nature have occurred in the beginning, this revolution — for it is a revolution — has taken place with a discipline so far unknown in the history of revolution. I feel sure that the Government, so completely in control as rarely a government has been in any country, will see to it that no incidents whatever will be allowed to occur in future. As to the antisemitic feeling in Germany I need not express my regret as a German of Jewish faith how strong it has been allowed to grow. I have the firm hope, however, that the attitude of the ones in power will change towards all those who, having lived for many centuries in my country, have no other national feeling but German. I feel very strongly, however, that this matter can only be settled within Germany and that any foreign propaganda such as referred to above will have most unfortunate

effects both here and abroad. I am writing this to you as I have heard that similar mass meetings as have regrettably taken place in New York are also contemplated in your country. I sincerely hope that you will see your way clear and use your influence in having these meetings cancelled and enlightening the press along the above lines wherever possible. You would thereby render a great service to the continued good relations between our two countries and incidentally not aggravate the situation of our coreligionists.
I feel sure that you will understand the spirit of helping in a difficult situation which has prompted me to write to you.
I remain, with kind regards, dear Lord Reading,

Yours sincerely

.....

Deutsche Übersetzung:

Lieber Lord Reading

Leider war es mir nicht möglich, Ihnen meinen Besuch zu machen, als ich kürzlich in London war, aber ich bin sicher, daß . . . Ihnen meine Grüße übermittelt hat.
Als Mitglied der . . . habe ich das Gefühl, daß ich Ihnen ein persönliches Wort schreiben muß, obwohl ich von keiner Seite dazu veranlaßt wurde. Wir haben in ähnlichem Sinn Telegramme an . . . in New York gerichtet, da es außerordentlich entmutigend ist, in Teilen der ausländischen Presse eine Propaganda am Werk zu sehen, die nur mit den schlimmsten Perioden der Kriegspropaganda vergleichbar ist. Obwohl es richtig ist, daß einige wenige Zwischenfälle ernsterer Art zu Anfang vorgekommen sind, hat diese Revolution — denn es ist eine Revolution — mit einer Disziplin stattgefunden, wie sie in der Geschichte der Revolutionen bisher unbekannt war. Ich bin überzeugt daß die Regierung — so völlig am Ruder, wie wohl kaum je eine Regierung in irgendeinem Land — in Zukunft keine Zwischenfälle mehr zulassen wird. Was das antisemitische Denken in Deutschland betrifft, so brauche ich als Deutscher jüdischen Glaubens mein Bedauern darüber nicht betonen, wie stark es sich entwickeln konnte. Ich habe die sichere Hoffnung, daß die Haltung der Machthaber sich gegenüber all denen, die seit Jahrhunderten im Lande leben und kein anderes als deutsches Nationalgefühl besitzen, ändern wird. Ich bin allerdings entschieden überzeugt, daß diese Angelegenheit nur innerhalb Deutschlands geregelt werden kann und daß jede ausländische Propaganda, wie die oben erwähnte, die unglücklichsten Wirkungen sowohl hier wie im Ausland haben wird. Ich teile Ihnen das mit, da ich gehört habe, daß ähnliche Kundgebungen, wie sie bedauerlicher Weise in New York stattgefunden haben, auch in Ihrem Lande geplant sind. Ich hoffe aufrichtig, daß Sie Ihren Weg klar vor sich sehen und Ihren Einfluß dahin geltend machen, daß diese Versammlungen unterbleiben und daß die Presse, wo immer möglich, im Sinne meiner Hinweise aufgeklärt wird. Sie würden dadurch der Fortführung guter Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern einen großen Dienst erweisen und gleichzeitig die Situation unserer Glaubensbrüder nicht erschweren.
Ich bin sicher, daß Sie sich in der schwierigen Situation, die mich zu diesem Brief veranlaßt hat, zu Hilfsbereitschaft verstehen werden. Ich bleibe mit freundlichen Grüßen, Ihr, lieber Lord Reading, aufrichtiger .....

Zur Problematik des 30. Juni 1934

HITLER UND DIE SA

*Aus der Zeitschrift „Nation Europa" (Coburg) Juli 1963**

Es geschehen Zeichen und Wunder: Das hinreichend bekannte, der pseudowissenschaftlichen „Aufarbeitung der Vergangenheit" im Sinn der Nürnberger Justiz und der Nachkriegspropaganda verschriebene Münchener „Institut für Zeitgeschichte" hat die historische Forschungstätigkeit eines ehemaligen SA-Gruppenführers nicht nur geduldet, sondern sogar gefördert, obwohl dieser weder von Hitler verabschiedet worden war, noch sich selbst dem „Verschwörerkreis des 20. Juli 1944" zurechnet.

Heinrich Bennecke hatte nach dem Ersten Weltkrieg an der Universität München Geschichte studiert, war bereits 1922 der NSDAP beigetreten und hat später jahrelang als hoher SA-Führer gewirkt. Schon dieser Studien- und Werdegang sichert seinem Buch „Hitler und die SA" berechtigte Aufmerksamkeit. Das Archiv-Material des Instituts für Zeitgeschichte wurde in diesem Fall einem Mann zur Verfügung gestellt, der jedenfalls nicht mit Fälschungsabsichten an seine Aufgabe herantrat — und das will derzeit schon einiges bedeuten.

Natürlich galt diese Förderung nicht einer völlig unvoreingenommenen, rein historischen Arbeit. Schon im Vorwort macht Bennecke darauf aufmerksam, daß er die „verblüffende Übereinstimmung der nationalsozialistischen Schilderungen mit den Darstellungen nach 1945 über das zielbwußte Streben Hitlers" aufzudecken und ihnen zu widersprechen beabsichtigte. Er will also argumentieren, nicht nur untersuchen. Die gewählte These ist freilich ein generelles Problem zur Biographie Hitlers; sie läßt sich im Rahmen eines Spezialthemas nicht gründlich erörtern, und so wirkt dieses Motiv nur gelegentlich am Rande mit. Es kommen keine wesentlicheren Erkenntnisse dabei heraus, als die nicht neue Tatsache, daß Hitlers politische Persönlichkeit sich nach 1925 ausgeprägter zeigte als vorher.

Auch in einigen anderen Partien des Buches erkennt der Leser das Bestreben des Autors, der Generallinie des „Institutes" nicht zu widersprechen. Dabei kommt ihm sein Prinzip zustatten, fast ausschließlich nach Akten zu arbeiten — darunter freilich so interessanten, wie denen

* Rezension des Buches von Heinrich Bennecke: Hitler und die SA, Olzog-Verlag München 1963

des Münchener Wehrkreiskommandos und des Polizeipräsidiums aus den Jahren 1919 bis 1923. Auf die heute noch mögliche Durchsprache der Aktenbefunde mit lebenden Zeugen der Geschehnisse verzichtet Bennecke fast ausnahmslos. (Nur den ehemaligen obersten SA-Führer von Pfeffer hat er befragt, den ebenfalls in der Nähe Münchens lebenden Nachfolger Pfeffers, Dr. h. c. Wagener, jedoch nicht.) Die Beschränkung auf die Akten, dieses für einen Historiker in hundert Jahren unvermeidliche, für einen Zeitgeschichtler aber einigermaßen seltsame Arbeitsverfahren führt schon gleich zu Beginn zu einer Verzerrung:

Wer nur Bennecke folgen wollte, könnte zu dem Eindruck gelangen, der Gefreite Hitler sei vom Büro Ib/P des Reichswehr-Gruppenkommandos VII gewissermaßen erfunden und sodann „befehlsgemäß" Politiker geworden. Davon, daß die damalige „Deutsche Arbeiterpartei" p r o l e t a r i s c h e n Ursprungs war, weiß Bennecke nichts — jedenfalls teilt er es seinen Lesern nicht mit. Sein eigentliches Thema beginnt auch erst im November 1921 — er hätte also notfalls darauf verzichten können, die „Voraussetzungen für Hitlers Auftreten in München" überhaupt zu erörtern. Da er sich jedoch mit diesem wichtigen Thema beschäftigt, hätte dies nicht so oberflächlich geschehen dürfen. In Franz-Willings „D i e H i t l e r - B e w e g u n g 1 9 1 9 b i s 1 9 2 2" besitzen wir ja bereits eine recht gründliche Studie über die Frühgeschichte der NSDAP.*

Unbefriedigend — weil ein Torso — ist auch Benneckes Behandlung des Ereignisses des 8. und 9. November 1923. Die wirkliche politische Fragestellung jener Tage: Hitlers „Marsch-auf-Berlin"-Parole als radikaler (und in diesem Punkt erfolgreicher) Gegenzug gegen den geplanten Wittelsbacher Königs-Putsch (der natürlich die Abtrennung Bayerns vom Reich zur Folge gehabt hätte) wird nur zwischen den Zeilen angedeutet, obwohl der Verfasser diese Problematik genau kennt und auch in Zeitschriften-Aufsätzen behandelt hat.

Besonders enttäuschend ist die Rücksicht auf die Bedürfnisse des „Instituts für Zeitgeschichte", die Bennecke am Schluß seines Buches nimmt. Selbstverständlich mündet seine Untersuchung in die Frage nach den Hintergründen des 30. Juni 1934. Auch hier weiß Bennecke natürlich Bescheid, und es war seine Pflicht als Historiker, darauf aufmerksam zu machen, daß Hitler sich deshalb gegen Röhm wandte, weil dieser die deutsche Wehrmacht als „Revolutionsheer" aufbauen wollte, während Hitler dieses Experiment als zu gewagt beurteilte. Ein Buch über „Hitler und die SA" wird bedauerlicherweise entwertet, wenn der

---

* Dr. Georg Franz-Willing: Die Hitlerbewegung - Der Ursprung 1919-1922, R. Deckers Verlag G. Schenck, Hamburg 1962

Autor — am Kulminationspunkt seiner Arbeit angelangt — sich in den Satz flüchtet:

„Die Vorgeschichte des 30. Juni 1934 ist in der Literatur bereits eingehend behandelt, ohne daß es jedoch gelungen wäre, alle Zusammenhänge vollständig zu klären."

Dies schreibt ein SA-Gruppenführer, der gerade über dieses Thema gewiß seit drei Jahrzehnten Informationen gesammelt und gründliche Erwägungen angestellt hat! — Der realistische Leser wird zu dem Schluß kommen, daß Benneckes persönliche Ansichten über die Vorgeschichte des 30. Juni sich so sehr von den Thesen des „Instituts für Zeitgeschichte" unterscheiden, daß er es vorgezogen hat, darüber zu schweigen, um nicht die Veröffentlichung seiner ganzen Arbeit in Frage zu stellen.
Hinsichtlich der im Zusammenhang mit dem 30. Juni 1934 erfolgten Erschießungen berichtet Bennecke:

„Es liegt eine amtliche Liste der vom 30. Juni bis 2. Juli „Exekutierten" mit 83 Namen vor. Diese Liste ist bestimmt nicht vollständig, sie gibt aber wichtige Anhaltspunkte."

Angesichts der Legenden über angeblich „Tausende von Ermordungen" ist die Zahl von 83 Erschießungen geradezu sensationell. Bennecke hat diese amtliche Liste im Archiv des „Instituts für Zeitgeschichte" ermittelt. Eine Begründung für seine Bemerkung, sie sei „bestimmt nicht vollständig", bleibt Benecke dem Leser schuldig.
So ärgerlich es ist, daß der historisch interessierte Leser solche Schwächen des Buches feststellen muß — gerade das letztgenannte Beispiel verdeutlicht doch auch ein Verdienst Benneckes. Wie anders als durch seine Arbeit hätten wir überhaupt davon erfahren, daß es eine solche „amtliche Liste" (die doch zweifellos für Hitler und Hindenburg bestimmt war) gab und daß sie noch vorhanden ist?!
Was zu dieser Einzelheit zu sagen war, gilt auch für die ganze Arbeit: Wir haben abzuwägen einerseits zwischen jenem unerfreulichen Tendenzzwang derzeitiger „Zeitgeschichtsschreibung" (künftige Historiker werden sich bei der Benutzung all dieser Publikationen vorzusehen haben und sich auch vorsehen) und andererseits dem Tatsachenmaterial, das t r o t z d e m zutage gefördert worden ist. In dieser Hinsicht wäre es ungerecht, Bennecke ehrliche Anerkennung für seinen Fleiß, seine Sorgfalt und auch seine Redlichkeit zu versagen. Die Schwächen seines Buches liegen in Weglassungen, im Umgehen interessanter Fragen, nicht etwa in Täuschungen und Irreführungen, wie wir das bei anderen „wissenschaftlichen" Verfassern auch schon erlebt haben.

Dem kritischen Leser öffnen sich aufschlußreiche Einblicke in Geschichte und Problematik der von Hitler stets politisch gedachten, von der jeweiligen SA-Führung fast unvermeidlich immer wieder allzu militärisch organisierten, aber stets so gut wie unbewaffneten Kampftruppe einer revolutionären Bewegung, die nicht zuletzt den Kommunismus auf der Straße überwunden und auch die entscheidenden Wahlschlachten gewonnen hat. Benneckes Buch bedeutet zwar noch keinen Durchbruch zu einer wirklich verständigen historischen Erkenntnis der deutschen Revolution 1933 — aber er tritt einer solchen späteren Erkenntnis wenigstens nicht entgegen, sondern trägt manche wichtige Einzelheit zum richtigen Verständnis bei.

DIE ROLLE HINDENBURGS

Brief an einen Rechtsanwalt

Leoni, den 28. April 1957

Sehr geehrter Herr Dr. S.

In Ihrem Schriftsatz* fällt mir auf, daß nirgends die Rolle Hindenburgs Erwähnung findet. Nach meiner Erinnerung (ich war damals erst 23 Jahre alt, aber bereits Mitarbeiter des Pressechefs Dietrich, durch den ich einige Einblicke erhielt) reicht es nicht aus, zu sagen, daß Hitler vom Staatsnotstand überzeugt war, auch der Reichspräsident war der gleichen Ansicht und es steht außer Zweifel, daß er Hitler entsprechende Vollmacht erteilt hat. Anders ist der Ablauf der Ereignisse, insbesondere das Wirksamwerden von Reichswehrdienststellen, nicht denkbar. Bekanntlich war Hindenburg nicht nur Oberster Befehlshaber der Wehrmacht, er hatte auch am 30. Januar 1933 den Reichswehrminister von Blomberg als seinen Vertrauensmann vor der Vereidigung des übrigen Kabinetts ernannt und ihm eine Sonderstellung in der Regierung eingeräumt. Den Erklärungen Blombergs in der Kabinettssitzung vom 3. Juli 1934 kommt auch in dieser Hinsicht besondere Bedeutung bei: sie können nicht ohne vorherige ausdrückliche Zustimmung Hindenburgs abgegeben worden sein.

* Diese mir zur Stellungnahme übersandte Niederschrift war zu einem damals anhängigen Strafverfahren gegen den Generaloberst a. D. Sepp Dietrich, ehemaligen Kommandeur der SS-Leibstandarte, ausgearbeitet worden.

Wenn der Reichskanzler in den Tagen des 30. Juni 1934 über Wehrmachteinheiten verfügen konnte, wie es offensichtlich der Fall war, so geschah das nicht kraft seiner Amtsstellung sondern kraft eines Sonderauftrages, den ihm nur der Reichspräsident erteilen konnte und zweifellos erteilt hat. (Die Amtsstellung des „Führers und Reichskanzlers" wurde erst nach dem Tode Hindenburgs geschaffen). Der damalige bayerische Justizminister Dr. Hans Frank berichtet über ein Telefongespräch mit Hess am 30. Juni in seinen nachgelassenen Aufzeichnungen („Im Angesicht des Galgens" S. 151):

„Hess teilte mir mit, daß Hitler mit Einwilligung des Herrn Reichspräsidenten Vollmacht habe, unmittelbar alle Maßnahmen ohne Einschränkung durchzuführen, die geeignet sind, den drohenden Putsch zu verhindern."

Das Verhalten Hindenburgs nach dem 30. Juni bestätigt, daß diese Darstellung richtig ist, daß also Hitler auch Sepp Dietrich gegenüber rechtmäßig als militärischer Vorgesetzter handelte (was nur in normaler Reichskanzlerfunktion wohl nicht der Fall gewesen wäre).
Der spätere Pressechef der Reichsregierung Dr. Dietrich (der mit dem Generaloberst nicht verwandt war) erzählte mir vom Besuch Hitlers in Neudeck nach dem 30. Juni: damals habe Hindenburg entgegen früherer Gewohnheit jedem Begleiter Hitlers die Hand gedrückt und bemerkt, in gewissen Stunden müsse man hart sein können. An Göring hat Hindenburg ein Danktelegramm gesandt usw.
Natürlich wäre es völlig irreführend, etwa Hindenburg mit der Verantwortung für die Ausschreitungen zu belasten, die im Zusammenhang mit dem 30. Juni stattfanden. Diese gehören aber, wie ich aus den Unterlagen ersehe, nicht zum Prozeßthema. Hier wird nur über die Auseinandersetzung Reichswehr — SA gehandelt und in ihr war die Position Hindenburgs zweifellos die ausschlaggebende.
Ich glaube, daß dieser historische Tatbestand auch für die Verteidigung Dietrich nicht ganz ohne Belang ist: von einem Oberst Befehlsverweigerung zu verlangen, wenn Reichspräsident und Reichskanzler gemeinsam Staatsnotstand als gegeben erklären — das gehört schon in den Bereich juristischer Bewußtseinsspaltung.
Aus dunkler Erinnerung noch ein Hinweis: bei der Durchsicht der Zeitungen jener Tage achten Sie bitte auf Nachrichten der SA-Pressestelle über einen Zwischenfall in Pommern. Es war da Ende Juni 1934 ziemlich sichtbar auf Krisenstimmung hingearbeitet worden und ich erinnere mich an Auseinandersetzungen zu diesem Thema. Die Sache ist freilich nur ein Mosaikstein, falls die Theorie vertreten würde, Röhm habe keinerlei Umsturztendenzen verfolgt.

TREUBRUCH HITLERS ODER RÖHMS ?

Antwort an einen ehemaligen SA-Führer

Lieber Herr B. Leoni, den 16. Mai 1957

Ihre Zuschrift scheint mir mehr auf die Formulierung eines entgegengesetzten Extrems als auf historische Klärung auszugehen. Von der persönlichen Seite gesehen ist Ihr Standpunkt gewiß begreiflich, aber Sie werden auch mich verstehen, wenn ich die Theorie, nur Hitler habe Röhm gegenüber die Treuepflicht verletzt, nicht aber Röhm gegenüber Hitler, nicht überzeugend finde. Da stehen mir zuviele persönliche Erinnerungen an die spannungsreichen Monate dagegen, in denen offenkundig eine „zweite Revolution" vorbereitet wurde. Eine Verbindung zwischen dem 30. Juni 1934 und dem 20. Juli 1944 besteht für mich nur insoferne, als sich im letzteren Datum vielleicht eine Bestätigung für Röhms These ausdrückt, daß die Revolution von 1933 vor der Wehrmacht nicht haltmachen dürfe. Ich glaube, es nützt dem Andenken Röhms mehr, wenn man annimmt, daß er ein großes Spiel gespielt hat — sicher war er sich des Risikos bewußt und hat nicht erwartet, im Falle des Mißlingens von einem Schöffengericht zu Gefängnis verurteilt zu werden.

Das Erstaunlichste am Münchner Prozeß * war m. E., daß er sich mit den Ereignissen, die sich im Schatten des 30. Juni 1934 vollzogen und die in mehreren Fällen gewiß nicht revolutionären Charakter hatten, gar nicht beschäftigte. So entstand ein geradezu klassischer Fall von politischer Justiz. Zweifellos hat der Gesetzgeber unter „Beihilfe zum Totschlag" nicht die Situation im Auge gehabt, in der sich Generaloberst Dietrich befunden hat. Vermutlich hätten sich weder der Gerichtsvorsitzende noch der Staatsanwalt — in gleiche Lage versetzt — zur Befehlsverweigerung gegenüber dem vom Reichspräsidenten ermächtigten Reichskanzler entschlossen. Das einzige Ergebnis solcher Prozesse scheint mir die öffentliche Unterstreichung der Problematik dieser Art von Rechtspflege zu sein. Obwohl wenig begabt, sind doch weder Ludwig XVIII. noch Karl X. auf die Idee gekommen, dem Offizier, der Napoleons Befehl zur Erschießung des Herzogs von Enghien ausführte, den Totschlagsprozeß zu machen. Für die historische Klärung sind derartige Schaustellungen, wie schon Nürnberg zeigte, ganz wertlos und ich neige auch zu der Ansicht, daß ein Staatsanwalt, der nur nach strafbaren Tatbeständen sucht, schon aus diesem Grunde kein brauchbarer Sachkenner für politisch-revolutionäre Vorgänge werden kann.

* Vergl. Seite 188

Kriegsausbruch: Ribbentrop als Zeuge

Aus der Zeitschrift „Nation Europa" (Coburg) Januar 1954 *

In Bezug auf die Entstehungsgeschichte des Ersten Weltkrieges ist nicht nur die historische Wissenschaft sondern auch die öffentliche Meinung in allen zivilisierten Ländern seit langem bei einer objektiven Betrachtungsweise angelangt. Niemand kommt mehr auf den Einfall, das nach 1918 allgemein verbreitete Geschwätz, „der Kaiser" sei „am Krieg schuld", als ernsthafte Behauptung aufzustellen. Obwohl die deutsche Politik gerade in den Juli-Augusttagen 1914 mit allzu eifrigen Kriegserklärungen nach allen Seiten ein Verfahren angewandt hatte, das es leicht machte, ihr die Schuld in die Schuhe zu schieben, ließen sich doch auf die Dauer die wirklichen Gründe und Hintergründe des Geschehens nicht verheimlichen. Das Zerrbild von der deutschen Kriegsschuld, das die damalige englische Regierungspartei im Winter 1918/19 mit der Forderung „hang the Kaiser" zur Wahlkampfparole erhob, zerfiel ins Nichts, als die Frage nicht mehr politisch sondern nur noch historisch interessant war.

Nach dem Zweiten Weltkrieg blieb es nicht bei der Wahlkampfparole: Die Nürnberger Prozesse haben das hektische Spuren-Verwischen derer, die glaubten, daß die Verurteilung von „Hauptschuldigen" die Hintergründe des tragischen Zusammenstoßes auf die Dauer verdecken könnte, mit Hilfe von Sonderstatuten bis zum Gipfelpunkt hundertfacher menschlicher Tragödien gesteigert.

Trotzdem ließ und läßt sich nicht verhindern, daß die Zusammenhänge und Fragestellungen, die den neuen, zweiten europäischen Konflikt ebenso verhängnisvoll zur Folge hatten wie den ersten, vor dem Blick der Völker in immer deutlicheren Umrissen sichtbar werden, daß jene Kräfte sich nun darstellen, die 1914 ebenso wie 1939 weder gegen Wilhelm II. noch gegen Hitler sondern grundsätzlich gegen jede Form eines starken Deutschlands eine Weltkoalition organisierten und in den Kampf führten.

Als ein entscheidendes Ereignis auf dem Wege zu solch historisch-politischer Klärung kann die jetzt erfolgte Veröffentlichung der nachgelassenen Erinnerungen des ehemaligen Reichsaußenministers von Ribbentrop bezeichnet werden. Über Ribbentrop ist seit 1945 nicht

---

* Rezension des Buches Joachim von Ribbentrop. Zwischen London und Moskau / Erinnerungen und letzte Aufzeichnungen. Aus dem Nachlaß herausgegeben von Annelies von Ribbentrop. Druffel-Verlag, Leoni am Starnberger See, 1953.

viel Freundliches gesagt und geschrieben worden. Aber auch wer ihm kritisch gegenübersteht, kann ihm die Qualifikation zur Zeugenaussage nicht absprechen — Ribbentrop hat von 1933 an Hitler außenpolitisch beraten und stand seit 1935 zunächst als Botschafter, seit 1938 als Minister an verantwortlichem Platz. Wie kein anderer kannte er Hitlers außenpolitische Gedankengänge und auch die Wirkungen, die sie in West und Ost ausgelöst haben. Wenn es auch nicht die Funktion eines Außenministers Hitlers gewesen ist, selbständige politische Entschlüsse zu fassen, so kannte doch Ribbentrop im Einzelnen die Umstände, die sie herbeiführten, und die Motive, die ihnen zugrunde lagen. Wie immer die Aussage dieses Mannes gestaltet ist — sie kann nicht umgangen, sie muß beachtet werden.

Viele werden diesen Band mit solchen skeptisch-interessierten Gedanken in die Hand nehmen und einiges, aber nichts Umfassendes darin erwarten (dies umso weniger, als Ribbentrop in seiner Zelle natürlich nicht die Muße und Bequemlichkeit und die Materialfülle eines Churchill zur Verfügung hatte, als dieser seine bändefüllenden Memoiren niederschrieb). Die Überraschung des Lesers ist umso größer, je schärfer sein Vorurteil ausgeprägt war: der Vergleich zu Wilhelm II. drängt sich auf — während der Kaiser in den mehr als zwei Jahrzehnten, die er den damaligen Zusammenbruch überlebte, keine überzeugende Darstellung der weltpolitischen Lage Deutschlands vor 1914 zur Niederschrift brachte, ist es Ribbentrop unter den Schikanen eines brutalen Gefängnisregimes noch während der letzten Monate vor seinem Tode gelungen, ein wahrhaft dramatisches Bild der Entwicklung und der Ereignisse zu entwerfen, die zum zweiten Male in unserem Jahrhundert zum selbstmörderischen europäischen Bruderkampf führten. Der Titel des Buches ist sachlich gehalten: „Zwischen London und Moskau" — er bezeichnet nicht nur die Hauptstationen des Wirkens Ribbentrops, sondern auch die Problematik der Außenpolitik des Dritten Reiches überhaupt: Mit England und Rußland wurden Bündnisse gesucht, an der Koalition Englands mit Rußland ging das Reich zugrunde!

Es kann nicht die Aufgabe einer Besprechung sein, dem Leser die Lektüre des Buches vorwegzunehmen, es wäre auch ein allzu kühnes Unterfangen, die zahlreichen, meist völlig überraschenden Gesichtspunkte und neuen Mitteilungen zu verzeichnen, die den Leser von Seite zu Seite immer mehr in den Bann dieses Buches ziehen. Schon die zeitliche Spannweite dieser Memoiren — beginnend mit der Jugend in Straßburg, der Schweiz, England und Kanada, über knapp gezeichnete Kriegserlebnisse in der Türkei, zur Mitwirkung an der Regierungsbildung des Januar 1933, die zwölf Jahre in Hitlers Um-

gebung bis zum letzten Gespräch im April 1945 — schließt einen auch nur einigermaßen vollständigen Bericht aus.
Immerhin soll versucht werden, Kernpunkte der Ribbentropschen Darstellung herauszuheben — man wird nicht umhin können, sie in Zukunft in den Begriffsschatz der historischen Beweisführung aufzunehmen:

Aus Ribbentrops Schilderung ergibt sich vor allem ein neues umfassendes Bild der Versuche, eine deutsch-englische Annäherung zustande zu bringen: mehrjährige Bemühungen, die im deutsch-englischen Flottenvertrag einen wichtigen Höhepunkt fanden. Dieser Vertrag wurde aber nicht, wie erhofft, der Anfang weitergehender Vereinbarungen, sondern hatte die entgegengesetzte Wirkung: er mobilisierte die von da ab sich immer stärker geltend machenden Gegenkräfte, in deren Mittelpunkt der damalige Permanent Secretary im englischen Außenamt, Sir Robert Vansittart, stand. Ribbentrop schildert aufschlußreich persönliche Bemühungen um Vansittart, der als sein Gast zur Olympiade in Berlin weilte und dabei auch mit Hitler zusammenkam. Vansittart zeigte sich damals und später als unbeugsamer Verfechter der im Foreign Office noch aus der Zeit Sir Eyre Crowes stammenden grundsätzlichen These: niemals, unter welchen Umständen auch immer, mit Deutschland zu paktieren. An dieser Mauer scheiterten alle Bemühungen von deutscher und auch englischer Seite, eine deutsch-englische Dauerlösung zu finden. „Sir Robert hat diesen Kurs bis zur Vernichtung Deutschlands, seinem großen Triumph des Augenblicks, durchgehalten" — so schreibt Ribbentrop und fragt mit Recht: „Wird aber die Politik Vansittarts vor der Geschichte Bestand haben?" (S. 65). In seinen abschließenden Bemerkungen und in einem der letzten Briefe faßt Ribbentrop die für die späteren Ereignisse so entscheidende deutsch-englische Entwicklung jener Jahre mit treffender Prägnanz zusammen:

„Der Zweite Weltkrieg entstand nicht zuletzt deshalb, weil es auch Adolf Hitler nicht möglich gemacht wurde, die politische und wirtschaftliche Existenzgrundlage des Reiches auf dem Wege freundschaftlicher Vereinbarungen mit der Umwelt zu sichern. Jahrelang hat er versucht, das Gegengewicht gegen den Osten durch ein Bündnis mit England zu schaffen . . . Aber England war nicht zu gewinnen, es sah in der Entstehung eines starken Deutschlands nicht eine vernünftige Korrektur von Versailles und eine Sicherung gegenüber dem Osten, sondern nur eine Gefährdung der ‚balance of power'" (S. 299f.). „Vieles von dem was geschah, war zwangsläufig; als Adolf Hitler erkannte, daß seine ursprüngliche Idee der Schaffung eines mächtigen Reiches aller Deutschen ge-

stützt auf ein Bündnis mit England nicht zu verwirklichen war, versuchte er das Reich aus eigener militärischer Kraft zu bauen und zu sichern. Das hat ihm schließlich eine Welt von Feinden geschaffen" (S. 303).

Besonders interessant schildert Ribbentrop die entscheidende Wendung der britischen Politik zur militärischen Einkreisung Deutschlands, die sich im Winter 1938/39 vollzog und zunächst die begonnene deutsch-polnische Fühlungnahme zum Scheitern brachte. Als Ribbentrop Ende Januar 1939 von seinem Staatsbesuch in Warschau zurückkehrte, sagte er noch auf der Fahrt zu seinen Mitarbeitern: „Jetzt bleibt uns nur der Ausweg, uns mit Rußland zu einigen, wenn wir nicht völlig eingekreist werden wollen" (S. 160).
Die Paktpolitik mit Stalin — die durch die Absage des Westens vorgezeichnete außenpolitische Antwort von deutscher Seite — war, wie sich aus der Darstellung Ribbentrops eindeutig ergibt, die „ureigenste Idee" des Außenministers; er hat sie später zu retten und fortzuführen versucht, auch als Hitler sich durch das erkennbare russische Drängen nach Westen bedroht fühlte und Molotows Auftreten in Berlin Hitlers Mißtrauen entscheidend vertieft hatte.
Als dann der Krieg gegen die Sowjetunion begonnen war, ging Ribbentrops Bemühen zunächst dahin, den japanischen Bundesgenossen gegen Rußland ins Spiel zu bringen und später, als Japan ganz gegen den deutschen Wunsch die USA angegriffen hatte, bemühte sich Ribbentrop unermüdlich, von Hitler die Autorisation für Sonderfriedensverhandlungen mit Stalin zu erhalten (die eine zeitlang nicht aussichtslos erschienen) „um danach den Krieg durch einen Kompromiß im Westen beenden zu können" (S. 266).
Das waren — in sehr knappen Umrissen — Ribbentrops außenpolitische Konzeptionen in den entscheidenden Jahren: sie scheiterten einerseits an der Haltung der Gegner, andererseits aber auch an Hitler, der „den Kampf im Osten als einen Kampf der Völker um Lebensraum" ansah und der „bis zum Schluß der Überzeugung war, es sei die große Tragik dieses Krieges, daß in der Auseinandersetzung zweier Welten — zwischen dem Osten und dem Abendland — der Westen dem Volk, das diesen Kampf für Europa und für die ganze Kulturwelt führe, in den Rücken falle" (S. 268).
Es ist ein besonderes Kennzeichen des sachlichen und menschlichen Niveaus der Ribbentrop-Aufzeichnungen, daß in ihnen die aufgetretenen oft sehr ernsten Meinungsverschiedenheiten mit dem Staatsoberhaupt nicht im Stile einseitiger Rechthaberei dargestellt werden, sondern auch Hitlers Denkweise objektive Würdigung findet. So schreibt Ribbentrop in Bezug auf seinen Rat, durch Konzessionen an

die Sowjetunion im Sinne der bekannten Molotow-Forderungen die gefahrvolle Auseinandersetzung zu vermeiden: „Die gewaltige Stärke und Machtentfaltung der Sowjetunion wirft zwangsläufig die Frage auf, ob Adolf Hitler vor der Geschichte mit seiner Auffassung Recht behalten wird, oder ob der von mir erstrebte Weg auf die Dauer gangbar gewesen wäre" (S. 246). Ähnliche Überlegungen finden sich an verschiedenen Stellen des Buches: sie zeigen die entschiedene Absicht des Verfassers, der historischen Wahrheitsfindung und nur ihr zu dienen. So berichtet Ribbentrop sogar ohne jedes Ressentiment auch von heftig-kritischen Äußerungen Hitlers über ihn selbst, z. B. im Jahre 1943 Hitler zu Botschafter Hewel: „Im Kampf gegen den Bolschewismus gibt es keinen Kompromiß. Ich kann die Kaufmannspolitik Ribbentrops nicht gutheißen. Dieser Krieg kann nicht durch diplomatische Mittel entschieden werden." Und bei anderer Gelegenheit über die Denkschriften, die Ribbentrop einreichte: „Ich lese sie, aber die Schlüsse ziehe ich selbst daraus." Ribbentrop bemerkt dazu nur: „Ich habe trotzdem nicht aufgehört, ihm meine Meinungen vorzutragen und immer wieder versucht, meine Auffassungen durchzusetzen . . . Allerdings habe ich nicht konspiriert, sondern bin Adolf Hitler gegenüber sachlich loyal und persönlich treu geblieben bis zum Schluß" (S. 257). Und in einem der letzten Briefe an seine Frau heißt es:

„Deine Mutter sagte mir einmal, sie hoffe, daß ich ein Talleyrand sei — Du weißt, daß ein solches Spiel keinem genutzt haben würde, außer vielleicht Himmler. Der Gedanke, am Tode auch nur eines deutschen Soldaten für derartige Zwecke schuldig zu sein, wäre mir unerträglich. Nachdem die Gegner entschlossen waren, — gleichgültig von wem — nur die bedingungslose Kapitulation anzunehmen, konnte jeder solche Schritt nur zum Zusammenbruch führen. Eine solche Verantwortung zu übernehmen, wäre über Menschenkraft gegangen. So gehöre ich heute zu denen, die zwischen den Mahlsteinen der Weltgeschichte zerrieben wurden . . . " (Brief vom 6. Oktober 1946, S. 304).

In diesen Worten ist das Schicksal der Persönlichkeit Ribbentrops umrissen — einer im tiefsten Grunde tragischen Erscheinung: er war gewiß kein „Ja-Sager", wie man ihn gerne hinstellt, er hatte eigene und bedeutende politische Ideen — aber er hatte nie die Entscheidung in der Hand. Daß er trotzdem in keiner Zeile des Buches der Verantwortung ausweicht, wie es so viele nach 1945 getan haben, und sich über den Tod hinaus als Zeuge dafür meldet, wie es wirklich war — das alles wird das bleibende historische Bild Ribbentrops bezeichnen.

Die Bedeutung der Ribbentrop-Erinnerungen liegt freilich jenseits des Persönlichen und sie geht auch über das rein Historische noch hinaus: Daß fast alle Probleme, die in diesem Buch auf Grund der an hoher Stelle gewonnenen Erkenntnisse heute noch aktuell sind, daß die Zwischenantwort, die im Jahre 1945 auf die deutsch-englische, auf die europäisch-russische Frage erteilt wurde, sich inzwischen längst wieder als zweifelhaft und anfechtbar erwiesen hat, macht Ribbentrops Erlebnisse, Erfahrungen und politischen Überlegungen auch für die Zukunft bedeutsam — sie sind Wegmarkierungen, die uns heute mehr denn je etwas zu sagen haben.

Daß Frau von Ribbentrop als Herausgeberin sich in zahlreichen interessanten Anmerkungen der Mühe unterzogen hat, nicht nur die wichtigsten einschlägigen Äußerungen der Gegenseite (insbesondere Chamberlains aufschlußreiche, in Deutschland fast unbekannte Tagebuchnotizen u. a. m.) sondern auch die verstreut veröffentlichten Mitteilungen der deutschen Widerstandskreise über ihre Gegenwirkungen gegen die amtliche deutsche Politik zuverlässig zu zitieren, gibt dem Buch einen besonderen Reiz. Diese dokumentarischen Hinweise vervollständigen ein Bild, das Ribbentrop nur im Ausschnitt des Nürnberger Prozesses erkennen konnte.* Immerhin bemerkt er bei der Schilderung der unmittelbaren Situation des Kriegsausbruches, „daß man in London auf die Verschwörergruppe von maßgebendsten deutschen Militärs und Politikern rechnete und dadurch zu einem leichten Sieg über Deutschland zu kommen hoffte". Ribbentrop vermutete schon bei seiner damaligen Niederschrift, daß diese aus Deutschland kommenden Einwirkungen „bei der englischen Kriegsentscheidung wahrscheinlich den Ausschlag gegeben" haben. In der von der Herausgeberin zitierten, später veröffentlichten Tagebuchaufzeichnung des Premierministers Chamberlain vom 10. September 1939 wird diese Auffassung drastisch bestätigt. Chamberlain notierte damals: „Was ich erhoffe, ist nicht der militärische Sieg; ich zweifle sehr ob er möglich ist — aber ein Zusammenbruch der deutschen inneren Front".

Es wird hier ein für die Kriegsschuldfrage entscheidender Umstand sichtbar, der bisher fast unbeachtet geblieben war: Durch die politischen Zwischenträgereien, in deren Mittelpunkt nach seinen eigenen

---

* Frau Annelies von Ribbentrop hat im Anschluß an die Herausgabe der Erinnerungen und letzten Aufzeichnungen ihres Mannes die Kriegsschuldfrage des Zweiten Weltkrieges zum Gegenstand umfassender eigener Forschungen gemacht. Ihre Feststellungen hat sie in ihrem bereits mehrfach erwähnten Werk „Verschwörung gegen den Frieden" Studien zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges, Druffel-Verlag, Leoni am Starnberger See 1962, publiziert.

Aussagen der damalige Staatssekretär von Weizsäcker stand und die sehr zu Unrecht später mit dem Nimbus eines „Widerstandes gegen die Diktatur" und eines „Kampfes für den Frieden" umgeben wurden, hat man im Sommer 1939 nicht nur Hitler hintergangen, sondern auch die britische Regierung in verhängnisvollster Weise getäuscht. Diese unterschätzte damals ganz entschieden das Risiko, das sie mit der Kriegserklärung einging. Sie rechnete keineswegs damit, daß sie einen sechsjährigen weltweiten Krieg auslösen würde; im Gegenteil: die ihr bekannt gewordene damalige italienische Absage an Hitler schien den Konflikt zu lokalisieren und die aus Berlin so zahlreich eintreffenden „Informationen" und „Ratschläge" der „innerdeutschen Opposition", ja die von dieser Seite immer wieder erfolgenden Aufforderungen, „hart" zu bleiben, ließen im britischen Kabinett ernstlich die Überlegung Platz greifen, daß es nur der Kriegserklärung bedürfe, um in Deutschland einen „Putsch der Generale" auszulösen. Die verlockende Aussicht auf eine solche, ohne große Opfer zu erreichende Lageveränderung in Mitteleuropa hat vermutlich für Vansittart und Churchill die letzten Widerstände in der britischen Führung aus dem Wege geräumt. Es ist eine erschütternde, aber nicht anzuzweifelnde Tatsache, daß so letztlich deutsche Kreise selbst den großen Konflikt schürten und den englischen Kriegsentschluß auslösten.

Solche Anmerkungen, die sich auf inzwischen erschienene Dokumente stützen, vervollständigen das Gesamtbild der „Tragik Europas", die Ribbentrop im Zweiten Weltkrieg sieht — ein Urteil, das heute nicht nur in Deutschland, sondern auch dort unterschrieben wird, wo man einst glaubte, mit der Niederschlagung des Reiches einen nützlichen Schritt zu unternehmen, während in Wirklichkeit die Welt aus den Fugen gerissen wurde.

Es ist nötig, daß diese Erkenntnisse Allgemeingut werden, wenn der europäische Weg in die Zukunft mit klareren Begriffen gegangen werden soll, als bisher.

Zur Genesis der deutschen Judenmaßnahmen

Aus: „Alter Feind — was nun? Wiederbegegnung mit England und Engländern" (Leoni 1955) Seite 196

Als im Herbst 1943 dänische Juden verhaftet wurden und die Auslandspresse darüber sensationelle Berichte veröffentlichte, wandte ich mich in meiner damaligen Eigenschaft als stellvertretender Pressechef der Reichsregierung an das zuständige Reichssicherheitshauptamt mit dem Ersuchen um grundsätzliche Informationen, damit ich auf der Berliner Auslandspressekonferenz Stellung nehmen könne. Die erbetenen Auskünfte wurden unverzüglich erteilt; ich habe sie am 7. Oktober 1943 in einer Erklärung vor den in Berlin tätigen Auslandspressevertretern verwendet.
Zur Rechtslage wurde der Standpunkt eingenommen, daß von den im deutschen Bereich lebenden Juden feindselige Handlungen zu erwarten und Sicherungsmaßnahmen nicht nur nach Kriegsrecht zulässig, sondern auch erforderlich seien (auch die amerikanischen Behörden haben während des Krieges Sicherheitsinternierungen nach rassischen Gesichtspunkten durchgeführt: nach Pearl Harbour wurden in den Staaten der Westküste zahlreiche Einwohner japanischer Volkszugehörigkeit — auch wenn sie amerikanische Staatsbürger waren — verhaftet und für Kriegsdauer in Lagern untergebracht). Es wurde auf die in der Tat erstaunliche Erklärung des Zionistenführers (und späteren Präsidenten von Israel) Dr. Chaim Weizmann verwiesen, der in einem veröffentlichten Staatspapier dem britischen Premierminister Chamberlain am 5. September 1939* folgendes mitteilte:

---

* In dem erwähnten Dokumentarwerk von H. G. Adler „Die verheimlichte Wahrheit — Theresienstädter Dokumente" (Tübingen 1958) wird behauptet, ich hätte die Weizmann-Erklärung „entstellt" wiedergegeben. Die zitierte Fassung lag in Berlin damals nach der in den Londoner „Times" vom 5. 9. 39 erfolgten Veröffentlichung vor. Adler stellt nun fest, daß der Originaltext am 8. 9. 1939, also drei Tage später in der „Jewish Chronicle" wie folgt wiedergegeben wurde:

„In this hour of supreme crisis, the conciousness that the Jews have a contribution to make to the defence of sacred values impels me to write this letter. I wish to confirm in the most explicit manner the declaration which I and my colleagues made during the last months, and especially in the last week: that the Jews 'stand by Great Britain and will fight on the side of the democracies'. Our urgent desire is to give effect to these declarations. We wish to do so in a way entirely consonant with the general scheme of British action, and therefore would place ourselves, in matters big and small, under the co-ordinating direction of His Majesty's Gouvernment. The Jewish Agency is ready to enter into

„Ich wünsche in nachdrücklichster Form die Erklärung zu bestätigen, daß wir Juden an der Seite Großbritanniens stehen und für die Demokratie kämpfen werden. Aus diesem Grunde stellen wir uns in den kleinsten und größten Dingen unter die zusammenfassende Leitung der britischen Regierung. Die jüdische Vertretung ist bereit, in sofortige Abkommen einzutreten, um alle menschlich-jüdische Kraft, ihre Technik, ihre Hilfsmittel und alle Fähigkeiten nützlich einzusetzen."

Angesichts so weitreichender Erklärungen, die auch die im deutschen Machtbereich lebenden Juden mit einschlossen, waren deutsche Sicherungsmaßnahmen im Krieg nicht unberechtigt. Nach den Informationen, die ich damals erhielt und an die Auslandspresse weitergab, hat sich das Reichssicherheitshauptamt im ersten Stadium des Krieges bis in den Herbst 1940 darauf beschränkt, die Auswanderung der Juden zu fördern und zu beschleunigen. Diese Politik habe beendet werden müssen, weil nicht nur beträchtliche Werte, sondern auch wichtige Informationen den Weg über die Grenzen genommen hätten. Die Einführung des sog. „Judensterns" im September 1941 wurde als erste sichtbare Maßnahme gegen das „unterirdische Treiben der Juden insbesondere bei der Verbreitung von Gerüchten unter der deutschen Bevölkerung" bezeichnet. Als nächstes habe man sich mit dem Ernsterwerden des Krieges zur Zusammenfassung der Juden in eigenen Wohngebieten entschlossen. Diese Maßnahme habe sich nicht bewährt, weil die Juden in diesen Ghettos sich bewaffnet und militärisch organisiert hätten. Nun erst — im Herbst 1943 — sei man dazu übergegangen, das zu tun, wozu die deutschen Behörden schon bei Kriegsausbruch berechtigt gewesen seien, nämlich die Juden in Lagern zu internieren. Für alte und kranke Juden habe man aber aus

---

immediate arrangement for utilizing Jewish manpower, technical ability, resources, etc. The Jewish Agency has recently had differences in the political field with the Mandatory Power. We would like these differences to give way before the greater and more pressing necessities of the time. We ask you to accept this declaration in the spirit in which it is made."

Der Textvergleich ergibt, daß die wesentlichen Stellen seinerzeit von der „Times" zutreffend berichtet wurden und daß die Berliner Stellungnahme dazu sich nicht etwa auf falsche Unterlagen gründete. H. G. Adler erkennt das auch durch die Bemerkung an (a.a.O. Seite 321):

„Es stimmt zwar, daß es unklar bleibt, im Namen welcher Juden Weizmann seine Zusagen gab, aber gewiß konnte er nur für jene sprechen, die seiner indirekten Autorität unterstanden (über eine direkte verfügte er nicht), also vor allem für die Juden Palästinas. Trotzdem ist zuzubilligen, daß dieser Brief in seiner gerade darin unzulänglichen Formulierung kein diplomatisches Meisterstück war und dem nationalsozialisti-

humanitären Gründen das Ghetto-System beibehalten und ihnen die ganze Stadt Maria-Theresienstadt im Protektorat Böhmen und Mähren zur Verfügung gestellt, wo sie unter Selbstverwaltung lebten. Hinsichtlich der Verhaftung der in Dänemark lebenden Juden, die bis dahin von der Besatzungsmacht unbehelligt geblieben waren, wurde auf die jüdische Beteiligung an Sabotageakten verwiesen, die nun auch hier eine deutsche Sicherungsmaßnahme erforderlich machten.

Alle diese Punkte waren nicht unzutreffend*, aber es war auch mir damals nur die halbe Wahrheit gesagt worden. So vertretbar die Sicherungsmaßnahmen erscheinen mochten, so gab und gibt es keine Rechtfertigung für die Maschinerie heimlicher Tötung, die von einer kleinen Gruppe von Fanatikern in Gang gesetzt wurde . . .

Völlig klar ist und außer jedem Zweifel steht, daß die deutsche Öffentlichkeit an diesen dunklen Geschehnissen ebenso unbeteiligt war wie das britische Volk am Beginn des Bombenkrieges gegen offene Städte oder das amerikanische an den Atombombenwürfen auf Hiroshima und Nagasaki. Obwohl sich diese Ereignisse — im Gegensatz zu Auschwitz — vor aller Augen abspielten, so waren doch auch sie das Ergebnis von Kriegsentscheidungen, die ohne jede Einflußmöglichkeit von außen her nur von einigen Wenigen getroffen wurden.

---

schen Staat eine willkommene Waffe für propagandistische und noch viel tragischere Zwecke auslieferte, als Hunderttausende und vier Wochen später Millionen von Juden in seiner Gewalt waren. Am beklagenswertesten ist dabei die Kurzsichtigkeit, mit welcher der Glaube an eine einheitliche jüdische Weltmacht genährt wurde, die dem Nationalsozialismus als Erzfeind vorschwebte."

Eine weitere Tatsache, die H. G. Adler erwähnt, war in Berlin damals unbekannt: Weizmann sandte seine ominöse Note am 29. August 1939 an den britischen Premierminister, sprach also bereits v o r Kriegsausbruch vom „Kampf" an der Seite Großbritanniens. Dieser merkwürdige Umstand läßt sich wohl nur so erklären, daß der Kriegsentschluß des britischen Kabinetts damals bereits feststand und Weizmann dies wußte.

* Die damaligen Angaben über die noch nach Kriegsbeginn zugelassene Auswanderung von Juden aus dem deutschen Machtbereich werden durch eine im Dokumentarwerk von Poliakov-Wulf: „Das Dritte Reich und die Juden" (Berlin 1955) Seite 245 wiedergegebene Statistik bestätigt. Danach sind bis 31. 12. 1942 insgesamt 557 357 von 929 000 im Zeitpunkt der jeweiligen Machtübernahme im Altreich, Ostmark und Protektorat Böhmen und Mähren lebenden Juden ausgewandert.

Mai 1941: Hess' gescheiterte Mission

*Aus der Zeitschrift „Nation Europa" (Coburg) Oktober 1952**

Der abenteuerliche Versuch des damaligen Reichsministers und Stellvertreters des Führers der NSDAP, Rudolf Hess, durch einen Flug nach England eine deutsch-englische Friedensmöglichkeit zu schaffen, wird durch ein bemerkenswertes Buch erstmals zuverlässig aufgeklärt. Frau Ilse Hess berichtet in „England — Nürnberg — Spandau. Ein Schicksal in Briefen" sehr lebendig und aufschlußreich von jener weltgeschichtlichen Episode des Mai 1941. In den Auszügen aus den Briefen, die Hess in fast zwölfjähriger Gefangenschaft schrieb und die den Hauptinhalt des Buches bilden, schildert Hess selbst seinen Flug und beleuchtet die Vorgeschichte und Hintergründe.

Dem Leser drängen sich bei der Lektüre dieses menschlich ergreifenden, nicht eigentlich politischen Buches, ernste Gedanken auf: hat sich doch in Hess' kühnem Flug (der schon als fliegerische Leistung eine Tat war) in dramatischer Form mitten im Kriege noch einmal die deutsche Leidenschaft für England verkörpert — jene unglückliche Liebe, die seit fast hundert Jahren, seit sich im Sommer 1870 das Kriegsglück auf die Seite Bismarcks wendete und damit ein s t a r k e s Deutschland wiedererstand, keine ernsthafte Erwiderung von britischer Seite mehr gefunden hat.

Dieses vielfältige deutsche Werben muß ebenso wie das hartnäckige britische „Nein" im Lichte dessen gewertet werden, was alles geschah und nur geschehen k o n n t e, weil Deutschland und England nicht zueinander fanden, sondern sich zwei vernichtende Weltkriege lieferten. Die deutschen Zusammenbrüche von 1918 und 1945 und der Verfall zunächst der britischen Wirtschaftsmacht als Ergebnis des Ersten Weltkrieges, seines Weltreiches als Ergebnis des zweiten sprechen eine Sprache, die keiner Erläuterung bedarf.

Als Hess im Mai 1941 aus eigenem Entschluß und ohne Wissen Hitlers — dies wird durch das Buch zweifelsfrei geklärt — seinen Flug unternahm, war der zweite deutsch-englische Krieg zwar bereits anderthalb Jahre im Gange, aber trotz der eingetretenen Ereignisse, trotz des Norwegen-, Frankreich- und Griechenland-Feldzuges war noch nichts geschehen, was den Kampf bis zum Letzten unvermeidlich gemacht hätte. Hess hatte sich noch wenige Tage vor seinem Ab-

---

* Rezension des Buches Ilse Hess: England — Nürnberg — Spandau. Ein Schicksal in Briefen. Druffel-Verlag, Leoni am Starnberger See, 1952.

flug sehr sorgfältig vergewissert, daß dies nach wie vor auch Hitlers Meinung sei. Was Hess mit klarem Verstand tun wollte, war: den lähmenden Zauberkreis durchbrechen und der britischen Regierung den Prestige-Vorrang verschaffen, den die Ankunft eines deutschen Reichsministers auf britischem Boden zweifellos bedeutete.

Uber seinen Flug und seine Aufnahme in England berichtet Hess in seinen Briefen ausführlich und erschöpfend. E i n e Frage kann er freilich nicht beantworten: Warum haben die Briten ihn glatt abgelehnt? Auf diese Frage gibt es mehrere mögliche Antworten: es kann die damals schon zu eng gewordene Bindung an die USA und die von Roosevelt verfolgte politische Linie — die sich in Wirklichkeit g e g e n England richtete — gewesen sein, es mag auch schon ein Wissen um den bevorstehenden deutsch-sowjetischen Waffengang (von dem Hess in England keine Mitteilung machte und der auch seinen seit Sommer 1940 geplanten Schritt nicht entscheidend beeinflußt hat) mitgewirkt haben, aber der tiefste Grund wird wohl in dem blinden haßerfüllten Eifer zu suchen sein, der Deutschland ohne jede Rücksicht auf die eigene britische Zukunft als den Todfeind betrachtete und es unter gar keinen Umständen als politischen Partner anzunehmen bereit war. Der Höhepunkt deutschen England-Werbens, der sich im Hess-Flug verkörpert, traf sich mit der Hochflut weltpolitischen Bruderhasses, der inzwischen zum Verderb Europas geworden ist.

Hess, der unbestritten und unbestreitbar als echter Idealist in selbstgewählter Friedensmission unter Einsatz seines Lebens nach England kam, büßte diese Tat nun schon im zwölften Jahre der Haft* — wahrlich eine Szene aus dem Mittelalter! Nicht einmal das Nürnberger Tribunal vermochte Heß hinsichtlich der Anklage „Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen" schuldig zu sprechen. Es hat hierin sogar auf F r e i s p r u c h erkannt; trotzdem wurde er zu „lebenslänglichem Gefängnis" verurteilt. Es geschah dies ausgerechnet mit der Begründung, er habe an einer „Verschwörung gegen den Frieden" mitgewirkt. Winston Churchill versucht in seinen Kriegserinnerungen eine Gewissensentlastung mit der Erklärung: „Wenn ich über die Hess-Geschichte nachdenke, so bin ich froh, daß ich weder für seine damalige, noch für seine jetzige Behandlung verantwortlich bin."

Wie so vieles, was Churchill heute zu seiner Entlastung vorbringt, ist auch dieser Satz höchst anfechtbar. Gerade er trägt zweifellos ein besonders hohes Maß an Verantwortung nicht nur an dem britischen „Nein" von 1941, sondern auch an der menschlichen Ungeheuerlich-

* Derzeit — im Frühjahr 1964 — befindet sich Hess bereits 23 Jahre in Haft!

keit, mit der Hess jahrelang in England gefangengehalten — und nicht, wie es der Ritterlichkeit entsprochen hätte, als Parlamentär behandelt — wurde, um ihn dann nach 1945 der amerikanisch-sowjetischen Rachejustiz zu überantworten, die in Hess vor allem den weltpolitischen Gegner sah und verurteilte.

Daß sich gegen diese ungeheuerliche Behandlung eines Mannes, der nichts anderes als den Frieden wollte, dessen persönliche Lauterkeit außer jedem Zweifel steht, in England bisher noch keine Stimme ernsthafter Kritik erhoben hat, wirft ein bedenkliches, aber leider auch bezeichnendes Licht auf den Verfall jenes Gentleman-Geistes, von dem man einst glaubte, daß er auf den britischen Inseln zu Hause sei.* Mit dem seinen erinnern auch andere Namen, die uns im Hess-Buch bei den Berichten aus dem Spandauer Häftlings-Dasein begegnen — Neurath, Raeder, Dönitz** — beredt und unablässig daran, daß das politische England von heute den Begriff der Fairneß verloren hat. Man ist verführt, dieses Krankheitszeichen mit dem Irrweg der britischen Politik seit dem Niedergang des viktorianischen Zeitalters in einen engeren Zusammenhang zu bringen.

In großartiger Abgeklärtheit findet sich Hess mit seinem persönlichen Schicksal ab; die grausame politische und menschliche Enttäuschung, die ihm sein kühnes Abenteuer eingetragen hat, erlebt er wie ein philosophisches Gleichnis. Als Zeugnisse überlegenen Menschentums werden diese Briefe aus zwölfjähriger Haft über Zeit und Raum hinweg eine literarische Gültigkeit erlangen. Heute empfinden wir die überlegene Zurückhaltung, aus der immer noch tiefe Zuneigung zum echten, einst großen England spricht, als eine aufwühlende stumme Anklage: kein bitteres Wort steht in diesem Buch. Und doch r i c h t e t es die Vernichtungspolitiker von 1941, das Tribunal von 1946 und die Kerkermeister von Heute.

Die Weltliteratur kennt nur wenige Bücher, in denen das Schicksal so unmittelbar das Wort ergreift wie hier: das Schicksal zweier großer Völker und das Schicksal eines bedeutenden, tapferen Menschen. Dieses Buch ist frei von jeglicher Absichtlichkeit. Aber es hat seine Aufgabe: es könnte beitragen, nicht nur Augen zu öffnen, sondern

---

* Inzwischen haben sich auch in England einige nicht unwichtige Stimmen in der Angelegenheit Hess zu Wort gemeldet. So forderte der Historiker A. J. P. Taylor, Autor des aufsehenerregenden Buches „The Origins Of The Second World War" zu Weihnachten 1962 vergeblich Hess' Freilassung. Auch die Bemühungen des Journalisten James Leasor sind hervorzuheben, der den Fall Hess in seinem Buch „The Uninvidet Envoy" der englischen Öffentlichkeit eindringlich geschildert hat.

** Sämtlich inzwischen aus der Haft entlassen.

auch Herzen zu erschließen, nicht nur ein Einzelschicksal zu wenden, sondern einen neuen Weg des Zueinander für Deutsche und Engländer zu finden.

Das Geheimnis der „Endlösung"

Aus der Zeitschrift „Nation Europa" (Coburg) August 1956

Hans Fritzsche, der inzwischen verstorbene, vom Nürnberger Tribunal freigesprochene Angeklagte im sog. Prozeß der „Hauptkriegsverbrecher" schildert in seinem Buch „Das Schwert auf der Waage" überzeugend, wie überrascht und empört die meisten seiner damaligen Mitangeklagten waren, als die Anklagebehörde begann, Beweise dafür vorzulegen, daß in den letzten Kriegsjahren im deutschen Machtbereich unzweifelhaft eine große Mordkampagne gegen internierte Juden stattgefunden hatte.

Es erging diesen Männern auf der Nürnberger Angeklagtenbank nicht anders als allen Deutschen damals: sie blickten schaudernd in einen Abgrund. Da waren — während sie in einen riesigen Krieg verwickelt waren, der an allen Fronten das deutsche Schicksal entschied — geheimnisvolle Untaten vollbracht worden, die zwar in ihrer Art nicht einzig in der Weltgeschichte dastehen, aber doch zum ersten Male unter deutsche Verantwortung fallen.

Das Verfahren der widerstandslosen Tötung nicht nur tatsächlicher sondern mutmaßlicher Widersacher hatte in früheren Jahrhunderten die Eroberung fremder Kontinente begleitet, es hatte im 20. Jahrhundert die bolschewistische Herrschaft in Rußland begründet, es war zum Leitgedanken der britischen Luftkriegsführung geworden und hatte schließlich in den experimentellen Atombombenwürfen auf das bereits zu Boden gesunkene Japan einen schaurigen Höhepunkt gefunden: jetzt aber stellte sich heraus, daß zu dieser brutalen Selbsterniedrigung des Weißen Mannes auch ein deutscher Beitrag geleistet worden war.

Wir Deutschen sind ein grüblerisches Volk — wir können nicht mit einem Achselzucken über etwas hinweggehen, was irgendwo und irgendwie in unserem Namen geschah. Die Amerikaner, die sich keine Gedanken über den Verbleib der indianischen Ur-Bevölkerung oder über Hiroshima machen, die Engländer, die sich nicht mit Skrupeln über die Luftkriegsschuld belasten, die Russen, die den Klassenmord der Jahre nach 1917 einfach mit dem Deckmantel der „Revolu-

tionsperiode" zudecken — sie alle tun sich leichter und finden so rascher den Anschluß an Gegenwart und Zukunft, als wir, die wir auch dort die Gewissensfrage „Dürfen wir vergessen?" erheben, wo wir sogar heute noch nicht ernstlich wissen, was eigentlich geschehen ist.

Immer noch sind uns nur Fragmente bekannt — gefaßt in jene Schlagworte, die nach 1945 die Besatzungsmächte formulierten, um unseren seelischen Schock zu verstärken — natürlich war ihnen ein zermürbtes, in Selbstbezichtigungen zerfallenes Volk als Objekt ihrer Politik erwünschter, als etwa eine trotz der Niederlage in sich einige Nation. Alle Künste moderner Propaganda wurden entfaltet, um das Geschehene — so furchtbar es ohne zusätzliche Übertreibung schon war — in eine Dimension zu steigern, in der alle Deutschen in die Rolle der Paria unter den Menschen verwiesen wurden. In diesem grotesken Umfang ließ die Kollektivschuldformel sich freilich nicht konservieren — neue weltpolitische Situationen erforderten eine Revision; aber im etwas begrenzteren Umfang gegen „die" Nationalsozialisten und „die" SS-Männer von damals ist sie heute noch in Kraft und leistet das Gewünschte: die Verhinderung innerdeutscher Befriedung.

Es soll hier nicht untersucht werden, ob die „Reue- und Buße"-Propaganda im deutschen Raum heute noch für irgendeine weltpolitische Macht zweckmäßig und vernünftig ist — Tatsache ist jedenfalls, daß bisher weder von alliierter noch gar von deutscher Seite ein irgendwie gearteter Versuch unternommen worden ist, den Vorgang des Judenmordes 1941 bis 1944 daraufhin zu untersuchen, ob er wirklich einen Anhaltspunkt dafür bietet, irgendeine G r u p p e von Deutschen ernsthaft zu beschuldigen.

So beherrschen auch heute — über zehn Jahre nach dem deutschen Zusammenbruch — die Schlagworte von 1945 die Szene und es hat den Anschein, daß es zur west- und ostdeutschen „Staatsräson" gehört, jede ernsthafte Untersuchung zu verhindern — aus Sorge, die als erforderlich und nützlich erachtete Dauerdiffamierung aller früheren Nationalsozialisten könne beeinträchtigt werden.

Angesichts dieser Verhältnisse muß das Erscheinen zweier dokumentarischer Werke geradezu begrüßt werden, die von j ü d i s c h e r Seite her versuchen, das Geschehen, das wir unter dem Begriff „Auschwitz" zusammenfassen pflegen, erstmals aus der Sphäre der Strafprozesse und der journalistischen Sensation in die einer historischen Untersuchung hinüberzuleiten.

Natürlich sind es Anklageschriften, die von dieser Seite vorgelegt werden — aber welcher rechtlich Denkende könnte jüdischen Schriftstellern das zum Vorwurf machen?!

Das erste dieser Werke ist von Leon Poliakov, dem „wissenschaftlichen Leiter des Centre de Documentation Juive Contemporaine" in Paris zusammengestellt worden und im Arani-Verlag in Berlin unter dem Titel „Die Juden im Dritten Reich" in deutscher Übersetzung erschienen. Dieser umfangreiche Band ist nicht sehr beweiskräftig, wie noch festzustellen sein wird. Schon der Titel ist irreführend — es handelt sich keineswegs um eine Dokumentation, die etwa das Gesamtproblem der Behandlung des Judentums im Dritten Reich 1933 bis 1945 umschließt, sondern um eine im Wesentlichen erst 1938 einsetzende Auswahl von Zitaten unterschiedlichster Qualität in polemischer Aufbereitung. Immerhin finden sich hier einige wirklich wichtige Dokumente wie der erst nach Abschluß des Nürnberger Prozesses am 18. 11. 1946 verfaßte Bericht des SS-Hauptsturmführers Wisliceny, sowie der statistische Bericht des Dr. Korherr an Himmler vom 19. 4. 1943 sowie die ihm dazu erteilte Weisung vom 20. 4. 1943 im Wortlaut z. T. in Faksimile-Wiedergabe.
Wesentlich aufschlußreicher als der unkritische, immer noch auf Propaganda abgestellte sog. „Dokumentenband" von Poliakov ist das mit beträchtlich größerer Mühe erarbeitete Werk von Gerald Reitlinger: „Die Endlösung" (Deutsche Übersetzung im Colloquium-Verlag, Berlin erschienen). Ein beflissener deutscher Vorwortschreiber nennt das Werk „das Buch eines Engländers". Reitlinger selbst tarnt sich nicht: er erklärt ehrlich, daß er als Jude und als Ankläger schreibt und unter diesem Aspekt wird der fast 700 Seiten starke Band, so mühselig er zu lesen ist, sachlich beachtenswert.

*

Natürlich bietet auch Reitlinger keine Zusammenhänge und er beleuchtet nur die eine, die deutsche Seite des Konfliktes. Auch seine Darstellung setzt erst 1938 ein und es findet sich keinerlei Hinweis etwa auf die vom Zionistenführer und späteren Präsidenten von Israel Dr. Chaim Weizmann bei Kriegsausbruch 1939 veröffentlichte offizielle Vereinbarung mit der britischen Regierung, durch die die „menschlich-jüdische Kraft" unter die „zusammenfassende Leitung der britischen Regierung" gestellt wurde — eine erstaunliche Erklärung*, auf Grund deren die deutsche Regierung in der Tat berechtigt, ja fast gezwungen wurde, die in ihrem Machtbereich lebenden Juden als Kriegsgegner zu betrachten und zu behandeln.
Reitlinger wird für sich in Anspruch nehmen, daß damit äußersten Falles ein deutsches Recht auf Internierung der Juden begründet wurde — und so ist es auch; aber sein Buch hätte gewonnen, wenn er diesen Hintergrund wenigstens erwähnt hätte.

* Vergl. dazu Seite 198 f.

So sind die umfangreichsten Teile seines Werkes nur eine „Leichenschau" geworden — er selbst gebraucht dieses Wort. Trotz aller Tragik erschüttert es weniger, als es ermüdet: so als ob etwa ein deutscher Schriftsteller uns nochmals durch das tagelang bombardierte Dresden wandern ließe — in jeden Keller blicken, in dem verkohlte Körper ineinanderverkrampft liegen, jeden der Plätze untersuchen, auf dem zertrümmerte Flüchtlingswagen sich mit blutigen Leichenhaufen mischen — und der Erzähler uns nie gestatten würde, den Schritt zu beschleunigen sondern bei jeder grausigen Einzelheit erneut die Stimme erhöbe, ja uns im Kreise führen und zu den furchtbarsten Stätten uns immer und immer wieder hingeleiten wollte. Nachdem Reitlinger seine Wanderung durch den weiter östlich gelegenen Bezirk des Todes schließlich doch beendet hat, findet der Verfasser, daß der Leser „der die Geduld hatte, auch nur einem Bruchteil dieses düsteren Berichtes zu folgen, sich Dutzende Fragen gestellt haben wird".

So ist es in der Tat.

Die Nürnberger Ankläger machten es sich einfacher. Sie operierten mit einigen geschätzten Zahlen und mehreren wohlpräparierten Zeugen. Diese Nürnberger „Affidavits" und die Publikationen der Nachkriegsjahre verlieren für den an Gewicht, der — wie Reitlinger — m e h r Material verarbeitet. So hat sich beispielsweise herausgestellt, daß das „imposante Krematorium in Maidanek, das in der englischen Presse abgebildet worden ist", in Wirklichkeit doch „keine Todesfabrik in der Art von Auschwitz war" (S. 332) und die Nürnberger Erklärung des Auschwitzer Lagerleiters Höss (die noch im Poliakov-Buch als eines der wichtigsten Dokumente figuriert) nötigt Reitlinger eine Bemerkung über den „perversen Größenwahn" ab, „der Höss dazu veranlaßt hat, in einer schriftlichen Erklärung die Verantwortung für die Ermordung von zweieinhalb Millionen Menschen auf sich zu nehmen" (S. 115) und mit der gleichen Skepsis gegenüber Höss' „verwirrten und wortreichen Aussagen" (S. 119) begegnet er der Behauptung, Höss habe schon im Sommer 1941 einen geheimen Auftrag Himmlers erhalten, während dieser einen solchen Befehl nach Reitlingers Ansicht erst im Juni 1942 erteilt haben kann. Nun — das sind Einzelheiten, die mit dem Gesamtbild ebensowenig zu tun haben, wie der Streit um die wirkliche Zahl der Tötungen. Während Poliakov leidenschaftlich an der gewohnten Propagandaziffer „6 Millionen" festhält, errechnet Reitlinger eine Höchstzahl von 4,8 Millionen, wobei er aber zu nicht weniger als 3,5 Millionen erklärt, daß es sich nicht um verläßliche Angaben handle. Reitlinger macht geltend, daß die Zahlenfrage für die Beurteilung des Gesamtvorganges nicht von ernster Bedeutung ist. Insoweit keine materiel-

len Forderungen aus den angestellten Rechenexempeln abgeleitet werden, wird man ihm zustimmen: für die historische und sittliche Beurteilung ist es in der Tat völlig belanglos, ob wir es mit 6000, 600 000 oder 6 Millionen zu tun haben. Wahrscheinlich liegt die richtige Zahl irgendwo dazwischen.

Das sind jedenfalls nicht die wichtigsten Fragen, nach deren Beantwortung wir suchen.

Wir fragen zunächst nach der „Genesis", nach der Entwicklungsgeschichte dessen, was sich zwischen Juni 1941 und Oktober 1944 abgespielt hat — dies ist nämlich, wie sich herausstellt, der genaue Zeitbereich, in dem es um völkerrechtswidrige Tötungen ging — alles was vorher und nachher im deutschen Machtbereich mit den deutschen Juden geschah, ist zwar auch kein erfreuliches Kapitel, aber die Maßnahmen bewegten sich im Rahmen öffentlicher Gesetzgebung und üblicher Kriegsgebräuche.

Mindestens bis 1941 hatte — wie Wisliceny überzeugend klar macht (Poliakov S. 87ff.) und Reitlinger nicht bestreitet — das Wort „Endlösung der Judenfrage" sogar im engsten Kreis Himmlers noch die Bedeutung einer organisierten Auswanderung der Juden aus dem europäischen Raum. Sogar von Heydrich berichtet Reitlinger, daß dieser „nicht immer mit der gleichen Lösung beschäftigt" gewesen sei (S. 25). Obwohl Reitlinger natürlich bemüht ist, dem Wort „Endlösung" grundsätzlich die Bedeutung „Rassenmord" zu unterlegen, kommt er an einer Stelle (S. 343) zu dem Ergebnis, daß die „Frage nach der wahren Bedeutung der Endlösung" „beunruhigend und nicht zu beantworten" sei.

In unseren Augen ist das nicht so „beunruhigend", denn mancher sonst unverständliche Vorgang erklärt sich, wenn wir wissen, daß innerhalb der Reichsführung unter dem Begriff „Endlösung" offenbar lange Zeit ganz etwas anderes verstanden worden ist, als das was alle Welt heute darunter begreift. Auch Reitlingers Darstellung leugnet nicht, daß bis in die ersten Kriegsjahre die Auswanderung der Juden aus dem Reich, ja die Bildung eines jüdischen Staatswesens außerhalb des deutschen Machtbereiches organisiert und gefördert worden ist — also gerade das Gegenteil dessen, was hätte geschehen müssen, wäre von vorneherein ein „Rassenmord" geplant worden!

Der Plan, auf Madagaskar einen jüdischen Staat zu errichten, war nicht nur ein Hirngespinst. Reitlinger erwähnt, daß nicht nur die polnische, sondern auch die französische Regierung sich schon 1937 und 1938 damit beschäftigt haben. Nach dem deutschen Sieg über Frankreich erhielt das Projekt eine neue Note. Zu den Frankreich aufzuerlegenden Friedensbedingungen sollte es gehören, daß

das zum französischen Kolonialreich gehörige Madagaskar als jüdisches Staatsgebiet zur Verfügung zu stellen sei. Himmlers zuständige Dienststelle unter dem später berüchtigt gewordenen Sturmbannführer Eichmann beschäftigte sich das ganze Jahr 1940 hindurch mit diesem Plan; Hitler erwähnte ihn am 17. Juni 1941 noch Mussolini gegenüber. Reitlinger weiß begreiflicher Weise mit dem ganzen Vorgang, an dem nachweislich auch noch Göring und Heydrich beteiligt waren, nichts Rechtes anzufangen. Er rettet sich in eine ironische Bemerkung: „Bestimmt hat Eichmann in keinem Jahr seines Lebens weniger Schaden angerichtet." (S. 87).

Es läßt sich nicht daran deuteln: offenkundig war der Madagaskar-Plan bis 1941 die „Endlösung" und ebenso offenkundig hatte d i e s e Endlösung nichts mit Rassenmord zu tun, sie war nicht nur nicht völkerrechtswidrig, sondern entsprach, wenn auch nicht in der geographischen Einzelheit, wohl aber im Prinzip sogar einer jüdischen Forderung.

Wenn wir Reitlingers Darstellung folgen, dann war der Beginn des Rußlandfeldzuges der Zeitpunkt, von dem ab das Wort „Endlösung" einen neuen bedenklicheren Inhalt erhielt — wenigstens für Himmler und Eichmann. Hier tritt nun ein neues Fragezeichen auf, das Aufmerksamkeit verdient:

Es ist bekannt, daß Hitler bei Beginn des Rußland-Krieges einen Befehl erließ, nach dem sog. „Politruks", also kommunistische Kommissare der Roten Armee nicht als Kriegsgefangene behandelt sondern erschossen werden sollten. Er stützte sich bei diesem gewiß brutalen Befehl auf den Umstand, daß die Sowjetunion sich der Genfer Konvention nicht angeschlossen hatte. Zur Durchführung dieser Maßnahme wurde zu jeder im Osten kämpfenden Heeresgruppe eine sog. „Einsatzgruppe" des SD gebildet — und mit diesen „Einsatzgruppen" ist die Geschichte der ersten Judenmorde verbunden. Wisliceny berichtete dazu: „Dieser ‚Kommissarerlaß' wurde von H i m m l e r und H e y d r i c h auf alle russischen Juden a u s g e d e h n t, in denen sie die Träger der kommunistischen Weltanschauung sahen." (Poliakov S. 93.) Reitlinger gibt eine andere Erklärung. Er meint Hitler habe auch diese Judenerschießung befohlen, aber „der Teil des Führerbefehls, der die Hinrichtung der Juden betraf, wurde jedenfalls niemals schriftlich ausgefertigt". (Reitlinger S. 91). Wir stehen hier unmittelbar vor dem merkwürdigsten Fragezeichen des ganzen Komplexes, vor einem Zweifel, der geradezu grotesk klingt, der aber trotzdem besteht: „Hat H i t l e r von den Judenmorden gewußt?"

Als Fritzsche noch während des Nürnberger Prozesses Göring direkt auf diese Frage ansprach, sagte ihm dieser: „er glaube nicht, daß

Hitler den Befehl dazu gab; eher habe Himmler den Massenmord veranlaßt". (Springer-Fritzsche: Das Schwert auf der Waage S. 118.) Später (1952) hat der SS-Obergruppenführer Wolff, der jahrelang Chef von Himmlers persönlichem Stab gewesen war, in einem Prozeß gegen den Legationsrat Rademacher unter Eid ausgesagt, er sei „überzeugt, daß Hitler von der Vernichtung der Juden nichts wußte". (Reitlinger S. 126.)

Sowohl Poliakov wie Reitlinger haben ihr Bestes getan, um gerade diesen Punkt aufzuklären, aber ihre Bemühungen blieben ergebnislos: auch in zehnjähriger Suche ist es nicht gelungen, auch nur einen Befehl aufzufinden oder eines unmittelbaren Befehlsempfängers habhaft zu werden oder einen sonstigen schlüssigen Vorgang festzustellen, der Hitlers unmittelbare Beteiligung nachweisen würde.*

Es gibt das „Affidavit" eines gewissen, inzwischen spurlos verschwundenen Kurt Gerstein vom 4. Mai 1945, in dem nach dem Hörensagen behauptet wird, Hitler habe am 16. August 1942 eine „Gaskammer" in Polen besichtigt. Poliakov druckt dieses „Dokument" unbedenklich als Beweisstück ab (S. 101ff.); Reitlinger ist genauer — er hat festgestellt, daß die unbeeidete Aussage Gersteins nicht einmal in Nürnberg als Beweis zugelassen wurde und, was noch wichtiger ist, Hitler am genannten Tag sein Hauptquartier in der Ukraine nicht verlassen hat.

Die indirekten Beweise, zu denen Reitlinger übergeht, um Hitlers Beteiligung festzustellen, erscheinen auf den ersten Blick überzeugend, halten aber einer Nachprüfung nicht stand. Vor allem stützt sich Reitlinger auf ein Zitat aus Hitlers Reichstagsrede vom 30. Januar 1939, also noch vor Kriegsausbruch:

> „Ich will heute wieder ein Prophet sein. Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in- und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann würde das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und

---

* Auch H. G. Adler kann in seinem bereits erwähnten neueren Dokumentarwerk über Theresienstadt (vergl. Seite 67) nirgends einen Eingriff Hitlers in die hier erörterten Judenmaßnahmen feststellen. Adler erklärt z. B. (a.a.O. Seite 106): „Seit April 1944 zeigte sich H i m m l e r unter verschiedenen Einflüssen geneigt, die ‚Endlösungspolitik' zu mildern und zu durchbrechen, wenn schon nicht aufzugeben." Alles das scheint im Bereich der Himmlerschen Entschlußmöglichkeiten gelegen zu haben! Adler fügt zwar einige Zeilen später die Bemerkung an, Himmler habe bei dieser „Milderung" mit der „Gegnerschaft Hitlers und der Gestapo" rechnen müssen, aber diese Vermutung hält einer kritischen Prüfung nicht stand: wo Hitler wirklich befahl, mußte Himmler gehorchen und wo Himmler anordnete, da gab es natürlich auch keine „Gegnerschaft" der ihm unterstellten Staatspolizei.

damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa."

Diese drohenden Worte scheinen — von 1945 her gesehen — klar genug. Aber der Beweis für Hitlers Verantwortung an den geheimen Judenmorden ab 1941 schwindet dahin, wenn wir die Rede vom 30. Januar 1939 an dieser Stelle weiterlesen:

„Denn" — so erklärte Hitler damals weiter — „die Zeit der propagandistischen Wehrlosigkeit der nichtjüdischen Völker ist zu Ende. Das nationalsozialistische Deutschland und das faschistische Italien besitzen jene Einrichtungen, die es gestatten, wenn notwendig, die Welt über das Wesen einer Frage aufzuklären, die vielen Völkern instinktiv bewußt, nur wissenschaftlich unklar ist."

Es folgen schließlich noch Aufforderungen an die europäischen Regierungen in gemeinsamen Bemühungen eine Regelung der Judenfrage im europäischen Raum zu suchen und zu finden. In der Tat war ja damals und nachweisbar noch zwei Jahre später der Madagaskar-Plan Hitlers Geheimrezept für die Lösung der Judenfrage.
Auf seiner langwierigen Suche hat Reitlinger schließlich noch eine Stelle im Protokoll einer Besprechung Hitlers mit dem ungarischen Reichsverweser Horthy vom 17. 4. 1944 entdeckt, von der er hervorhebt, sie sei „Hitlers einziges schriftlich festgehaltenes Geständnis der Massaker in Polen". (S. 472.) Diese Stelle im Protokoll der Besprechung lautet (im Anschluß an eine heftige Kritik der Schwarzhandels- und sonstigen subversiven Tätigkeit ungarischer Juden):

„Mit diesen Zuständen habe man in Polen gründlich aufgeräumt. Wenn die Juden dort nicht arbeiten w o l l t e n, würden sie erschossen. Wenn sie nicht arbeiten k ö n n t e n, würden sie verkommen."

Auch zu dieser groben Sprache ergibt sich wieder eine merkwürdig auflösende Erklärung, in diesem Falle sogar bei Reitlinger selbst; er schildert ausführlich (S. 478) das Motiv des brutalen Druckes, den Hitler auf den widerstrebenden Horthy ausübte: er wollte nämlich zur Durchführung seines „Jäger-Programmes" für die Luftwaffe 100 000 Juden als zusätzliche Arbeitskräfte aus Ungarn herausholen. Das Programm der Zwangsarbeit während des Krieges hatte den „Madagaskar"-Plan in Hitlers Denken überlagert — die neue Tendenz war weniger human als die vorhergegangene, beide Richtlinien stimmen nur in einem Punkt überein: in ihrem offenkundigen Kontrast zum Verfahren des Mordes, wie es zur gleichen Zeit in einem streng abgetrennten Geheimlager in der Nähe von Auschwitz unter

Beteiligung von nur einem knappen Dutzend deutscher Aufseher praktiziert wurde.

Ein besonders merkwürdiges Dokument zur unbeantworteten Frage, inwieweit Hitler unter dem Wort „Endlösung" jemals wirklich Mord verstand, findet sich bei Poliakov sogar in Faksimile-Wiedergabe: da hatte Himmler im Frühjahr 1943 von seinem Statistiker Dr. Korherr zunächst einen ausführlichen Bericht über „Die Endlösung der Europäischen Judenfrage" verlangt und dann die Anfertigung eines „gekürzten Berichtes zur Vorlage an den Führer" befohlen. (Poliakov S. 242.) Am 19. 4. 1943 reichte Dr. Korherr diesen Entwurf ein; bereits am Tage darauf, am 20. 4. 1943, erhielt er ihn wieder zurück mit der Anordnung, „daß an keiner Stelle von ‚Sonderbehandlung der Juden' gesprochen wird. Auf Seite 9, Punkt 4, muß es folgendermaßen heißen: ‚Transportierung von Juden aus den Ostprovinzen nach dem russischen Osten' ". (Poliakov S. 241.) Poliakov setzt unter die Faksimile-Wiedergabe dieser als „Geheime Reichssache" ausgeschriebenen Weisung die polemische Unterschrift: „Von der ‚Sonderbehandlung' der Juden darf nicht gesprochen werden", er vergißt hinzuzusetzen: „Hitler gegenüber" — denn das ist der offenkundige Sinn der befohlenen Textänderung!

Trotz all solcher Indizien wird man natürlich die Frage, ob und inwieweit und gegebenenfalls wann Hitler von dem Geschehen unterrichtet worden ist, zu den vielleicht nie ganz aufzuklärenden Problemen der Vergangenheit zählen müssen.

Es ist bedauerlich, daß wir dazu keine Klarheit erhoffen dürfen, denn das geschichtliche Urteil über Hitler wird — neben anderen Gesichtspunkten — unvermeidlich auch von der Frage bestimmt, ob und inwieweit er selbst sein zwei Jahrzehnte hindurch verkündetes Parteiprogramm verlassen hat. Der nationalsozialistische Antisemitismus zielte (nach Punkt 4 des Parteiprogramms) auf staatsrechtliche Rassentrennung, in einigen weiteren Punkten ist auch von der Verhinderung weiterer Einwanderung Nichtdeutscher und im Notfall von Ausweisungen die Rede. In Feders offiziellen Erläuterungen wird von einer Ausscheidung der Juden aus „verantwortlichen Stellen des öffentlichen Lebens" gesprochen. Es wird erklärt: „Wer nicht Deutscher ist kann nur als Gast im deutschen Staat leben und steht unter Fremdenrecht." Der schärfste Satz lautet: „Lästige Ausländer und Juden können abgeschoben werden." D a s waren die — keineswegs von allen Nationalsozialisten in so polemischer Schärfe vertretenen — Grundsätze der NSDAP zur Behandlung der Judenfrage und wir erkennen den ideologischen Hintergrund zu Himmlers Anweisung: die „Sonderbehandlung" dürfe nicht erwähnt, nur von „Transportierung" dürfe gesprochen werden. Es sind in der Tat zwei

grundverschiedene Begriffe, die sich gegenüberstehen: hier die Rassen t r e n n u n g, die schließlich auch der Grundgedanke des Zionismus war und ist, dort der Rassen m o r d, der in der Konsequenz die Auslese des Lebenskampfes beendet und die Welt zur Wüste werden läßt. Die Vorstellung der Nationalsozialisten sah die Bedeutung der Rasse in ihrer kämpferischen Bewährung, Himmlers Ideal scheint das einer überdimensionalen Satrapie gewesen zu sein.

Jedenfalls stehen wir hinsichtlich der Befehlsgebung für den Judenmord nur bei Hitler vor einer unbeantwortbaren Frage, hinsichtlich Himmlers gibt es keinen Zweifel — alle Befehlswege gehen von ihm aus, wenn auch bis zum Tode Heydrichs (Juni 1942) in den Aktenstücken dieser mehr im Vordergrund steht. Aber die Auschwitzer Todesfabrik (es handelte sich wie erwähnt um eine Sonderanlage, der jeweils ein Teil der mit Eisenbahntransporten aus ganz Europa eintreffenden Juden zugeführt und in der die ahnungslosen Opfer getötet wurden, während der arbeitsfähige Teil der Transporte in das normale Konzentrationslager Auschwitz kam und am Leben blieb) trat erst nach Heydrichs Tod in Funktion und sie blieb es bis im Oktober 1944 wiederum H i m m l e r den Befehl gab, die Tötungen einzustellen.

Wir stehen erneut vor einem Fragezeichen: erst kürzlich ging durch die Zeitungen eine Meldung, wonach schwedische Dokumente eine Fühlungnahme Himmlers mit den Westalliierten schon für 1942 nachweisen. Daß Himmler in den letzten Monaten vor dem Zusammenbruch mit dem Gedanken umging, hinter Hitlers Rücken eine Kapitulation abzuschließen, war bisher schon bekannt.

Das Rätsel Himmler ist schwer auflösbar — wir werden auch die bewegte Klage hinzurechnen müssen, die er im Januar 1943 Bormann vortrug (vergl. die in England erschienenen „Bormann-Letters") und in der er sich eine Stunde lang heftig beschwerte, von Hitler nicht genügend gewürdigt zu werden — er sei offenbar nur dazu gut, von Zeit zu Zeit einige Divisionen herbeizuschaffen. Auschwitz erwähnte er nicht!

Die Serie der Fragezeichen ist noch nicht zu Ende: auch Reitlinger glaubt das vielverbreitete Märchen, Himmler habe im Mai 1945 unmittelbar „nach der Festnahme durch einen britischen Posten in der Lüneburger Heide Selbstmord" begangen. Von Offizieren, die Himmler damals begleitet haben, ist inzwischen bekannt geworden, daß Himmler nicht nur sich selbst beim Kommandanten eines britischen Kriegsgefangenenlagers melden ließ, sondern auch daß er Stunden nach der Gefangennahme und nach den ersten Gesprächen mit briti-

schen Offizieren noch gelebt hat.* Mehr wissen wir nicht, aber es läßt sich vermuten, daß ein solcher wirklich „Hauptschuldiger" in der damaligen Zeit dem Sieger umso weniger erwünscht war, je mehr Verbindungen vorher mit ihm gepflogen worden waren. Das Schlagwort des Tages war die „Nazi-Verschwörung", der man am liebsten sämtliche Mitglieder der NSDAP zurechnete und man suchte Argumente für ein Urteil gegen „verbrecherische Organisationen"; ein Mann, der wirkliche Verantwortung getragen und absolute Befehlsgewalt ausgeübt hatte, konnte einer Kollektiv-Anklage nur im Wege stehen.

Es gab nach Himmler noch zwei Personen, die bei der Durchführung der Judenmorde eine wichtige Rolle spielten und bei Reitlinger häufiger als Hitler und fast ebensooft wie Himmler genannt sind: das waren ein Gruppenführer Müller (ein ehemaliger Münchner Kriminalbeamter, der erst 1939 der NSDAP beitrat) und ein Obersturmbannführer Eichmann. Insbesondere dieser Eichmann, offenbar die Schlüsselfigur bei allen Tötungsanordnungen, war eine höchst undurchsichtige Erscheinung. Nach Reitlingers Angaben war Eichmann 1938 (so berichtet Reitlinger S. 30) einige Monate nach dem An- Angestellter einer amerikanischen Ölfirma, bevor er im Juli 1933 ins Reich kam, um in der damaligen „österreichischen Legion" Unteroffizier zu werden. Dann soll er in Berlin in untergeordneter Stellung im SD-Hauptamt tätig gewesen sein und dort ein „Museum" verwaltet haben. „Eichmanns richtige Laufbahn begann am 1. August 1938 (so berichtet Reitlinger S . 30) einige Monate nach dem Anschluß, als er zum Vorstand des Wiener Amtes für jüdische Auswanderung gemacht wurde." Die weitere Laufbahn des unbekannten jungen Mannes könnte man meteorhaft nennen, wenn sie sich nicht völlig unbemerkt vollzogen hätte. Er scheint später Himmlers unmittelbares Vertrauen genossen zu haben — jedenfalls hat er in dessen Auftrag nicht nur sämtliche Judendeportationen dirigiert, sondern auch noch während des Krieges mit führenden Persönlichkeiten

* Ein ehemaliger SS-Führer, der sich noch Anfang Mai 1945 in Himmlers Begleitung befand, versicherte mir, der Reichsführer SS habe in den Tagen der Kapitulation beabsichtigt, eine Rundfunkrede zu halten, darin sich zur alleinigen Verantwortung für alle von ihm angeordneten Maßnahmen zu bekennen und sich anschließend zu erschießen. Die Durchführung des Planes habe sich verzögert, weil Himmler vergeblich auf die Rückkehr seines Abgesandten Schellenberg aus Stockholm wartete; schließlich habe ihm kein Sender mehr zur Verfügung gestanden und er habe seinen Entschluß dahin geändert, sich dem erwarteten Kriegsverbrecher-Gericht zu stellen, um dort als Oberbefehlshaber der SS aufzutreten. Auffällig ist jedenfalls, daß bisher keinerlei Bekanntgabe über die Aussage erfolgt ist, die Himmler nach seiner Gefangennahme zweifellos noch gemacht hat.

des Weltjudentums, so mit Dr. Kasztner, der später im israelischen Außenministerium tätig war, weittragende Besprechungen geführt. Während Himmlers Tod zwar der Art nach mysteriös, aber als Tatsache unbestritten ist, weiß man von den nächst Verantwortlichen, von Müller und Eichmann nur, daß sie seit den Tagen des Zusammenbruches spurlos verschwunden sind! Reitlinger rechnet ernstlich damit, daß Eichmann noch am Leben ist* und es entschlüpft ihm die ironische Bemerkung (S. 551):

„Nach dem Kriege glaubte der Nürnberger Gerichtshof, daß der verachtungswerte Streicher eine bedeutende und symbolische Figur war, die vor den Augen der ganzen Welt abgeurteilt werden sollte, während nach Müller und Eichmann nicht einmal Ausschau gehalten worden war."

*

Dieser letzte Satz verdient nochmals gelesen zu werden: „Glaubte der Nürnberger Gerichtshof, daß . . . Streicher eine bedeutende . . . Figur war . . ." Es ist dies die einzige Stelle in der ganzen über Hunderte von Seiten gehenden Darstellung Reitlingers zur „Endlösung", an der der Name des Mannes überhaupt erwähnt wird, den wir als den gewiß wildesten Antisemiten der ganzen NSDAP kennen.

Diese Einzelheit beleuchtet das Kernproblem, zu dem Reitlinger natürlich auch ein Fragezeichen anbringen möchte, obwohl hier der Punkt ist, an dem es keines mehr gibt:

„Wieviel wußte der einfache Mann in Deutschland, und bis zu welchem Grade fühlte er, daß dies auch seine Angelegenheit war? Wie war es möglich, daß so viele Hunderte und sogar Tausende schwer arbeitender Beamter aller Dienststufen täglich in ihren Kanzleien den nicht mißzuverstehenden Schriftwechsel über den Rassenmord vorbereiteten, abschrieben und weiterleiteten? Und wie ist es möglich gewesen, da wir doch sahen, daß jedes Ministerium mit allen anderen Ministerien ständig im Kampf lag und daß Hitler niemals wirklich wußte, was dort eigentlich vorging — ebensowenig wie Tolstois Generale während der Schlacht von

* Seit Niederschrift dieser Ausarbeitung ist Eichmann nicht nur in Argentinien festgestellt, sondern auch vom israelischen Geheimdienst entführt, in Jerusalem vor Gericht gestellt und hingerichtet worden. Auch der umfangreiche Prozeß gegen Eichmann hat viele wichtige Fragen unbeantwortet gelassen; vergl. dazu die bereits auf Seite 74 erwähnte Schrift des französischen Historikers Professor Paul Rassinier: „Zum Fall Eichmann: Was ist Wahrheit?" Leoni 1962.

Borodino —, daß nicht ein einziger der rechtschaffenen Männer, die in Nürnberg ihr Sprüchlein aufsagten, einen einzigen aktiven Protest wagte?"

Man kann den Kunstgriff der Ironie auch übertreiben — Reitlinger rettet sich in Rethorik, weil er genau weiß, daß weder die „schwerarbeitenden Beamten" noch die meisten derer „die in Nürnberg ihr Sprüchlein aufsagten" eine Ahnung davon hatten, welche furchtbare neue Bedeutung seit 1941 den jahrelang in der Behördenmaschine normal behandelten Begriffen durch das Triumvirat Himmler — Müller — Eichmann unterschoben worden ist.
Die Wahrheit wird treffend gekennzeichnet durch Reitlingers eigenes Urteil über die Figur, die für eine örtliche Aktion in Ostpolen verantwortlich war, einen gewissen Gruppenführer Globocnik (einem 1939 seiner Ämter in der Partei enthobenen Halbkroaten):

„Sein Talent zum Verschwörertum war Globocniks einziges tatsächliches Verdienst. ‚Einsatz Reinhard' konnte von anständigen Menschen nicht durchgeführt werden. Dazu waren tatkräftige Verbrechen und G e h e i m a g e n t e n erforderlich, und in Globocnik fand Himmler beides." (S. 276.)

Ja, das war wirklich eine Gruppe von Geheimagenten, die — hinter dem Rücken des deutschen Volkes und der deutschen Soldaten, hinter dem Rücken a u c h der Nationalsozialisten und der Hunderttausenden von SS-Männern, die an allen Fronten kämpften — ein Geheimverbrechen begingen, bei dem sie die Aufgabe der T a r n u n g nicht weniger wichtig nahmen, als die des Mordes.
Sie tarnten sich nach allen Seiten — sogar gegenüber ihren Opfern. Es ist eine grausam-groteske Geschichte, wie gerade die zur Tötung bestimmten Juden über ihr bevorstehendes Schicksal getäuscht wurden, wie jüdische Häftlinge selbst dabei eine Rolle spielten — Reitlinger verschweigt diesen Komplex nicht, der es ermöglichte den Kreis der „Wissenden" so erstaunlich klein zu halten.
Reitlinger und Poliakov stimmen in dem Bestreben überein, die Tatsache zu verschleiern, daß Eichmanns Mitarbeiterstab im Verhältnis zu dem, was angerichtet wurde, geradezu grotesk klein war. So wird zwar in beiden Werken mancherlei Aufhebens von einem Nürnberger Affidavit des Zeugen Dr. Wilhelm Höttl gemacht (auch eine recht undurchsichtige Erscheinung des Eichmann-Kreises, seines Zeichens Referent im Sicherheitshauptamt, gleichzeitig bereits vor dem deutschen Zusammenbruch Verbindungsmann einer „amerikanischen Stelle im neutralen Ausland", um seinen eigenen Ausdruck zu gebrauchen) — aber es bleibt unerwähnt, daß dieser gleiche, so unver-

dächtige Dr. Höttl über sein Gespräch mit Eichmann im August 1944 noch eine weitere Erklärung in Nürnberg abgegeben hat, die in der Sitzung vom 11. 4. 1946 verlesen wurde, und in der es heißt:

„Eichmann erklärte unter anderem, daß die ganze Aktion ein besonderes Reichsgeheimnis und nur ganz wenigen Menschen bekannt sei. Die Zahl der Angehörigen dieses Kommandos liegt nach meinem Dafürhalten insgesamt k a u m ü b e r h u n d e r t P e r s o n e n."

Reitlinger liefert zu dieser Aussage selbst eine überzeugende Bestätigung: alle von ihm in seiner jahrelangen Forschungsarbeit im Zusammenhang mit der „Endlösung" festgelegten Namen stellt er am Schlusse seines Werkes in einem Verzeichnis zusammen. Es umfaßt — vom völlig unbekannten Untersturmführer X bis zum Generalfeldmarschall von Manstein — insgesamt 208 Namen und ist, wie man schon aus dem genannten Beispiel sieht, recht unkritisch zusammengestellt; offenbar wurde einfach jeder Name erfaßt, der nur irgendwie greifbar war. Bei einigen kommen selbst Reitlinger Bedenken und er erwähnt sie nur in kleiner Schrift — wie den Generalfeldmarschall von Brauchitsch oder den in der deutschen Presse vielgenannten, aus der Sowjetunion zurückgekehrten Professor Clauberg. Kleingedruckt sind 52 von den 208 Namen, so daß es nach Reitlingers Meinung 156 verantwortlich Beteiligte gibt. Von 32 sei keine Spur gefunden worden: „darunter befinden sich Heinrich Müller und Adolf Eichmann, die beiden größten Massenmörder nach Himmler" (Reitlinger S. 574*).

17 wurden, obwohl ihr Aufenthalt bekannt ist, nicht vor Gericht gestellt. Reitlinger berichtet das im Tone der Entrüstung; er ist Ankläger und mag das tun.

Wir aber schließen mit besseren Gründen daraus: wenn es nicht einmal bei 208 namentlich Genannten zu einem Strafverfahren ausreicht — wo bleibt da das K o l l e k t i v s c h u l d v o r b r i n g e n, das nach 1945 zuerst der Ausgangspunkt einer jahrelangen Verfolgungswelle geworden ist und seither immer noch das innerdeutsche Leben vergiftet?

Mit diesem Hinweis, der in Wirklichkeit die einzige noch in die unmittelbare Gegenwart wirkende Frage des düsteren Geheimgeschehens der Jahre 1941 bis 1944 deutlich genug beantwortet, mag diese Untersuchung abgeschlossen werden.

Der 20. Juli 1944

Ein Brief an den Bundesverteidigungsminister

Leoni, den 2. August 1963

An den
Herrn Bundesminister der Verteidigung
Kai Uwe von Hassel
Bonn/Rhein

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

In den Tageszeitungen des 20. Juli las ich Zitate Ihres Artikels „Das Vermächtnis des 20. Juli". Die darin knapp erwähnte These, die Ereignisse des 20. Juli 1944 und die des 17. Juni 1953 gehörten „zusammen", erschien mir so befremdlich, daß ich vom Pressereferat Ihres Ministeriums den vollen Wortlaut des Aufsatzes erbat. Der Übersendung wurde dankenswerter Weise auch ein Abdruck der Ausführungen des Generalleutnants Graf von Kielmannsegg „Der Soldat und der 20. Juli 1944" beigefügt. Beide Unterlagen habe ich mit der angesichts des Themas angezeigten Sorgfalt gelesen und sie miteinander verglichen.

Während Graf Kielmannsegg die Frage des Rechtes zum Bruch des Fahneneides mit gewisser Reserve abwägt, die Ehrenhaftigkeit der an der Verschwörung des 20. Juli 1944 nicht beteiligten Soldaten ausdrücklich betont — kurz: einen Diskussionsbeitrag zu einem unvermeidlich umstrittenen historisch-politischen Thema leistet, hat sich mir bei der Lektüre Ihres Aufsatzes, Herr Bundesminister, der Eindruck aufgedrängt, als sollte den Offizieren und Soldaten der heutigen Bundeswehr eine Art verbindliche Richtlinie des Denkens, ja fast eine Weisung für die Beurteilung des in Rede stehenden Ereignisses erteilt werden.

Meine Vermutung, die Auszüge der Tageszeitungen seien allzu knapp gewesen, erwiesen sich als nicht sehr stichhaltig. Kaum 60 Zeilen genügten Ihnen zur Begründung für die erstaunliche Mitteilung, daß „die Bundeswehr heute in ihren Kasernen den Jahrestag der Erhebung begeht und die Männer, die ihr Wissen um die Untaten Hitlers in die Empörung trieb, als Vorbilder würdigt": Aus solchen Sätzen — vom amtierenden Bundesminister der Verteidigung und Oberbefehlshaber der Bundeswehr in Schriftform veröffentlicht — zwingt sich der Schluß auf, als sei eine anders geartete Deutung der Hintergründe und des Ablaufes des vor nunmehr 19 Jahren fehlgeschlagenen Putsches für die

deutschen Soldaten von heute schlechterdings unzulässig, ja sie seien geradezu zu der Ansicht verpflichtet, dieses für den damaligen Zeitgenossen und den heutigen Geschichtskenner immer noch zweifelsumwobene Ereignis „strahle" aus Deutschlands dunkelster Zeit „hervor".

Diese offenkundig einseitige, propagandistisch formulierte Erklärung fordert zu ernstem sachlichen Widerspruch heraus. Ihn umunwunden auszusprechen kann nach Lage der Dinge nicht Aufgabe von Angehörigen der Bundeswehr sein — die unmittelbaren Probleme der deutschen Verteidigung sind wohl gewiß zu ernst und zu dringlich, als daß im Bereich der Wehrmacht das Postulat der geistigen Disziplin und notfalls des „Mundhaltens" nicht wichtiger wäre, als die Diskussion über weit zurückliegende Geschehnisse — vor allem dann, wenn die Kritik sich gegen den obersten Vorgesetzten zu richten hat.

Erlauben Sie deshalb einem Außenstehenden, jedoch über das angeschnittene historische Thema hinreichend Unterrichteten, Ihnen mit der unerläßlichen Gründlichkeit einige Argumente darzulegen, die dafür sprechen, daß die Problematik des 20. Juli 1944 nicht im Wege der uneingeschränkten Verherrlichung bewältigt oder auch nur erfaßt werden kann:

1. WER SIND DIE „MÄNNER DES 20. JULI"?

In Ihrem Artikel bezeichnen Sie, Herr Minister, die „Empörer gegen Hitler" unterschiedlos als „Vorbilder" für die Bundeswehr und beschreiben sie mit dem Satz: „Neben Arbeiterführern, Politikern aller demokratischen Richtungen, Geistlichen beider Konfessionen, Gelehrten und Beamten standen Soldaten an der vordersten Front des Kampfes gegen das Unrecht und für die Freiheit". Ich fürchte, mit einer so allgemeinen, uneingeschränkten, jegliche gegen das Dritte Reich tätige Persönlichkeit einschließenden Formulierung wird gerade d e n Soldaten, die in die Verschwörung aus s e l b s t l o s e n und nationalen Motiven verwickelt waren, kein glücklicher Dienst erwiesen. Es gab bekanntlich je nach Zeit und Situation sehr unterschiedliche Kreise, die einen Sturz Hitlers erstrebten — welche Namen sollten verzeichnet werden, wenn etwa ein Denkmal für a l l e „Widerstandskämpfer" zu errichten wäre?! Allein schon diese Frage enthält ein ganzes Bündel von Problemen. Gewiß gehört z. B. in durchaus ehrenhafter Weise der Generaloberst Freiherr von Hammerstein dazu, der am 20. Juli 1944 nur deshalb nicht beteiligt war, weil er 1943 verstarb. Hammerstein ist — rein zeitlich gesehen — sogar gewiß die erste Figur des Widerstandes gewesen, denn er wollte bereits am 30. Januar 1933 die Er-

nennung Hitlers zum Reichskanzler verhindern und zu diesem Zweck gegen den Reichspräsidenten von Hindenburg vorgehen. Auf der gedachten Gedenktafel müßte auch der Name des erst nach dem Kriege verstorbenen Staatssekretär von Weizsäcker erscheinen, obwohl er im Juli 1944 als Botschafter am Vatikan tätig und insofern am Putsch nicht unmittelbar beteiligt war. Hier beginnen freilich schon die Fragezeichen: durch Weizsäcker wurde die britische Regierung in geheimen Botschaften bereits im Sommer 1938 zu einer „Politik der Stärke" aufgefordert und ihr schon damals die Aussicht auf einen innerdeutschen Umsturz eröffnet. Ferner: welcher Platz wäre dem Andenken des Generalmajors Oster anzuweisen, der den Sturz Hitlers dadurch zu beschleunigen beabsichtigte, daß er den holländischen Militärattaché im Laufe des Winters 1939—40 mehrmals über die operativen Absichten der deutschen Wehrmachtführung unterrichtete? Dürfen die in den Akten der Geheimen Staatspolizei unter der Sammelbezeichnung „Rote Kapelle" zusammengefaßten Widerstandskämpfer der Ehrung mit teilhaftig werden — und, falls ja, inwieweit? Wer — wie etwa der Botschaftsrat von Scheliha — von den Sowjets jahrelang beträchtliche Zahlungen entgegengenommen hat, sollte doch wohl ausgeschlossen werden. Aber wie steht es mit der menschlich gewiß sympathischeren Gestalt des ehemaligen Oberleutnants und gleichzeitig russischen Agenten Schulze-Boysen, dessen letzte Worte an der Richtstätte lauteten: „Ich sterbe als überzeugter Kommunist!"? Der noch lebende Herr Otto John, der 1944 zum engeren Verschwörerkreis gehörte und am 20. Juli 1954, dem zehnten Jahrestag, in die Sowjetzone überwechselte, eignet sich ebenfalls nicht als „Vorbild" für die Bundeswehr.

Wie soll es schließlich mit dem bis heute nicht identifizierten hohen Offizier des Oberkommandos der Wehrmacht gehalten werden, der seit 1942 den Spion Rössler und durch ihn Stalin über alle wichtigen Planungen der deutschen militärischen Führung bis in die Einzelheiten unterrichtet hat?! Verbirgt sich dieser Mann, der gewiß das Leben hunderttausender deutscher Soldaten auf dem Gewissen hat, heute vielleicht unter der Maske eines „Empörers gegen Hitler"?

Schon vor Jahren habe ich im Gespräch mit dem inzwischen verstorbenen ehemaligen Stuttgarter Oberbürgermeister, der in die Verschwörung verwickelt war, die Forderung erhoben: „Wenn Ihr als Patrioten Anerkennung finden wollt, dann müßt Ihr zunächst eine klare Trennungslinie gegenüber denen ziehen, die es ganz gewiß n i c h t gewesen sind". Ich erlaube mir, diesen Satz zu wiederholen: ohne eine solche sorgfältige — in Ihrem Aufsatz ernstlich zu vermissende — Klärung und Abgrenzung zwischen dem zu respektierenden und dem abzulehnenden Personenkreis des sog. „Widerstandes" kann es für

den denkenden Deutschen keine allgemein annehmbare Deutung des 20. Juli 1944 geben.
Wie immer man das von Graf Kielmannsegg untersuchte Widerstandsrecht auslegen mag: einen Freibrief für Landes- und Kameradenverrat bietet es nicht.

2. ZU DEN MOTIVEN DER VERSCHWÖRUNG

Die Vorgeschichte des Umsturzversuches vom 20. Juli 1944 ist bekanntlich lang und verwickelt. Sie beginnt, genau genommen, bereits mit dem erwähnten ernstlichen Plan des Generals von Hammerstein, die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler durch Staatsstreich zu verhindern. Das Motiv des Vorhabens, die Fortsetzung der Kanzlerschaft Schleicher zu erzwingen, war natürlich nicht moralischer, sondern politischer Art. Daß diese frühe „Fronde" auch in den Folgejahren nicht untätig blieb und insbesondere im Bereich der Berliner Wilhelmstraße aus vielerlei außen- und innenpolitischen Gründen Unterstützung fand und sich erweiterte, ist seither in zahlreichen Einzelheiten bekannt geworden. Es mag sein, daß einige Beteiligte sich schon damals aus Gewissensgründen gegen Hitler aufgerufen fühlten; für die handelnden Hauptpersönlichkeiten war jedoch unzweifelhaft die von Graf Kielmannsegg als Kriterium für das Widerstandsrecht berufene „Ausnahmesituation" noch nicht gegeben. Eine — in ihrer letzten Konsequenz wohl nicht beabsichtigte, jedoch tatsächlich eingetretene — Auswirkung d i e s e r geheimen Oppositionstätigkeit ist Weltgeschichte geworden; sie dokumentiert sich in dem Satz den der britische Ministerpräsident Chamberlain am 10. September 1939 — eine Woche nach der britischen Kriegserklärung — niederschrieb: „Was ich erhoffe, ist nicht der militärische Sieg — ich zweifle sehr, ob er möglich ist —, aber ein Zusammenbruch der deutschen inneren Front"! Gewiß gehört es zu den erstaunlichsten Merkwürdigkeiten der Geschichte unserer Zeit, daß der seit 1933 schwelende „20. Juli" dann trotz des durch den Kriegsausbruch gebotenen Signals nicht im Herbst 1939 sondern erst im Sommer 1944 stattfand, als sich der von der britischen Regierung nicht ohne Grund erhoffte kurze, ja billige Krieg längst in eine weltweite Auseinandersetzung verwandelt hatte.
Sicherlich hatten sich im Zuge der Brutalisierung des Krieges — sie ging freilich nicht nur auf deutsches Konto — für manchen deutschen Offizier ernsthafte Gewissensfragen gestellt, aber der Ablauf des Geschehens macht doch völlig klar, welches Motiv für das schließliche Handeln der sich langsam erweiternden militärischen Verschwörergruppe ausschlaggebend gewesen ist: die Gewißheit, daß die Wehr-

macht durch den mit dem Gelingen der anglo-amerikanischen Invasion im Juli 1944 begonnenen Zwei-Frontenkrieg vor eine unlösbare militärische Aufgabe gestellt war. Hier wird man ganz zweifelsfrei von einer „Ausnahmesituation" sprechen dürfen, wobei nur die Frage offen bleibt, ob und inwieweit der Soldat berechtigt und berufen war, die gestellte politische Aufgabe der Staatsführung aus der Hand zu nehmen. Generalfeldmarschall von Kluge hat — leider erst nach dem Attentat — dieses Problem deutlich gesehen und am 18. August 1944 vor seinem Freitod in seinem Abschiedsbrief an Hitler appelliert: „Wenn das Schicksal stärker ist als Ihr Wille und als Ihr Genie, so liegt das im Willen der Vorsehung. Sie haben einen ehrenhaften und großen Kampf gekämpft. Dieses Zeugnis wird Ihnen die Geschichte ausstellen. Zeigen Sie sich jetzt auch so groß, dem hoffnungslosen Kampf, falls es notwendig ist, ein Ende zu setzen". (Zitiert nach Kriegstagebuch des OKW Bd. IV, 2 S. 1576).
Eine derartige Sprache eines hohen Offiziers gegenüber dem politischen Führer wird stets den Respekt finden, den sie verdient. Warum freilich wurde diese offene Sprache nicht von Mann zu Mann und erst geführt, als der Anschlag auf das Leben des Obersten Befehlshabers bereits versucht und mißglückt war?

3. ZUM PROBLEM DER „BEDINGUNGSLOSEN KAPITULATION"

Bei Kriegsende 1918 hatten die alliierten Mächte die Tatsache, daß sie den Kampf nicht nur gegen eine Person oder ein Regime — damals das kaiserliche — sondern gegen Deutschland und das deutsche Volk führten, erst nach der Waffenniederlegung gegenüber der neubegründeten deutschen Republik völlig verdeutlicht. Im Zweiten Weltkrieg erfolgte diese radikale Klarstellung schon am 24. Januar 1943 durch Präsident Roosevelts öffentliche Forderung einer „bedingungslosen Kapitulation". Diese Forderung war nicht auf Hitler beschränkt und stellte ihn wie jeden Nachfolger unter den Zwang einer ausweglosen Situation für den Fall des militärischen Zusammenbruchs. Dennoch mögen manche Beteiligten an der Verschwörung des 20. Juli 1944 der Ansicht gewesen sein, durch ihr Handeln eine solche Katastrophe abwenden zu können. Die diesbezüglichen Wünsche, die Goerdeler durch den Mittelsmann Wallenberg an Churchill gelangen ließ, fanden kein ernsthaftes Echo und konnten es auch nicht finden, da in dieser Frage die Londoner Meinung nicht ausschlaggebend war.
Durch den am 18. Juli 1944 aus Madrid eintreffenden Otto John erfuhr der innere Kreis der Verschwörer noch zwei Tage vor dem Attentat, „daß die Feindseite nicht von einer bedingungslosen Kapitulation ab-

geht, gleichgültig welche Regierung das Ruder in Händen habe" (Kaltenbrunner-Berichte S. 442). Heute ist aus den vom US-State-Departement inzwischen veröffentlichten Dokumenten ersichtlich, daß das offenbar für eine deutsche Umsturzregierung vorbereitete Kapitulationsdokument — es wurde am 25. Juli 1944 von russischer, amerikanischer und britischer Seite ausgefertigt — nicht unbeträchtlich weitreichender formuliert war, als die am 6. Mai 1945 der Reichsregierung Dönitz vorgelegte Urkunde. Von dem vorbereiteten 14-Punkte-Dokument, das u. a. eine deutsche Zustimmung zur Aufteilung des Reichsgebietes vorsah, befürchtete man im Hauptquartier des Generals Eisenhower, daß es zu Diskussionen und zu einer Unterschriftsverweigerung durch die Bevollmächtigten des Großadmirals Dönitz führen könnte.* Die von deutscher Seite dann tatsächlich unterzeichnete 5-Punkte-Urkunde hatte rein militärischen Charakter und präjudizierte nicht die seither von den Alliierten im deutschen Raum getroffenen territorialen Maßnahmen. Daß dazu eine deutsche Zustimmung niemals erfolgte, ist auch heute nicht ohne Bedeutung. Mit diesen Bemerkungen soll nicht gesagt werden, daß eine Umsturzregierung eine solche Unterschrift wirklich geleistet hätte — gewiß ist nur, daß sie sich keinen geringeren Forderungen gegenübergesehen hätte als Großadmiral Dönitz.

4. DAS ATTENTAT

Es stellt sich noch die Frage, ob auf die von den Verschwörern angewandte Verfahrensweise der Satz zutreffen kann, daß „die guten Traditionen unseres Landes" hier ihre „ungebrochene Lebenskraft" bewiesen haben. Wenn ich es richtig verstehe, lautet Ihr Argument, Herr Minister, dahin: Der Eid binde beide Seiten; Hitler habe seinerseits die Eidverpflichtung zerbrochen, infolgedessen sei auch der Soldat gewissermaßen automatisch seines Eides entbunden gewesen . . .
Man mag heute über Hitler urteilen oder ihn verurteilen, wie immer man will: von seinem Amtseid auf die formelle Einhaltung der Weimarer Verfassung war er offenkundig bereits im März 1933 durch das Ermächtigungsgesetz vom Reichstag selbst nahezu völlig befreit, in seiner fast unbeschränkten Stellung als Führer des Reiches durch Plebiszite mehrmals bestätigt worden (in nicht unbeachtlichem Unterschied zu den russischen Verhältnissen, zu den Lenin, Stalin und Chruschtschow!). Das von Hitler stets verkündete politische Ziel der nationalen Unabhängigkeit und staatlichen Einheit aller Deutschen

* Ausführliche Darstellung dieses bemerkenswerten Sachverhaltes in meinem Buch „Potsdam 1945" Seite 66 f.

hat er nie aufgegeben, mit dem Feinde nicht konspiriert — wo wäre ein erkennbarer Eidbruch festzustellen gewesen? Sie sagen, er habe „alles Recht" geleugnet, „das nicht seiner Macht diente"; Hitler hielt sich nicht für unsterblich, also konnte er wohl nur die Macht des Reiches zum verfehlten Maßstab seiner Rechtsbegriffe erhoben haben — ein gewiß verhängnisvoller Irrtum, aber ein „Eidbruch"?
Mit ernsterer Überzeugungskraft wird man auf Hitlers Methoden, seine Handlungen, einige seiner Geheimbefehle, insbesondere in den späteren Kriegsjahren, verweisen können — dies alles konnte ein Recht, ja in einzelnen Fällen eine Pflicht zu Protest und vielleicht sogar zu offenem Ungehorsam begründen. Aber war es einem Soldaten erlaubt, aus eigenem Entschluß den Eid i n s g e h e i m als nicht mehr existent zu betrachten? War das insbesondere Offizieren gestattet, die vordem aus der Hand des „Gefreiten" strahlenden Auges Marschallstäbe entgegengenommen hatten?! Entschuldigen Sie diese etwas bittere Bemerkung — es mischen sich hier persönliche Erinnerungen in meine Argumente.
Ein zum Urteil Berufener, Generaloberst Jodl — er war ganz gewiß kein „Nazi" —, hat noch am 13. Mai 1945, also nach Hitlers Tod und nach der militärischen Kapitulation, sich ganz radikal geäußert: „Ich bin gehorsamer Soldat gewesen und habe darin meine Ehre erblickt, den Gehorsam, den ich gelobt habe, zu halten. Alle diejenigen, die versucht haben, mit mexikanischen Gangstermethoden diesen Gehorsam zu brechen, verdienen meine Verachtung. Das Schicksal hätte doch seinen Lauf genommen, daran hätten auch diese Leute nichts geändert". (Zitiert nach Kriegstagebuch des OKW Band IV, S. 1500). Jodls Bemerkung mag geradezu fanatisch klingen — sie wird begreiflich im Munde eines Mannes, dem eine nicht gegen ihn bestimmte Sprengladung neben den Füßen explodiert war. Treffend an Jodls harter Kritik ist gewiß die Andeutung, daß die deutsche Geschichte derartige Attentatsformen nicht kennt. Gegen Wallenstein — das einzig vergleichbare historische Beispiel — wurde immerhin eine direkte soldatische Waffe gerichtet und deshalb hat sie auch ihr Ziel nicht verfehlt.
Der Ablauf der Geschehnisse des 20. Juli 1944 im Hauptquartier „Wolfschanze" bestätigte, daß die von den Verschwörern gewählte Form der Auseinandersetzung mit Hitler den deutschen Möglichkeiten nicht entsprach. Als Graf Stauffenberg nach der aus der Entfernung beobachteten Detonation zum Flugplatz abgefahren war, versäumte es der dafür vorgesehene hohe Offizier, nach Berlin eine Mitteilung über den weiteren Fortgang des Ereignisses durchzusagen. Statt dessen schritt er als eine der ersten herbeieilenden Personen auf Hitler zu und beglückwünschte ihn zu seiner Errettung. Später gab er als Motiv seines

Verhaltens glaubhaft an, daß ihm die Art des Attentats innerlich widerstrebte. Als der Adjutant Stauffenbergs nach zweieinhalb Stunden vom Flugplatz Rangsdorf aus die Bendlerstraße verständigte, geschah dies in der irrigen Annahme, das Attentat sei geglückt. Den Namen des hohen Offiziers im Hauptquartier, durch dessen Schweigen erst ein weiterer Personenkreis in das Abenteuer verwickelt wurde, brauche ich nicht zu nennen. Sie kennen ihn; eine große Kasernenanlage der Bundeswehr ist nach ihm benannt!

Der solcherart eingeleitete „Aufstand gegen die Tyrannei" sei, wie ich in Ihrem Aufsatz lese, „im Blute erstickt" worden. Wer über den Ablauf der an Stauffenbergs Rückkehr sich anschließenden Ereignisse im Berliner Bendlerblock einigermaßen unterrichtet ist, wird dem Satz in dieser Form kaum zustimmen. Die Verschwörer konnten bekanntlich zunächst ungehindert über die Fernschreibzentrale des OKW verfügen — hier aber regte sich auch bereits bei Subalternoffizieren die Gegenbewegung und wenige Stunden nach ihren ersten Maßnahmen sahen sich die Verschwörer durch eine größere Zahl von Offizieren des e i g e n e n Hauses — ohne jedes Eingreifen von außen — überwältigt und gefangengesetzt. Bekanntlich hat dann Generaloberst Fromm aus eigener Machtvollkommenheit die Erschießung Graf Stauffenbergs und der Hauptbeteiligten angeordnet und durchführen lassen. Dies alles geschah b e v o r die Polizei eingriff. Die eilige Justiz des Generalobersten Fromm hat damals allgemeines Befremden hervorgerufen und sie wurde als Zeichen seiner Mitwisserschaft gedeutet. Ich habe dazu keine Kenntnisse — jedenfalls aber darf man annehmen, daß Fromm das Ereignis und seinen Ablauf als fehlangelegt und mißraten beurteilte und es deshalb so rasch wie möglich innerhalb der Wehrmacht bereinigt wissen wollte. Dieses Motiv dürfte auch den Generalfeldmarschall Rommel bewegt haben, als er einige Wochen später den ihm angebotenen Ausweg in den Freitod einem Erscheinen vor Gericht vorzog, obwohl dies angesichts seines weltberühmten Namens der „Rebellion gegen den Tyrannen" wirksamer gedient hätte.

Von einiger zeitgeschichtlicher Bedeutung ist die Tatsache, daß nicht einmal die Verschwörer in ihrem vorbereiteten Aufruf an die Öffentlichkeit sich zum Attentat bekennen wollten, sondern zu der falschen Behauptung Zuflucht nahmen, „eine gewissenlose Clique frontfremder Parteiführer" habe versucht, „der schwerringenden Front in den Rükken zu fallen und die Macht an sich zu reißen". Ob, wann und wie eine Umsturzregierung schließlich den wahren Sachverhalt zugegeben hätte — diese Frage ist vor der Geschichte unbeantwortet geblieben.

Diese Hinweise dürften genügen, um zumindest klarzustellen, daß auch nach Ablauf von zwei Jahrzehnten weder die Hintergründe noch die Umstände des Putsches vom 20. Juli 1944 zu kritikloser Bewunderung

geeignet sind oder gar als Thema eines Tages der „deutschen Erhebung" dienen können. In ruhiger Überlegung und unter Abwägung der historischen Fakten werden gewiß auch Sie, Herr Bundesminister, zu dem Ergebnis kommen, daß es sehr wohl möglich ist, ein rechtschaffener und gewissenhafter Deutscher, also auch ein brauchbarer Offizier und Soldat der Bundeswehr zu sein und trotzdem die in Ihrem Artikel „Das Vermächtnis des 20. Juli 1944" publizierten Ansichten nachdrücklich abzulehnen.

Welchem vernünftigen Sinn der seit einigen Jahren dem 20. Juli geradezu hektisch gewidmete öffentliche Denkzwang und kultische Aufwand dienen soll, ist nicht nur mir ein Rätsel. So berichtete kürzlich der Bonner Korrespondent der Londoner „Times" in Vorschau auf die angekündigten Feierlichkeiten, die öffentlichen Gebäude der Bundesrepublik würden zur Erinnerung an das S c h e i t e r n des Attentats h a l b m a s t beflaggt werden. Nur so schien dem Engländer die befohlene Maßnahme überhaupt begreiflich. In der Tat — welche belehrenden oder gar ermutigenden Erkenntnisse sollte das deutsche Volk oder die deutsche Jugend aus der Erinnerung an jahrelange untergründige Konspiration, an ein makrabres Attentat und einen glücklosen Umsturzversuch gewinnen können? Die Frage, ob Mordanschlag und Eidbruch in diesem Fall zu rechtfertigen waren, mag für Theologen auch im Rückblick ein gewichtiges Thema sein — welche moralischen Werte aber soll der S o l d a t aus der ermüdenden Besprechung einer garnicht wiederholbaren Problematik schöpfen?

Gewiß: die Politik der Bundesregierung, jegliche — auch die übertriebensten — Erklärungen über Hitler und das Dritte Reich widerspruchslos hinzunehmen, mag verständlich sein insoweit es darum geht, nutzlosen Debatten auszuweichen. Aber muß wirklich auch noch von deutscher Seite zu dem Propaganda-Mystizismus beigetragen werden, der Hitler die übernatürliche Stellung eines „Antichrist" andichtet und damit alle Unternehmungen seiner Gegner in die Kategorie eines „Kreuzzuges" einordnet?! Denkweisen so schlichter Art mögen sich im Mittelalter längere Zeit durchgesetzt haben; sie lassen sich nicht aufrechterhalten in einer Welt, in der Millionen intelligenter Menschen gebildet genug sind, um historisch-politische Entwicklungen in ihrer Vielschichtigkeit zu erkennen und Ursachen und Wirkungen auseinanderzuhalten.

Sie werden es begreiflich finden, Herr Bundesminister, daß ich — von solchen allgemeinen Ansichten ausgehend — auch keine einleuchtende Parallele zwischen dem Bendlerblock-Putsch des 20. Juli 1944 und dem Volksaufstand des 17. Juni 1953 zu erkennen vermag: der damalige britische Premierminister Churchill bezeichnete in seiner Unterhausrede vom 2. August 1944 die mißglückte Stauffenberg-Aktion und ihre

Folgen ziemlich treffend als „Kundgebung einer inneren Erkrankung", sie mag tatsächlich als Ausbruch einer verhängnisvollen nationalen Führungskrise gelten. Der Aufstand der Deutschen in der Sowjetzone war etwas ganz anderes: die Erhebung breiter Volksmassen gegen eine dreiste Fremdherrschaft. Der Ablauf des 20. Juli 1944 vollzog sich in der Abgeschlossenheit eines Hauptquartiers und eines Bürogebäudes. Nicht einmal die Straßenpassanten am Berliner Tirpitzufer ahnten, was vor sich ging. Der Volksaufstand 1953 vollzog sich in leidenschaftlicher öffentlicher Erregung; sein Zusammenbruch erfolgte durch das übermächtige Eingreifen der — zunächst bedächtig abwartenden — russischen Besatzungstruppen. Die Katastrophe wurde unvermeidlich, weil die Bundesrepublik damals nur machtlos aufhorchen, aber den vielen Tausenden von Aufständischen die benötigte wirksame Hilfe nicht bieten konnte. Der trauervolle Erinnerungstag der „Deutschen Einheit", den wir seither am 17. Juni begehen, wird erst dann seinen Sinn finden, wenn wir alle — und insbesondere die Offiziere und Soldaten der Bundeswehr — begreifen, daß ein „Tag der Deutschen Erhebung" nicht mit dem Blick auf die Vergangenheit g e f e i e r t werden kann, sondern für die Zukunft e r h o f f t werden muß.
Zu diesem Brief erwarte ich keine Antwort, vor allem nicht zum letzten Satz; es gibt Dinge, über die wir Deutschen uns schweigend einig sein sollten, auch wenn sonst vieles uns trennt.

Gestatten Sie, Herr Bundesminister, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung . . .

Hauptquartier „Wolfschanze"

Aus: Münchner Merkur (München) 7. 9. 1957

Sehr geehrte Herren!

Die von Ihrem Mitarbeiter mit berechtigter Skepsis wiedergegebenen Schilderungen polnischer Zeitungen über Hitlers Hauptquartier „Wolfschanze" („Spuk in der ‚Wolfschanze', Münchner Merkur, 27. 8. 57) sind ein zwar verspätetes, aber doch typisches Produkt der in der Nachkriegszeit kultivierten Propaganda-Phantasie. Als Mitarbeiter des damaligen Reichspressechefs Dr. Dietrich habe ich szt. häufig in Wolfschanze, Sperrkreis 1, dienstlich zu tun gehabt und kannte die ganze Anlage genau. Es gab dort nicht 84 sondern 2 (zwei) Großbunker und nicht hunderte, sondern etwa 20 kleinere Betongebäude, die jeweils zur Hälfte mit einer Betondecke von 1,5 Meter

Stärke versehen waren. Da diese Bauten sich für den Dienstbetrieb als viel zu eng erwiesen, wurden zusätzliche Holzbaracken errichtet. (In einer dieser Baracken fand am 20. 7. 44 das Attentat statt). Von unterirdischen „Flugplätzen" und „Kraftwagentunnels" war genau so wenig die Rede wie von einem unterirdischen Bahnhof. In Wirklichkeit erwartete ein Schienenomnibus mit Holzbänken die mit dem täglichen Kurierzug (der zu den Hauptquartieren des OKH und der Luftwaffe weiterfuhr) am Bahnhof Rastenburg eintreffenden dienstlichen Besucher und setzte sie am Tor zum Sperrkreis 1 ab. In diesem bereits sagenhaft gewordenen „Sperrkreis", gebildet durch einen Drahtzaun, wohnten neben Hitler und den Offizieren des Wehrmachtführungsstabes etwa ein Dutzend Verbindungsbeamte von Berliner Ministerien und ihre Schreibkräfte, außerdem gab es eine Nachrichtenzentrale mit zahlreichen Telefonisten. Selbstverständlich wurden die Erbauer der Anlage ebensowenig „ermordet" wie Gefangene im Hauptquartierbereich eingesetzt waren. „Wolfschanze" wurde bis Oktober 1944 von Hitler benutzt, diente m. W. später noch als Korps-Gefechtsstand und fiel im Januar 1945 in russische Hand. Die Anlage war vorher völlig geräumt und gesprengt worden. Aufnahmen von den Sprengarbeiten wurden Hitler noch vorgelegt. Die Polen werden also vergeblich nach „Hitlers Geheimplänen" und nach „geheimnisvollen Fremden" im ehemaligen Hauptquartiersgelände suchen . . .

Keitel: zwischen Hitler und den Generalen

*Aus der Zeitschrift „Nation Europa" (Coburg) Januar 1962**

Seit 1945 begreifen wir unter dem Stichwort „Zeitgeschichte" die halb- und pseudowissenschaftlichen Bestrebungen, die Vorgeschichte und Geschichte des Zweiten Weltkrieges im Sinne der Sieger dieses ungleichen Ringens einseitig zu beleuchten und jede anders deutbare Quelle in die gewünschte Richtung zu verzerren.
Die Familie des in Nürnberg verurteilten und getöteten Generalfeldmarschalls Keitel hat sich bereit gefunden, die Aufzeichnungen, die er während seiner letzten Lebenswochen niedergeschrieben hat, zu solch entstellender Bearbeitung freizugeben. Der kritisch-objektive

* Rezension des Buches Generalfeldmarschall Keitel — Verbrecher oder Offizier. Erinnerungen, Briefe, Dokumente des Chefs OKW, herausgegeben von Walter Görlitz. Musterschmidt-Verlag, Göttingen 1961.

Leser wird zunächst schon vom Titel der Publikation abgestoßen: „Generalfeldmarschall Keitel — Verbrecher oder Offizier?" Denkfähige Normalmenschen, gleich welcher Nationalität, wissen längst, welcher Art das Nürnberger Recht gewesen ist, und es ist ihnen auch klar, daß hinsichtlich der Offizierseigenschaft eines deutschen Feldmarschalls keine Fragezeichen zu setzen sind.
Die weiteren Verbeugungen des Herausgebers vor der herrschenden Lehrmeinung der deutschen „Zeitgeschichtler": jegliche korrekte Pflichterfüllung im Dritten Reich sei — wenn überhaupt — nur durch Dummheit zu entschuldigen, gehören dem Bereich minutiöser Albernheiten an. Mit lächerlich wirkender Sorgfalt wird der Leser auf jeden versehentlich falsch geschriebenen Namen und auf jede unvollständige Satzkonstruktion in den eiligen, handschriftlichen Aufzeichnungen des Feldmarschalls aufmerksam gemacht. Solche rein technischen Verbesserungen unauffällig vorzunehmen, ist üblicherweise Herausgeberaufgabe — vor allem dann, wenn, wie hier, nur eine flüchtige Niederschrift vorliegt. Die Nürnberger Gefangenen hatten bekanntlich nicht einmal einen Tisch zur Verfügung, sondern mußten auf einem Pappdeckel-Gestell schreiben.
Während Walter Görlitz mit lehrhaft erhobenem Zeigefinger — Motto: wie klug bin ich und wie beschränkt war dieser Feldmarschall — auf jeden belanglosen Gedächtnisfehler Keitels hinweist, ist er in Weglassungen erstaunlich großzügig. Er verspricht zwar im Vorwort, für jede durch Punkte gekennzeichnete Streichung Gründe anzuführen, aber er hält sich nur in wenigen Fällen an dieses Versprechen; und wo er es tut, überzeugt er den Leser nicht von der Notwendigkeit der Streichung. Keitel hat das Fragment seiner Erinnerungen in knapp fünf Wochen niedergeschrieben — rein schriftstellerisch eine erstaunliche Leistung. In dem jetzt vorliegenden über 450 Seiten starken Band wären die Aufzeichnungen wohl unschwer ungekürzt unterzubringen gewesen. Wie stets in historischen Memoiren, so würden auch hier die persönlichen und familiären Zwischenbemerkungen des Autors, die leider fast durchwegs gestrichen wurden, für den Leser besonders aufschlußreich gewesen sein, denn gerade solche Abweichungen gewähren meist charakteristische Einblicke in die Gesamtpersönlichkeit des Schreibers.
Görlitz begnügt sich nicht mit Streichungen solcher Art. Auch Ausführungen allgemeinen Inhalts sind seinem Zensurstift zum Opfer gefallen; der Leser wird mit arroganten Bemerkungen abgespeist:

„Im Original folgen hier weitere nicht weiter interessierende Angaben über Frontbesuche und den bekannten Verlauf des Durchbruchs von Artois (S. 234).

Im Original folgen dann Angaben über Hitlers Besuch in Paris, bei dem Keitel Hitlers architektonische Kenntnisse beeindruckten, und längere Ausführungen über die improvisierten Rüstungen für „Seelöwe", die Landung in England (S. 238).
Im Original betont der Feldmarschall hier noch, der deutsche Angriff am 22. 6. 1941 habe gezeigt, daß der sowjetrussische Aufmarsch stärker als die deutschen Angriffskräfte gewesen sei, was die offiziöse sowjetrussische Historie lebhaft bestreitet (S. 245)."

Zu diesen — und vielen anderen — skandalösen Streichungen läßt sich nur sagen: so geht es nicht, Herr Görlitz! Wenn die Aufzeichnungen Keitels als Geschichtsquelle erschlossen werden sollen — über diesen Rang der Niederschrift gibt es keinen Zweifel —, dann sind sie der deutschen Öffentlichkeit in dem vom Feldmarschall vorgesehenen Umfang vorzulegen und nicht in einer „ad usum delphini" oder gar mit Rücksicht auf die sowjetrussische Historie zugestutzten Kurzfassung!
Bei den Lesern und Benützern solcher historisch-politischer Dokumentarwerke handelt es sich nicht um die „reifere Jugend" — sie sind durchwegs erwachsen und gebildet genug, das Gelesene selbst zu beurteilen. Zu ihrem Seelenheil bedürfen sie weder solcher Streichungen noch mancher superklugen Anmerkungen, mit denen Herr Görlitz das Buch überreich verziert. Nichts gegen einen soliden wissenschaftlichen Apparat — aber auch in hundert Jahren wird ein Leser des Keitel-Buches nicht der Belehrung bedürfen, daß z. B. Mussolini „königlich italienischer Ministerpräsident" war!
Im Rahmen einer Rezension mögen die paar Anmerkungen über die Mängel und Primitivitäten dieser Publikation genügen. Leider kann man über ihre negative Seite nicht schweigen; sie ist zu aufdringlich gezeigt — als wünschte der Herausgeber sich eine Art Alibi zu verschaffen; man fragt unwillkürlich: wem gegenüber ?
Die in der Bundesrepublik geltende Veröffentlichungs- und Meinungsfreiheit gestattet zweifellos auch unverfälschte Veröffentlichungen. Warum mußten die Keitel-Memoiren verballhornt werden?

*

Der unvermeidliche Ärger über die fehlgeratenen Herausgeberbemühungen wird freilich in den Hintergrund gerückt durch den Gesamteindruck, den dieses Vermächtnis eines klugen und menschlich überaus sympathischen Kronzeugen der deutschen Ereignisse ab 1938 hinterläßt.
Das Interessante in Keitels Memoiren setzt freilich schon früher ein; als seinerzeitiger Abteilungschef im Reichswehrministerium und spä-

terer engster Mitarbeiter des Reichskriegsministers von Blomberg vermittelt Keitel Einblicke in die Problematik der Wehrmachtsführung schon der Jahre 1933—1938, wie sie der Öffentlichkeit in solcher Unmittelbarkeit bisher nicht gewährt worden sind.

Die geistige Gruppenbildung in der Wehrmachtsführung, die später bekanntlich zu verhängnisvollen Folgen führte, begann — wie Keitel beleuchtet — bereits am 30. Januar 1933. Sie kristallisierte sich in den Jahren des Wehrmachtaufbaues um die Frage der sog. Wehrmachts-Spitzengliederung — hier glaubte der Generalstab des Heeres Ansprüche anmelden zu können, die auf der Parallele 1916—1918 (Hindenburg-Ludendorff) basierten und mit der „vollziehenden Gewalt" im Kriegsfall sogar eine Art innerpolitische Machtergreifung durch die Heeres-Generalität vorsahen. Blomberg—Keitel waren dagegen Verfechter einer den drei Wehrmachtsteilen — Herr, Luftwaffe, Marine — übergeordneten modernen militärischen Führungsinstanz. Der Heeres-Generalstab unter Beck war nicht bereit, sich einer solchen Spitze unterzuordnen. Es wurden hier — noch zu Zeiten Blombergs — Spannungsmomente sichtbar, die nur indirekt mit Hitler und dem Nationalsozialismus zu tun hatten und doch noch auf die Szene des 20. Juli 1944 mit einwirkten.

Über die Blomberg-Fritsch-Krise des Januar 1938 sagt Keitel soviel überzeugende Einzelheiten, daß die jahrelange verzerrende Debatte über dieses Thema nun beendet ist. Von „Intrigen" bleibt nichts mehr übrig. Die ganze Geschichte der merkwürdigen Heirat Blombergs gehört dem Bereich der historischen Groteske an — so weitgreifend ihre Auswirkungen waren. Eine davon war die Schaffung des dem Generalstabschef Beck unerwünschten „Oberkommandos der Wehrmacht", die Berufung Keitels zu seinem Chef und damit sein Eintritt in den unmittelbaren Kreis um Hitler.

Es kann nicht Aufgabe dieser kurzen Besprechung sein, den Inhalt der Aufzeichnungen Keitels auch nur andeutungsweise zu referieren — eine Fülle von neuen Schlaglichtern auf die großen Entscheidungen jener schicksalhaften Jahre eröffnet sich dem Leser — gewissermaßen eine militärpolitische Parallele zu den außenpolitischen Umrissen, die Ribbentrop — ebenfalls seit Februar 1938 unmittelbar an Hitlers Seite — in den gleichen Herbstwochen des Jahres 1946 in einer Nachbarzelle des Nürnberger Gefängnisses niederschrieb!

Auch ein gründlicher Kenner dieses Geschichtsabschnittes findet im Keitel-Buch Neues und Interessantes — ganz besonders über Hitlers persönliches Eingreifen in die militärische Führung. Wer Keitels Bericht liest, für den ist die wachsende Kluft zwischen dem Obersten Befehlshaber und der Heeres-Generalität kein Rätsel mehr. Schon

im Sommer 1938 gab es die erste tiefgreifende Differenz: Nur nach heftigster Auseinandersetzung war die Heeresleitung bereit, für den befohlenen Aufmarsch „Grün" (Tschecho-Slowakei) die verfügbaren Panzerkräfte nach Hitlers Plan so zu versammeln, daß sie gegebenenfalls einen den Feldzug entscheidenden Vorstoß hätten unternehmen können. Später — im Winter 1939/40 — mußte Hitler alle Überredungskunst aufwenden, um seine Generale davon zu überzeugen, daß eine Offensive gegen Frankreich Aussicht auf Erfolg habe. Keitel ist gewissenhaft genug, festzustellen, daß

> „es Hitler persönlich war, der dem Durchbruch über Sedan an die Atlantik-Küste bei Abbeville mit Panzertruppen als seine Lösung forderte, um die aller Voraussicht über die französisch-belgische Grenze nach Belgien hinein vorstoßende französisch-englische motorisierte Armee im Rücken zu fassen und abzuschneiden (S. 226).

Durch Keitel erfahren wir auch erstmals, daß der berühmte Handstreich auf Eben Emael ein „Spezialunternehmen Hitlers" gewesen ist — und viele andere Einzelheiten, die verdeutlichen, welchen tiefgreifenden operativen Einfluß Hitler bereits zu einem Zeitpunkt ausübte, in dem die deutsche und die Weltöffentlichkeit noch der Meinung war, die „Blitzkriege" seien einfach eine uhrwerkartige Produktion deutschen Generalstabdenkens.
Die spätere Tragik — das wird aus Keitels Schilderungen bitter deutlich — ergab sich aus dem Umstand, daß die großen Siege der Jahre 1939—1941 fast ausnahmslos von Hitler g e g e n seine Generalität errungen werden mußten und daß er dann, als ihr bedächtiges Haushalten mit den verfügbaren Kräften besser am Platze gewesen wäre, das Vertrauen zu diesen Ratgebern bereits verloren hatte.
Am Reibungspunkt dieser schwerwiegenden Auseinandersetzungen stand — gewissermaßen von Amts wegen — der Feldmarschall Keitel. Daß er im Ansturm der Probleme sich mehr als Gefolgsmann des Obersten Befehlshabers und nicht so sehr als Sprecher der Generalität verhielt, hat ihm nach 1945 zahlreiche Beschimpfungen aus den eigenen Reihen eingetragen — auch solche recht ungebildeter und ordinärer Art. In der tatsächlichen Lage von damals konnte Keitel sich gar nicht anders verhalten, wenn er nicht selbst das Vertrauen Hitlers zerstören wollte, das nun einmal die Voraussetzung seiner Tätigkeit war. Daß den Feldmarschall dabei nicht nur kühles Kalkül bewegte, berührt sympathisch — zu den menschlich überzeugendsten Stellen des Buches gehören die Berichte von Keitels aufregenden Frontfahrten in der Umgebung Berlins Ende April 1945, die nur dem Ziele dienten, Hitler aus der Reichskanzlei herauszuholen.

Rein sachlich erweist sich Keitel als ein zweifellos ausgezeichneter Kriegsminister, der seine wichtige Behörde auch aus der Ferne des Hauptquartiers gut in der Hand hatte. Keitel verschweigt nicht die Probleme, die sich ihm stellten: Eigentlich wäre sein Platz in der Bendlerstraße gewesen. Aber es ging gar nicht anders: die impulsive Führungsart Hitlers gestattete es dem Chef OKW nicht, sich auf längere Dauer vom Schauplatz der reifenden Entscheidungen zu entfernen. Wäre der Krieg ohne Katastrophe durchgestanden worden, so würde man Keitel gerade diese nimmermüde Bereitschaft, Hitler täglich zur Verfügung zu stehen, als einen Beweis besonderer Klugheit und sachgerechten Einfühlungsvermögens zugute halten.

Obwohl er den vollen Umfang der jahrelangen Anti-Hitler-Verschwörung nur ahnte, gibt Keitel doch auch auf sie manchen bemerkenswerten Ausblick. Keitels persönliches Urteil über die Verschwörer läßt uns der Herausgeber freilich nicht wissen, denn die Einleitung zu diesem Abschnitt (der anschließend nur einige sachliche Bemerkungen über die Dienstlaufbahn von Beck, Witzleben usw. enthält) ist durch sechs Punkte ersetzt... ...Sie deuten immerhin einiges an!

Die unmittelbaren Niederschriften in Erinnerungsform führen nur bis Januar 1943. Bereits Stalingrad konnte Keitel nur noch flüchtig erwähnen. Ein wichtiger Schlußabschnitt ist allerdings vorausgeschrieben worden: Der Feldmarschall behandelt ausführlich die letzten Apriltage 1945 und seine anschließende kurzfristige Tätigkeit als Chef OKW unter Großadmiral Dönitz. In dieser Eigenschaft erhielt er den bitteren Auftrag, die militärische Kapitulation der deutschen Streitkräfte in der Nacht vom 8. zum 9. Mai in Karlshorst unterschreiben zu müssen. Vier Tage später wurde Keitel in Flensburg auf Befehl des amerikanischen Generals Eisenhower in Kriegsgefangenschaft überführt.

Die letzten Worte der Aufzeichnungen Keitels lauten soldatisch knapp: „Ab 13. 5. 45 war ich Kriegsgefangener in Mondorf, am 13. 8. 45 in der Gefängniszelle in Nürnberg, und am 13. 10. 46 erwarte ich die Vollstreckung des Todesurteils. Abgeschlossen am 10. 10. 1946." Eifrig glaubt der Herausgeber bemerken zu müssen: „Die Richter von Nürnberg haben das Recht gesucht" — nein, nicht einmal das stimmt. Sie w u ß t e n, daß sie mordeten, als sie den Generalfeldmarschall Keitel dem Henker überlieferten.

Die Ehre seines Andenkens konnten sie nicht schmälern.

Zur geschichtlichen Erscheinung Adolf Hitlers

DER DICHTER HANS GRIMM UBER DEN POLITIKER HITLER

*Aus der Zeitschrift „Nation Europa" (Coburg) November 1954**

Gibt es schärfer ausgeprägte Gegensätze als diese beiden Männer: der eine Sohn eines weltoffenen, gepflegten Hauses, gereift in vielen Jahren ferner Aufenthalte, später Dichter eines berühmt gewordenen Romans, lebensweiser Einsiedler im Klosterhaus zu Lippoldsberg — der andere nach einer schlichten Kindheit, nach einer Jugend am Rande des Abgrunds, nach der Reife in den Schützengräben ein kühn emporschießender Komet am Himmel der Weltgeschichte, der die Völker in seinen Bann zieht, Massen begeistert, Millionenheere aus dem Boden stampft — und in einer gewaltigen Katastrophe untergeht.

Die beiden — Söhne des gleichen Volkes — sind sich auf ihrem Lebensweg einige Male begegnet und haben sich kaum etwas zu sagen gewußt. Sicher hat Adolf Hitler den Roman „Volk ohne Raum" geschätzt und seine Verbreitung gefördert, den Dichter geachtet — aber dabei blieb es; mehr Sichtbares hat der Kanzler und Führer des Deutschen Reiches aus seiner Machtfülle heraus nicht für den Dichter gewirkt — der lebte die zwölf Jahre ebenso still wie vorher und nachher an der Weser, abseits und nicht erfaßt vom Strome der Zeit, aber ihm doch nah genug, um auf ihn herabzublicken. Diesem Dichter Hans Grimm war wohl das Auftreten des aus dem Nichts kommenden Politikers Adolf Hitler zu heftig, zu laut, zu überschwenglich, vielleicht auch zu hart. Dieser Mann, der auf der Stufenleiter der politischen Bedeutung und der Machtfülle so schnell emporstieg, mag dem still wägenden Dichter bald unheimlich geworden sein. Und als einmal zur Wahl gerufen wurde, ging er hin und stimmte mit „Nein" zu dem Vorschlag, die Ämter des verstorbenen Reichspräsidenten und des Reichskanzlers in der Person Adolf Hitlers zu vereinigen. Und er gab nicht nur dieses damals außergewöhnliche Votum ab, sondern er ließ es — wie es scheint, nicht ungerne — geschehen, daß es auch unter die Leute kam. Durch mehrere Briefe an den Reichsinnenminister sorgte er sogar dafür, daß zu den Leuten, die über Grimms „Nein" Nachricht erhielten, auch der gehörte, den es anging:

---

* Rezension des Buches Hans Grimm: Warum — Woher — aber Wohin — Vor, unter und nach der geschichtlichen Erscheinung Hitler. Klosterhaus-Verlag, Lippoldsberg, 1954.

Adolf Hitler selbst. Nun — den störte das ablehnende Wort des Dichters in Lippoldsberg nicht sonderlich; andere nahmen die Sache ernster, jedenfalls: die Atmosphäre zwischen der Berliner Wilhelmstraße und dem Klosterhaus in Lippoldsberg war gestört. Und sie blieb gestört, als der eine schon tot war und alle über ihn herfielen, und als der andere die Feder in die Hand nahm, um für das deutsche Volk die „Erzbischofschrift" zu schreiben, die zwischen sehr viel Richtigem und Treffendem doch dann und wann das Wort „Hitlerismus" verwendete, wenn etwas bezeichnet werden sollte, was Grimm verwarf. Schließlich und seither aber ergab sich etwas Merkwürdiges: Je weiter der Abstand wurde, je klarer die Sicht, je unverrückbarer das Unverrückbare in Erscheinung trat, umso zwingender und überzeugender zeigte sich dem Dichter die Gestalt des Toten. Da half nun kein herrisches „Nein" mehr dagegen, kein schnell hingeschriebenes Wort — in der Schau des Dichters erzwang sich die geschichtliche Erscheinung den Platz, auf den sie Anspruch hat — und den sie einmal bei allen Denkenden einnehmen wird. Der für bleibende Wahrheiten empfänglichere Geist des Dichters geht ihnen nur voran . . .

Gewiß war es das tragische Moment in der geschichtlichen Erscheinung des Politikers, das Grimm die Richtung wies. Einmal gepackt, hat er, ein echter Dichter, nicht mehr geruht, bis er sie g a n z erfaßt hatte: die Tragik und die Größe.

Freilich: der starke Band, den Hans Grimm uns als ein reifes großes Werk geschenkt hat, ist kein Roman, sondern eine historisch-politische Schrift mit vielen treffenden Zitaten aus einer Fülle wichtiger Quellen, mit mancherlei erläuternder Erinnerung aus dem eigenen Leben, mit präzisen Untersuchungen über tatsächliches Geschehen: aber das alles sind doch nur die einzelnen Quader, aus denen die Hand des Dichters das klare Kunstwerk eines seherisch geschauten Gesamtbildes gestaltet hat. Und es gelang dem alten Dichter das Großartige: nicht nur die Einzelheiten sind unanfechtbar, weil sie mit einer erkennbaren Sorgfalt zusammengetragen sind und all den polemischen Unsinn der letzten zehn Jahre wegwischen, auch alle Striche des Gesamtbildes sind so wohlabgewogen und so sicher geführt, daß der Leser mit wachsender Ergriffenheit spürt: hier wird Adolf Hitler so gesehen, wie er gesehen werden wird, wenn einmal aller Haß, alle Lüge, alle dem Eigennutz einzelner dienenden Entstellungen zusammengebrochen sind und nur noch das echte historische Bild Geltung hat.

Hans Grimm sieht Hitler heute schon als den Mann, der die Lebenskrise des Abendlandes erspürte und mit aufbäumender Kraftanstrengung den drohenden Koloß im Osten rechtzeitig zu stürzen suchte;

den Mann, der das Raumproblem des weißen Mannes begriff und das Problem des sich mindernden Nachwuchses des weißen Mannes und der sich rasch mehrenden Masse der anderen Rassen erkannte, der diese Probleme lösen wollte und vielleicht — auch hätte lösen können, wäre er nicht von denen zu Tode gehetzt worden, für die er in die weltgeschichtliche Arena getreten war.

In der umfangreichen Schau, mit der Hans Grimm sein Bild zeichnet, wird dem Leser kein früher Anfang und keine kennzeichnende Einzelheit verschwiegen, er wird trotzdem nicht müde, dem fesselnden Wort zu folgen, das ihn zwingt, das Phänomen Adolf Hitler von allen Seiten zu betrachten. Unvermeidlich führt diese Schau auch zu dem Ergebnis, das die Niederkämpfung Hitlers durch Koalitionen von außen und durch hintergründigen „Widerstand" von innen nach sich zog; freilich: die Antwort auf das „Warum" und das „Woher" der geschichtlichen Erscheinung Adolf Hitlers erteilt uns Hans Grimm gründlich und in großartiger Schau alles Wesentlichen; aber das „Wohin?" kann auch er nur deuten. Dieser Frage gilt das große Fragezeichen, das er auf den Umschlag seines Buches setzen ließ.

Ist nicht gerade dieses Fragen, dieses keinen-Weg-Wissen unserer heutigen Welt der treffendste, wenn auch bitterste Nachruf auf Adolf Hitler und seinen Versuch, neue Tatsachen in die Welt zu stellen?

Hans Grimms positive Antwort auf die drängende Frage des „Wohin?" mag man aus der Kritik herauslesen, mit der er das Heute sieht:

> „Wir Deutschen sind es, die als Abendländer der andrängenden asiatischen Überbevölkerung, dem andrängenden asiatischen Hunger und dem sowjetischen Mißbrauch wachsender Massen in Europa zuvörderst gegenüberstehen. Als Folge sowohl fremden politischen Wahnes wie biologischer Ahnungslosigkeit wurde gerade diesen Deutschen, die den Damm Europas zu bilden haben, nicht nur der ohnehin beispiellos enge Lebensraum in Teilen entrissen, sondern sowjet-bolschewistischem Eindringen geöffnet, also dem sowjetischen Imperialismus. Als Ergebnis stellte sich der schicksalschwerste Geburtenrückgang in der Welt im Gegensatz zu der zunehmenden Übervölkerung und Vermassung der Welt zunächst in Deutschland ein, wo die europäische Wertigkeit des Abendlandes zuerst erhalten werden muß." (Seite 597).

Vielleicht steht in diesem Satz (wieviele ähnliche, tief das Wesentliche erfassende Bemerkungen finden sich nicht in diesem großen Buch!) in knapper Form angedeutet, was Hitler wollte, was mit ihm zusammenbrach und was ohne ihn schließlich doch noch geschehen und erreicht werden muß.

DEUTUNGSVERSUCH 1955

Aus der Zeitschrift „Nation Europa" (Coburg) Mai 1955

Ihr erstes Jahrzehnt ist noch nicht vergangen und schon vollziehen sich die ersten Selbstenthüllungen der Welt von 1945. War der Fall des Verräters Otto John eine begrenzte Angelegenheit des Nachkriegsdeutschland — wenn auch mit vielen Parallelen in anderen westlichen Ländern! —, so hat nun die Veröffentlichung der Jalta-Dokumente* den moralingefärbten Schleier vor der Hauptszene weggezogen und die nackte und brutale Wahrheit über den Zweiten Weltkrieg enthüllt. „Für Polen" — so hieß zuerst die Parole der Engländer und Franzosen, als sie 1939 den Krieg erklärten; „gegen Hitler" hieß es dann, als Roosevelts Werben um Stalin einsetzte (das seinen ersten Erfolg im Belgrader Putsch des März 1941 fand); „für die Freiheit" war schließlich die Parole, unter der der Massenmord von Dresden stattfand und die Atombomben auf Hiroshima fielen. Seit der Veröffentlichung der Jalta-Dokumente weiß auch der Dümmste, wofür der Zweite Weltkrieg von den Alliierten in Wirklichkeit geführt worden ist: nicht um Polen zu retten und nicht um Hitler zu stürzen, auch nicht um die Freiheit zu verbreiten. Sondern: die Russen führten ihn, um Osteuropa und den Balkan zu gewinnen; die Amerikaner, um England zu beerben; die Engländer, um Deutschland zu vernichten.

In den allerersten Kriegstagen 1939 hatte der damalige britische Ministerpräsident Neville Chamberlain einmal den Satz gesprochen: „Wir kämpfen gegen Hitler, nicht gegen das deutsche Volk" — aber niemals wurde später dieser Satz wiederholt, nicht von Chamberlain und noch viel weniger von seinem Nachfolger Winston Churchill, dessen politisches Glaubensbekenntnis seit Beginn des Jahrhunderts war: „Germaniam esse delendam." — Nein, niemals wurde jener rethorisch so wirkungsvolle Satz Chamberlains über den angeblichen Kampf Englands gegen einen Mann, nicht gegen ein Volk, wiederholt — auch nicht in der Stunde vor zehn Jahren, als die Kometenlaufbahn Adolf Hitlers sich dem Ende zuneigte und ein anständiges und faires Wort des Gegners dem deutschen Volk bitter gefehlt hat. Dieses Wort konnte nicht gesprochen werden, weil keiner der Sieger be-

* Der während der Amtszeit des republikanischen Präsidenten Eisenhower erfolgten Publikation der US-amerikanischen Protokolle der Jalta-Konferenz, ist seither auch die amtliche Veröffentlichung der Akten des US-Statedepartments über die Potsdamer Konferenz gefolgt. Ich habe dieses umfangreiche Material in meinem Buch „Potsdam 1945 — Ein kritischer Bericht" bearbeitet.

absichtigte, anständig und fair oder auch nur politisch vernünftig zu sein.

Gewiß: man hat, um den Blick von sich abzulenken, in den zehn Jahren, die auf Jalta und den deutschen Zusammenbruch folgten, nie auf die bequeme Formel verzeichnet: „Hitler ist an allem schuld"; aber man hat diesen Gedanken wohlweislich nie zu Ende gedacht, nie die logische Folgerung gezogen, daß bei festgestellter Alleinschuld eines Einzelnen jegliche Straf-, Entmachtungs-, Teilungs- und Unterdrükkungsmaßnahme gegen die betroffene Nation unberechtigt und sinnlos ist — ein Gedanke, der der Liquidierung der napoleonischen Aera auf dem Wiener Kongreß zugrunde gelegen hat. Es lohnt sich, diesen Vergleich durchzudenken und das von geisteskranker Hybris gekennzeichnete, verhängnisvolle Siegergeschwätz von Jalta mit den Verhandlungen der Metternich, Hardenberg, Castlereagh mit dem französischen Minister Talleyrand zu vergleichen — nichts macht den moralischen Tiefstand deutlicher, bis zu dem sich unser Jahrhundert erniedrigt hat.

Napoleon lebte damals noch — zuerst als regierender Fürst auf Elba, dann als verbannter „General" auf St. Helena; die dortige Behandlung war kleinlich und hat dem Ruf Englands auf die Dauer geschadet; immerhin fiel es den Staatsmännern von damals auch nicht im Traume ein, den gefallenen Riesen wie einen Hund niederknallen zu lassen und an den Füßen aufgehängt zur Schau zu stellen — wie es mit Mussolini geschah und wie es mit Hitler geschehen wäre, hätte er es nicht durch Freitod verhindert.

Fürwahr, wir haben keinen Grund, froh zu sein über die Welt des Fortschrittes und der Freiheit und über die Lehren des großen Lenin und des Väterchens Stalin — und was sonst noch alles im Jahre 1945 von unseren Befreiern zum Geschenk gemacht wurde . . . in Gegenleistung gegen Gebietsraub und Ausplünderung, gegen Massenmorde und Millionenvertreibungen, und schließlich gegen die Auseinanderteilung des deutschen Staatsgebietes in fremdbeherrschte Zonen. Das alles geschah, als Hitler bereits tot war. Aber natürlich: „Hitler ist an allem schuld."

Hitler ist so sehr an allem schuld, daß das Schimpfwort auf ihn zum festen Bestandteil aller ost- und westdeutschen Festtagsreden geworden ist und gewissermaßen zur Staatsraison gehört. Was immer dieser Mann gedacht oder gewünscht, gefordert oder getan hat — es muß, wenn wir Herrn Heuss oder Herrn Pieck glauben sollen, entweder „verbrecherisch" oder „wahnsinnig" gewesen sein. Aber von keinem dieser erlauchten Redner haben wir bisher ein kritisches Wort über die Jalta-Politiker vernommen . . .

Gewiß ist ein Zeitschriftenaufsatz nicht der Platz, um eine weltgeschichtliche Gestalt wie Adolf Htiler in unsere historische Vorstellung einzuordnen; und sicher ist der Abstand, den wir zu seiner Zeit und seinem Wirken bisher gewonnen haben, noch viel zu gering, um ein zuverlässiges Urteil auszusprechen.

Immerhin haben wir schon bedeutsame Versuche in dieser Richtung vorliegen — wie etwa Hans Grimms „Warum, woher, aber wohin?" — und sicherlich ist es eine unumgängliche Aufgabe, uns mit dieser für unser nationales Leben so geschichtlichen Erscheinung ernstlich auseinanderzusetzen; so mag auch jetzt — zehn Jahre nach dem Tode dieses Mannes und nach dem Zusammenbruch seines Reiches — weiterhin einiges bemerkt werden, was uns hilft, wenigstens einen sicheren Standpunkt für die Beurteilung des Geschehens zu gewinnen. Wollten wir der besatzungsbefohlenen Polemik Glauben schenken, die seit 1945 pausenlos auf uns niederrieselt, dann wäre das deutsche Volk über ein Jahrzehnt lang leidenschaftlich einem Idioten gefolgt, der — von Wutanfällen geschüttelt und an Wahnsinn erkrankt — jeglichen überlegenen Denkens und sorgfältigen Planens, jeglichen politischen Weitblicks und jeglicher staatsmännischer Konzeption unfähig war und der nur durch eine unbegreifliche Häufung von Fehlern, Unterlassungen und Schwächen seiner Gegner sowie von billigen Glückszufällen mannigfacher Art eine Zeit lang Erfolg haben konnte. Ein gewisses Denkvermögen wird dieser seltsamen Erscheinung nur hinsichtlich der Vorbereitung und Durchführung von Verfolgungsmaßnahmen gegen Juden, sowie gegen nichtsahnende Geistliche, Generalstabsoffiziere und Beamte des Auswärtigen Dienstes zugeschrieben.

Es ist offenkundig, daß mit solchen Formeln, die sich in den letzten zehn Jahren eingebürgert haben und die geradezu zum Schema geworden sind, für ein ernstzunehmendes Urteil über eine geschichtliche Gestalt von so unbestreitbarer Anziehungskraft und Auswirkung ebensowenig gewonnen wird wie durch das sture Aufzählen und Wiederholen der gewiß zahlreichen erkennbaren Fehler, die dieser Mann im Laufe seiner politischen Tätigkeit und militärischen Kommandoausübung begangen hat. Aber wie es lächerlich ist, ihn einfach als militärischen Narren abzutun, weil er in der Defensive weniger überzeugend geführt hat wie in der Zeit der Offensive (in der er unbestreitbar die treibende Kraft und der leitende Geist der ganzen, die Welt überraschenden ‚Blitzstrategie' war), so ist es nicht weniger grotesk, über dem Versagen seiner zu hoffnungsvoll auf ein englisches Bündnis ausgerichteten Diplomatie und über dem circulus vitiosus, in den er sich in der Judenfrage verstrickte, zu vergessen,

daß er in den drei großen Fragen, vor die sich nicht nur das deutsche Volk, sondern alle europäischen Nationen gestellt sehen, einen Standpunkt formulierte und vertrat, dessen Richtigkeit sich in den zehn Jahren seit dem deutschen Zusammenbruch nur noch weiter bestätigt hat:

1. Hitler hat — aus dem Erlebnis des Ersten Weltkrieges und seines Endes — mit scharfer Klarheit die gefährliche Bruchstelle unserer Zivilisation — das Auseinanderklaffen von Führungsschicht und Arbeitermasse — nicht nur erkannt (das haben andere auch getan), sondern sie auch wirklich zu überwinden verstanden.

2. Hitler hat als erster und damit einziger europäischer Staatsmann die unmittelbare Gefahr erfaßt, die aus dem bolschewistischen, auf die Rüstung ausgerichteten Staatssystem der Sowjetunion für alle nach lockeren Wirtschaftssystemen arbeitenden anderen Staaten rein militärisch erwächst.

3. Der entscheidende Kernsatz der Hitlerschen Denkweise: daß die endgültige Entscheidung über Zukunft oder Untergang des Abendlandes letzten Endes von der biologischen Kraft abhängt, die sich in unserem Raume bildet, ist so richtig, daß ihn auch der wildeste Hitlergegner weder damals leugnen konnte, noch heute oder jemals leugnen kann.

*

Wir stehen bei Hitler vor dem Phänomen, daß dieser Mann — soviel er im Einzelnen falsch gemacht haben mag, so sehr ihn bei der Wahl seiner Mittel die Leidenschaft auf Irrwege trieb — zu den großen und auch in Zukunft noch entscheidenden Fragen unserer Epoche der Menschheitsentwicklung so sichere Antworten wußte, daß sogar die Todfeinde, die ihn in den Untergang getrieben haben, sich heute schon bequemen müssen, in entscheidenden Punkten s e i n e Denkweise zu der ihrigen zu machen.

Ein Jahrzehnt ist vergangen, seit dieser Mann, der als fast erblindeter Gefreiter des Ersten Weltkrieges sich aufmachte, „Großdeutschland in die Geschichte zu stellen" (wie Seyß-Inquart vor dem Nürnberger Tribunal so tapfer von ihm sagte) und der dabei den Vernichtungshaß all derer auf sich zog, die keinen anderen Feind erkannten als ein starkes Deutschland, im Garten der Berliner Reichskanzlei, die er nicht mehr verlassen wollte, in schauriger Leichenfeier verbrannte: Es scheint, daß das deutsche und europäische Schicksal immer noch in den Bahnen verläuft, die er sichtbar gemacht hat.

Die Denkweise von Jalta dagegen hat dieses Jahrzehnt nicht überleben können, weil sie einen brutalen Widerspruch gegen die natür-

liche Ordnung unserer Welt bedeutet. Als furchtbare und drückende Last und als Ausgangspunkt kommender Konflikte liegt freilich das Jalta-Erbe immer noch auf uns, während von dem, der gegen die Jalta-Mächte erst siegreich und dann verzweifelt kämpfte und daran zerbrach, nichts übrig blieb als Warnungen, die sich nicht vergessen lassen.

GENERALOBERST JODL ÜBER HITLERS ENDE

Aus: Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht 1940-1945 Band IV zweiter Halbband, Frankfurt am Main 1961, Seite 1721

Generaloberst Alfred Jodl war als Chef des Wehrmachtführungsstabes von 1939 bis 1945 einer der engsten militärischen Mitarbeiter Hitlers. Im Anhang des inzwischen veröffentlichten Kriegstagebuches des OKW sind „Aufzeichnungen des Generalobersten Jodl, Chef WFStab, über Hitlers Einwirken auf die Kriegführung, diktiert 1946 im Nürnberger Gefängnis" wiedergegeben. In den abschließenden Absätzen deutet Jodl Hitlers letzte Entschlüsse im April 1945:

„Kapitulieren konnte er nicht. Auf Verhandlungen ließ sich keiner der Gegner mehr ein, seit sie die bedingungslose Kapitulation als Kriegsziel vereinbart hatten. Was also sollte Hitler tun? Er konnte nur kämpfen bis zum letzten oder den Tod suchen. Er ist zeit seines Lebens ein Kämpfer gewesen, und er wählte das erste. Heroismus oder Wahnsinn, darüber werden die Meinungen der Welt immer auseinandergehen. Konnte er, um seinem Volk unnötige Leiden zu ersparen, nicht früher zum Ende kommen? In der Tat hat Hitler dieser Gedanke in den letzten Tagen seines Lebens bewegt: als er mir am 22. April seinen Entschluß mitteilte, Berlin nicht mehr zu verlassen und dort zu sterben, da setzte er hinzu: ‚Ich hätte diesen Entschluß, den wichtigsten meines Lebens, schon im November 1944 fassen sollen und das Hauptquartier in Ostpreußen nicht mehr verlassen dürfen.'

Aber seine militärischen Ratgeber — hört man noch heute oft sagen — hätten ihm doch früher klarmachen müssen, daß der Krieg verloren sei. Welch ein naiver Gedanke! Früher als irgend ein Mensch in der Welt ahnte und wußte Hitler, daß der Krieg verloren war. Aber kann man ein Reich und ein Volk früher verlorengeben, als sie verloren sind? Ein Mann wie Hitler konnte das nicht.

Er hätte im Kampf fallen sollen, statt die Flucht in den Tod zu wählen, sagt man. Er wollte es und hätte es getan, wenn er körperlich noch dazu in der Lage gewesen wäre. So wählte er nicht den leichteren Tod, sondern den sicheren. Gehandelt hat er, wie alle Heroen in der Geschichte gehandelt haben und immer handeln werden. Er hat sich auf den Trümmern seines Reiches und seiner Hoffnung begraben lassen. Möge ihn deswegen verurteilen, wer mag — ich kann es nicht. gez. Alfred Jodl"

Der letzte Absatz dieser Aufzeichnung wurde von Generaloberst Jodl noch nach der Verkündung des Todesurteils, das das Nürnberger Tribunal gegen ihn erließ, im Gefängnis seiner Frau diktiert. Die Herausgeber des OKW-Kriegstagebuches vermerken dazu, bei der Beurteilung dieses Textes sei „die Trotzstimmung in Rechnung zu stellen, die damals in Jodl aufwallte."

EIN DISKUSSIONSBEITRAG

Aus: Schwäbische Donauzeitung (Ulm) 21. 6. 1958

An ein Volk, das einen abermaligen Dreißigjährigen Krieg erlebt hat, dessen Land immer noch von fremden Truppen besetzt und aufgeteilt ist, die Forderung zu stellen, es möge seine Vergangenheit „bewältigen", also sich über sein Geschichtsbild im Wesentlichen einig sein — ist das nicht etwas viel verlangt? Immerhin ist schon der Aufruf dazu ein Anzeichen beginnender Gesundung. Noch freilich ist jeglicher Beitrag zu solcher Diskussion zwangsläufig in den Bereich der „Gedankensplitter" verwiesen; dem Wunsch der Redaktion entsprechend in aller Kürze einige Punkte zu dem wichtigen Thema:

1. „Eine große Nation, die durch Kultur, Taten und Erlebnisse mit dem Leben der ganzen neueren Welt verflochten ist, überhört es, ob man sie anklage oder entschuldige . . . Die Völker möge man mit Generalstendenzen in Ruhe lassen" — der deutsch-schweizerische Historiker Jakob Burckhardt schrieb diese Sätze vor hundert Jahren, sie sind heute so wahr wie damals. Burckhardt erklärt, warum der Versuch der Siege von 1945, das nationale Gedächtnis der Deutschen lahmzulegen und umzukrempeln, scheitern mußte, obwohl in Ost und West auf keinen publizistischen Kunstgriff, auch nicht auf

die anrüchige Methode überdimensionaler Schauprozesse und pseudogesetzlicher Massenverfolgung verzichtet wurde. Auch getarnte Brutalität endet meist mit Fiasko, daher heute „unbewältigte Vergangenheit".

2. Ein dauerhaftes Geschichtsbild erwächst nur aus einer Bewertung von Tatsachen und Zusammenhängen, wie sie w i r k l i c h waren. Da die beiden Weltkriege die bisher einschneidensten historischen Ereignisse unseres Jahrhunderts sind, setzt eine „Bewältigung der Vergangenheit" eine nüchterne Prüfung der sog. Kriegsschuldfrage für 1914 und für 1939 voraus. Auf den ersten Blick erscheint dabei die Verantwortung der Kaiserlichen Regierung, die immerhin die Kriegserklärungen an Frankreich und Rußland richtete und die belgische Neutralität verletzte, ernster als die Hitlers, der seinen ersten Angriffsbefehl gegen Polen zurückzog, den zweiten Befehl erst auf Grund der polnischen Generalmobilmachung erteilte, nach Beginn der Kampfhandlungen noch einen Vermittlungsvorschlag Mussolinis zustimmte und auf die ihm trotzdem zugegangenen Kriegserklärungen Englands und Frankreichs noch monatelang mit „Sitzkrieg" reagierte. Nicht minder wichtig ist die Kriegs u r s a c h e n forschung. Sie entlastet die Kaiserliche Regierung fast völlig, Hitler jedenfalls hinsichtlich des Krieges im Westen. Ernstliche Kampfabsichten enthüllt sie in England, vor dem Zweiten Weltkrieg auch in USA. Auch die russische Balkanambition war sowohl 1914, wie 1939 und 1941 ein nicht wegzuleugnender Faktor des Geschehens. Mit der Beendigung der Propagandathesen vom „Kaiser-Krieg", vom „Hitler-Krieg" und von den Deutschen als den „Würgern" unter lauter friedliebenden Völkern, werden freilich beide Katastrophen nicht ihres Verhängnisses entkleidet: heute sind a l l e europäischen Nationen in Wirklichkeit Besiegte und zwei außereuropäische Weltmächte die Herren unseres Kontinents.

3. Ebenso wie die Kriegsschuldbehauptungen bedürfen auch die üblichen Greuelthesen einer leidenschaftslosen Tatsachenprüfung. Die lange und weithin geglaubten „abgehackten Kinderhände" des Ersten Weltkrieges gehören allerdings inzwischen der Vergangenheit an. Was wir aber seit 1945 an juristisch verbrämter und auf „Wiedergutmachung" abgestellter Greuelpropaganda erlebten, ist noch vielfach virulent. Durch den übermäßigen Aufwand an Publizistik und politischer Justiz ist freilich das, was wirklich geschah mehr verdunkelt, als aufgeklärt worden. Es wäre besser gewesen, der von Großadmiral Dönitz in den ersten Maitagen 1945 an das Reichsgericht erteilte Untersuchungsauftrag hätte praktische Form gewinnen können. Um die Vergangenheit wirklich zu bewältigen,

wird man nicht darum herumkommen, ohne Rücksicht auf Legenden und Renten hinsichtlich des Unrechts, das gewiß auch von deutscher Seite im Zweiten Weltkrieg geschah, präzise zu prüfen: „Was war wirklich?" „Was war warum?" „Was tat wer?" Völlig sicher heute schon steht fest: es gibt keine deutsche Kollektiv-Schuld. Die deutsche Öffentlichkeit hatte weder ganz noch teilweise Anteil an dem was Einzelne im Verborgenen getan haben mögen. Es gibt auch keine Verantwortung des amerikanischen V o l k e s an Dresden oder Hiroshima.

4. Unvermeidlich setzt eine „Bewältigung der Vergangenheit" auch eine verständige historische Wertung der Persönlichkeit Adolf Hitlers voraus. Die Engländer haben den „Königsmörder" Cromwell, die Franzosen das „Untier" Napoleon in ihre Nationalgeschichte einzuordnen verstanden. Wir haben es immerhin mit einem Mann zu tun, der als völlig unbekannter junger Österreicher aus dem Weltkrieg heimkehrend durch die Kraft seiner Persönlichkeit eine politische Millionenbewegung schuf, nach den Spielregeln des Parlamentarismus Deutscher Reichskanzler wurde, eine neue Wehrmacht aus dem Boden stampfte, die Autobahnen* baute, das Versailler Diktat zerriß, den Traum „Großdeutschland" kurz verwirklichte und schließlich erst nach sechsjährigem Riesenkampf einer ganzen Welt unterlag. Gewiß ist Hitler nicht zuletzt an sich selbst zugrundegegangen, aber auch eine tragische und widerspruchsvolle Gestalt hat Platz in der langen Geschichte eines großen Volkes.

---

* Der Umstand, daß der deutsche Autobahnbau von Hitler veranlaßt worden ist, hat neuerdings schreibgewandte Publizisten auf den Plan gerufen, die sogar diese nicht zu leugnende Tatsache wegzudiskutieren versuchen. So ergeht sich Kurt Pritzkoleit in seinem Buch „Gott erhält die Mächtigen" (Düsseldorf 1963) in seitenlanger Erörterung darüber, daß die nationalsozialistische Propaganda fälschlich von „Straßen Adolf Hitlers" berichtet, ja, daß Goebbels diesbezüglich geradezu „gelogen" habe. In Wirklichkeit habe eine deutsche Privatgesellschaft, die „Hafraba" bereits 1926 die „Idee" von Autobahnen entwickelt und sich dadurch ein „Prioritätsrecht" erworben. Pritzkoleit vergißt, daß auch Goebbels nicht so töricht war, etwa zu behaupten, daß Hitler die Autostraßen erfunden habe. Eine solche Erklärung wäre schon deshalb der Lächerlichkeit anheimgefallen, weil — wie jedermann in Deutschland wußte — zwei Autostraßen bereits vor 1933 in Betrieb waren: die Berliner Avus und die Köln-Bonner Autostraße. Der Bau der Avus wurde bereits 1913 begonnen, und wenn irgendjemand an einer so naheliegenden Idee ein „Prioritätsrecht" geltend machen könnte, dann die Organisatoren dieses Projekts. Im Bereich des Straßenbaues kommt es freilich seit den Zeiten der Römer kaum darauf an, wer Straßen als nützlich

WIE LANGE NOCH GESCHICHTSVERZERRUNG?

Offener Brief, veröffentlicht in der Zeitschrift „Nation Europa" (Coburg) Juli 1960

Sehr geehrter Herr Bundespräsident!

Rundfunk- und Zeitungsnachrichten entnehme ich Ihre kürzliche Münchener Äußerung: die Schulbücher seien hinsichtlich des deutschen Geschichtsabschnittes 1933 bis 1945 zu sachlich gehalten, es müsse der Jugend „Abscheu vor dem Dritten Reich" vermittelt werden.

Nicht diese Einzelheit ist Gegenstand meines Schreibens. Die heranwachsende deutsche Jugend, wie ich sie kenne, wird ihren Weg suchen und finden. Je leidenschaftlicher sich die amtliche Belehrung bemüht, umso nachhaltiger wächst das Bedürfnis nach eigener Unterrichtung und offener Aussprache, aus der allein sich eine „Bewältigung der Vergangenheit" entwickeln wird. Die junge Generation bekennt sich zu sehr zum wirklichen Leben, als daß sie das Ringen und das Schicksal ihrer Väter und Mütter formelhaft abtun könnte. In diesem Punkte bewegt mich nicht die Sorge um das „Morgen", wohl aber manches Bedenken um das „Heute".

Sollen und dürfen wir wirklich in dem falschen, ja nach mancher Hinsicht geradezu verlogenen Scheinkampf verharren, der das innere Leben unserer Nation heute noch verzerrt?

---

erachtet, sondern darauf, wer sie tatsächlich baut. Sowohl die Avus wie die Köln-Bonner Autostraße wurden zu Hitlers Zeiten oft öffentlich erörtert und als Experimente gewürdigt. Diese beiden nach dem Prinzip der geraden Linie angelegten Vorläufer der späteren Reichsautobahnen entbehren jedoch jenes besonderen Momentes, das zum Merkmal des deutschen Autobahnnetzes geworden ist: die Verbindung großzügiger technischer Anlage mit einem ins Künstlerische reichenden Schwung der Linienführung, der einerseits die Schönheiten der Landschaft erschließt, andererseits der Ermüdung des Autofahrers entgegenwirkt. Es ist eine schlichte Tatsache, daß Hitler in persönlicher Initiative die gesetzlichen, finanziellen und planungsmäßigen Voraussetzungen des Reichsautobahnbaues geschaffen und als Motor des großen Unternehmens gewirkt hat. Die Avus und die Köln-Bonner Autostraße haben zusammengenommen etwa 50 Kilometer Entfernung verbunden; Hitlers Projekt erstreckte sich über 17 000 Kilometer, davon waren etwa 4000 Kilometer bis 1945 fertiggestellt. Auch der seitherige Ausbau des Autobahnnetzes einschließlich der besonders schönen und wichtigen Autobahn Salzburg—Wien erfolgte weitgehend nach den Plänen, die Hitler gemeinsam mit dem ihm vertrauten genialen Ingenieur Reichsminister Dr. Todt entwickelt und bis in viele Einzelheiten festgelegt hatte.

Sie, Herr Bundespräsident, wissen genau so wie ich, daß der Aufstand der Deutschen gegen Versailles ebenso berechtigt gewesen ist wie jede andere bedeutende Revolution der Weltgeschichte. Sie wissen genau so wie ich, daß das Bekenntnis des deutschen Volkes zu Hitler — dem Mann, der auf dem Wege der parlamentarischen Demokratie vom unbekannten Frontheimkehrer zum Reichskanzler aufgestiegen ist — nicht gedankenlos einem Unwürdigen galt, sondern wohlbegründeter Protest gegen vorhergegangene Vergewaltigung und berechtigte Demonstration für nationalen Lebensanspruch gewesen ist.

Es mögen tausend kritische und bittere Urteile über alles, was weiter geschah, angefügt werden. Aber wer die Voraussetzungen nicht sehen und die Haltung des deutschen Volkes nicht würdigen will — sie hat sich im Opfergang einer zweiten Kriegsgeneration über allen Zweifel erhoben —, gerät in die Gefahr, den Anspruch auf Glaubwürdigkeit nicht nur in der Jugend, sondern auch der Welt gegenüber zu verlieren.

Ist es nach anderthalb Nachkriegsjahrzehnten und angesichts neuer drohender Wolken am Horizont nicht endlich an der Zeit, die amtliche Sprache und die öffentliche Erklärung des Geschehenen mit den unbestreitbaren Tatsachen und dem unausrottbaren historischen Nationalwissen in verständige und überzeugende Übereinstimmung zu bringen?

Soll der notwendige geistige Brückenbau zwischen den Deutschen wirklich zur nächsten Generation verschoben und nur ihrem Instinkt überlassen bleiben?

Dürfen wir solange zögern?

Dieser Anruf an das Staatsoberhaupt bedarf keiner Antwort Ihrer Dienststelle; diese Fragen gehen über den Bereich persönlicher Erörterung weit hinaus. Es ist nach meiner Ansicht Ihres Amtes, Herr Bundespräsident, in einer Zeit, in der immer wieder neue Forderungen auf uns zukommen, das Wort der Klärung rechtzeitig zu finden und es so zu sprechen, daß alle anständigen Deutschen ehrlich zustimmen können: dann wird es auch in der Welt verstanden werden.

Mit ernstem staatsbürgerlichem Respekt!

Namenverzeichnis

ADAM Walter 131, 134
ADLER H. G. 72 f., 198 ff., 210
ALEXANDER I. Zar 86
AMMON Otto 70
ANDICS Hellmut 111, 129, 137 f., 144

BAAR-BAARENFELS Eduard 149
BARRACLOUGH Professor 66
BAUER Otto 103
BEARD C. A. 45
BECK Josef 58, 65
BECK Ludwig 231, 233
BENESCH Eduard 100
BENNECKE Heinrich 162, 185 ff.
BERNHARD Georg 180
BISMARCK Fürst Otto von 10, 28, 85 f., 91, 93, 201
BLOMBERG Werner von 127, 231
BLONDEL Gesandter 123
BLUM Léon 105, 154
BORMANN Martin 213
BRAUCHITSCH Walter von 217
BRIAND Aristide 110
BROOK-SHEPHERD Gordon 135, 137
BRÜNING Heinrich 20, 22, 107 ff., 111, 113 f., 160 f., 170
BULLIT William C. 48 f., 55, 120 f., 238
BURCKHARDT Jakob 242

CANARIS Walter Wilhelm 136, 165
CASTLEREIGH Lord Robert Stewart 238
CHAMBERLAIN Houston Stewart 72 f., 78
CHAMBERLAIN Neville 9, 46 f., 48 ff., 55, 60, 66, 123 ff., 136 f., 145, 149, 154, 196, 198, 221, 237
CHAUTEMPS Camille 154
CHRUSTCHOW Nikita 15, 223
CHURCHILL Winston S. 19, 24, 56, 77, 122, 137, 158 f., 192, 197, 202, 222, 226, 237
CIANO Graf Galeazzo 145
CLAUBERG Karl 217
CLAY Lucius D. 14 f.
COLONNA Fürst 145
CONRAD VON HÖTZENDORF Franz 92
COOPER Duff 20
CROMWELL Oliver 244
CROWE Eyre 66, 193
CURTIUS Julius 108 f., 112 ff.
CURZON Lord George Nathaniel 20

DAHMS 47 f., 57, 61
DALADIER Edouard 47, 53
DELBOS Ivonne 145
DELMER Sefton 182
DIETRICH Otto 31, 130, 160, 164, 169, 188 f., 228
DIETRICH Sepp 188 ff.
DÖNITZ Karl 203, 223, 233, 243
DOLLFUSS Engelbert 115 ff., 141
DWORAK Engelbert 143

EDEN Anthony 46, 122, 136 f., 158
EHRENBURG Ilja 10
EICHMANN Karl Adolf 209, 214 ff.
EISENHOWER Dwight D. 233, 237
EISNER Kurt 100
ENGHIEN Herzog vor 190

FEDER Gottfried 212
FEHRENBACH. Konstantin 20, 164
FEILING Keith 54, 67, 122
FISCHBÖCK Hans 131, 158
FORRESTAL James 55
FORSTER Albert 62
FRANCKENSTEIN Georg Freiherr von 122 f.
FRANK HANS 189
FRANZ II Deutscher Kaiser 86
FRANZ JOSEF Kaiser von Österreich 91
FRANZ-WILLING Georg 186
FRAUENFELD Alfred E. 158
FREDERICI Militärtattaché 149
FRICK Wilhelm 235
FRIEDRICH DER GROSSE König von Preußen 86
FRIEDRICH-WILHELM III. König von Preußen 86 f., 89
FRIEDRICH WILHELM IV König von Preußen 89, 91
FRITSCH Werner Freiherr von 148, 231
FRITZSCHE Hans 204, 209
FROMM Fritz 225
FUNDER Friedrich 143 f.

GEMPP Walter 178, 181
GERSTEIN Kurt 210
GLAISE-HORSTENAU Eduard von 92, 94, 131, 153
GLOBOCNIK Odilo 216
GOBINEAU Graf Arthur 71 f.
GOEBBELS Josef 56 f., 75, 177, 244
GOERDELER Karl Friedrich 222
GÖRING Hermann 38, 75, 125 ff., 130 f., 146, 153 ff., 175, 178 f., 209
GÖRLITZ Walter 228 ff.
GORBACH Alfons 143
GRANDI Graf Dino 20, 136, 145
GRIMM Hans 234 ff., 239
GRYNSZPAN Herschel 57 f.

HALIFAX Lord Edward F. 46, 54, 59, 66, 123 ff.
HAMMERSTEIN-EQUORD Hanns Freiherr von 148 f.
HAMMERSTEIN-EQUORD Kurt Freiherr von 148, 162, 219, 221
HARDENBERG Karl August 238
HASSEL Kai Uwe von 218
HENDERSON Nevile 20, 51, 114, 121 f., 124
HESS Ilse 201
HESS Rudolf 69, 75, 189, 201 ff.
HEUSS Theodor 17, 238
HEWEL Walter 195
HEYDRICH Reinhard 208 f. 213,
HIMMLER Heinrich 74 f., 162, 195, 206 ff., 212 ff.
HINDENBURG Paul von 18, 21 f., 28, 38, 111, 160 ff., 166, 168, 170 f., 173, 187, 189, 220, 231, 234
HÖSS Rudolf 207
HÖTTL Wilhelm 216 f.
HOFER Andreas 140
HOOVER Herbert 45
HORNBOSTEL Theodor 147, 150, 154
HORTHY Nikolaus von 211
HOUSE Edward M. 96
HUEBER Franz 128, 158
HUGENBERG Alfred 34, 175
HULL Cordell 158

JODL Alfred 75, 152, 224, 241 f.
JOHN Otto 220, 222, 237
JOSEF II Deutscher Kaiser 84
JURY Hugo 128, 142 f., 152

KAAS Ludwig 108
KALTENBRUNNER Ernst 158, 223
KANT Immanuel 71
KARL Kaiser von Österreich-Ungarn 93, 95, 99, 101
KARL V Deutscher Kaiser 84
KARL DER GROSSE Kaiser 82
KARL X König von Frankreich 11, 190
KARWINSKY Karl 144
KASZTNER Reszö 215
KATZ Otto 176
KEITEL Wilhelm 228 ff.
KENNEDY Joe 55
KEPPLER Wilhelm 167
KERR Philip Henry s. a. Lothian 94
KIELMANNSEGG Graf von 218, 221
KLUGE Günter von 222
KORHERR Richard 206, 212
KUTUSOW Mikael 86

LAMMERS Hanns Heinrich 6, 34
LANSING Robert 96
LEASOR James 203
LEFÈVRE Gesandter 116
LÉGER Alexis 150
LENIN Wladimir 75, 77, 177, 223, 238
LEOPOLD Josef 131, 141
LIEBITZKY Emil 146 f., 154
LIPSKI Josef 58 f.
LITWINOW Maxim 47, 56
LLOYD GEORGE David 94
LORENZ Reinhold 99, 103
LOTHIAN Lord Philip s. a. Kerr 51
LUBBE Marinus van der 174, 176 f., 182
LUDENDORFF Erich 231
LUDWIG III König von Bayern 101
LUDWIG XVIII König von Frankreich 11, 190
LUDWIG Eduard 131
LUBKE Heinrich 245
LUKASIEWICZ Jules 49

MANSTEIN Erich von 217
MARCKS Erich 172
MARKOFF Alexei 63

MARX Karl 35
MASARYK Thomas G. 95 f., 98, 100
MAX Prinz von Baden 99
MAXIMILIAN I Deutscher Kaiser 84
MEISSNER Hans Otto 178, 182
MENSDORFF Albert Graf 94 f.
METTERNICH Clemens Lothar Fürst von 87 f., 238
MIKLAS Wilhelm 154 ff.
MIKOLETZKY Hanns L. 60, 93, 106, 140 f., 158
MOLOTOW Wjatscheslaw 77 ff., 158, 195
MORGENTHAU Henry 10, 13
MÜHLMANN Kajetan 128, 155
MÜLLER Heinrich 215 ff.
MÜLLER Hermann 164, 170
MÜNZENBERG Willi 176 ff.
MUFF Wolfgang 155
MUSSOLINI Benito 29, 52, 65 ff., 115 ff., 119, 123 ff., 136, 145 ff., 151 f., 154, 209, 230, 238, 243

NAPOLEON I Kaiser der Franzosen 7, 78, 86 f., 190, 238, 244
NEUBACHER Hermann 158
NEURATH Konstantin Freiherr von 203
NIETZSCHE Friedrich 71
NORTHCLIFFE Lord Alfred 94 f.
NOWOTNY Walter 158

OBERFOHREN Ernst 179 f.
OSTER Hans 220
OTT Eduard 166
OTTO von Habsburg 137 f., 144 ff., 151

PALAIRET Sir E. 135, 147
PAPEN Franz von 7, 21 f., 108, 119, 126 f., 129, 131 ff., 139 f., 160 ff., 182
PERTH Lord 145
PFEFFER Franz von 186
PHIPPS Eric 54
PIECK Wilhelm 238
PLOETZ Alfred 70
POLIAKOV Léon 200, 206 f., 210, 212
POTOCKI Graf Jerzy 47
PRERADOWITSCH Nikolaus von 158
PREYSING Konrad Graf von 148
PRICE Ward 147
PRINCIP Gavrile 56
PRITZKOLEIT Kurt 244
PUAUX Gabrial 135 f.
PUHLE Emil 181

RADEMACHER Franz 210
RAEDER Erich 203
RAINER Friedrich 128
RASSINIER Paul 74, 215
READING Lord Rufus Daniel Isaacs 183 f.
REDERN Graf von 89
REITLINGER Gerald 206 ff.
RENNER Karl 101 f., 106, 157
REYNAUD Paul 139
RIBBENTROP Annelies von 46, 59 f., 64, 122, 166, 196 f.
RIBBENTROP Joachim von 58 f., 62 ff., 77, 154, 167, 191 ff., 231
RIESS Curt 177
RÖHM Ernst 36, 117, 186, 190
RÖSSLER Rudolf 220
ROMMEL Erwin 225
ROOSEVELT Franklin Delano 44 ff., 55 ff., 60 f., 67 f., 78, 80, 121 ff., 138, 151, 158 f., 202, 222, 237
RUDOLF von Habsburg, Deutscher Kaiser 83 f.
RUNCIMAN Lord Walter 52

SCHACHT Hjalmar 40, 107
SCHALLMAYER Friedrich W. 70
SCHELIHA Rudolf von 220
SCHELLENBERG Walter 214
SCLEICHER Kurt von 22, 162 ff., 170 f., 173, 221
SCHMIDT Guido 114, 120, 123, 126 ff., 131, 147, 149, 150
SCHNEIDER Reinhold 9
SCHOBER Johann 108 f.
SCHROEDER Kurt von 165, 167, 172
SCHULZE-BOYSEN Harro 220
SCHULZE-WILDE Harry 177
SCHUSCHNIGG Kurt von 50, 115 ff., 125 ff.
SEIPEL Ignaz 51, 106
SELBY Sir Walford 121

SEYSS-INQUART Arthur 98, 128 f., 131, 136, 142 ff., 147, 153, 155 f., 241
SIXTUS Prinz von Bourbon-Parma 93 f.
SKUBL Michael 132
SMUTS Jan Christian 94 f.
SOLTIKOW Graf 57
SPITZMÜLLER Alexander Freiherr von 112, 116
SRBIK Heinrich Ritter von 85, 88
STALIN Josef 66, 77, 80, 158 f., 194, 220, 223, 237 f.
STARHEMBERG Ernst Rüdiger Fürst von 114
STAUFFENBERG Claus Graf Schenk von 33, 167, 224 ff.
STEED Wickham 95
STRASSER Gregor 165
STRAUSS Franz Josef 11
STREICHER Julius 215
STRESEMANN Gustav 20, 51
STROLIN Karl 220

TALLEYRAND-PERIGORD Charles Maurice Herzog von 195, 238
TANSILL Charles Callan 45 f.
TAUSCHITZ Stephan 114, 121 f.
TAYLOR A. J. P. 203
THÄLMANN Ernst 30
THOMAS Georg 148
TILLE Alexander 70
TOBIAS Fritz 174, 182
TODT Fritz 245
TOLSTOI Leo 215
TORGLER Ernst 182
TOYNBEE Arnold I. 66
TROTZKY Leo 75
TRUMMER Staatsrat 143
TSCHIANG Kai Schek 16

VANSITTART Lord Robert G. 9, 12, 15, 66, 70, 110, 193, 197
VOGELSANG Thilo 160, 165, 169, 172
VOLLGRUBER Alois 120, 139 f.

WÄCHTER Otto Freiherr von 158
WAGENER Otto 186
WAGNER Cosima 72
WAGNER Richard 71
WALLENBERG Jakob 222
WALLENSTEIN Albrecht 224
WEIZMANN Chaim 198 ff., 206
WEIZSÄCKER Ernst Freiherr von 197, 220
WELCEK Graf Johannes 57
WILHELM II Deutscher Kaiser 19, 93, 98, 191 f., 243
WILLIAMS Desmond 54
WILSON Woodrow 96 ff., 104
WINNIG August 42
WISLICENY Dieter 206, 208 f.
WISSELL Ludwig 181
WITZLEBEN Erwin von 233
WOLFF Richard 180 f.
WOLFF Karl 210
WUCHER Albert 17

ZEHNER Wilhelm 131, 146
ZERNATTO Guido 134
ZITA Kaiserin von Österreich-Ungarn 93 f., 157
ZOLLERN Friedrich von 83

Index

ALLGEMEINES

Selbstbestimmungsrecht der Völker und deutscher Nationalstaat 23, 50 f., 52, 86 f., 95, 97 f. — Deutsche Volkstumsgrenzen 81 ff. — Nationalbewußtsein 15, 80, 86 ff., 97 — Demokratie 32 ff., 97, 161 — Die Deutschen im Habsburger Staat 91 ff. — Kriegsschuldfrage des Ersten Weltkrieges 10, 12, 92 ff., 191, 243 — Britische Gleichgewichtstheorie 66 f., 94, 122 ff., 193 f. — Roosevelts Konzeption 45 ff., 120 f. — Das Programm der NSDAP und Hitlers Zielsetzungen 23 ff., 41 f., 44, 72 f., 78 f. — Rassenidee 70 ff., 236 — Antisemitismus 25 f., 72 f., 183 f. — Politische Propaganda 7, 12, 15, 95 f., 244.

EREIGNISSE UND ENTWICKLUNGEN

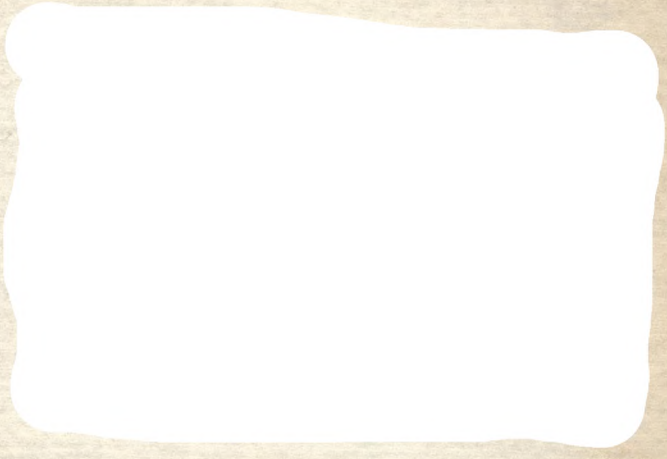
1919—1933

Waffenstillstand 1918 19, 97 ff. — Wilsons Haltung zu Österreich-Ungarn 96 f. — Das Schicksal des Sudetenlandes Oktober—Dezember 1918 99, 104 — Deutsch-österreichische Anschlußerklärungen 1918-19 99 f., 101 ff. — Versailles und St. Germain 7, 10 ff., 19 ff., 30, 42 f., 51, 105 — Die Anschlußverbote 105, 106 — Erfüllungspolitik 19 ff., 41, 108, 170 — Young-Plan 107 — Hitlers innenpolitischer Aufstieg 20 f., 115, 161 f. — Widerstand der Weimarer Regierungen gegen das Anwachsen der NSDAP 22 f., 161, 170 — Das deutsch-österreichische Zollunionsprojekt und sein Scheitern 107 ff. — Innenpolitischer Kurswechsel in Österreich 114 ff. — Ausschaltung des Reichstages 21, 30 — Ausschaltung des österreichischen Parlaments 117 — Entwicklung der KPD 30 — Regierung Papen 22, 162 ff., 170 ff. — Scheitern der Regierung Schleicher 22, 165, 172 f. — Wahlergebnisse 21, 27, 30, 114 f., 164 — Arbeitslosenzahl am 31. 1. 1933 233.

1933—1945

Berufung der Regierung Hitler 18, 22, 30, 37, 166 ff., 173 — Reichstagsbrand 27, 174 ff. — Notverordnungen des Reichspräsidenten vom 28. 2. 1933 26 f. — Reichstagswahlen vom 5. 3. 1933 27 — Innenpolitische Entwicklung in Österreich 117 — Ermächtigungsgesetz 27 ff. — Übernahme der Gewerkschaften 35 — „Deutsche Arbeitsfront" 34 ff. — Außenpolitische Reichstagsrede Hitlers vom 17. 5. 1933 29, 41 — Parteienauflösung 31 ff., in Österreich 117 — Kirchenpolitik 68 f. — Austritt aus dem Völkerbund 29, 41, 44, 119 — Wirtschaftsentwicklung 1933/34 39 f. — Bau der Reichsautobahnen 244 f. — Zur Geschichte und Problematik des 30. 6. 1934 36 ff., 185 ff. — Österreich-Krise Juli 1934 117 f. — Hindenburgs Tod und Wahlen vom 19. 8. 1934 38 f. — Antideutsche Stresa-Front 119 — Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht 42 f. — Remilitarisierung der Rheinlandzone 43 f. — Britische Österreich-Politik 121 ff., 136 f. — Lord Halifax in Berlin 123 f. — Görings Diskussionen mit dem österreichischen Staatssekretär Schmidt 125 f. — Blomberg-Fritsch-Krise 148, 231 — Innerdeutsche Opposition und Verschwörung 32 f., 67, 148 f., 219 f., 221 f., 231 f. — Hitler-Schuschnigg-Treffen Februar 1938 125 ff. — Schuschniggs Gegenaktion 132 ff. — Neue Anti-Hitler-Front? 45 ff., 139 f. — Der „Anschluß" Österreichs 50 f., 151 ff. — Sudetenkrise 46, 51 ff.,

100 f. — Godesberger Besprechung 52 f. — Münchner Konferenz 47, 52 ff. — „Freie Hand im Osten"? 54 f., 58 f. — Sowjetische Kritik an München 47, 56 — Eingreifen Roosevelts 44 ff., 55 f., 77 f., 237 — Umorientierung der britischen Politik im Winter 1938/39 49, 54 f., 57, 59 f., 194 — Grynszpan-Attentat und Synagogenbrand 56 f. — Danzig-Konflikt 57 ff., 124 — Selbständigkeitserklärung der Slowakei und Besetzung Prags 59 f. — Britische Garantie für Polen 59 f., 64 — Ribbentrop-Molotow-Pakt 62 ff., 194 — Chaim Weizmann-Erklärung 29. 8. 1939 198 ff., 206 — Kriegsausbruch 55, 64 ff., 198 f., 243 — Mussolinis Waffenstillstands- und Konferenzvorschlag am 2. 9. 1939 65 f., 243 — Zur Vorgeschichte des Rußland-Feldzuges 75 ff., 194 — Molotow-Besuch in Berlin 77 f., 195 — Der sowjetische Westaufmarsch 53, 230 — Belgrader Putsch 237 — Hess' Englandflug 201 ff. — Maßnahmen gegen Juden 73 ff., 183 f., 198 ff., 204 ff. — Madagaskar-Plan 208 f., 211 — Die amerikanische Forderung nach „bedingungsloser Kapitulation" und Morgenthau-Plan 10, 13, 222 f. — Der 20. Juli 1944 218 ff., 231 — Das Rätsel Himmler 74 f., 195, 213 f. — Das Ende 79, 158, 195, 222, 232, 236, 240 f. — Hitler als militärischer Oberbefehlshaber 231 f., 241 f. — Hitlers Einfluß und Verantwortlichkeit 28, 73 f., 213, 223, 236, 240, 243, 244.



DAS DRITTE REICH · Eine Richtigstellung